



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Lateinamerikapolitik der Obama-Administration“

verfasst von / submitted by

Matthias Koller, Bakk.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Emer. Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitende Erläuterungen	4
1.1. Forschungsinteresse und Forschungsfragen	4
1.2. Die Monroe-Doktrin und Beispiele US-amerikanischer Intervention in Lateinamerika	5
1.3. Der Neorealismus	7
1.4. Regionale zwischenstaatliche Organisationen	9
2. Die Präsidentschaft Jimmy Carters (20.01.1977 – 20.01.1981)	11
2.1. Die Machtübernahme der Sandinisten in Nicaragua	11
2.2. Die Bürgerkriege in Guatemala und El Salvador	16
3. Die Präsidentschaft Ronald Reagans (20.01.1981 – 20.01.1989)	18
3.1. Der Contra-Krieg in Nicaragua	18
3.2. Die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe	28
3.3. Esquipulas-Friedensprozess	33
3.4. Die Unterstützung der Regime in El Salvador und Guatemala durch die USA	34
4. Die Präsidentschaft George H. W. Bushs (20.01.1989 – 20.01.1993)	36
4.1. „Operation Just Cause“	36
4.2. Der Ende des Krieges in Nicaragua	39
4.3. Der erste Putsch gegen Jean-Bertrand Aristide	40
5. Die Präsidentschaft Bill Clintons (20.01.1993 – 20.01.2001)	42
5.1. Die Wiedereinsetzung Jean-Bertrand Aristides als Präsident Haitis	42
5.2. Plan Colombia und der langjährige „War on Drugs“	48
6. Die Präsidentschaft George W. Bushs (20.01.2001 – 20.01.2009)	61
6.1. Der zweite Putsch gegen Jean-Bertrand Aristide	61
6.2. Der Putsch gegen Hugo Chávez und die US-venezolanischen Beziehungen	68
6.3. Die US-kolumbianische Partnerschaft im Kontext der konfliktreichen Beziehungen Kolumbiens zu seinen Nachbarstaaten	72
6.4. Kolumbien und die FARC-Guerilla	74
6.5. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Bolivien	78
7. Die Präsidentschaft Barack Obamas (20.01.2009 -)	80
7.1. Der Beginn der Amtszeit Obamas	80
7.2. Der Putsch in Honduras	86
7.3. Die unter dem honduranischen Übergangsregime abgehaltenen Wahlen und der Amtsantritt Porfirio Lobos	96
7.4. Die honduranischen Wahlen von 2013	102
7.5. Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Ecuador	104
7.6. Die USA und der demokratische Prozess in Haiti	106
7.7. Lateinamerika und das neue US-kolumbianische Abkommen über die Nutzung kolumbianischer Militärbasen	108
7.8. Die Beziehungen der USA zu Venezuela	111
8. Fazit und Ausblick	119

Literatur	124
Abstract (Deutsch)	155
Abstract (English)	156
Lebenslauf	157

1. Einleitende Erläuterungen

1.1. Forschungsinteresse und Forschungsfragen

In der vorliegenden Arbeit soll die Entwicklung der US-amerikanischen Außenpolitik bezüglich Lateinamerika beginnend mit der Präsidentschaft Jimmy Carters bis zur aktuellen Präsidentschaft Barack Obamas untersucht werden. Dieser Untersuchungszeitraum soll gewährleisten, dass erstens Präsidenten sowohl demokratischer als auch republikanischer Parteizugehörigkeit analysiert werden können, zweitens Erkenntnisse darüber erlangt werden können, wie die Obama-Administration in einem moderneren zeitgeschichtlichen Kontext zu beurteilen ist, allerdings ohne drittens damit den Rahmen einer Masterarbeit zu sprengen. Einen weiteren Vorteil stellt die bereits seit der russischen Oktoberrevolution von 1917 zur Legitimierung US-amerikanischer Interventionen auf dem Kontinent hervorgebrachte, behauptete Bedrohung durch „den Kommunismus“ dar, welche mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1991 nicht mehr instrumentalisiert werden konnte. Indem mit den Administrationen des Demokraten Carter, sowie der Republikaner Ronald Reagan und George H.W. Bush drei Präsidenten aus der Zeit des Kalten Krieges untersucht werden, kann der Faktor „Kommunismus“ somit abgeschwächt werden, ohne den zeitlichen Untersuchungsrahmen auf die Administrationen Clinton, Bush und Obama verkürzen zu müssen. Der Erkenntnisgewinn wäre kleiner, würde man erst nach Carter, etwa mit Reagan einsetzen: gegebenenfalls vorgefundene Unregelmäßigkeiten die Administrationen Reagan und Bush betreffend, ließen sich so auf die „Notwendigkeiten“ des Kalten Krieges zurückführen, nicht jedoch auf die politische Ausrichtung der Akteure. Dieser außenpolitische „Kurs“ ist es jedoch, der das eigentliche Erkenntnisinteresse dieser Arbeit darstellt.

„Lateinamerika“ wird ferner als die Gesamtheit der überwiegend spanisch- und portugiesischsprachigen Länder der westlichen Hemisphäre (Nord-, Zentral- und Südamerika, sowie der Karibik) definiert. Haiti wird aus geschichtlichen Gründen inkludiert.¹

Innerhalb dieses zeitlichen Rahmens soll die Außenpolitik der jeweiligen Administrationen auf Übereinstimmungen mit den geopolitischen Ansprüchen der Monroe-Doktrin (siehe unten) untersucht werden, also der Einstufung der Region als alleinige Einflussphäre.

Lässt sich für die Lateinamerikapolitik dieser Administrationen ein (interventionistisches) Muster nachweisen? Wie lässt sich die Obama-Administration innerhalb des dargelegten zeithistorischen

¹ Vgl. Bethell (1995), S. xiv.

Kontext verorten? Wird ein nachweisbares Muster unter Obama fortgesetzt?

Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Aspekt des „regime change“, also der Rolle der US-Regierungen im Sturz von (in der Regel wohl demokratisch legitimierten) Regierungen in der Region. Das Spektrum reicht hier von der anschließend einsetzenden Unterstützung von an die Macht geputschten Regimen bis zu einleitenden und unterstützenden Maßnahmen bezüglich stattfindender Regierungsumstürze. Des weiteren reichen die dafür einsetzbaren Mittel von materieller, sprich finanzieller oder militärischer Unterstützung regierungsfeindlicher Elemente, bis zu rein diplomatischem Beistand. Zu untersuchen wäre auch, welche Gemeinsamkeiten sich an den konkreten Auswirkungen der Unterstützungen erkennen lassen:

Sind diese dem demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Status innerhalb der Region dienlich oder abträglich?

Einen weiteren Aspekt des Forschungsinteresses stellen die Rolle zwischenstaatlicher Organisationen und die Auswirkungen neuerer Integrationsbestrebungen dar. Gibt es Anzeichen dafür, dass die Länder Lateinamerikas heute einen von den Vereinigten Staaten unabhängigeren außenpolitischen Kurs eingeschlagen haben? Welche Rolle spielen die verschiedenen Integrationsbemühungen, wie etwa die CELAC (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten)? Inwiefern hat sich auch die Rolle der, von den USA dominierten, OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) gewandelt? Ist ihr Einfluss immer noch so weitreichend wie vor dem Beginn der lateinamerikanischen Integration?

Reagiert die Region geschlossener auf US-amerikanische Einflussnahme, und was sind die Auswirkungen auf den Einfluss der Vereinigten Staaten in der Region?

1.2. Die Monroe-Doktrin und Beispiele US-amerikanischer Intervention in Lateinamerika

Die nach dem fünften US-Präsidenten benannte Doktrin aus dem Jahr 1823 postuliert ein Anrecht der Staaten der westlichen Hemisphäre (Nord- und Südamerikas und der Karibik) auf Selbstbestimmung ohne Interventionen oder Kolonisation von Seiten der europäischen Kolonialmächte. Des weiteren wurde betont, dass das politische System Amerikas ein neuartiges politisches System darstellt, das sich von jenem der europäischen Staaten unterscheidet, und, dass jedes Bestreben von deren Seite, ihr System den Staaten der westlichen Hemisphäre aufzudrängen,

von den USA als Bedrohung ihrer Sicherheit interpretiert werden würde.²

Zwar wurde dies bereits zu diesem Zeitpunkt als verschleierte Erklärung der alleinigen Vorherrschaft der USA in der Region interpretiert, doch erlaubten die geopolitischen Machtverhältnisse jener Epoche noch keine Umsetzung der Doktrin in diesem Sinne, da vor allem Großbritannien in Lateinamerika als Kolonialmacht noch überaus präsent war. An sich wird in der Doktrin die Entschlossenheit zu rein reagierenden Maßnahmen formuliert. Jedoch war dies angesichts der damaligen Machtverhältnisse ohnehin bereits ein Anspruch, der das Maß des real Umsetzbaren deutlich überstieg. Sie stellt somit eine Erklärung über das Bestreben, oder zumindest den Wunsch dar, die Grenzen die dem eigenen Machteinfluss in der Region gesetzt sind, zu verschieben, oder wenigstens bis zum Äußersten auszureizen. Warum die Forderung „America for the Americans“ von Seiten der Länder Lateinamerikas von Beginn an als Bedrohung empfunden wurde, zeigt sich schlicht daran, welche Rolle diesen in den Vorstellungen der Monroe-Administration in Zukunft zukommen sollte: In der Doktrin ist kein Wort darüber enthalten, was die Vertreter Lateinamerikas womöglich beabsichtigen, oder ob man diese bei der eigenen Entscheidungsfindung über das Schicksal des Doppelkontinents konsultieren wolle. Lateinamerika ist in der Darstellung der Doktrin somit nicht mehr als ein willenloses Objekt, welches der Einwirkung durch externe Regierungen ausgesetzt ist.³

Spätestens unter der Präsidentschaft Woodrow Wilsons hatten die Vereinigten Staaten schließlich eine Position erlangt, die ihnen erlaubte, ohne interferierende Mächte die hegemonialen Aspekte der Monroe-Doktrin umzusetzen. Wie der US-Außenminister Richard Olney bereits 1895 festgestellt hatte, „[...] herrsch[t]en die USA praktisch souverän über diesen Kontinent [...]“⁴, doch hatten sie zum damaligen Zeitpunkt in Großbritannien noch einen ernstzunehmenden Konkurrenten. Doch nach Ende des Ersten Weltkrieges waren die Vereinigten Staaten zur uneingeschränkt herrschenden Hegemonialmacht in den Amerikas geworden, womit es unter anderem im Jahr 1920 möglich geworden war, britische Kräfte de facto aus Venezuela zu vertreiben, dem Land mit dem größten Erdölvorkommen der westlichen Hemisphäre. Die Zeit der Monroe-Doktrin beginnt somit in der Zwischenkriegszeit und unter Wilson. Der argentinische Autor Jose Ingenieros meinte im Jahr 1922 in diesem Zusammenhang bezüglich des zentralen Postulats der Doktrin: „Unter den herrschenden Schichten dieses großen Staates hat sich ein Drang nach Expansion und Eroberung zu einem solchen Grad herausentwickelt, dass das klassische „Amerika den Amerikanern“ heute „Amerika –

² Vgl. Williams (2012), S. 64 - 73.

³ Vgl. Rinke (2012), S. 26 – 27.

⁴ Zit. nach: Chomsky (1987), S. 68.

unser Lateinamerika – den Nordamerikanern“ bedeutet.“⁵

Die wahre Bedeutung und Absicht hinter der Monroe-Doktrin war auch unter Theodore Roosevelt besonders klar hervorgetreten. Roosevelt machte die Bereitschaft zur Intervention in einem Zusatz zu der Doktrin deutlich, der als „Roosevelt-Corollary“ bekannt wurde, und im Dezember 1904 verfasst wurde. Nachdem Präsident Roosevelt die Kontrolle über den Panama-Kanal erlangt hatte, erklärte er, unter welchen sehr allgemein definierten Umständen militärische Interventionen für legitim zu gelten hätten:

„Chronic wrongdoing, or an impotence which results in a general loosening of the ties of civilized society, may in America, as elsewhere, ultimately require intervention by some civilized nation, and in the Western Hemisphere the adherence of the United States to the Monroe Doctrine may force the United States, however reluctantly, in flagrant cases of such wrongdoing or impotence, to the exercise of an international police power.“⁶

Während in der Monroe-Doktrin an sich noch von der Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von europäischem Einfluss die Rede ist, stellt die Roosevelt-Corollary die Bedingung, dass Selbstbestimmung nur unter der Voraussetzung gewährleistet werden kann, dass das Land sich als imstande erweist, seine wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten in Ordnung zu halten, und fällige Schulden zu gebotener Frist abzubezahlen. Auf den Zusatz folgte ein erneutes Aufleben des in der Region praktizierten US-amerikanischen Imperialismus, und US-Interventionen sonder Zahl; allein unter Roosevelt etwa in Haiti, Nicaragua und der Dominikanischen Republik, im Verlauf des Jahrhunderts in praktisch sämtlichen lateinamerikanischen Ländern, wobei die gegen die kubanische Führung nach 1959 unternommenen Maßnahmen, und der maßgeblich von Seiten der USA unterstützte Putsch in Chile von 1973 die wohl bekanntesten Beispiele darstellen.

1.3. Der Neorealismus

Neorealismus – Prioritäten Macht und Sicherheit. Ausweitung der jeweiligen Einflussphäre (1) direkt durch eigene militärische Einwirkung, oder (2) durch Bündnisbildung mit

⁵ Zit. nach: Rinke (2012), S. 83.

⁶ Zit. nach: Muno/Brand (2014), S. 381.

„Klientenstaaten“ (El Salvador, Kolumbien) oder anderen Akteuren (Contra-Krieg in Nicaragua). Darunter fallen auch diplomatische Mittel: „Regime-change“ nach bekanntem Muster wird den genannten Prioritäten entsprechend gebilligt, anerkannt und nach Möglichkeit gefördert.

Die Theorie des Neorealismus nach Kenneth N. Waltz besagt, dass Staaten:

- In der internationalen Politik die wichtigsten Akteure darstellen.
- Ihre Ziele rational verfolgen.
- Die Funktion erfüllen, Sicherheit nach innen, wie auch nach außen zu schaffen (militärisch, ökonomisch oder gesellschaftlich).
- In einem Zustand internationaler Anarchie operieren.

Um angesichts der permanenten Ungewissheit über die Absichten und künftigen Handlungen der anderen Staaten ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, sind Staaten dazu gezwungen, international Macht anzuhäufen, und auszuüben. Ein Charakteristikum des anarchischen Systems internationaler Politik, ist die Herausbildung von Gegenmachtsystemen, mithilfe derer Staaten sich gegenseitig in der Expansion ihrer Machtbereiche beschränken, um dadurch wiederum die eigene Sicherheit zu erhöhen. In einem bipolaren System kommt es vermehrt zu Allianzen, da die übrigen Staaten gezwungen sind, gemäß der dominierenden Staaten zu agieren und zu reagieren.⁷

Im Falle Lateinamerikas und der Machtausübung durch die USA auf diese Region muss man von einem de facto unipolaren System sprechen, in dem die Vereinigten Staaten (zumindest in militärischer Hinsicht) ohne jede nennenswerte Konkurrenz ihren Interessen entsprechend vorgehen können. Zu der Zeit als die Monroe-Doktrin formuliert wurde, musste sich die US-Regierung diesbezüglich noch mit mehreren konkurrierenden Machtzentren auseinandersetzen, namentlich den europäischen Kolonialmächten, von denen die Doktrin eine Politik der Nichteinmischung fordert. Zu Allianzen beziehungsweise Bündnissen kommt es in dem unipolaren System, das spätestens seit Ende des Ersten Weltkriegs in der Region besteht nur insofern, als dass sich die Vereinigten Staaten zur Verfolgung ihrer Interessen oft mehr oder weniger abhängiger Klientelstaaten bedienen, beziehungsweise anderer zur Kooperation bereiter Elemente. Ein Beispiel für ersteres wäre die von den Vereinigten Staaten unterstützte nicaraguanische Somoza-Diktatur, die 1979 von den sandinistischen Rebellen gestürzt wurde, woraufhin die US-Regierung dazu überging, die paramilitärischen Contras in Nicaragua zu unterstützen, um die Regierung zu stürzen.

⁷ Vgl. Masala (2005), S. 41 - 76.

1.4. Regionale zwischenstaatliche Organisationen

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die im April 1948 in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá gegründet wurde, und ihren Sitz in Washington, D.C. hat. Die OAS war aus einer Reihe pan-amerikanischer Konferenzen, beginnend im Jahr 1889 hervorgegangen, welche in erster Linie von Seiten der USA initiiert worden waren. Die im Jahr 1948 von 21 Nationen unterzeichnete OAS-Charta definiert die Ziele der Organisation allgemein als die Förderung der Zusammenarbeit, des Friedens und der Gerechtigkeit auf dem Doppelkontinent, doch wurde die OAS in den darauffolgenden Jahrzehnten von den Vereinigten Staaten, welche traditionell für Rund die Hälfte des Budgets der Organisation aufkommen, als Instrument zum Zwecke der Bekämpfung missliebiger Regierungen im Kontext des Kalten Krieges eingesetzt. Als 1962 Kuba von jedweder Beteiligung im Rahmen der OAS ausgeschlossen wurde, geschah dies trotz der Stimmenthaltung von Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Chile und Mexiko, welche den Ausschluss als Verstoß gegen das Prinzip der Nichteinmischung auffassten, wie es in der OAS-Charta definiert ist. Ferner wurden zahlreiche Interventionen von Seiten der USA, wie etwa der Putsch gegen die chilenische Regierung im September 1973, wurden durch die OAS weder verhindert noch verurteilt. Im Jahr 2009 wurde der Ausschluss Kubas gegen den Widerstand der Vereinigten Staaten aufgehoben, wobei jedoch ein erneuter Beitritt des Landes von der kubanischen Regierung selbst abgelehnt wurde. Aktuell sind sämtliche 35 Staaten der westlichen Hemisphäre Mitglied der OAS.⁸

Der Gemeinsame Markt des Südens (Mercosur), wurde 1991 durch den Vertrag von Asuncion gegründet, welcher die Etablierung eines Binnenmarktes durch die schrittweise Beseitigung der bestehenden Handelshemmnisse zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten zum Ziel hat. Am 31 Juli 2012 kam zu den Gründerstaaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay nach einem im Jahr 2006 erfolgten formellen Beitritt Venezuela als fünftes Vollmitglied hinzu. Der Vertrag von Asuncion nennt die wirtschaftliche Integration des gesamten südamerikanischen Kontinents als das endgültige Ziel des Handelsbündnisses - ein Prozess der jedoch immer wieder durch Unschlüssigkeiten, etwa in Bezug auf eine etwaige Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches von Mercosur auf politische Angelegenheiten, ins Stocken geraten ist.⁹

⁸ Vgl. Council on Hemispheric Affairs (2013); Legler (2015), S. 311; Guardian (2009b); Offizielle Homepage der OAS.

⁹ Vgl. Klonsky/Hanson/Lee (2012); Romero (2012).

Die in zeitlicher Überschneidung auftauchenden, immer zahlreicher werdenden linksgerichteten Regierungen in Lateinamerika, und vor allem in Südamerika, und das Bestreben von Präsidenten wie Hugo Chávez oder Evo Morales, eine größere außenpolitische Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu erlangen (oft als die „zweite Unabhängigkeit“ Lateinamerikas bezeichnet) mündeten ab Mitte des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrtausends in der Gründung mehrerer wirtschaftlicher und politischer Bündnisse, welche eine engere Kooperation und Integration der beteiligten Staatengruppen ermöglichen sollten. Zu den wichtigsten dieser Organisationen zählen:

Die Bolivarianische Allianz für Amerika (ALBA) ist ein Bündnis, welches 2004 auf die Initiative von Hugo Chávez, mit dem Ziel, die soziale, politische und wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und der Karibik voranzutreiben gegründet wurde. ALBA wurde als Gegenmodell zu der durch die Vereinigten Staaten angeregten amerikanischen Freihandelszone („Free Trade of the Americas“) konzipiert, und zählt aktuell neben Venezuela Kuba, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen sowie St. Lucia zu seinen Mitgliedsstaaten.¹⁰

Die Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR) umfasst sämtliche der zwölf südamerikanischen Staaten und wurde durch die Unterzeichnung eines Gründungsvertrages im Mai 2008 in Brasilia, und die darauffolgende Ratifizierung aller Unterzeichnerstaaten bis 2010 etabliert. Der Gründungsprozess geht auf eine im Jahr 2004 von den Präsidenten der zwölf Länder in Cusco unterzeichnete Erklärung zurück, in welcher diese ihre Absicht erklärten, einen „politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, ökologisch und infrastrukturell integrierten südamerikanischen Raum“¹¹ zu schaffen.¹²

Die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), nahm ihre Arbeit am 3. Dezember 2011 auf, ist als Gegenmodell zu der als von Washington dominiert empfundenen OAS konzipiert, und wurde unter anderem durch den Versuch der Vereinigten Staaten angeregt, die OAS zur Unterstützung der durch einen Militärputsch im Jahr 2009 an die Macht gekommenen Regierung zu instrumentalisieren, und durch Obamas generelle Unterstützung des neuen Regimes. CELAC umfasst sämtliche unabhängigen Staaten der westlichen Hemisphäre mit Ausnahme

¹⁰ Vgl. Shifter (2011); Council on Hemispheric Affairs (2013); Encyclopaedia Britannica Online.

¹¹ Zit. nach: Cano Linares (2015), S. 55. [Übersetzung durch den Verfasser.]

¹² Vgl. Council on Hemispheric Affairs (2013); Cano Linares (2015), S. 49 – 55.

2. Die Präsidentschaft Jimmy Carters (20.01.1977 – 20.01.1981)

2.1. Die Machtübernahme der Sandinisten in Nicaragua

Mit dem Sturz des nicaraguanischen Präsidenten Anastasio Somoza Debayle fiel in Jimmy Carters Amtszeit ein sehr folgenschwerer „irregulärer“ Regierungswechsel in einem lateinamerikanischen Land. Der gestürzte Diktator war ein Sohn des ehemaligen Präsidenten Anastasio Somoza Garcia, des ersten Angehörigen des Somoza-Clans, welcher das Land seit 1936 de facto ununterbrochen, wenn auch oftmals nur indirekt durch ihre Macht über die Nationalgarde, autoritär regiert hatte. Die Dynastie war dabei, seitdem Somoza 1936 durch die USA als Befehlshaber über die Garde eingesetzt worden war, durchweg von Seiten der Vereinigten Staaten unterstützt worden.¹⁴ Als wichtigster Gegenspieler des Clans hatte sich die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (Frente Sandinista de Liberacion Nacional, kurz: FSLN) etabliert, eine linksgerichtete Guerillaorganisation die im Jahr 1961 gegründet worden war, und bereits einige Jahre vor Ausbruch der nicaraguanischen Revolution eine Reihe von aufsehenerregenden Achtungserfolgen erzielen konnte, beginnend mit der Geiselnahme des nicaraguanischen Außenministers, des Bürgermeisters der Hauptstadt Managuas, Somozas Schwagers und zahlreicher weiterer Festgäste auf einer Weihnachtsfeier im Jahr 1974, wodurch die Freilassung von vierzehn inhaftierten Sandinisten, die Auszahlung eines Lösegeldes in Höhe von einer Million US-Dollar sowie die Publikation einer Somoza und die US-amerikanische Außenpolitik anprangernden Schrift erreicht werden konnte. Der aufgrund dieser Tat von Somoza verhängte Ausnahmezustand wurde erst im September 1977 wieder aufgehoben. Eine ähnliche Operation gelang am 22 August 1978 mit der Erstürmung des Nationalpalastes und der Geiselnahme 1 500 darin befindlicher Personen. Die FSLN und einige Elemente der nicaraguanischen Geschäftswelt begannen kurz darauf mit der Planung eines offenen bewaffneten Aufstandes gegen Somoza, der bis September dazu führen sollte, dass unter spontaner Beteiligung breiter Bevölkerungsgruppen in bereits fünf Großstädten Kämpfe geführt wurden.¹⁵

¹³Vgl. New York Times (2011); Council on Hemispheric Affairs (2013); Latin American Perspectives (2011), S. 19; Munoz/Brand (2014), S. 389.

¹⁴Vgl. McSherry (2005), S. 25, 209.

¹⁵Vgl. Pastor (1987), S. 317, 39, 71, 73.

Somozas Nationalgarde kämpfte unerbittlich für das Überleben des Regimes; laut Robert Pastor, Lateinamerikaberater im National Security Council während der Carter-Administration, kämpften Somoza und die Nationalgarde „with the brutality a nation usually reserves for its enemy, not for its own people“¹⁶, benötigten aber dennoch fast einen Monat, um die Kontrolle über die Städte zurück zu gewinnen. Somoza, der für sein Vorgehen nun mehr und mehr in die Kritik geriet, versuchte sich und sein Regime als die einzige Alternative zu einer Machtübernahme der Kommunisten darzustellen, was jedoch angesichts der äußerst breiten gegen ihn gerichteten Opposition wenig glaubwürdig wirkte. Zudem bediente er sich auch in seinem Vorgehen gegen gemäßigte oppositionelle Elemente zunehmend autoritärer Maßnahmen, und verhaftete etwa innerhalb einer Woche 600 bis 800 Personen, darunter ungefähr 50 Anführer der moderaten politischen Opposition. Die Carter-Administration sah sich dadurch dazu veranlasst, ihre Strategie der Nichteinmischung in die aktuellen Vorgänge in Nicaragua zu überdenken.¹⁷

Da ein Verbleib Somozas als Präsident des Landes mehr und mehr fragwürdig erschien, begann man innerhalb der Carter-Administration verschiedene Szenarien der Kontinuität beziehungsweise des Machterhaltes durchzuspielen. Ungeachtet ihrer immer eklatanteren Menschenrechtsverstöße wurde dabei dem Erhalt von Somozas Nationalgarde, auch wenn sich dieser gezwungen sehe, das Land zu verlassen, oberste Priorität eingeräumt; die Garde wurde als wichtigste Barriere gegen einen militärischen Sieg der Sandinisten gesehen, den einzelne Mitglieder der Carter-Regierung auch mittels direkter US-amerikanischer Intervention zu verhindern erwogen. Aus diesem Grund entschied man sich dafür, die israelische Regierung nicht davon abzuhalten, Somoza Mitte November 1978 mit Waffen zu versorgen. Zudem zogen die Vereinigten Staaten in Erwägung, einem Vorschlag Somozas zu folgen, und eine Volksabstimmung über dessen Machterhalt zu unterstützen. Ein detaillierterer Vorschlag über den Verlauf der Abstimmung und eines etwaigen Machtwechsels wurde von einer Gruppe von Ländern, die zuvor durch die OAS zur Vermittlung in Nicaragua ermächtigt worden waren, Ende Dezember übermittelt, und von der Breiten Oppositionsfront (FAO), einem Zusammenschluss von sechzehn oppositionellen Gruppierungen, angenommen. Demzufolge sollte die Abstimmung im Februar 1979 unter internationaler Beobachtung stattfinden, und Somoza im Falle einer Niederlage zurücktreten und das Land verlassen. Der somozistische Kongress würde daraufhin einen Übergangspräsident ernennen, der im Amt bleiben würde, bis eine von der FAO dominierte Konzentrationsregierung, von welcher die Sandinisten ausgeschlossen wären, einen weiteren Interimspräsidenten ernennen würde. Im Mai 1981 sollte dieser wiederum durch einen neu gewählten Präsidenten abgelöst werden. Die

¹⁶ Zit. nach: Pastor (1987), S. 77.

¹⁷ Vgl. Pastor (1987), S. 77 – 78.

Nationalgarde sollte erhalten und neu organisiert werden. Der Plan spiegelte unter anderem den innerhalb der Carter-Regierung herrschenden Konsens wieder, dass die Wahrscheinlichkeit einer Machtübernahme durch die Sandinisten umso wahrscheinlicher wurde, je länger Somoza an der Macht blieb – Somoza wurde somit indirekt als Teil jener Bedrohung durch linksgerichtete oder „kommunistische“ lateinamerikanische Regierungen erachtet, welche die Vereinigten Staaten traditionell hintanzuhalten versuchte. General Dennis McAuliffe, Oberbefehlshaber des für Lateinamerika und die Karibik zuständigen United States Southern Command, der Somoza von dem Abstimmungsplan zu überzeugen versuchte, lobte die guten Beziehungen des US-amerikanischen Militärs zu Somoza und den Offizieren Nicaraguas, merkte jedoch an: „[...] your presence in Nicaragua is a symbolic thing and as long as you remain in Nicaragua, you will attract terrorists and violence...If you follow the plan suggested by the United States, the leftists and communists will not take over and we will have a moderate government [...] that does not have the name Somoza.“¹⁸ McAuliffe informierte Somoza auch darüber, dass die Vereinigten Staaten keinerlei Absicht hätten, eine Einigung zuzulassen, welche zu der Zerstörung der Nationalgarde führen würde.¹⁹

Am 19. Jänner 1979 wurden die Verhandlungen über die Volksabstimmung von Seiten der FAO abgebrochen, nachdem Somoza fortwährend versucht hatte, den Plan in einer Weise abzuändern, die es ihm ermöglicht hätte, den Ausgang der Abstimmung zu manipulieren. Am 8. Februar gab die Carter-Administration bekannt, dass sie US-amerikanisches Militärpersonal aus Nicaragua abziehen, ihr Botschaftspersonal von 82 auf 37 reduzieren, und die zuvor ausgesetzte Militärhilfe an Somoza einstellen werde – Maßnahmen die vor allem symbolischer Natur waren, war doch zu diesem Zeitpunkt bereits Israel Nicaraguas wichtigster Waffenlieferant; die Nationalgarde verfügte auch in Zukunft über zahlreiche weitere Quellen, wie etwa El Salvador, Guatemala, Honduras, Argentinien und Brasilien (allesamt Länder die vom Militär dominiert wurden). Kritiker der Carter-Administration drängten zu diesem Zeitpunkt erfolglos auf eine Unterstützung der USA für ein internationales Waffenembargo gegen Nicaragua, was von Carter jedoch nicht erwogen wurde. Nach den Revolten vom September schien die Nationalgarde nun wieder in der Lage zu sein, ihre Kontrolle über das Land zurückzugewinnen, und die US-amerikanischen Geheimdienste waren der Auffassung, dass sie einer weiteren Offensive der Sandinisten auf jeden Fall standhalten würde; der Direktor des CIA, Stansfield Turner, meinte etwa, dass Somoza die Zeit der Vermittlungsversuche genutzt habe, um die Nationalgarde zu stärken, und dass die FSLN an Unterstützung verloren habe, und sich nun auf einen längeren Kampf einstelle. Zwar lautete der Konsens, dass die Sandinisten

¹⁸Zit. nach: Sklar (1988), S. 20 – 21.

¹⁹Vgl. Pastor (1987), S. 86; Sklar (1988), S. 20 – 21; Blum (2004), S. 291.

früher oder später die Macht ergreifen würde, doch hielt Turner einen Sturz des Diktators vor 1981 für eher unwahrscheinlich. Der wachsenden Isolation Nicaraguas innerhalb der Region schloss sich die Carter-Administration auch nicht an, als der mexikanische Präsident Jose Lopez Portillo am 20. Mai mit der Begründung, dass Somozas Nationalgarde einen Völkermord begehe, die Beziehungen zu Nicaragua abbrach, und andere Regierungen dazu aufrief, es ihm gleichzutun. Costa Rica, das trotz einer anderslautenden Zusicherung an die Vereinigten Staaten, während der nächsten zwei Monate in Kooperation mit Kuba 30 000 Tonnen an Waffen an die Sandinisten lieferte, unterhielt bereits seit Ende 1978 keine diplomatischen Beziehungen mehr zu Nicaragua. Ebenfalls im Mai 1979 bewilligten die USA einen Kredit des Internationalen Währungsfonds an Nicaragua in der Höhe von 65,6 Millionen US-Dollar.²⁰

Am 29. Mai 1979 begannen die Sandinisten mit ihrer letzten Offensive. Somoza und die Nationalgarde reagierten auf die mit wachsendem Erfolg durchgeführten Operationen der Guerilla mit immer extremeren Gewaltexzessen, und schreckte auch nicht davor zurück, Wohngebiete, darunter Wohnviertel der Hauptstadt, in denen sie Unterstützer der Sandinisten vermutete, zu bombardieren, und ganze Ortschaften dem Erdboden gleichzumachen. Schätzungen zufolge beträgt die Zahl der zwischen Mitte 1977 bis Mitte 1979 Getöteten vierzig bis fünfzigtausend (bei einer Gesamtbevölkerung von damals unter drei Millionen), davon 80% Zivilisten; rund 500 000 Nicaraguaner wurden zu Flüchtlingen. Die israelische Regierung unternahm noch einen Versuch, den Sturz Somozas zu verhindern, und entsandte ein mit Waffen und Munition beladenes Schiff nach Nicaragua, das jedoch am 14. Juni auf Anordnung Carters angesichts der Gewalteskalation zur Umkehr gezwungen wurde. Wenige Tage später beschloss die Carter-Administration die Übermittlung eines Übergangsplans, welcher die Sandinisten von der Regierungsmacht ausschließen würde, doch am 17. Juli eroberten diese die Großstadt Leon, welche zur provisorischen Hauptstadt ernannt wurde, woraufhin Somoza das Land verließ. Am 20. Juli wurde die „Regierung des nationalen Wiederaufbaus“ angelobt.²¹

Bei all der Vorsicht und teilweisen Ambivalenz, welche die Reaktion der Carter-Administration auf die nicaraguanische Revolution erkennen lassen, bleibt doch eine Konstante bis zum endgültigen Sieg der Sandinisten bestehen: Das Bestreben Carters, die Nationalgarde, auch über einen Sturz Somozas hinaus, als militärische, gegen die Sandinisten gerichtete Kraft zu erhalten; ein Anliegen, das angesichts der zahlreichen gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche nicht erst seit Ausbruch der Revolution von der Garde begangen worden waren, kaum mit der hohen Priorität,

²⁰ Vgl. Pastor (1987), S. 318; Sklar (1988), S. 21, 24.

²¹ Vgl. Henighan (2014), S. 24; Pastor (1987), S. 195, 319.

welche die Carter-Administration ihrer Selbstdarstellung zufolge der Einhaltung menschenrechtlicher Grundsätze einräumte, vereinbar ist.²² Als ein Sieg der Sandinisten immer wahrscheinlicher wurde, versuchten die Vereinigten Staaten erfolglos, die OAS dazu zu bewegen, eine friedenserhaltende Streitkraft nach Nicaragua zu entsenden, welche letztlich nur den militärischen Fortschritten der Sandinisten im Weg gestanden hätte.²³ Mit Beginn der letzten Offensive der Aufständischen wurden geheime Treffen zwischen Offizieren aus CIA und U.S. Army anberaumt, auf welchen Pläne für den bewaffneten Widerstand gegen die Sandinisten nach Somozas Sturz erstellt wurden. Am 19 Juli 1979, dem Tag an dem die Revolution siegte, landete ein US-amerikanisches Düsenpassagierflugzeug, das illegalerweise mit falschen Rot-Kreuz-Markierungen versehen war, in Managua, um Befehlshaber der geschlagenen Nationalgarde zu evakuieren. In den nächsten Tagen wurde damit fortgefahren, die restlichen Offiziere der Garde nach Miami auszufliegen, wo diese sich neu organisierten, um ihren Kampf gegen die Sandinisten wieder aufnehmen zu können. Die Unterstützung des CIA ermöglichte es schließlich tausenden von ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde, sich in Trainingslagern unter anderem in Honduras, Guatemala, Argentinien und Florida ausbilden zu lassen. Inwiefern all dies der Carter-Administration bekannt war, oder von ihr bewilligt worden war, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Carters Position in Bezug auf die Sandinisten war in gewisser Hinsicht ambivalent, kann jedoch kaum als feindselig bezeichnet werden. Offiziell gab man sich konzilient und äußerte sich sogar lobend über das neue Regime. Carter zeigte sich sechs Wochen nach Somozas Sturz erfreut darüber, dass die Sandinisten für friedliche Verhältnisse sorgten, und trotz der langjährigen Unterstützung der Vereinigten Staaten für Somozas Regime mit den USA kooperierten. Der stellvertretende Außenminister für Angelegenheiten der Westlichen Hemisphäre, Viron Vaky, konstatierte im September 1979 vor dem US-amerikanischen Kongress:

„[The Nicaraguan government] has shown generally moderate pluralistic tendencies in its initial policies. It is not distinguishable Marxist in orientation, although Marxist figures are present in key positions. It has restrained reprisals, promulgated a decree guaranteeing individual rights, and has permitted an independent press and radio. It has promised free elections.“²⁴

Zudem bewilligte Carter am 12 September 1980 ein für Nicaragua bestimmtes und im Kongress

²²Vgl. Pastor (1987), S. 50 – 53.

²³Vgl. Blum (2004), S. 291.

²⁴ Zit. nach: Sklar (1988), S. 40.

umstrittenes Hilfspaket im Wert von 75 Millionen US-Dollar.²⁵ Die Regierung Carter arbeitete jedoch im Geheimen mit politischen Gruppierungen innerhalb Nicaraguas, welche der sandinistischen Regierung ablehnend gegenüber standen, während der CIA oppositionelle Gruppierungen aus Politik und Wirtschaft finanziell unterstützte.²⁶

2.2. Die Bürgerkriege in Guatemala und El Salvador

Neben den Ereignissen in Nicaragua fielen mit der Hochphase der beiden Bürgerkriege in Guatemala und El Salvador zwei weitere mit äußerster Brutalität ausgetragene Konflikte in die Amtszeit Carters und auch Reagans. In Guatemala begann nach dem als Betrug aufgefassten Wahlsieg von General Romeo Lucas Garcia im Jahr 1978 die Gewalt zu eskalieren. Die gewaltsamen Repressionsmaßnahmen der Regierung richteten sich dabei gegen nahezu sämtliche Gruppierungen der politischen Opposition – die beiden in der politischen Mitte zu verortenden reformistischen Parteien des Landes, jene der Sozialdemokraten und der Vereinten Revolutionären Front, nahmen 1979 ein Ende, nachdem deren jeweilige Parteichefs ermordet worden waren; nach dem Mord an 150 Mitarbeitern der Christdemokraten stellte auch diese Partei ihre Aktivitäten weitgehend ein. Zu den weiteren Zielen derartiger Anschläge zählten Universitätsprofessoren, Gewerkschaftschefs und Studentenführer. Die Brutalität der Armee und einiger Landbesitzer nahm in ländlichen Gebieten noch extremere Auswüchse an, wobei die guatemalteckische Armee ihr gewaltsames Vorgehen, welches sich vor allem auf Gebiete mit hohem indianischem Bevölkerungsanteil konzentrierte, als Kampf gegen kommunistische Aufständische zu rechtfertigen versuchte.²⁷ Dem US-amerikanischen Kongress gelang es, für das fiskalische Jahr 1978, die Erteilung weiterer Kredite an Guatemala für militärische Anschaffungen rechtlich zu unterbinden. Dies wurde von der Carter-Administration auch in den darauffolgenden Jahren, ohne eine vorhandene rechtliche Verpflichtung, fortgesetzt. In menschenrechtlicher Hinsicht begann sich die Situation in Guatemala während der Amtszeit Carters dennoch deutlich zu verschlechtern. Das guatemalteckische Militär konnte seinen Bedarf an Bewaffnung weiterhin decken, da militärische Unterstützungsleistungen, die von Seiten früherer US-amerikanischer Regierungen versprochen worden waren, unter Präsident Carter fortgesetzt wurden. Darüber hinaus wurde Guatemala in zunehmendem Maße von anderen Ländern unterstützt, darunter Israel, ein wichtiger Verbündeter

²⁵Vgl. Dumbrell (1993), S. 159 – 160; Sklar (1988), S. 41 – 42.

²⁶Vgl. MacMichael (2015), S. 475.

²⁷Vgl. Trudeau/Schultz (1986), S. 37.

der USA, welcher die guatemaltekische Armee nicht nur mit automatischen Schusswaffen in großer Zahl versorgte, sondern diese auch bei dem Bau der ersten Munitionsfabrik Zentralamerikas unterstützte.²⁸

Im Jahr 1979, also während der Carter-Administration, kam es in El Salvador zu einem Putsch, durchgeführt von relativ moderaten Schichten: Christdemokraten, Sozialisten und reformistisch eingestellten Militärs. Durch diesen Staatsstreich kam eine Junta an die Macht, die 1980 bereits durch einen Gegenputsch gestürzt wurde. Unter dem neuen Juntachef Jose Napoleon Duarte beging die salvadorianische Armee schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, die von 1980 an durch Militärhilfe von Seiten der USA unterstützt wurde. Bereits im Mai 1980 wurde ein erstes größeres Massaker an ungefähr 600 Menschen verübt, vor allem Bauern, die von Todesschwadronen und Soldaten ermordet wurden, als sie versuchten den Grenzfluss Rio Sumpul zu überqueren, um vor der Armee nach Honduras zu flüchten. Ab November des selben Jahres wurde die politische Opposition des Landes systematisch ermordet, unabhängige Medien wurden durch Mordanschläge auf Journalisten und Bombenanschläge auf Redaktionsräume und Radiosender ausgeschaltet. Im Februar 1980 wandte sich der im darauffolgenden Monat ermordete salvadorianische Erzbischof Oscar Romero in einem Brief an Präsident Carter, in dem er diesen darum bat, seine militärische Unterstützung für das Regime in El Salvador einzustellen, da diese „die Ungerechtigkeit im Land vergrößern wird und die Unterdrückung der Volksorganisationen, die um die Anerkennung der fundamentalsten Menschenrechte kämpfen, verschärfen wird“²⁹. Das Menschenrechtsbüro der Diözese San Salvador verzeichnete für das Jahr 1980 8062 politisch motivierte Morde die im Rahmen von durch das Oberkommando der Streitkräfte koordinierten Operationen von Armee, Sicherheitskräften und paramilitärischen Organisationen begangen worden waren. Carter setzte seine Militärhilfe dessen ungeachtet fort. Eine von Carters letzten Amtshandlungen im Januar 1981 bestand in der Entsendung von Beratern und 10 Millionen US-Dollar an militärischer Unterstützung für El Salvador.³⁰

²⁸Vgl. Trudeau/Schoultz (1986), S. 43 – 44.

²⁹Zit. nach: Chomsky (1987), S. 113.

³⁰Vgl. Chomsky (1987), S. 22, 116 – 117; Blum (2004), S. 356 – 357.

3. Die Präsidentschaft Ronald Reagans (20.01.1981 – 20.01.1989)

3.1. Der Contra-Krieg in Nicaragua

Mit Ronald Reagans Amtsantritt im Jänner 1981 ging die Regierungsmacht auf eine Gruppe von Republikanern über, welche Carters Vorgehen gegen die Sandinisten, der die nicaraguanische Opposition mit immerhin einer Million US-Dollar unterstützt hatte, als unzureichende Strategie gegen eine Regierung ansahen, deren schiere Existenz sie als Bedrohung der US-amerikanischen Hegemonie in der Westlichen Hemisphäre ansahen. Das Einvernehmen mit der FSLN zu finden war dementsprechend von Beginn an ausgeschlossen. Man entschied sich stattdessen, Nicaragua zum Anlass zu nehmen, um ein Zeichen im Sinne der Reagan-Doktrin zu setzen, in welcher die Regierung ihre Bereitschaft erklärte, als kommunistisch wahrgenommene Regierungen der Dritten Welt mittels der Unterstützung bewaffneter anti-kommunistischer Gruppierungen aus dem Inland nach Möglichkeit zu schwächen und zu Fall zu bringen.³¹ Die zu diesem Zweck gegen die Regierung Nicaraguas unterstützte Stellvertreterarmee wurde bald als „Contras“ bekannt, und setzte sich zu Beginn in erster Linie aus ehemaligen Mitgliedern von Somozas Nationalgarde oder anderen Kollaborateuren des Regimes zusammen, das 1979 von den Sandinisten gestürzt worden war; ihre Führerschaft sollte diese Zusammensetzung beibehalten, so waren etwa im Sommer des Jahres 1984 immer noch 46 der 48 contra commandantes ehemalige Mitglieder der Nationalgarde. Während und nach der Revolution begannen sich diese in ihrem Exil an der honduranischen Grenze, und unter der Leitung somozistischer Offiziere und mit Hilfe von Seiten der argentinischen Militärdiktatur neu zu organisieren; ab 1979, kurz nach dem Sturz Somozas leistete das salvadorianische Regime Unterstützung, die Vereinigten Staaten übernahmen 1981 die Aufsicht.³² Die Grundlage für die in weiterer Folge stark ausgebaute Zusammenarbeit mit den Contras wurde bereits am 9 März 1981 gelegt, als Reagan, nur zweieinhalb Wochen nach seinem Amtsantritt, seinen ersten Befund über Zentralamerika an den Kongress übermittelte, wodurch schließlich der CIA damit beauftragt wurde, verdeckte Operationen in dieser Region durchzuführen. Die verdeckte Unterstützung der Carter-Administration für als „moderat“ bezeichnete, und gegen die Sandinisten tätige Elemente, wurde durch einen Betrag von 19,5 Millionen US-Dollar, der dem CIA nun zu diesem Zweck zur Verfügung stand, beträchtlich ausgeweitet. Von Bedeutung ist hier jedoch vor allem die Einbeziehung, neben Akteuren aus Presse, Politik und Wirtschaft, eines Programms, welches dazu dienen sollte, Waffen abzufangen, mit denen Nicaragua laut der Reagan-

³¹Vgl. Kornbluh (1987), S. 21 – 22.

³²Vgl. Chomsky (1985), S. 13, 128.

Administration linksgerichtete Guerillas in El Salvador, Guatemala und Honduras versorgte. Der CIA begann daraufhin mit einigen im Exil lebenden nicaraguanischen Gruppierungen, die den Sandinisten feindlich gegenüber standen, und mehreren lateinamerikanischen Regierungen, in erster Linie Honduras und Argentinien zusammenzuarbeiten. Im Mai ließ man den Contras über Mitarbeiter des argentinischen militärischen Geheimdienstes 50 000 US-Dollar zukommen, die als Anreiz dienen sollten, sich zu einer geschlossenen Gruppierung von Anti-Sandinisten zu vereinen.³³ Am 23 November 1981 unterschrieb Reagan die National Security Decision Directive 17, wodurch der CIA dazu ermächtigt wurde, eine paramilitärische Truppe von 500 Mann aufzubauen, mit Regierungen der Region zu kooperieren und eine breite Front gegen die Sandinisten zu etablieren. In einem zweiten Befund schilderte der Präsident die geplanten Operationen dem Kongress als wenig umfangreich; auch der Direktor des CIA, William Casey versicherte den entsprechenden Kongressausschüssen, dass die paramilitärische Truppe quantitativ begrenzt, dass keine US-Amerikaner involviert, und dass die primären Ziele kubanische Strukturen in Nicaragua sowie die Versorgungslinie für Waffen an die salvadorianischen Guerilla sein würden.³⁴

Hatten kleine isolierte Gruppen von ehemaligen Nationalgardisten zuvor schon sporadische und ineffektive Operationen durchgeführt, die sich auf die Grenzregion beschränkt hatten, so ermöglichte diese Unterstützung mittels der Bereitstellung von Ausrüstung, Geldern und US-amerikanischem Personal nun eine beträchtliche Steigerung von Häufigkeit und Zerstörungskraft der durch die Contras durchgeführten Angriffe. Nach einem ersten großen Angriff am 14 März 1982, bei dem zwei sehr wichtige Brücken in Provinzen nahe Honduras gesprengt worden waren, der einer inoffiziellen Kriegserklärung gleichkam, erklärte die Regierung Nicaraguas den Notstand und mobilisierte Truppen entlang der Grenze zu Honduras. Eine Reaktion dieser Art war von Seiten der Vereinigten Staaten erhofft und beabsichtigt worden; wie ein ehemaliger Analyst des CIA erklärte, erwarteten die Planer der Behörde, die Attacken der Contras würden „[...] provoke border attacks by Nicaraguan forces and thus serve to demonstrate Nicaragua's aggressive nature [...]“³⁵. Die Sandinisten würden sich dadurch isolieren und womöglich eine internationale Reaktion auslösen; zudem könnten etwaige repressive Maßnahmen der Regierung innerhalb Nicaraguas ihren Rückhalt innerhalb der eigenen Bevölkerung schwächen. Den selben Effekt sollten im Übrigen auch Mobilisierungsbestrebungen haben, deren Kosten sich negativ auf die bislang äußerst wirksamen Sozialprogramme der Sandinisten auswirken würden.³⁶

³³Vgl. Sklar (1988), S. 71; Kornbluh (1987), S. 24.

³⁴Vgl. Sharpe (1988), S. 25; Kornbluh (1987), S. 24.

³⁵Zit. nach: Kornbluh (1987), S. 23.

³⁶Vgl. Kornbluh (1987), S. 23 – 25; Chomsky (1985), S. 129.

Im Sinne einer beabsichtigten Militarisierung Nicaraguas betrachtete die Reagan-Administration die von ihr ergriffenen Maßnahmen als erfolgreich. Deren Ausmaß und Destruktivität ließen der Regierung in Managua keine andere Wahl, als gewaltsamen Widerstand zu leisten; innerhalb der hundert Tage von 14 März bis 21 Juni 1982 wurden in Nicaragua von Seiten der Contras 106 Operationen durchgeführt. Diese umfassten in dieser ersten Phase des Stellvertreterkrieges in erster Linie: Sabotageakte an Brücken und Treibstofftanks, Angriffe auf kleine Militärpatrouillen, Mordanschläge auf sandinistische Soldaten und Regierungsmitglieder, sowie Brandanschläge auf Regierungsgebäude.³⁷

Nachdem sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien ab April 1982 aufgrund des Falklandkrieges verschlechtert hatten, und innerhalb der Contra-Führung auftretende Spaltungen zu einem wachsenden Problem geworden waren, sah sich die Reagan-Administration gezwungen, auf ihre Mittelsmänner aus dem argentinischen Militärgeheimdienst zu verzichten, und durch mehrere Dutzend Personen an militärischem, in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa stationiertem Personal unmittelbar Kontrolle auf die Contras auszuüben. Eine kleinere Gruppe von US-amerikanischen Planern begann nun die Aufsicht zu führen, und die administrativen, logistischen und taktischen Aspekte des Krieges zu regeln. Die zuvor eher unorganisierten und unterversorgten Guerilla-Truppen wurden nun, auch die Bereitstellung von Lastkraftwagen, Flugzeuge, automatischen Waffen und Artillerie, in eine weitgehend vereinte schlagkräftige paramilitärische Armee umgewandelt, die in praktisch jeder Hinsicht von den Vereinigten Staaten abhängig war, und deren Führungspositionen den Vorgaben der USA entsprechend besetzt wurden. Ein Jahr nachdem Reagan die erwähnte Direktive 17 unterschrieben hatte, umfasste das ursprünglich auf 500 Personen veranschlagte Einsatzteam bereits 4000 Personen. Im Juli 1983 wurde der Kongress durch den CIA darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Contras 10 000 Personen umfassten, und weiter im Wachsen begriffen seien.³⁸

Zwar stellte die Reagan-Administration ihr Vorgehen gegen Nicaragua öffentlich als den Versuch dar, die Sandinisten durch anhaltende Druckausübung zu einem Einstellen des von ihr behaupteten Exports der nicaraguanischen Revolution in andere Länder zu bewegen, doch stellten die Operationen der von Washington als solche bezeichneten „Freedom Fighters“ nichts anderes als eine lange Reihe massiver Menschenrechtsverletzungen dar. Laut dem nicaraguanischen Gesundheitsministerium waren bis Ende 1985 3 652 Zivilisten getötet, 4 039 verwundet, und 5 232 während Überfällen und Angriffen der Contras entführt worden. Der ehemalige CIA-Direktor

³⁷Vgl. Kornbluh (1987), S. 25.

³⁸Vgl. Kornbluh (1987), S. 25 – 26.

Stansfield Turner erklärte in seiner Aussage vor dem Kongress im April 1985, die Handlungen der Contra „have to be characterized as terrorism, as State-supported terrorism.“³⁹ Die Contras wurden von Seiten der Vereinigten Staaten angewiesen, „weiche Ziele“ anzugreifen, wie General John Galvin des für Lateinamerika zuständigen Southern Command erklärte, darunter etwa Schulen und Gesundheitszentren, wobei etwa Horacio Arce, ein Contra-Anführer, vor der Presse erklärte, dass dadurch erreicht werden sollte, dass die Regierung keine Sozialleistungen für die Bauern bereitstellen, und ihr Projekt nicht umsetzen konnte.⁴⁰ Handbücher, die der CIA in Nicaragua verbreitete, empfahlen explizit die Anwendung von Maßnahmen, welche das normale Funktionieren der nicaraguanischen Gesellschaft beeinträchtigen sollten; ein Handbuch mit dem Titel „Handbuch des Freiheitskampfes“ das nach einem Contra-Angriff in der Stadt Ocotal gefunden wurde, enthielt Anleitungen zur Brandstiftung und zur Herstellung von Molotowcocktails um Polizeistationen und Treibstoffdepots in Brand zu setzen. Zweihundert Ausgaben eines weiteren vom CIA verfassten Handbuches über psychologische Kriegsführung, mit dem Titel „Psychologische Operationen im Guerillakrieg“ wurde für Ausbildungszwecke an die Contra verteilt. In dieser neunzigseitigen Broschüre wurden extremere Formen der Gewaltanwendung empfohlen, wie etwa Mordanschläge an Zivilisten. Gewaltakte dieser Art sollten zudem in einer Weise gesetzt werden, welche einer Beförderung der eigenen politischen Ziele dient.⁴¹

Das erklärte Ziel, in der nicaraguanischen Bevölkerung durch als solche bezeichnete „bewaffnete Propaganda“ auch politisch Fuß zu fassen, konnte, im Gegensatz zur Tötung sandinistischer und gänzlich unbeteiligter Zivilisten in großer Zahl, zu keinem Zeitpunkt erreicht werden; der mangelnde Rückhalt in der Bevölkerung erlaubte ihnen zudem nicht, sich als Guerilla-Armee im traditionellen Sinn des Wortes zu etablieren. Als die Contras erstmals im Dezember 1982, und einige weitere Male im darauffolgenden Jahr versuchten, durch koordinierte Angriffe auf Dörfer im Norden Nicaraguas eine „befreite Zone“ einzurichten, die von einer provisorischen Regierung kontrolliert werden sollte, scheiterten sie ausnahmslos bei ihrem Versuch, signifikante Unterstützung von Seiten der Bevölkerung zu erlangen, und wurden schließlich, durch das Sandinistische Volksheer zurück nach Honduras getrieben. Beim CIA lösten diese Fehlschläge große Sorge bezüglich der Schlagkräftigkeit der Contra aus, und führte in den Worten des hochrangigen CIA-Planers Duane Clarridge zu der Einsicht, dass „if [the contras] can't really do things that hurt, it's got to be worked out another way.“⁴²

³⁹Zit. nach: Sklar (1988), S. 177.

⁴⁰Vgl. Chomsky (1992), S. 315 – 316.

⁴¹Vgl. Kornbluh (1987), S. 28.

⁴²Zit. nach: Kornbluh (1987), S. 28.

Das Vorgehen der Contras begann nun zudem, Widerstand im US-amerikanischen Kongress hervorzurufen, was im Dezember 1982 zum einstimmigen Beschluss des sogenannten Boland-Amendments führte, welches der Regierung untersagte, Maßnahmen zum Zwecke des Sturzes der nicaraguanischen Regierung zu unterstützen. Dem Kongress, dem die US-amerikanischen Operationen in und um Nicaragua zuvor als Programm dargestellt worden waren, um Waffenlieferungen von Nicaragua nach El Salvador abzufangen, wurde von nun an und bis 1985 von Reagan versichert, dass man nicht an einem Sturz der Sandinisten arbeite, womit der Contra-Krieg fortgesetzt werden konnte. Gemäß der neuen Darstellung, welche ab Ende 1982 kommuniziert wurde, sollten die Angriffe der Bestrafung Nicaraguas dienen, da dessen Regierung salvadorianische Guerillas unterstütze. Im Jahr 1983 wurde durch den Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses ein Verbot des Einsatzes jedweder finanzieller Mittel zur Unterstützung der Contras beschlossen. Dessen Äquivalent im durch die Republikaner kontrollierten Senat beschränkten stimmte lediglich einer Beschränkung der Contra-Hilfen auf 24 Millionen US-Dollar für das Fiskaljahr 1984 zu.⁴³

Wie vom CIA bereits in einem strategischen Entwurf von November 1981 angedeutet worden war, begannen die USA sich nun auch direkt am Krieg gegen Nicaragua zu beteiligen; allein zwischen September 1983 und April 1984 unternahm der CIA zweiundzwanzig Angriffe auf für das tägliche Leben wesentliche Anlagen und Einrichtungen, und führte Operationen durch, deren Umsetzung man für zu anspruchsvoll hielt, um sie den Contras zu überlassen, wie etwa neben dem Bombardement nicaraguanischer Ziele die Sabotage von Hafenanlagen und Platzierung von Minen. Zum Zweck der Geheimhaltung wurde den Contras aufgetragen, sich öffentlich zu Taten dieser Art zu bekennen. Um diese direkte Beteiligung der Vereinigten Staaten zu verschleiern wurden zudem Personen aus El Salvador, Honduras, Chile, Argentinien, Ecuador und Bolivien in unkonventioneller Kriegsführung geschult, und ebenfalls für Sabotageakte innerhalb Nicaraguas eingesetzt, die so durchgeführt werden sollten, das sie fälschlicherweise den Contras zugeschrieben werden würden. Auch hierbei handelte es sich um zivile Ziele wie Häfen, Raffinerien, Bote oder Brücken.⁴⁴

Die Contras wurden auch angewiesen, sich zu der Verminung der größeren nicaraguanischen Häfen zu bekennen, die von Reagan autorisiert worden war, und die in den ersten drei Monaten des Jahres 1984 von lateinamerikanischen Kommandotruppen vorgenommen wurden, die von CIA-Schiffen aus operierten. Die damit beabsichtigte Abschreckung von Handelsschiffen und ein damit

⁴³Vgl. Kenworthy (1987), S. 168; LeoGrande (1987), S. 204 – 205; Sharpe (1988), S. 25 – 26.

⁴⁴Vgl. Kornbluh (1987), S. 29.

zwangsläufig einhergehender Schaden für die angeschlagene Wirtschaft Nicaraguas konnte nicht erzielt werden, wenn auch bis Anfang April zehn solcher Schiffe, aus Nicaragua, Japan, den Niederlanden, Liberia, Panama und der Sowjetunion beschädigt wurden; an der Verminung der nicaraguanischen Häfen entzündete sich zudem eine Kontroverse sowohl international als auch innerhalb der Vereinigten Staaten, einschließlich der Republikanischen Partei. Weltweit wurde den Vereinigten Staaten von verbündeten Staaten eklatanter Völkerrechtsbruch vorgeworfen und beide Kammern des US-amerikanischen Kongresses verabschiedeten überparteiliche, die Verminung verurteilende Resolutionen, denen sich auch überzeugte republikanische Unterstützer der Contras anschlossen.⁴⁵ War das aggressive Vorgehen der Reagan-Administration gegen die Sandinisten bis dahin von Seiten des Kongresses bis zu einem gewissen Grad geduldet worden, so stellte der Gesinnungswandel des Kongresses, dessen Weigerung, weitere Unterstützungen für die Contras zu bewilligen nun evident wurde, einen diesbezüglichen Wendepunkt dar. Im Oktober 1985 wurde von den Geheimdienstausschüssen beider Kammern des Kongresses eine abgeänderte Version des Boland-Amendment zugestimmt, welche eine Umgehung durch die Reagan-Regierung unmöglich machen sollte:

„During the fiscal year 1985, no funds available to the Central Intelligence Agency, the Department of Defense, or any other agency or entity of the United States involved in intelligence activities may be obligated or expended for the purpose or which would have the effect of supporting, directly or indirectly, military or paramilitary operations in Nicaragua by any nation, group, organization, movement or individual.“⁴⁶

Die Unterstützungsleistungen für die Contras sollten ferner nach Februar 1985 nur durch Beschluss beider Kammern des Kongresses wieder aufgenommen werden können.⁴⁷

Um weiterhin gegen die sandinistische Regierung vorgehen zu können, musste die Regierung Reagan ab 1984 eine andere Strategie verfolgen. Zu diesem Zweck wurden erstens Anstrengungen unternommen, um Drittstaaten, darunter etwa Saudi Arabien, Israel, Brunei und Guatemala, zur Unterstützung der Contras zu bewegen.⁴⁸

Zweitens bewilligte Reagan einen Plan des National Security Council um ein Netzwerk aufzubauen, dass, im Falle einer Weigerung des Kongresses, eine Beteiligung der USA am Contra-Krieg weiter zu unterstützen, in der Lage sein würde, die Contras mit finanziellen Mitteln, Waffen

⁴⁵ Vgl. Kornbluh (1987), S. 30 – 31.

⁴⁶ Zit. nach: Sharpe (1988), S. 26.

⁴⁷ Vgl. Sharpe (1988), S. 26.

⁴⁸ Vgl. Wines (1989); Woodward/Oberdorfer (1987).

und der entsprechenden Ausbildung in hinreichendem Umfang zu versorgen. Oliver North, ein hochrangiger Offizier der US-amerikanischen Streitkräfte, und Stabsmitarbeiter des National Security Council, kam durch den Plan die Aufgabe zu, durch die Zusammenarbeit mit Mittelspersonen die militärische Schlagkraft der Contras auch weiterhin zu gewährleisten. Am 10 Oktober 1984, als der Kongress die Unterstützung der Contras aussetzte, waren die inoffiziellen Netzwerke und Verbindungen mittels derer diese fortgesetzt werden konnten bereits vollständig etabliert. Unter Umgehung der durch den Kongress geschaffenen neuen Rechtslage, welche jede direkte oder indirekte Hilfestellung durch Mitarbeiter des US-amerikanischen Geheimdienstes untersagte, leiteten North, der stellvertretende Außenminister Elliott Abrams, und der Direktor der CIA-Taskforce für Zentralamerika, Alan Fiers, ein als „Project Democracy“ bezeichnetes Unternehmen, in dessen Rahmen hunderte Tonnen an Granaten, Sprengstoff, Schusswaffen und Munition in Portugal gekauft und nach Zentralamerika transportiert wurden; ermöglicht wurde dies durch ein äußerst komplexes Geflecht aus international verstreuten Bankkonten, Scheinunternehmen, Waffenhändlern und Reedereien, das durch verdeckt operierende ehemalige Mitarbeiter des Pentagon und des CIA gehandhabt wurde.⁴⁹

Eine weitere Schlüsselfigur für die verdeckt fortgesetzte Contra-Unterstützung war der ehemalige General John K. Singlaub, der, zusammen mit einer Vielzahl privater rechtsgerichteter Akteure und Organisationen, die sich nach dem durch den Kongress beschlossenen Verbot an einer regelrechten Kampagne zur Finanzierung der Contras beteiligten, eng mit North zusammenarbeitete und laut eigener Aussage von Ende 1984 in der Lage war, zu diesem Zweck 500 000 US-Dollar pro Monat aufzubringen. Als Vorsitzender der World Anti-Communist League und in Zusammenarbeit mit North war er zudem in der Lage, Gelder aus asiatischen Ländern aufzubringen; er stellte darüber hinaus Trainingspersonal zur Verfügung, bei dem es sich um ehemalige Mitarbeiter aus Militär und CIA handelte, welche jene Lücke schließen sollte, die sich gebildet hatte, nachdem CIA-Agenten die Kooperation mit den Contras verboten worden war. Durch Singlaubs Arbeit, und die Beteiligung mehrerer Drittstaaten, an die sich die Reagan-Administration gewandt hatte erhielten die Contras bis 1987 über 50 Millionen US-Dollar an Unterstützung. Durch die Abzweigung von Geldern aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran konnten bis zum Herbst 1986 zusätzliche 10 bis 30 Millionen US-Dollar aufgebracht werden, welche die Regierung Reagan verwendete, um der Contra-Armee über die beschriebenen Netzwerke an die 2000 Tonnen an Waffen zukommen zu lassen. Auch die für die Versorgung der Contras benötigten Anschaffungen wie etwa Frachtflugzeuge, Schiffe, und andere Gerätschaften und Einrichtungen, wurden mit diesen Geldern

⁴⁹Vgl. Sklar (1988), S. 230 – 235; Sharpe (1988), S. 26 – 27.

bezahlt. Auf Anordnung der US-Regierung agierende Mannschaften setzten 1986 in dutzenden verdeckten Operationen Munition, Schusswaffen und anderes Kriegsgerät auf dem Luftweg entlang der nördlichen und südlichen Grenze Nicaraguas ab, von wo diese durch Schmuggler weitergeleitet werden konnten. Diese Versorgungsoperationen wurden durch in Zentralamerika tätige Mitarbeiter von CIA und Pentagon und US-amerikanische Botschafter vor Ort unterstützt. Dieses vom National Security Council betriebene Programm wurde erst im Oktober 1986 eingestellt, nachdem eines der Versorgungsflugzeuge durch die sandinistischen Truppen abgeschossen worden war.⁵⁰

Das durch die Reagan-Administration etablierte Versorgungsnetzwerk ermöglichte den Contras den Kauf neuer Waffen, die Rekrutierung zusätzlicher Kämpfer und dadurch die Durchführung vereinzelter aber nicht unerheblicher Angriffe innerhalb Nicaraguas. Die US-Regierung gewann dadurch auch Zeit, um in Washington für die Unterstützung der Contra-Armee zu werben, nachdem im April 1985 Reagans Vorschlag, 14 Millionen US-Dollar an militärischer Unterstützung zu leisten, im US-amerikanischen Kongress mit knappem Votum abgelehnt worden war. Nachdem der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega jedoch im Mai nach Moskau gereist, und mit Hilfe der Vereinigten Staaten der Dachverband der Vereinigten Nicaraguanischen Opposition ins Leben gerufen worden war, der fortan an zivile Fassade der Contra-Armee fungierte, änderte sich die Meinungslage im Kongress soweit, dass im Juni die Bewilligung von 27 Millionen US-Dollar an nicht-tödlicher Unterstützung erzielt werden konnte. Durch den Beschluss war es dem CIA weiterhin verboten, sich an dem Krieg in Nicaragua zu beteiligen, mit Ausnahme der Bereitstellung von geheimdienstlichen Informationen, deren Kosten jedoch dem Kongress bekannt gemacht werden mussten. Die bewilligte Versorgung der Contras mit Kleidung, Nahrung, Medizin und Fahrzeugen wurde durch eine eigens dafür geschaffene Agentur, das Nicaraguan Humanitarian Assistance Office (NHAO) bewerkstelligt.⁵¹ Das Unternehmen, das vom NHAO mit einem Großteil der neuen Transporte beauftragt wurde, wurde durch Mitglieder des beschriebenen geheimen Versorgungsnetzwerkes kontrolliert; deren Versorgungsflugzeuge wurden nach Erreichen der Region durch US-amerikanische Agenten für den illegalen Abwurf von Schusswaffen und Munition benutzt. Der Verdacht, dass die dem NHAO zur Verfügung gestellten Gelder missbraucht wurden, führte zu Spannungen zwischen der Reagan-Administration und dem US-amerikanischen Kongress. Im Dezember weigerte sich der NHAO auf Anfrage um Offenlegung ihrer Ausgaben zunächst gar zu kooperieren. Im weiteren Verlauf stellte sich heraus, dass die Buchführung des NHAO über die nichtmilitärische Contra-Hilfe nicht wirklichkeitsgetreu war. Bis 1986 stellte sich durch diverse Untersuchungen und Anhörungen heraus, dass 1,5 Millionen US-Dollar an NHAO-Geldern an das

⁵⁰Vgl. Kornbluh (1987), S. 30 – 33.

⁵¹Vgl. Hamilton/Inouye (1987), S. 402; Terry (2002), S. 89.

honduranische Militär geflossen, und dass über sechs Millionen Dollar in Konten auf den Cayman Islands, Miami und Panama verschwunden waren. Mit zusätzlichen Problemen sah sich die Reagan-Administration ab 1986 konfrontiert, als verschiedene Berichte die Contras des Kokainhandels zu bezichtigen begannen. Die Contras, die bis 1986 insgesamt über 130 Millionen US-Dollar erhalten hatten, erwiesen sich zudem mehr und mehr als korrupte Armee, der es an interner Disziplin und auch an militärischer Schlagkraft ermangelte. Reagan gab die Zahl ihrer Kämpfer mit 20 000 an, doch von Seiten der Contras selbst wurde jedoch zugegeben, dass ihre Armee mittlerweile lediglich 12 000 Personen umfasste, die bis auf wenige Ausnahmen durch die überlegene sandinistische Armee nach Honduras zurückgedrängt worden waren. Auch war sich die Reagan-Administration zu jedem Zeitpunkt darüber im Klaren, dass es sich bei den Contras keineswegs um eine Guerilla-Armee im eigentlichen Sinn handelte, da ihr Fortbestehen in höchstem Maße von ausländischer Unterstützung abhängig war, und sie sich nicht aus dem Land selbst erhalten konnte, wie dies bei einer in der Bevölkerung verwurzelten Guerilla-Armee der Fall gewesen wäre. Doch die Contras verfügten trotz ihrer zivil-politischen Fassade weder über eine politische Infrastruktur innerhalb Nicaraguas, noch über ein politisches Programm oder eine klare politische Botschaft.⁵²

Aufgrund der anhaltenden Aggression von Seiten der Contras und im weiteren Sinne der Vereinigten Staaten, beschloss die sandinistische Regierung Nicaraguas sich an den Internationalen Gerichtshof zu wenden, der Nicaragua in einer im Stimmverhältnis zwölf zu drei gefällten Entscheidung vom 27. Juni 1986 recht gab, und konstatierte in seinem Urteil zu dem Fall „Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America)“ die Vereinigten Staaten hätten sowohl das Völkerrecht, als auch den 1956 von den beiden Ländern vereinbarten Friedensvertrag verletzt, und zwar durch „training, arming, equipping, financing and supplying the contra forces or otherwise encouraging, supporting and aiding military and paramilitary activities in and against Nicaragua.“⁵³ Die Vereinigten Staaten, so der Gerichtshof, „has acted against the Republic of Nicaragua, in breach of its obligation under customary international law not to intervene in the affairs of another State.“⁵⁴ Der Gerichtshof forderte die Vereinigten Staaten dazu auf, diese völkerrechtlichen Aktivitäten einzustellen, und Reparationszahlungen in Höhe von 17,8 Milliarden US-Dollar zu leisten.⁵⁵ Die Richter verurteilten zudem und im besonderen die zahlreichen Überflüge des nicaraguanischen Luftraums, Angriffe auf Hafenanlagen, die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch den CIA im Jahr 1984, die Verbreitung der erwähnten

⁵²Vgl. Chomsky/Macedo (2004), S.176; Kornbluh (1987), S. 34.

⁵³Zit. nach: Internationaler Gerichtshof (1986).

⁵⁴Zit. nach: Internationaler Gerichtshof (1986).

⁵⁵Vgl. Weber (2006), S. 35.

Handbücher über psychologische Kriegsführung im Jahr 1983, wodurch die USA die Contra-Kräfte zu Verstößen gegen allgemeine menschenrechtliche Prinzipien angeregt hätten, und das über Nicaragua verhängte Handelsembargo. Die Erklärung der Reagan-Administration, man habe lediglich in kollektiver Selbstverteidigung gehandelt, wurde in der Entscheidung abgelehnt. Die Vereinigten Staaten hatten, seitdem sich die sandinistische Regierung im April 1984 an den Internationalen Gerichtshof gewandt hatte, die Position vertreten, dass sich der Krieg in Nicaragua außerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Gerichtshofes befinden würde, weshalb sie dessen Entscheidung ignorierte, keinerlei Reparationszahlungen leistete, und kurz darauf sogar ihre Unterstützung für die Contras erhöhte. Die Vereinigten Staaten legten daraufhin ihr Veto gegen zwei Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO ein, welche die Gültigkeit des Beschlusses des Internationalen Gerichtshofes feststellten, und dessen Umsetzung forderten. Mehrere Resolutionen der UNO-Generalversammlung, welche die Unterstützung der Contra-Armee durch die USA, sowie das Embargo gegen Nicaragua verurteilten, wurden, obwohl jeweils eine überwältigende Mehrheit der Staaten dafür gestimmt hatten, von den USA ignoriert. Über eine Resolution, welche zur Umsetzung des Gerichtshofbeschlusses aufforderte, wurde in der Generalversammlung im Verhältnis 94 zu 3 abgestimmt – nur die USA, Israel und El Salvador hatten dagegen gestimmt.⁵⁶

Am 26 Juni 1986 beugte sich der US-amerikanische Kongress dem immensen Druck, der im Vorfeld durch die Reagan-Administration ausgeübt worden war, und bewilligte 100 Millionen US-Dollar an beliebig einsetzbaren Hilfsgeldern für die Contra-Armee, sowie eine Aufhebung sämtlicher zuvor beschlossener Einschränkungen bezüglich einer Beteiligung des CIA. Die Regierung begann daraufhin sofort mit der Umsetzung eines umfassenden Kriegsplanes um die Schlagkraft der Contras wiederherzustellen, und weitere Angriffe sowohl auf dem Land als auch in Großstädten durchzuführen, darunter die Hauptstadt Managua. Um dies effizienter bewerkstelligen zu können sollten zudem neue Contra-Basen auf kleinen Inseln im Atlantik vor der Küste Nicaraguas etabliert, und Contra-Kämpfer auf US-amerikanischen Militärbasen in speziellen Kampftechniken ausgebildet werden. Auch begann sich der CIA nun wieder direkt an dem Krieg in Nicaragua zu beteiligen. Wie im November des selben Jahres bekannt wurde, hatten zudem seit 1985 Mitarbeiter der US-amerikanischen Regierung – die Hauptverantwortung wurde im Nachhinein Oliver North, einem Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates zugeordnet - einen Teil der Erlöse aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran abgezweigt, um damit, unter Verstoß gegen die diesbezüglichen Kongressbeschlüsse, die Contras zu unterstützen. Laut einem im November 1987 veröffentlichten Bericht des Kongresses betrug die hierfür eingesetzte Summe mindestens 3.8

⁵⁶Vgl. Rosenne (1989), S. 35 – 36; Chomsky (1992), S. 199; Chomsky (2008), S. 339; Scott/Carter/Drury (2014), S. 185; Internationaler Gerichtshof (1986).

Millionen US-Dollar – verglichen mit den erwähnten, der Umgehung des Boland-Amendments dienenden Unterstützungsleistungen von Seiten der Regierungen der USA und anderer Länder sowie des CIA und US-amerikanischer Einzelpersonen handelte es sich also um keine signifikante Summe. Reagan selbst konnte seine Darstellung, er habe von den Abzweigungen keinerlei Kenntnis gehabt, glaubhaft genug vermitteln, um vom US-amerikanischen Kongress nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Bezüglich der Umgehung des Boland-Amendments über Drittländer und private Geldgeber vertrat die Regierung den Standpunkt, dass dieses Gesetz nicht die dem Präsidenten durch die Verfassung verliehenen außenpolitischen Vollmachten hätte einschränken können.⁵⁷

3.2. Die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe

Die Vereinigten Staaten setzten sich auch auf diplomatischer Ebene dafür ein, dass die Bedingungen, die eine fortgesetzte Unterstützung der Contras, und somit eine Verhinderung des normalen Funktionierens der Regierung Nicaraguas ermöglichten, weiter bestehen blieben. Nachdem erste Versuche von in erster Linie US-amerikanischer, nicaraguanischer und mexikanischer Seite, ein Verständnis zwischen den USA und Nicaragua herzustellen gescheitert waren, wandten sich am 7 September 1982 die Präsidenten Venezuelas und Mexikos in einer gemeinsamen Erklärung an Präsident Reagan, in der sie diesem von ihrer Sorge über die Entwicklungen in Zentralamerika berichteten, die ihrer Ansicht nach die gesamte Region in einen Konflikt stürzen könnten, und die Vereinigten Staaten zu einer Einstellung ihrer Unterstützung für ehemalige Mitglieder von Somozas Nationalgarde aufriefen.⁵⁸ Die Erklärung regte darüber hinaus an, die Spannungen in der Region durch gemeinsames Vorgehen zu reduzieren. Die Reagan-Administration benötigte beinahe einen vollen Monat, um auf die Erklärung zu reagieren, ignorierte in ihrer Antwort deren Inhalt zur Gänze, und legte ihren Standpunkt dar, dass eine Lösung für die Probleme Zentralamerikas darin bestehen müsse, „democratic pluralism within nation“⁵⁹ zu erreichen. Einige Regierungen Lateinamerikas gelangten dadurch zu der Auffassung, dass es einer rein lateinamerikanischen Initiative bedürfe, um der Krise adäquat begegnen zu können, weshalb es, vor allem auf Drängen des kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancur, am achten und neunten Januar 1983 auf der panamaischen Insel Contadora zum Treffen der Außenminister Kolumbiens,

⁵⁷Vgl. Kornbluh (1987), S. 34 – 35; Sklar (1988), S. 337 – 342; Kempster (1987); De Lama (1987).

⁵⁸Vgl. Goodfellow (1987), S. 148.

⁵⁹Zit. nach: Moreno (1994), S. 57.

Mexikos, Panamas und Venezuelas kam, die sich in einer gemeinsamen Erklärung an sämtliche Regierungen Zentralamerikas wandten, und diese zu einer diplomatischen Beilegung ihrer Konflikte aufriefen. Der Text beinhaltete zudem eine indirekte Kritik an der Rolle der Vereinigten Staaten, und kam zu dem Schluss, dass jede direkte oder indirekte Einmischung und sämtliche andere Aktivitäten, welche zu einer Verschlimmerung der Konflikte beitrügen, umgehend eingestellt werden müssten. Auch sollten die Probleme der Region nicht im Kontext des Kalten Krieges interpretiert werden, was eine Lösungsfindung erschweren würde. In weiterer Folge versuchten die Contadora-Länder die Regierung Nicaraguas, welche zuerst bilaterale Gespräche mit den USA vorzog, und einen Nichtangriffspakt mit Honduras vorschlug, zu einer Beteiligung am Friedensprozess zu bewegen. Im Juli 1983 unterzeichneten die vier Contadora-Präsidenten auf einem Gipfeltreffen in Cancun eine Erklärung, mit der die Beteiligung Nicaraguas erzielt werden sollte; gefordert wurde darin die Unterzeichnung von zehn bindenden Abkommen, welche unter anderem die Zusage zu einer Beendigung feindseliger Aktivitäten und Abrüstungserklärungen beinhalten sollten. Die Erklärung von Cancun wurde von Seiten Nicaraguas enthusiastisch als großer Fortschritt begrüßt, und bewegte die sandinistische Regierung dazu, ihre Bereitschaft zu multilateralen Verhandlungen zu verlautbaren. Sie verfassten darüber hinaus einen eigenen, sechs Punkte umfassenden Friedensplan, der vor allem ein Ende der US-amerikanischen Militärpräsenz in der Region, und der Contra-Unterstützung zum Inhalt hatte. Die Regierung Nicaraguas rief darin auch dazu auf, jedwede Unterstützung für die beiden Konfliktparteien in El Salvador aus dem Ausland auf, sowie für paramilitärische Kräfte in der gesamten Region einzustellen, plädierte für einen Nichtangriffspakt zwischen Nicaragua und Honduras, und enthielt das Versprechen, sich nicht in die internen Angelegenheiten anderer zentralamerikanischer Staaten einzumischen. Auch wurde auf ein Ende dessen gedrängt, was die sandinistische Führung als ökonomische Diskriminierung bezeichnete, also die von den Vereinigten Staaten über Nicaragua verhängten Wirtschaftssanktionen. Die Reagan-Administration und ihre zentralamerikanischen Verbündeten begrüßten die Erklärung von Cancun als wichtigen Beitrag, forderten jedoch darüber hinaus die Demokratisierung der zentralamerikanischen Gesellschaften als unerlässlichen Teil des Friedensprozesses. Honduras forderte in einem alternativen Plan, der die Zustimmung Guatemalas, El Salvadors und Costa Ricas fand, ebenfalls die Demokratisierung der Region, welche die Grundvoraussetzung für Stabilität und Frieden sei. Die Contadora-Länder sahen sich daraufhin gezwungen, die Forderung nach Demokratisierung in den von ihnen initiierten Friedensprozess miteinzubeziehen. Auf dem vierten Contadora-Treffen auf Ministerebene wurde in Panama-Stadt ein Dokument unterzeichnet, in dem die Länder Zentralamerikas dazu aufgefordert wurden, Maßnahmen zu ergreifen, die der Etablierung demokratischer, repräsentativer und pluralistischer Systeme und Verhältnisse dienen sollten. Dies war Bestandteil des „Dokumentes der

Zielsetzungen“, das am 9 September 1983 von den vier Contadora-Ländern verabschiedet wurde, und allgemein zur Befriedung der Region und zu einer Politik der Nichteinmischung aufrief.⁶⁰ Nach einigen weiteren Treffen präsentierten die Contadora-Außenminister am 7 September 1984 in Panama-Stadt schließlich die „Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Zentralamerika“⁶¹ präsentiert, der weitgehend auf dem Dokument der Zielsetzungen beruhte, und umfangreiche Überprüfungsmaßnahmen vorsah, um etwaigen Verstößen nachzugehen. Von US-amerikanischer Seite wurden die Anstrengungen und Vorschläge der Contadora-Gruppe lange Zeit stark begrüßt, und als alternativlose Grundlage für den Frieden in Zentralamerika behandelt. Im Juni 1984 erklärte Reagan vor dem Kongress, dass die Unterstützung für die Contras fortgesetzt werden müsse, da die Regierung Nicaraguas einer Einigung auf Basis der Contadora-Richtlinien ohne hinreichende Druckausübung nicht zustimmen werden würde. Diplomaten der US-Regierung verurteilten Nicaragua für ihre Blockadehaltung gegen eine Lösung, welche die Reagan-Administration unterstützte. Mitte September 1984 sandte der US-amerikanische Außenminister George Shultz während eines Treffens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jedem der anwesenden Außenminister ein Telegramm, in dem er darum bat, keine Wirtschaftshilfe an Nicaragua zu leisten, da deren Regierung sich weigere, das Contadora-Friedensabkommen zu unterzeichnen. Den neuen Vertragsentwurf vom 7 September rühmte Shultz als „wichtigen Schritt vorwärts“⁶², und machte Nicaragua zum Vorwurf, zentrale Bestandteile des Planes, darunter bindende Verpflichtungen zu Demokratisierung und Abrüstung, abgelehnt zu haben. Zwei Wochen darauf überraschte Daniel Ortega das State Department mit einem Brief an die Regierungen der Contadora-Länder, in dem er als erstes zentralamerikanisches Staatsoberhaupt zusagte, das Abkommen vom 7 September zu unterzeichnen, und auch seine Zustimmung Nicaraguas zu den von Shultz erwähnten Abschnitten erklärte.⁶³ Die Reagan-Administration reagierte auf diesen unerwarteten Schritt mit einer Kehrtwende, und bezeichnete das Abkommen nun als „unbefriedigend“ und „einseitig“; auch drängte man verbündete Staaten dazu, das Abkommen nun abzulehnen: unmittelbar nach Ortegas Zusage wurden Beratungen mit den Regierungen Costa Ricas, Honduras' und El Salvadors anberaumt, welche daraufhin auf weiteren Überarbeitungen des Textes bestanden. Einen Monat später stellte der National Security Council in einem internen Memorandum fest: „We have effectively blocked Contadora group efforts to impose the second draft of the Revised Contadora Act.“ Ein weiteres Memorandum berichtet vom Erfolg der US-amerikanischen Bemühungen, eine Initiative Mexikos und Nicaraguas, eine Unterzeichnung des

⁶⁰Vgl. Moreno (1994), S. 59 – 60.

⁶¹Vgl. Winkner (1986), S. 524.

⁶²Zit. nach: Chomsky (1988), S. 134. [Übersetzung durch den Verfasser.]

⁶³Vgl. Chomsky (1988), S. 134.

Abkommens zu erzielen, vereitelt zu haben. Offiziell vertrat man hingegen weiterhin den Standpunkt, dass den Contadora-Verhandlungen zum Erfolg verholfen werden müsse. Zudem fand diese Kehrtwende vor der Abstimmung durch den US-amerikanischen Kongress statt, durch welche weitere Hilfe für die Contra-Armee bewilligt wurde, deren Notwendigkeit Reagan wie erwähnt damit begründet hatte, dass eine Annahme der Contadora-Richtlinien durch Nicaragua ansonsten nicht erreicht werden könne.⁶⁴

Die Contadora-Außenminister unternahmen am 12 September 1985 einen weiteren Versuch, eine Einigung zu erzielen, und stellten einen Vertragsentwurf aus, der sich aus jenem Entwurf, den zu unterschreiben Ortega sich bereit erklärt hatte, und einem späteren Entwurf der Außenminister Honduras', El Salvadors und Costa Ricas zusammensetzte. In diesem neuen Entwurf wurde den Vereinigten Staaten gestattet, über einen gewissen Zeitraum in Zentralamerika gemeinsame Manöver mit verbündeten Staaten abzuhalten; eine Konzession die gewährt wurde, um den Friedensprozess weiter fortsetzen zu können. Am 11 November begründete Ortega seine Ablehnung dieses neuen Entwurfes, von dessen 117 Klauseln 100 seine Zustimmung fanden, mit den darin enthaltenen umfassenden Abrüstungsbestimmungen und dem Zugeständnis an die USA, in der Region Manöver abhalten zu können. Ortega machte zudem die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes zwischen Nicaragua und den Vereinigten Staaten zur Bedingung für seine Unterzeichnung eines neuen Contadora-Abkommens; es sei nicht möglich, eine Lösung für den Konflikt zu finden, solange die Vereinigten Staaten nicht ihre gegen die Regierung Nicaraguas gerichteten Maßnahmen einstellten, denn: „The interventionist and aggressive policy of the United States government is playing the central role in the Central American crisis.“⁶⁵ Der Contadora-Prozess wurde daraufhin über ein halbes Jahr ausgesetzt, um den Amtsantritt neuer Präsidenten in Guatemala, Honduras und Costa Rica abzuwarten.⁶⁶

Die Verhandlungen wurden wieder in Gang gebracht, als die vier Regierungen der Contadora-Unterstützungsgruppe (bestehend aus Brasilien, Argentinien, Peru und Uruguay) im Jänner 1986 ihre „Botschaft von Frieden, Sicherheit und Demokratie in Zentralamerika“ ausstellten, die im Wesentlichen eine Zusammenfassung des Contadora-Entwurfes darstellte, den Ortega im September 1984 akzeptiert hatte, und ein Ende der Contra-Unterstützung forderte, sowie eine Beilegung jener Uneinigkeiten, die dem erfolgreichen Abschluss des von den Contadora-Ländern initiierten Friedensprozesses noch im Wege standen. Der guatemaltekeische Präsident Vinicio Cerezo schaffte

⁶⁴Vgl. Goodfellow (1987), S. 149 – 150; Chomsky (1988), S. 134 – 135.

⁶⁵ Zit. nach: Moreno (1994), S. 69.

⁶⁶Vgl. Goodfellow (1987), S. 149 – 150; Moreno (1994), S. 69.

es drei Tage darauf, die übrigen zentralamerikanischen Präsidenten dazu zu bewegen, der neuen Erklärung ihre Unterstützung zu geben, womit beinahe sämtliche Länder Lateinamerikas die Vereinigten Staaten dazu aufforderten ihre Unterstützung für die Contras aufzugeben. Auf einem Treffen der Contadora- sowie der zentralamerikanischen Länder im April in Panama-Stadt gerieten die Verhandlungen ins Stocken, als El Salvador, Honduras und Costa Rica darauf bestanden, die Contra-Unterstützung als innenpolitische Angelegenheit der USA zu behandeln, auf welche die aktuellen Verhandlungen keinen Einfluss nehmen könnten, und Nicaragua darauf beharrte, die Verhandlungen nur unter Miteinbeziehung einer diesbezüglichen Verurteilung fortzusetzen. Weitere Anstrengungen scheiterten an der Weigerung Nicaraguas, angesichts der fortwährenden militärischen Ambitionen der Reagan-Administration abzurufen. Der peruanische Präsident Alan Garcia verteidigte die Haltung der Regierung Nicaraguas angesichts der Bestrebungen der Reagan-Administration, Waffen im Wert von 100 Millionen US-Dollar in Gebiete zu liefern, wo regierungsfeindliche Kräfte operieren.⁶⁷

Am 6 Juni 1986 übermittelte die Contadora-Gruppe einen dritten Vertragsentwurf, der einen Kompromiss bezüglich der Findung eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses in Zentralamerika zu finden versuchte. Auch ein Ende der Contra-Unterstützung, die Schließung fremdländischer Militärbasen und ein Abzug sämtlicher Militärberater wären an eine Unterzeichnung gebunden gewesen. Am 20 Juni gab die Regierung Nicaraguas bekannt, man werde das neue Abkommen akzeptieren, ohne jedoch von einer Unterzeichnung zu sprechen. Die Reagan-Administration begann nun, mehr oder weniger offen ihre Ablehnung des Contadora-Friedensprozesses zu äußern, und eine Beilegung des Konfliktes von der Verwirklichung „wahrer“ Demokratie in Nicaragua abhängig zu machen; oder wie Reagan sich am 24 Juni 1986 ausdrückte: „What we will not support is a paper agreement that sells out the Nicaraguan people's right to be free.“⁶⁸ Nicaraguas Unterstützung des neuen Vertragsentwurfes bezeichnete die US-Regierung als offensichtlichen Propagandazug, der einen Fehlschlag Reagans bei dessen Anfrage um weitere Contra-Unterstützung zum Ziel habe. Auch Honduras und El Salvador, zwei Länder deren innenpolitisch dominantes Militär stark abhängig war von jährlicher US-amerikanischer Militärhilfe in Millionenhöhe, gaben daraufhin ebenfalls ihre Ablehnung bekannt. Am 25 Juni bewilligte das Repräsentantenhaus 100 Millionen US-Dollar an militärischer Unterstützung für die Contras, und am 13 August tat es ihm der Senat gleich, womit ein Ende des Krieges abermals in weite Ferne gerückt war.⁶⁹ Dass die Reagan-Administration ihre Unterzeichnung eines Friedensvertrages von einer

⁶⁷Vgl. Goodfellow (1987), S. 152 – 153.

⁶⁸Zit. nach: Goodfellow (1987), S. 154.

⁶⁹Vgl. New York Times (1990); Goodfellow (1987), S. 154 – 155.

Demokratisierung Nicaraguas abhängig machte, ist vor allem deshalb aussagekräftig, weil in Nicaragua bereits im Jahr 1984 demokratische Wahlen abgehalten worden waren. Diese von annähernd 400 unabhängigen internationalen Wahlbeobachtern überprüften Wahlen wurden im Allgemeinen als frei und fair beurteilt und endeten mit einem sehr deutlichen Sieg sowohl des amts habenden Präsidenten Ortega, als auch der sandinistischen Partei.⁷⁰

3.3. Esquipulas-Friedensprozess

Nachdem der durch die Contadora-Gruppe angestoßene Friedensprozess vor allem am Widerstand der Reagan-Administration und deren Verbündeter gescheitert war, entstand von Seiten einiger zentralamerikanischer Länder der Entschluss, die Initiative für das Verfassen eines neuen Friedensplanes zu ergreifen, und einen neuen Verhandlungsprozess einzuleiten. Ende 1986 begann der Übergang vom Contadora- zum Esquipulas-Friedensprozess, als die beiden Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der OAS der Contadora-Gruppe ihre Hilfe bei der Findung einer Lösung anboten. Die acht Außenminister der Rio-Gruppe, die sich aus den Contadora-Ländern und der Contadora-Unterstützungsgruppe zusammensetzte, begaben sich daraufhin zusammen mit den beiden Generalsekretären von 19 bis 20 Jänner 1987 auf eine Rundreise durch die Hauptstädte Zentralamerikas. Dies legte nicht nur den Grundstein für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und den Ländern Zentralamerikas, es irritierte auch die zu diesem Zeitpunkt mit der Iran-Contra-Affäre beschäftigte Reagan-Administration, die sich im zentralamerikanischen Friedensprozess mit einem Mal an den Rand gedrängt sah. Im August 1987 wurde auf einem in Esquipulas (Guatemala) abgehaltenen Treffen der Präsidenten Zentralamerikas ein Entwurf eines Friedensvertrages diskutiert, den der costa-ricanische Präsident Oscar Arias Sanchez einige Monate zuvor verfasst hatte. Das Treffen führte am 7 August schließlich zu der Unterzeichnung des als „Esquipulas II“ bezeichneten Abkommens über das „Verfahren zur Herstellung eines festen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika“, das sich aus einer Reihe vertrauensbildender Maßnahmen zusammensetzen sollte; diese umfassten unter anderem Waffenstillstände, Demokratisierung, und eine Beendigung jedweder Unterstützung für irreguläre bewaffnete Kräfte, inklusive der Bereitstellung von Territorium zur Durchführung von Angriffen auf andere Staaten. Das Abkommen beinhaltete darüber hinaus einen Zeitplan für dessen Umsetzung, der spezifische Schritte vier verschiedenen Zeiträumen zuordnete, sowie die

⁷⁰Vgl. BBC News (1984); Chomsky (1992), S. 298.

Etablierung einer internationalen Verifizierungskommission, welche die Einhaltung der Verpflichtungen überwachen sollte.⁷¹

Die Vereinigten Staaten reagierten auf die Unterzeichnung dieses Vertrages mit einer Steigerung ihrer Unterstützung für die Contra-Armee, und also einer weiteren Eskalation des Krieges in Nicaragua. Auf einem Treffen der OAS-Staaten im November 1987 verurteilte Präsident Ortega den starken Anstieg der Zahl der von der Regierung registrierten Versorgungsflüge, seitdem diese durch die Esquipulas-Verträge explizit verboten worden waren. Ortega sprach dabei von 140 registrierten Versorgungsflügen seit August. Der ebenfalls anwesende Contra-Anführer Adolfo Calero tat diese Zahl als viel zu niedrig ab. Der nicaraguanische UNO-Botschafter Nora Astorga berichtete wenige Tage später von insgesamt 275 illegalen Versorgungs- und Überwachungsflügen, die zwischen 7 August und 3 November registriert worden seien. Im Jänner 1988 folgte die Unterzeichnung einer deutlich abgeschwächten Version der Esquipulas-Verträge, doch auch dieses als „Esquipulas III“ bezeichnete Abkommen konnte die Vereinigten Staaten nicht dazu bewegen, ihren Stellvertreterkrieg einzustellen. Anfang 1988 begab sich die sandinistische Regierung in Verhandlungen mit den Contras, die am 23 März zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens führten, das lediglich humanitäre Hilfe gestattete, über die zudem weitere Verhandlungen geführt werden müssten, die zudem nicht dem Inhalt von Esquipulas II widersprechen, und nur der Reintegration der Contras in das Zivilleben dienen dürften. Der Verstoß gegen dieses Abkommen wurde vom US-amerikanischen Kongress mit überwältigender Mehrheit bewilligt, als eine Fortsetzung der Contra-Unterstützung mittels eines neuen Hilfspakets im Wert von 47,9 Millionen US-Dollar beschlossen wurde. Diese als solche bezeichnete „Humanitäre Unterstützung“ sollte ausschließlich der Contra-Armee zugute kommen, und diese auf honduranischem oder nicaraguanischem Boden erreichen. Hierbei wurde unter anderem die Kritik des OAS-Generalsekretärs Joao Clemente Baena Soares außer acht gelassen, der dies als klaren Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen bezeichnete.⁷²

3.4. Die Unterstützung der Regime in El Salvador und Guatemala durch die USA

Die offiziellen Begründungen der Reagan-Administration für ihr anhaltendes Bestreben, die Contra-Armee in ihrem Vorgehen gegen die Sandinisten zu unterstützen, welche neben der behaupteten,

⁷¹Vgl. Atkins (1997), S. 60 – 61; Stedman (2002), S. 357 – 359.

⁷²Vgl. Chomsky (1989), S. 310 u. 132 – 133.

und durch den Internationalen Gerichtshof widerlegten Unterstützung Nicaraguas für die Guerilla in El Salvador auch den laut der US-Regierung autoritären und undemokratischen Charakter der sandinistischen Regierung beinhalteten, sind auch anhand zweier weiterer zentralamerikanischer Bürgerkriege zu beurteilen, in denen die Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft Reagans eine wichtige Rolle spielten. Das brutale Vorgehen der salvadorianischen Armee und mit ihr kooperierender paramilitärischer Gruppen gegen die eigene Bevölkerung, welches bereits im vorigen Kapitel geschildert wurde, kostete zwischen Oktober 1979 und Ende 1983 38 000 Zivilisten das Leben. Während besonders gewalttätiger Phasen, wurden 300 bis 500 Menschen pro Woche getötet; Phasen relativer Ruhe, wie etwa die letzten Monate des Jahres 1983, forderten an die 120 Menschenleben pro Woche. Bis 1985 waren 750 000 Menschen (15% der Bevölkerung) außer Landes geflohen, weitere 500 000 (10% der Bevölkerung) wurden obdachlos oder innerhalb El Salvadors vertrieben. Die Reagan-Administration, welche mit ihrer ökonomischen und militärischen Unterstützung für das de facto regierende Militär einen schnellen Sieg gegen die linksgerichteten Guerilla herbeiführen wollte, sprach fälschlicherweise von unabhängig von Armee und Regierung operierenden Todesschwadronen, welche sie für die Gräueltaten verantwortlich machte, obwohl laut salvadorianischen Menschenrechtsorganisationen die Mehrzahl der Opfer durch die Armee getötet worden war. Americas Watch, ein Ableger der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, bezeichnete diese Verbrechen im Jahr 1984 als von der Armee bewusst gewählte Maßnahme zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität, die keineswegs eine Folge des Kampfes gegen die Guerillas sei.⁷³

Einen wohl noch extremeren Fall stellt Guatemala dar, in dem bereits seit Jahrzehnten Bürgerkrieg herrschte. Reagan zeigte sich bereits kurz nach seinem Amtsantritt gewillt, die Beziehungen zur Regierung Guatemalas trotz unzähliger dokumentierter Gräueltaten zu verbessern, und verursachte einen Konflikt mit dem US-amerikanischen Kongress, als er Militärfahrzeuge im Wert von 3.1 Millionen US-Dollar an Guatemala verkaufte. Im April 1982 verkündete die Regierung ein Ende des Limits von Waffenverkäufen an Guatemala und belieferte Guatemala mit Ersatzteilen für Helikopter im Wert von 4 Millionen US-Dollar. Nachdem der Kongress sich 1983 geweigert hatte, der Bitte der Regierung um Bewilligung von militärischer und ökonomischer Hilfe für Guatemala nachzukommen, wurde diese im Jahr 1984 wieder aufgenommen. Im Jahr 1985 bewilligte der Kongress 40.1 Millionen US-Dollar an Entwicklungshilfe, und 300 000 US-Dollar für militärische Ausbildungszwecke.⁷⁴ Im März 1982 wurde Efraín Ríos Montt als Präsident vereidigt. Nach einem Treffen mit Präsident Reagan im Dezember 1982 bescheinigte dieser ihm, er sei „totally committed

⁷³Vgl. Diskin/Sharpe (1986), S. 67 – 68, 86; Sullivan/Jordan (2004).

⁷⁴Vgl. Trudeau/Schultz (1986), S. 44 – 45.

to democracy“⁷⁵, über den zu Unrecht schlecht geredet werde („bum rap“) ⁷⁶. Im Oktober beschloss die Regierung Reagan, die von Carter begonnene Politik, multilaterale Entwicklungskredite an Guatemala abzulehnen, zu beenden, weil sich die menschenrechtliche Bilanz der Regierung Montt laut offizieller Begründung verbessert hätte. Montt hatte zuvor im guatemaltekischen Fernsehen die Verhängung des Belagerungszustandes verkündet, „[...] sodass wir legal töten konnten.“⁷⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatte Montts Regierung bereits 3 – 8 000 Menschen getötet und 200 000 vertrieben. 2013 wurde Rios Montt wegen des Mordes an rund 2 000 guatemaltekischen Ureinwohnern zwischen 1982 und 1983 wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 80 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde später aufgrund verfahrenstechnischer Fehler aufgehoben.⁷⁸ Im Rahmen dieser zeitgleichen Vorgänge sind Aussagen wie jene des Sprechers des Weißen Hauses, Larry Speakes, zu beurteilen, der im Februar 1986 auf die Frage, ob es das Ziel der Reagan-Administration sei, die Regierung in Nicaragua zu stürzen, antwortete: „Yes, to be absolutely frank.“⁷⁹ Speakes fügte dem noch hinzu, dass der Sturz der Sandinisten nicht notwendig wäre, würden diese wieder den demokratischen Prinzipien entsprechen, für die sie ursprünglich eingetreten waren.⁸⁰

4. Die Präsidentschaft George H.W. Bushs (20.01.1989 – 20.01.1993)

4.1. „Operation Just Cause“

Im Jahr 1989 begann sich durch den Fall der Berliner Mauer, und den beginnenden Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Ostblocks eine drastische Neuordnung der geopolitischen Gemengelage, auch in Bezug auf die Westliche Hemisphäre einzustellen. Hatte die potentielle sowjetische Bedrohung in Gestalt linksgerichteter Regierungen während des Kalten Krieges noch als offizieller beziehungsweise interpretierter Beweggrund fungiert, um ein oftmals gewaltsames Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen souveräne lateinamerikanische Staaten zu legitimieren, so mussten, nachdem die Präsidenten der USA sowie der Sowjetunion im Dezember 1989 den Kalten Krieg offiziell für beendet erklärt hatten, allfällig auftretende Konflikte fortan in

⁷⁵Zit. nach: Chomsky (1985), S. 31.

⁷⁶Zit. nach: Chomsky (1985), S. 31.

⁷⁷Zit. nach: Chomsky (1985), S. 31. [Übersetzung durch den Verfasser.]

⁷⁸Vgl. Trudeau/Schultz (1986), S. 44; Chomsky (1985), S. 31; Guardian (2015b).

⁷⁹Zit. nach: Sklar (1988), S. 308.

⁸⁰Vgl. Sklar (1988), S. 308; Clift (1986).

einem anderen Kontext betrachtet werden. Elliott Abrams, Assistant Secretary of State for Western Hemisphere Affairs während Reagans zweiter Amtszeit, stellte bereits im Dezember 1988 fest, der Bedeutungsverlust der Sowjetunion „makes military power more useful as a United States foreign policy instrument ... against those who contemplate challenging important American interests“⁸¹. George H. W. Bush gab mehrere Gründe für die am 20. Dezember 1989 gestartete, als „Operation Just Cause“ bezeichnete Invasion Panamas an. Zum ersten hätte es laut Bush in den Monaten davor hunderte Übergriffe und andere Fälle von aggressivem Verhalten gegen in Panama befindliche US-Amerikaner durch panamanische Soldaten gegeben (Bush sprach wörtlich von „harassment and abuse“⁸²). Zweitens sähen sich die USA der panamaischen Demokratie verpflichtet, weshalb sie gegen den machthabenden Diktator Manuel Noriega vorgehen müssten, dem vorgeworfen wurde, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom Mai des vergangenen Jahres manipuliert zu haben, als sich eine Niederlage des von den Vereinigten Staaten unterstützten Oppositionskandidaten Guillermo Endara abzuzeichnen begann. Ein dritter Grund, der von Bush angegeben wurde, war, dass Noriega den USA den Krieg erklärt hatte. Bush bezog sich damit auf eine Rede Noriegas vom 15. Dezember, in der dieser jedoch den Vereinigten Staaten vorwarf, kriegerisch gegen Panama vorgegangen zu sein, und die Souveränität und territoriale Integrität Panamas verletzt zu haben. Noriega bezog sich damit unter anderem auf die halbherzige Unterstützung eines gegen ihn gerichteten Putschversuches durch die USA am 3. Oktober 1989.⁸³ Die panamaische Nationalversammlung bezog in ihrer am selben Tag verabschiedeten Resolution den selben Standpunkt, und erklärte die Republik für über die Dauer der US-amerikanischen Aggression im Krieg befindlich. Ein vierter von Bush angegebener Grund war der Vorwurf, dass Noriega in den Drogenhandel verwickelt sei. Tatsächlich war dies während vergangener Jahrzehnte, als Noriega vom CIA für seine Kooperation finanziell entlohnt worden war, der Fall gewesen, doch wurde ihm auch seitens der US-amerikanischen Behörden in deren späterer Anklageschrift lediglich ein derartiges Vergehen für den Zeitraum nach 1984 zur Last gelegt. Von Seiten der US-amerikanischen Drogenvollzugsbehörde (DEA) und Edwin Meese, Justizminister der Reagan-Administration, waren dessen Maßnahmen gegen den Drogenhandel in den Jahren 1986 und 1987 als aufrichtig und energisch gelobt worden; so hatte Noriega etwa im Jahr 1985 die im Besitz eines kolumbianischen Drogenbosses befindliche First Interamericas Bank geschlossen, die von dessen Kartell zur Geldwäsche benutzt worden war, ein Schritt, der laut dem DEA einen wichtigen Sieg im Kampf gegen die Organisation darstellte. Im übrigen wies auch die Biographie Guillermo Endaras, der im Zuge der Invasion von den USA als neuer Präsident Panamas eingesetzt wurde, mehrere

⁸¹Zit. nach: Simes (1988).

⁸²Zit. nach: Chomsky (1992), S.149.

⁸³Vgl. Draper (1990).

Zusammenhänge auf, die dessen Eignung zumindest fragwürdig erscheinen lassen; so war er zuvor jahrelang Direktor einer jener panamaischen Banken gewesen, die laut dem FBI in Geldwäsche verwickelt waren. Darüber hinaus waren sowohl der Justiz- als auch der Finanzminister seiner neuen Regierung ehemalige Direktoren der First Interamericas Bank. Ein weiteres Beispiel für Personalentscheidungen der Bush-Administration, die im Widerspruch zu den teils idealistischen Motiven standen, die als Gründe für die Invasion angegeben wurden, war die Entscheidung, den früheren Oberst Eduardo Herrera Hassan als Nachfolger Noriegas und neuen Oberbefehlshaber der panamaischen Streitkräfte zu ernennen, welche daraufhin erneut durch die USA unterstützt wurden. Menschenrechtsorganisationen wiesen darauf hin, dass sich Hassan am 10 Juli 1987 in seinem Vorgehen gegen oppositionelle Demonstrationen schwerster Vergehen schuldig gemacht hatte.⁸⁴ Die Operation Just Cause wurde nur wenige Tage vor der Übergabe eines Großteils der Verwaltung des Panamakanals an Panama selbst durchgeführt (am 31 Dezember 1999 ging diese gemäß der Panamakanalverträge von 1977 gänzlich an Panama über).⁸⁵ Noriega, der bereits seit den 1950er Jahren eng mit US-amerikanischen Behörden kooperiert hatte, hatte in den Jahren zuvor begonnen, zum Teil den Interessen der USA entgegenlaufende Positionen zu vertreten, allen voran bezüglich der Initiativen der Contadora-Gruppe, die er im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu fördern versucht hatte, und der wirtschaftlichen Verfassung Nicaraguas und Kubas, welchen gestattet worden war, über Panama die Sanktionen und Embargos zu umgehen, welche die Vereinigten Staaten über sie verhängt hatten. Noriega hatte auch den Unmut der USA erregt, da er sich nicht bereit zeigte, ernsthafte Verhandlungen über den Status US-amerikanischer Militärbasen in Panama nach 1999 zu führen.⁸⁶

Die Invasion Panamas wurde von den meisten lateinamerikanischen Ländern deutlich abgelehnt. Zwei Tage nach dem Einfall, am 22 Dezember 1989, verabschiedete die OAS eine Resolution, welche den Angriff verurteilte, und die Vereinigten Staaten zum sofortigen Rückzug aufforderte. In einer weiteren Resolution verurteilte die OAS das Eindringen US-amerikanischer Spezialkräfte in die nicaraguanische Botschaft in Panama. Peru zog aus Protest gegen die Invasion gar seinen Botschafter aus Washington ab. Viele lateinamerikanische Regierungen äußerten sich kritisch zu der Invasion, oder verurteilten diese explizit, und sogar der chilenische Machthaber Augusto Pinochet, der die US-amerikanische Außenpolitik für gewöhnlich befürwortete, rief die USA zum Rückzug auf.⁸⁷

⁸⁴Vgl. Chomsky (1992), S. 149 – 156.

⁸⁵Vgl. Sanchez (2003), S. 73.

⁸⁶Vgl. Sanchez (2003), S. 73.

⁸⁷Vgl. Papp (2011), S. 284 – 285.

Noriega fand, nachdem die USA ihren Angriff begonnen hatten, zunächst in der Apostolischen Nuntiatur Zuflucht, ergab sich jedoch Anfang Januar den US-amerikanischen Truppen. Diese brachten ihn daraufhin auf eine in Panama gelegene US-amerikanische Militärbasis, und dann nach Florida, wo er, da er zuvor unter anderem wegen Drogenhandels und Geldwäsche angeklagt worden war, den Beginn eines gegen ihn geführten Prozesses vor US-amerikanischen Gerichten abwartete. Guillermo Endara war zu diesem Zeitpunkt bereits (kurz nach Beginn der Invasion) auf der Wunsch der US-amerikanischen Führung als neuer Präsident Panamas vereidigt worden. Die Invasion endete am 31. Januar 1990 und kostete laut einem gemeinsamen Bericht der in Costa-Rica ansässigen Zentralamerikanischen Menschenrechtskommission (CODEHUCA) und der Panamaischen Menschenrechtskommission (CONADEHUPA), der diese Schätzung selbst als zurückhaltend bezeichnet, zwei- bis dreitausend Zivilisten das Leben. Human Rights Watch gab eine Schätzung von 300 getöteten Zivilisten an, und gab zu bedenken, dass damit viermal so viele Zivilisten getötet worden wären, wie Mitglieder des panamaischen Militärs.⁸⁸

4.2. Der Ende des Krieges in Nicaragua

In George H. W. Bushs Amtszeit fielen auch die ersten nicaraguanischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit 1984, die am 25. Februar 1990 abgehalten wurden. Bush verlängerte das von Reagan im Jahr 1985 gegen Nicaragua verhängte Embargo mit der Begründung, dass die sandinistische Regierung immer noch die Rebellen in El Salvador mit Waffen und militärischer Ausrüstung versorge. Bush nannte das Embargo „an essential element of our policy that seeks a democratic outcome in Nicaragua by diplomatic means.“⁸⁹ Mit Beginn des Wahlkampfes in Nicaragua gab Bush bekannt, dass das Embargo aufgehoben werde, sollte der von ihm präferierte Präsidentschaftskandidat die Wahlen gewinnen. Die Bush-Administration und der US-amerikanische Kongress nahmen zudem trotz des Urteils des Internationalen Gerichtshofes, der diese für völkerrechtswidrig erklärt hatte, und entgegen der erwähnten Vermittlungsbemühungen von Seiten der Contadora-Gruppe sowie der Contadora-Unterstützungsgruppe ihre Unterstützung für die Contra-Armee wieder auf.⁹⁰

⁸⁸Vgl. Rohter (1990); Martin (2009); Sanchez (2003), S. 74; Chomsky (1992), S. 164 – 165.

⁸⁹Zit. nach: Hufbauer/Schott/Elliott (1990), S. 181.

⁹⁰Vgl. Chomsky (1993), S. 91.

Die Wahlniederlage der Sandinisten und die darauffolgende Amtsübergabe an die Oppositionsführerin Violeta Barrios de Chamorro wurde in den USA und Lateinamerika allenthalben als Erfolg für die Bush-Administration interpretiert; das Time Magazine sprach diesbezüglich etwa von dem Erfolg der US-amerikanischen Strategie „[to] wreck the economy and prosecute a long and deadly proxy war until the exhausted natives overthrow the unwanted government themselves“⁹¹. Die Bush-Administration beendete Mitte März 1990, also noch vor dem Amtsantritt Chamorros am 25 April das Embargo, und forderte die Contra-Armee zur Abrüstung auf. Die endgültige Abrüstung der Contras erfolgte am 27 Juni 1990, als 19 197 unter Aufsicht der Vereinten Nationen ihre Waffen abgaben.⁹² Die Vereinigten Staaten hatten bis zu diesem Zeitpunkt rund eine Milliarde US-Dollar für ihre Unterstützung der Contras ausgegeben. Der Contra-Krieg hatte rund 50 000 Menschenleben gefordert.⁹³

4.3. Der erste Putsch gegen Jean-Bertrand Aristide

Am 29 September 1991 wurde Jean-Bertrand Aristide, der erst am 7 Februar 1991 sein Amt als erster demokratisch gewählter Präsident von Haiti angetreten hatte, durch einen Putsch entmachtet, entführt und ins Exil gezwungen, das er daraufhin zuerst in Venezuela und dann in den Vereinigten Staaten verbringen sollte. Das Militär, das nach einem fehlgeschlagenen Staatsstreich im Januar, der durch zehntausende Protestanten in der Hauptstadt Port-au Prince rückgängig gemacht werden konnte, entschlossen war, die Oberhand zu behalten, und das Aristide und dessen Unterstützer als Bedrohung ihrer Lebensgrundlage ansah, ging dabei mit äußerster Brutalität gegen jene Menschenmengen vor, die sich einmal mehr versammelt hatten, um ihre Regierung zu schützen. Mindestens 300 Menschen starben in dieser ersten Nacht des Putsches, 250 davon allein in Cite Soleil, einem riesigen Elendsviertel in Port-au Prince, und die wahrscheinlich wichtigste Hochburg Aristides. Unter der hiermit einsetzenden Diktatur sollten in den nächsten drei Jahren vier- bis fünftausend Unterstützer von Lavalas, der Bewegung, die Aristide an die Macht gebracht hatte, ermordet werden. 300 000 Menschen sahen sich gezwungen unterzutauchen, oder sich ins interne Exil zu begeben; 60 000 versuchten auf selbstgebauten Booten zu fliehen. Offiziell wurde der Putsch zwei Tage nach Aristides Sturz von Seiten des US-Außenministers James Baker verurteilt, der ein baldiges Ende der neuen Militärjunta prophezeite, die geächtet und isoliert, und der jede

⁹¹Zit. nach: Chomsky (1993), S. 92.

⁹²Vgl. Arnson/Holiday (1991), S. 51; McManus/Shannon (1990); Calvert (2011), S. 368.

⁹³Vgl. Sullivan/Jordan (2004); Trahair/Miller (2009), S. 169.

Unterstützung versagt werden würde; der Putsch dürfe und werde keinen Erfolg haben. Am 7 Oktober präzisierte ein Sprecher George H.W. Bush s, dass es zwar die Absicht der US-Regierung sei, die haitianische Demokratie wiederherzustellen, doch dies jedoch nicht zwangsläufig mit einer Rückkehr Aristides einhergehen müsse, da dieser sich während seiner Präsidentschaft auf die Herrschaft des Pöbels („mob rule“⁹⁴) gestützt habe. Der leitende CIA-Analyst für Lateinamerika lobte zudem den Oberbefehlshaber der haitianischen Armee, Raoul Cédras, ordnete ihn in seiner Darstellung vor dem Kongress der aktuell vielversprechendsten Gruppierung innerhalb Haitis zu, und leugnete, dass sich dessen Regime repressiver Maßnahmen schuldig gemacht hatte.⁹⁵

Die nach dem Putsch fortgesetzte Unterstützung antidemokratischer Elemente in Haiti durch den CIA hatte indes bereits lange Tradition. In diesem Zusammenhang ist unter anderem die Etablierung des haitianischen nationalen Geheimdienstes (SIN) von Bedeutung, der 1987 durch das Militär und mit Hilfe des CIA ins Leben gerufen wurde. Emmanuel Constant, ein langjähriger Mitarbeiter des SIN begann kurz nach dem Putsch zusammen mit Colonel Pat Collins, einem US-amerikanischen Militärattaché, ein Bündnis gegen Aristides Bewegung zu bilden. Constant erhielt monatliche Bezüge vom CIA, und seine immer brutaler vorgehende, wachsende Gruppierung wurde wenige Jahre später als FRAPH bekannt. Während der Herrschaft der Militärjunta, als die FRAPH deren paramilitärisches Rückgrat bildete, wurde sie durch US-amerikanische Behörden in Miami mit tausenden von militärischen Waffen versorgt. Nachdem die Vereinigten Staaten 1994 im Rahmen der Operation Uphold Democracy Aristide wieder in sein Präsidentenamt eingesetzt hatten, beschlagnahmten sie sogleich an die 160 000 Seiten an Dokumenten, deren Inhalt einen Zusammenhang mit der FRAPH aufwies, und weigerten sich, trotz wiederholter Anfragen des haitianischen Außenministeriums und haitianischer Wahrheitskommissionen, diese in einer die Namen von US-Amerikanern enthaltenden Version herauszugeben.⁹⁶ Die Unterstützung und die Sympathien der US-amerikanischen Obrigkeit für die FRAPH waren jedoch keineswegs geheim; US-amerikanische Soldaten erhielten die Anweisung, ihre Mitglieder zu beschützen, und sicherten sogar eine Pressekonferenz ab, auf der Constants Pläne, für das Präsidentenamt zu kandidieren, verkündet wurden. Constant selbst gab Ende 1995 im Rahmen eines Fernsehinterviews öffentlich zu, über enge finanzielle und taktische Beziehungen zum CIA verfügt zu haben, der ihn von 1991 bis 1994 bezahlt habe.⁹⁷ Anfragen der haitianischen Behörden um seine Auslieferung, wobei ihm unter anderem Folter und Mord an tausenden Menschen vorgeworfen wird, wurden ebenfalls

⁹⁴Vgl. MacMichael/King (2015), S. 451.

⁹⁵Vgl. Hallward (2010), S. 40 – 41.

⁹⁶Vgl. Girard (2004), S. 210.

⁹⁷ Vgl. Weiner (1995).

wiederholt abgelehnt.⁹⁸

Ab dem 30. September 1991, unmittelbar nach dem Putsch, beteiligten sich die Vereinigten Staaten offiziell an Wirtschaftssanktionen gegen das neue Regime, welche die OAS aufgrund des unzulässigen Regierungswechsels über Haiti verhängte, eine Zusage, welche die Bush-Regierung in der Praxis jedoch nur in selektiver Weise umsetzte. Am 4. Februar 1992 wurden die Sanktionen durch Bush ausgehöhlt, als dieser eine Ausnahme für US-amerikanische Unternehmen erklärte, was vom State Department als „Feinabstimmung“ („fine tuning“) des Embargos bezeichnet wurde, womit man anti-demokratische Kräfte bestrafen, und die Not jener Arbeiter, die durch die Sanktionen ihre Stelle verloren hatten, lindern wollte. Der Handel mit Haiti wurde somit in umfangreicher Weise fortgesetzt, und unter Clinton gar um 50% ausgeweitet.⁹⁹

Die Bush-Administration unternahm Anfang 1992 einen ersten Versuch, Aristide mittels einer diplomatischen Vereinbarung mit der Militärjunta nach Haiti zurückzubringen, und wieder in sein Amt einzusetzen. Der Vorstoß war wohl – nicht nur wegen der Überzeugung Aristides und seiner Anhängerschaft, dass die Vereinigten Staaten für seine Entmachtung mitverantwortlich seien, was sogar zu Aufrufen Aristides führte, Bush in den kommenden Wahlen nicht zu unterstützen – von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Nachdem die Verhandlungen im Februar 1992 gescheitert waren, bedauerte die Bush-Administration Aristides „Undank“, sowie sein „unkonstruktives“ Vorgehen, da dieser sich nicht willig gezeigt hatte, dem haitianischen Militär, das bereits einige hundert seiner Unterstützer ermordet hatte, eine Amnestie zu gewähren. Die damit erreichte diplomatische Pattsituation sollte Bushs gesamte restliche Amtsperiode überdauern.¹⁰⁰

5. Die Präsidentschaft Bill Clintons (20.01.1993 – 20.01.2001)

5.1. Die Wiedereinsetzung Jean-Bertrand Aristides als Präsident Haitis

Der neue US-Präsident Bill Clinton setzte die von Bush vorgenommene Aushöhlung des über Haiti verhängten Handelsembargos nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 1993 fort. Das Handelsvolumen der beiden Länder nahm in diesem Jahr gar um 50% zu, wobei Ankäufe durch die

⁹⁸Vgl. Kershaw (2000); Hallward (2010), S. 42.

⁹⁹Vgl. Chomsky (1994); Crossette (1992).

¹⁰⁰ Vgl. Hallward (2010), S.48; French (1992).

US-amerikanische Bundesregierung, sowie ein markanter Anstieg der Importe von durch Haiti exportierten Lebensmitteln einen Teil des Zuwachses ausmachten.¹⁰¹

Auch wurde der Rolle des entmachteten Präsidenten Aristide zunächst nur eine untergeordnete Rolle beigemessen; der Sondergesandte der OAS und der Vereinten Nationen, und General Raoul Cédras, der Oberbefehlshaber der haitianischen Streitkräfte und de facto Machthaber verhandelten zwar über ein Abkommen, dass die Rückkehr zur Demokratie und die Wiedereinsetzung Aristides vorsehen sollte, erlaubten dem gewählten Präsidenten jedoch keineswegs, als gleichwertiger Akteur an den Gesprächen teilzuhaben. 1993 und abermals im Jahr 1994 wurde Aristide von zwei entscheidenden Verhandlungsrunden ausgeschlossen, wobei ihm sein Widerstand gegen Zugeständnisse, die in seinem Namen gemacht worden waren im Anschluss als Kompromisslosigkeit vorgeworfen wurde. Im Juni 1993 erfolgte der Rücktritt von Premierminister Marc Bazin und in der haitianischen Innenpolitik hielt ein eher krisenhafter Zustand Einzug, den die UNO, die OAS und die USA als Gelegenheit sahen, um Cédras' Beteiligung an neuen Verhandlungen zu erwirken, die schließlich am 27 Juni auf Governors' Island begannen. Die Einbindung Aristides, und vor allem in seinem Sinne gemachte Konzessionen, hielten sich dabei in Grenzen. Als Aristide etwa gestattet wurde, das bis Anfang Juli 1993 ausgehandelte Abkommen durchzusehen, befand sich Cédras bereits wieder auf dem Rückweg nach Haiti, und der Versuch Aristides, einige Aspekte des Zehn-Punkte-Plans zu ändern, blieb erfolglos.¹⁰² Anstoß nahm er dabei vor allem an der Absicht, eine Amnestie für die Putschisten zu erklären, und an dem zu spät angesetzten Zeitpunkt seiner Rückkehr, welcher eine stärkere Rolle des haitianischen Militärs erlaubte; der viermonatige Zeitraum zwischen Cédras' Rücktritt und dem neuerlichen Einsetzen von Aristides Amtszeit war jedoch notwendig gewesen, um sich mit Cédras auf einen Kompromiss über die Rückkehr des gewählten Präsidenten zu einigen. Das einzige in dem zweiseitigen Text enthaltene Entgegenkommen stellte die Zusicherung dar, die durch die UNO verhängten Sanktionen wieder aufzunehmen, sollte es seitens des haitianischen Regimes zu einem Vertragsbruch kommen. Er tat es Cédras jedoch am 3 Juli gleich, und unterzeichnete das Abkommen schließlich, nachdem ihn die USA stark unter Druck gesetzt hatten.¹⁰³ Entsprechend der Vereinbarung handelte Aristide noch im selben Monat mit den mandatstragenden politischen Parteien Haitis einen sechsmonatigen Waffenstillstand aus, der die gewaltfreie Überleitung in demokratische Verhältnisse ermöglichen sollte. Zudem ernannte er, wie in dem Abkommen vorgesehen, im August in Washington Robert Maval zum neuen Premierminister Haitis, auf dessen Bestätigung durch das haitianische Parlament

¹⁰¹ Vgl. Chomsky (1994).

¹⁰² Vgl. Girard (2004), S. 88 – 89.

¹⁰³ Vgl. Schrader (2007), S. 205 – 206.

am 25 August die offizielle Aufhebung des Embargos erfolgte. Einen weiteren Punkt setzte Aristide am 3 Oktober um, als er die Straffreiheit für Verbrechen erklärte, die in dem Zeitraum von 29 September 1991 und 3 Juli 1992 begangen worden waren. Dies geschah bereits während einer neuerlichen Destabilisierung der innenpolitischen Lage in Haiti, wo einige durch das Militär unterstützte Aktionen mehrere Todesopfer forderten, was nach dem Beschluss der UNO-Resolution 867 durch den Sicherheitsrat, zu dem Versuch führte, ein Schiff mit 200 und militärische Ausbilder aus Kanada und den USA an Bord nach Port-au-Prince übersetzen zu lassen. Als die Besatzung am 11 Oktober im Begriff war anzulegen, wurde sie durch die haitianischen Behörden darüber in Kenntnis gesetzt, dass diese nicht gegen eine Gruppe gewaltbereiter Unterhändler des Militärs vorgehen würden, die das Schiff im Hafen erwarteten, woraufhin Clinton das Schiff am 12 Oktober zurückbeordnete. Am 13 Oktober, einen Tag nachdem Clinton dies angeregt hatte, wurde die abermalige Verhängung des Öl- und Waffenembargos durch die UNO, sowie die im Ausland angelegten finanziellen Vermögenswerte der herrschenden Militärs beschlossen. Cédras, der die Entsendung der Ausbilder explizit abgelehnt hatte, äußerte am 15 Oktober seinen Entschluss, sein Amt entgegen dem Abkommen von Governors' Island nicht niederzulegen, was einen eklatanten Bruch der Übereinkunft darstellte.¹⁰⁴

Nachdem die US-amerikanischen Unterhändler, zu denen neben Carter Senator Sam Nunn sowie General Colin Powell zählten, ein Übereinkommen erzielt hatten, das den Rücktritt des Präsidenten, und die Wiedereinsetzung Aristides bis zum 15 Oktober vorsah, begaben sich am 19 September 20 000 US-amerikanische Truppen nach Haiti, um zusammen mit dem haitianischen Militär den friedlichen Übergang zur Präsidentschaft Aristides zu gewährleisten. Das Abkommen war am späten Nachmittag des 18 September unterzeichnet worden, fünf Stunden nach Auslaufen der von Clinton gesetzten Frist, und zu einem Zeitpunkt, als sich die US-amerikanischen Truppen bereits auf dem Weg nach Haiti befanden.¹⁰⁵ Entgegen offizieller Verlautbarungen in denen unter anderem der Schutz des Rechtes auf friedliche Demonstration durch die US-Truppen zugesichert worden war, nahm das Militär der Vereinigten Staaten in gerade zu indifferenter Weise Abstand von seiner Rolle als Wahrer demokratischer Bürgerrechte. Ein Demonstrationszug der am 30 September, dem dritten Jahrestag des Staatsstreiches von 1991, die Rückkehr zur Demokratie feierte, wurde von einer bewaffneten Gruppe angegriffen, verprügelt und zerstreut. Zwar waren die US-amerikanischen Truppen in den Straßen, doch mieden sie die Elendsviertel und Slums, und konzentrierten ihre Präsenz stattdessen in den Wohngebieten der reicheren, weißen Elite. In den übrigen Gebieten wurde die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fast gänzlich der

¹⁰⁴ Vgl. Ludovic (2008), S. 231 – 237.

¹⁰⁵ Vgl. Schrader (2007), S. 250.

haitianischen Polizei überlassen, denen gestattet wurde, in Kooperation mit der Revolutionären Front für die Weiterentwicklung und den Fortschritt Haitis (FRAPH), einer paramilitärischen Todesschwadron, gegen die zivile Bevölkerung vorzugehen. Auf diese Weise wurde die unter der Militärdiktatur begonnene Serie von Gräueltaten – dieser erste Demonstrationzug hatte sich auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung für die von Menschenrechtsorganisationen angenommenen 3 000 Todesopfer befunden – vorerst praktisch ungebrochen fortgesetzt. Am 15 Oktober übernahm Aristide gemäß dem Übereinkommen wieder seine Funktion als Staatspräsident von Haiti.¹⁰⁶

Sieben Wochen nachdem Aristide sein Amt wieder angetreten hatte, erlangte die republikanische Partei die Mehrheit im US-amerikanischen Kongress und begann diese einzusetzen, um Hilfeleistungen an Haiti zu verhindern, oder mit zusätzlichen Bedingungen in ihrem Sinn zu verknüpfen. Die offiziellen US-amerikanischen Hilfsmittel fielen dabei eher gering aus, und betrugen etwa nur ein Zehntel des Pro-Kopf-Betrages, der für den Kosovo geleistet wurde. Zwar flossen in den folgenden zehn Jahren hunderte von Millionen US-Dollar nach Haiti, allerdings nicht ausschließlich an die gewählte Regierung, sondern zu einem großen Teil an die gegen Aristide eingestellte Opposition, sowie an die umstrittenen, oft als „Besatzung“ bezeichneten UNO-Missionen.¹⁰⁷

Die Vereinigten Staaten nutzten Aristides Abhängigkeit vom US-amerikanischen Militär und den 770 Millionen US-Dollar an Hilfe und Krediten, die im Pariser Plan versprochen worden waren in den folgenden Jahren, um der haitianischen Führung eine bestimmte Wirtschaftspolitik aufzuoktroyieren, die vor allem für US-amerikanische Unternehmen von Vorteil sein sollte. Bereits die Rückkehr Aristides in sein Amt wurde von Clinton an die Bedingung geknüpft, dass dieser im wesentlichen das Programm von Marc Bazin übernehme, einem ehemaligen Mitarbeiter der Weltbank, der in den Wahlen von 1990 als Wunschkandidat der USA für das Präsidentenamt, rund 14% der Stimmen erhalten hatte.¹⁰⁸ Die USA waren zuvor in der Lage gewesen, diese Bedingungen während der Verhandlungen durch den IWF, die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen durchzusetzen. Ein Großteil der Hemmnisse für US-amerikanische Exportunternehmen und Investitionen wurde in Folge beseitigt. Einen wichtigen Teilbereich der haitianischen Wirtschaft machte etwa der Anbau von Reis aus. Durch die Senkung der Einfuhrzölle von 36% auf 3% noch im Jahr 1994 mussten die Reisbauern Haitis, die zuvor trotz ihrer extremen Armut mit hinreichender Effizienz produzieren konnten, nun mit US-amerikanischen

¹⁰⁶ Vgl. Chomsky (1994).

¹⁰⁷ Vgl. Farmer (2004); Hallward (2010), S. 56.

¹⁰⁸ Vgl. Chomsky (2004).

Agrarunternehmen konkurrieren, welche die Überschüsse ihrer hochsubventionierten Reisproduktion in großen Mengen nach Haiti exportierten, die dortigen Reisbauern in den Bankrott trieben, und das Land damit dazu zwangen, Reis zu importieren, anstatt ihn wie zuvor selbst anzubauen.¹⁰⁹ Als Haiti US-amerikanische, mit Reis handelnde Unternehmen, unter dem Vorwurf der Umgehung von Zollgebühren mit einer Geldstrafe von 1,4 Millionen US-Dollar belegte, verweigerten die USA dem Land die Auszahlung einer Hilfstranche in Höhe von 30 Millionen. Nach dem Untergang der haitianischen Reisproduktion kam schließlich der Zeitpunkt, an dem die Preise für den US-amerikanischen Reis anstiegen. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte sich diese nicht leisten, jedoch gab es keine Alternative mehr.¹¹⁰ Clinton entschuldigte sich im März 2010 vor dem Senate Foreign Relations Committee öffentlich für das Bestehen seiner Administration auf der Senkung der Einfuhrzölle für Reis, welche zu einer deutlichen Verschlimmerung der Unterernährung in Haiti geführt habe: "I had to live every day with the consequences of the loss of capacity to produce a rice crop in Haiti to feed those people because of what I did; nobody else."¹¹¹

Ein weiterer der wenigen kleinen Wirtschaftsbereiche die in Haiti noch funktionierten, war die Produktion von Hühnerfleisch. Doch US-amerikanische Großkonzerne, die riesige Überschüsse an Hühnerfleisch angehäuft hatten, das sie in den Vereinigten Staaten nicht verkaufen konnten, und dessen Einfuhr Kanada und Mexiko bereits verweigert hatten, bestanden auf ihrem Recht, dieses zu Dumpingpreisen an Haiti zu verkaufen.¹¹² Die Bedingungen beinhalteten auch die Privatisierung aller neun noch verbliebenen staatlichen Unternehmen, inklusive des Telefon- und des Elektrizitätsunternehmens, was Aristide jedoch für problematisch hielt, da er eine Verschlimmerung der ökonomischen Ungleichheit in Haiti befürchtete. In dem eigentlichen Text des Pariser Plans ist diesbezüglich eine Kompromisslösung enthalten, die der Regierung erlaubt hätte, einen Teil der Gewinne aus diesen Unternehmen in Kliniken und Schulen zu investieren, sowie die teilweise Übertragung der Eigentümerschaft an traditionell ausgeschlossene Segmente der Gesellschaft und an die Familien der Opfer der politischen Instabilität der vergangenen Jahre. Nach seinem erneuten Amtsantritt hätte die Clinton-Administration jedoch darauf bestanden, dies zu unterbinden, wobei sie ihn öffentlich mittels des Vorwurfs des Vertragsbruches massiv unter Druck setzten, sodass die Unternehmen schlicht vollständig privatisiert werden mussten. Aristide spricht in diesem Zusammenhang von einem „economic coup“: "The hidden agenda was to tie my hands once I was back and make me give for nothing all the state public enterprises."¹¹³

¹⁰⁹ Vgl. Raymond (2011).

¹¹⁰ Vgl. Younge (2004).

¹¹¹ Zit. nach: Raymond (2011).

¹¹² Vgl. Chomsky (2004).

¹¹³ Zit. nach: Klein (2005).

Die Clinton-Regierung und die involvierten Geberinstitutionen drohten Aristide auch mit der Aussetzung der versprochenen Zahlungen, sollte der Präsident diese und andere Maßnahmen zum Zwecke der Entschädigung und des sozialen Ausgleichs, auf die man sich soeben in Paris geeinigt hatte, umsetzen. Im Oktober 1995 entließ Aristide seinen Premierminister und erklärte, er werde jedes Regierungsmitglied, das mit der Privatisierung von staatlichem Eigentum fortfahren würde inhaftieren lassen. Die Vereinigten Staaten und die Geberinstitutionen kündigten daraufhin die Auszahlung des Großteils der versprochenen Beträge, woraufhin die Haitianische Gourde in kürzester Zeit 20% ihres Wertes verlor, und die Preise für Grundnahrungsmittel zu steigen begannen.¹¹⁴

USAID, National Endowment for Democracy (NED), und Internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank begannen nun verstärkt damit, neoliberale, gegen Aristide eingestellte und pro-US-amerikanische Gruppierungen in Haiti zu unterstützen, und somit den überwiegenden Teil der Gelder, für deren Bewilligung Aristide während seines Exilaufenthaltes verhandelt hatte, gegen dessen Regierung einzusetzen, womit diese noch stärker unter Druck gesetzt werden konnte. Strobe Talbot, Clintons stellvertretender Außenminister meinte dazu Anfang 1995: „Even after our [military] exit in February 1996 we will remain in charge by means of the USAID and the private sector.“¹¹⁵ Aristide musste selbst äußerst begrenzte Reformen, die oftmals eine Verbesserung der Lebensumstände der verarmten Bevölkerung zum Ziel hatten in mühsamen Verhandlungen gegenüber den Geldgebern durchsetzen; darunter die Erhöhung des Mindestlohnes, seit 1983 unverändert bei etwa einem US-Dollar pro Tag, auf fünf Dollar. Nachdem sich vor allem von Seiten von USAID, des IWF und der Weltbank Widerstände geregt hatten, wurde der neue Mindestlohn auf 36 Gourdes festgesetzt – etwa 2,5 US-Dollar.¹¹⁶

Die Vereinigten Staaten unternahmen darüber hinaus gezielte Anstrengungen, um die politische Opposition in Haiti zu unterstützen, für deren Organisation und Ausbildung zwischen 1994 und 2002 insgesamt 70 Millionen US-Dollar ausgegeben wurden, eine für haitianische Verhältnisse gigantische Summe. Im Vergleich dazu verfügt Aristides Fanmi Lavalas nicht einmal über ein reguläres Budget, und die meisten seiner Mitglieder sind schlicht zu arm, um auch nur minimale Mitgliedsbeiträge zu leisten. Die politische Befangenheit von USAID stellt in der haitianischen Politik eine langjährige Konstante dar. Während der Zeit, als noch einander abwechselnde Juntas das Land regierten, wurden diese zusammen mit der haitianischen Geschäftselite durch USAID

¹¹⁴ Vgl. Hallward (2007); Klein (2005); Hallward (2010), S. 56 – 58.

¹¹⁵ Zit. nach: Hallward (2010), S. 61.

¹¹⁶ Vgl. Hallward (2010), S. 60 – 61.

unterstützt. Nach dem Amtsantritt Aristides im Jahr 1991 kamen diese Gelder plötzlich nicht mehr der Regierung, sondern der gegen Aristide eingestellten Opposition zugute, woran sich auch nach dessen Rückkehr im Jahr 1994 nichts änderte.¹¹⁷

Da die haitianische Verfassung mehrere aufeinanderfolgende Amtszeiten des selben Präsidenten verbietet, trat statt Aristide dessen ehemaliger Premierminister Rene Preval bei den Wahlen von 1995 für die Lavalas-Bewegung an, und gewann diese mit über 80% der Stimmen. Sein Amtsantritt im Februar 1996 stellte die erste friedliche Amtsübergabe zwischen demokratisch gewählten Staatsoberhäuptern in der Geschichte Haitis dar. Im November 2000 wurde Aristide mit über 90% der Stimmen wiedergewählt. Er trat sein Amt im Februar 2001 an.¹¹⁸

5.2. Plan Colombia und der langjährige „War on Drugs“

Die Militärhilfe der Vereinigten Staaten an Kolumbien war bereits seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, also während der Hochphase der kolumbianischen Drogenkartelle, durch einen starken Anstieg auf ein überdurchschnittliches Niveau angehoben worden. Zwischen 1988 und 1991 erhöhten die USA ihre Militärhilfe an Kolumbien um das Siebenfache, womit Kolumbien El Salvador als größten Empfänger von Hilfszahlungen für Militär und Polizei in der gesamten Region überholte. Zu diesem Zeitpunkt erhielt die Polizei noch den Großteil der Zahlungen zum Zwecke der Drogenbekämpfung; 1997 machte dieser Anteil noch 90% aus.¹¹⁹ Mit der Umsetzung des Plan Colombia sollte sich dies jedoch ändern. Plan Colombia wurde ursprünglich Ende 1998 vom kolumbianischen Präsidenten Andres Pastrana vorgelegt, und reflektierte in dieser Form noch die Absicht, in die soziale Entwicklung zu investieren, die Gewalt zu verringern, und den Frieden zu fördern. Pastranas Regierung erkannte darin die Notwendigkeit, durch entsprechende Investitionen dem Mangel kleinerer Koka-Bauern an wirtschaftlichen Alternativen entgegenzuwirken. Die USA, auf deren entscheidende Mitwirkung Pastrana zählte, versprachen diesem jedoch einen starken Anstieg der Hilfsleistungen unter der Voraussetzung, dass die Regierung einen umfassenden Plan zur Bekämpfung des Drogenhandels und zur Stärkung des Militärs entwerfe, woraufhin eine stark abgeänderte Version des Plan Colombia erarbeitet wurde, in der Entwicklungsmaßnahmen zugunsten von Militärhilfe zurückgestellt wurden, um der Prioritätensetzung der USA

¹¹⁷ Vgl. Hallward (2010), S. 91 – 92.

¹¹⁸ Vgl. Amnesty International (2001), S. 1; Weisbrot (2012).

¹¹⁹ Vgl. Gomez Lizarazo (1992); Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 105.

entgegentzukommen. Andere Länder wollten den neuen Plan Colombia, der im September 1999 vorgelegt wurde, und der sich vorrangig die Bekämpfung von bewaffneten und kriminellen Gruppierungen, sowie die verstärkte Drogenbekämpfung zum Ziel setzte, hingegen nicht mehr unterstützen. Im Juli 2000 bewilligte der US-amerikanische Kongress schließlich die Unterstützung des Plans mit Hilfszahlungen in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar, von denen 860 Millionen für Kolumbien bestimmt waren. In Pastranas ursprünglicher Version von 1998 war Militärhilfe mit keinem Wort erwähnt worden. Im neuen, nun durch die USA unterstützten Plan Colombia waren hingegen drei Viertel (632 Millionen US-Dollar) der für Kolumbien bestimmten Mittel für das Militär und die Polizei vorgesehen, wobei dem Militär der größere Anteil zukam. Dieses erste Hilfspaket enthielt daneben auch 218 Millionen US-Dollar an Mitteln für Entwicklung, für Vertriebene, zur Förderung der Menschenrechte und rechtliche Reformen, was zwar einen deutlichen Anstieg der bereitgestellten sozialen und wirtschaftlichen Hilfsmittel bedeutete, jedoch weit hinter dem Niveau zurückblieb, das Pastrana im Jahr 1998 erbeten hatte.¹²⁰ Der Name „Plan Colombia“ wird auch heute noch weitgehend als Bezeichnung für das US-amerikanische Hilfspaket für Kolumbien verwendet, obwohl diese Zahlungen bereits seit dem Fiskaljahr 2002 im Rahmen der Andean Counterdrug Initiative (ACI) geleistet werden, die auch die Drogenbekämpfung in angrenzenden Ländern unterstützt. Von 2000 bis 2010 leisteten die USA an Kolumbien Hilfszahlungen in Höhe von 7,3 Milliarden US-Dollar.¹²¹

Zwar änderte sich auch in Zukunft nicht die Zusammensetzung der US-Hilfsmittel, doch wurde Aufstandsbekämpfung als Zielsetzung sukzessive deutlicher formuliert. Um die Trennung von Drogen- und Aufstandsbekämpfung klar zu etablieren, erließ Clinton sogar eine Executive Order, die es dem US-amerikanischen Militär verbot, mit ihrem kolumbianischen Pendant in Angelegenheiten, die keinen Drogenaspekt aufwiesen, geheimdienstlich zusammenzuarbeiten; und auch Bush und der US-amerikanische Kongress standen vor dem elften September 2001 einer Ausweitung der Unterstützung für Aufstandsbekämpfung noch ablehnend gegenüber. Im August 2002 erteilte der Kongress jedoch Präsident Bush auf dessen Anfrage erweiterte Vollmachten, um gegen den Drogenhandel und gegen die Aktivitäten terroristischer Organisationen vorzugehen, in diesem Fall die FARC, die ELN und die AUC in Kolumbien. Die erwähnte, von Clinton erlassene Executive Order wurde im November des selben Jahres durch Bush aufgehoben. Diese erweiterten Vollmachten erlaubten es der Regierung, eine ganze Reihe zusätzlicher polizeilicher und militärischer Initiativen Kolumbiens zu unterstützen, die nicht der Drogenbekämpfung dienten, darunter ein neues Elitekommando zur Verfolgung von Guerilla- und paramilitärischen

¹²⁰ Vgl. Rosen (2014), S. 26 – 28, 35.

¹²¹ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 106 – 109; Isacson (2010).

Befehlshabern und der Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte in Konfliktgebieten. Die Maßnahme der Luftraumabriegelung wurde in Kolumbien im Jahr 2003 wieder eingeführt, nachdem 2001 ein Vorfall in Peru, bei dem eine US-amerikanische Missionarin zu Tode gekommen war, deren Einstellung nach sich gezogen hatte. In dem erweiterten Programm wurden nun auch Flugzeuge inkludiert, die des Waffentransportes verdächtigt wurden, und die nun, wenn notwendig mit Gewalt, zur Landung gezwungen werden konnten. Unter Bush wurde auch die Begrenzung des in Kolumbien eingesetzten Personals hinaufgesetzt, die festgelegt wurde, da einige Kongressabgeordnete im Jahr 2000 als Plan Colombia bewilligt wurde, besorgt waren, die Vereinigten Staaten könnten dadurch in eine wachsende militärische Verpflichtung hineingezogen werden. Die maximale Anzahl von Militärpersonal und Auftragnehmern aus den USA, die zum selben Zeitpunkt in Kolumbien eingesetzt werden konnten, wurde anfangs auf 800 begrenzt, davon 300 private Auftragnehmer. Im Jahr 2004 wurde die Grenze für Militärpersonal auf 800, und jene für private Auftragnehmer auf 600 angehoben.¹²² Dieser zunehmend militarisierter Zugang wurde jedoch auch von kolumbianischer Seite begrüßt, und zwar umso mehr durch den 2002 nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen mit der FARC gewählten Präsidenten Álvaro Uribe Vélez, der bereits wenige Tage nach seiner Amtseinführung, und einem zeitgleich von der FARC durchgeführten Anschlag auf sein Leben, der 19 Todesopfer forderte, den nationalen Notstand ausrief, und große Teile des Landes unter die Aufsicht des Militärs stellte, dessen Befugnisse er in den folgenden Jahren ebenso wie die allgemeine Truppenstärke durch einige rechtliche und verfassungsmäßige Reformen ausweitete.¹²³

Die Vernichtung von Pflanzen, die zur Drogenproduktion verwendet werden können, mittels der Besprühung aus der Luft wurde in Kolumbien seit den 1980er Jahren mit US-amerikanischer Unterstützung betrieben, wobei die Vernichtung von Marihuana zu diesem Zeitpunkt noch das Hauptziel derartiger Anstrengungen darstellte. Mitte der 1990er Jahre wurden die Besprühungen ausgeweitet, nachdem es zu einem starken Anstieg beim Anbau von Koka und Schlafmohn gekommen war, der sich jedoch trotz dieser Maßnahmen weiter fortsetzte, und in den Vereinigten Staaten zu dem Entschluss führte, im Rahmen von Plan Colombia noch intensivere und großflächigere Besprühungen durchzuführen. Die im Jahr 1996 besprühten Flächen umfassten noch insgesamt 5 600 Hektar, im Jahr 2003 nach dem Beginn der Umsetzung von Plan Colombia, wurden 127 000 Hektar besprüht. Kolumbien ist das einzige Land der Westlichen Hemisphäre, das diesen Einsatz von Herbiziden mittels Sprühflugzeugen gestattet; in Peru und Bolivien ist diese Maßnahme aufgrund von gesellschaftlichen und ökologischen Gründen verboten, Kolumbien zog

¹²² Vgl. Isacson (2005b).

¹²³ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 109 – 112; Guardian (2002a).

sie tausende entsprechende Beschwerden aus der betroffenen Bevölkerung nach sich, wurde jedoch dessen ungeachtet fortgesetzt.¹²⁴

Ende 2003 wurden in Kolumbien bereits 24 Flugzeuge zu diesem Zweck eingesetzt, die, zusammen mit dem Pflanzenvernichtungsmittel, dem Treibstoff und technischer Hilfestellung, durch die Narcotics Affairs Section (NAS) der US-amerikanischen Botschaft finanziert werden. Die Operationen werden von einer speziellen kolumbianischen Polizeieinheit durchgeführt, während die Flugzeuge von US-Amerikanern, Kolumbianern oder Auftragnehmern aus Drittländern gesteuert werden. Das dabei eingesetzte, als Roundup bezeichnete Herbizid wird von der Monsanto Corporation hergestellt, und vernichtet bei entsprechender Dosis neben den zur Drogenproduktion verwendbaren Pflanzen auch die meisten übrigen Pflanzen und Bäume. Die Sprühflugzeuge werden bei ihren Einsätzen von bewaffneten Helikoptern begleitet, die von der NAS zur Verfügung gestellt werden, und vor Angriffen der FARC und anderer bewaffneter Gruppen schützen sollen. Trotz dieser Sicherheitsmaßnahme werden immer wieder Sprühflugzeuge vom Boden aus beschossen, im Jahr 2002 kam es zu 194, im Jahr 2003 zu 380 solchen Angriffen, die auch schon US-amerikanische Todesopfer gefordert haben; allein im Jahr 2003 kam es aufgrund von Bodenbeschuss zur schweren Beschädigung oder zum Absturz von einem Helikopter und vier Sprühflugzeugen.¹²⁵

Der Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln wurde im Rahmen des Plan Colombia in beispiellosem Ausmaß betrieben. Zwischen Dezember 2000, als diese neuen Besprühungen erstmals durchgeführt wurden, und Ende 2003, wurden 380 000 Hektar an Koka-Anbauflächen besprüht, was über acht Prozent des anbaufähigen Bodens in Kolumbien entspricht. Der Höhepunkt wurde im Jahr 2006 erreicht, in dem allein 172 000 Hektar besprüht wurden.¹²⁶

Laut dem State Department wurde das Besprühungsprogramm so entworfen, dass ein Schaden für legale Pflanzen und am Boden befindliche Personen vermieden werden kann; zudem werde es nur unter Bedingungen umgesetzt, die eine Verbreitung der Herbizide in Grenzen halten. Dennoch gab es von Beginn an Berichte über erhebliche negative Auswirkungen für die Bevölkerung, sowie unter anderem Nahrungspflanzen und Nutztiere. Obwohl Kleinbauern für Ausfälle dieser Art laut dem Programm entschädigt werden sollten, wurde dies in der Praxis nicht umgesetzt. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) wurden in sämtlichen Regionen, in denen Koka angebaut wird, sehr große Bevölkerungsteile zur Flucht gezwungen. Zwar spielt hier auch der bewaffnete Konflikt eine wichtige Rolle, doch waren die Besprühungen laut

¹²⁴ Vgl. Isacson (2005a), S. 27; Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 112.

¹²⁵ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 112 – 113.

¹²⁶ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 112 – 113; Isacson (2015).

Ermittlungen der kolumbianischen Regierung durch den dadurch verursachten Entzug des durch Kokaanbau erwirtschafteten Lebensunterhaltes, und die Gefährdung der Nahrungszufuhr einer der Faktoren, die etwa im Jahr 2001 über 17 000 Menschen zur Flucht aus Putumayo zwangen, einem Departamento im Südwesten des Landes. Im Jahr 1999 hatten aufgrund von politischer Gewalt 415 Menschen aus dieser Region fliehen müssen, bis August 2003, also nachdem die großflächigen Besprühungen eingesetzt hatten, war die Zahl der aus Putumayo Geflohenen auf fast 56 000 angestiegen. Laut Schätzungen des Rates für Menschenrechte und Vertreibung, einer kolumbianischen NGO, führten die Besprühungen allein in den Jahren 2001 und 2002 zur zwangsweisen Migration von landesweit über 75 000 Menschen. Vertriebene Familien leben typischerweise in großer Armut und Unsicherheit. Viele Kleinbauern haben keinerlei Rechtsanspruch auf das von ihnen bestellte und bewohnte Land, weshalb sie im Falle einer Flucht oft ihr Recht aufgeben, wieder nachhause zurückzukehren. Hinzu kommt, dass durch die Besprühung vertriebene Personen im Gegensatz zu jenen, die durch politische Gewalt zur Flucht gezwungen wurden, keinen Anspruch auf gewisse Formen staatlicher Unterstützung haben, die geleistet wird, um zumindest das unmittelbare Überleben der davon Betroffenen zu sichern. Viele dieser Flüchtlinge, die zum Großteil innerhalb Kolumbiens bleiben, sehen daher keine andere Option, als zu Kokaanbau und -ernte überzugehen, beziehungsweise zur Herstellung und zum Transport von Kokapaste und Kokain.¹²⁷

Auch der mit Plan Colombia gewählte Lösungsweg, den Drogenkonsum in den Vereinigten Staaten mit angebotsseitigen Maßnahmen einzuschränken, wird oft als verfehlt kritisiert, da starke Hinweise existieren, die nahelegen, dass eine Verringerung der Nachfrage leichter herbeizuführen wäre. So kam etwa die RAND Corporation in einer durch die US Army und das Office of National Drug Control Policy geförderten Studie von 1994 zu dem Schluss, dass therapeutische Maßnahmen zur Suchtbehandlung die bei weitem kosteneffizienteste Methode darstellen, um den Drogenkonsum zu unterbinden – 23 Mal wirksamer als innerhalb der Herkunftsländer durchgeführte Programme, elf Mal wirksamer als Verbotsmaßnahmen an den eigenen Landesgrenzen, und sieben Mal so wirksam wie strafrechtliche Maßnahmen innerhalb der Vereinigten Staaten. Diese, oder eine ähnliche Auffassung teilten offenbar mehrere leitende Regierungsmitglieder der Clinton-Administration, die, während Plan Colombia entworfen wurde, einen Vorschlag des Office of Management and Budget diskutierten, der vorsah, von den für Plan Colombia vorgesehenen 1,3 Milliarden Dollar, 100 Millionen für Süchtige in den Vereinigten Staaten einzusetzen. Der Vorschlag stieß jedoch innerhalb der Administration auf beinahe ausnahmslose Ablehnung, vor allem von Seiten des Direktors des

¹²⁷ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 118 – 119.

Office of National Drug Control Policy (ONDCP) und sogenannten „drug czar“, General Barry McCaffrey, und wurde daher nicht umgesetzt. Dieser Zugang steht im Übrigen in auffälligem Kontrast zur Strategie der Nixon-Regierung, die 1971 erstmal einen „Krieg gegen die Drogen“ ausrief, dabei jedoch zwei Drittel der aufgewendeten finanziellen Mittel für die Behandlung von Süchtigen einsetzte; eine Maßnahme, die sich als überaus effektiv herausstellte, mehr Suchtkranke erreichte als jemals zuvor, und zu einem starken Rückgang der Verhaftungen aufgrund von Drogendelikten führte. Dieser Zugang wurde jedoch ab den 1980er Jahren mehr und mehr aufgegeben zugunsten von strafrechtlicher Verfolgung, Grenzüberwachung, und der Bekämpfung der Produktion in den Herkunftsländern.¹²⁸

Die konkrete Wirksamkeit der in den Herkunftsländern getroffenen Maßnahmen zur Verringerung des Drogenangebotes, wird auch rückblickend stark in Zweifel gezogen, und das trotz der oben bereits skizzierten massiven Ausweitung der Pflanzenvernichtung mittels Sprühflugzeugen. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) wurde in Kolumbien im Jahr 1999 auf 160 000 Hektar Koka angebaut, und 680 Tonnen Kokain hergestellt. Bis zum Jahr 2007, nachdem Anbauflächen im Ausmaß von einer Million Hektar besprüht worden waren, konnte ein Rückgang auf 99 000 Hektar erzielt werden, die jedoch immer noch zur Produktion von 600 Tonnen Kokain genutzt werden konnten. Die Statistiken sowohl des State Department als auch des UNODC geben für die Jahre nach 2007 einen stetigen Rückgang an, der ab 2013 in einen Anstieg übergeht. Ein vom State Department angegebener Anstieg von 2004 bis 2007 erfolgte trotz einer gleichzeitig vorgenommenen Ausweitung der Besprühungen, und gipfelte im Jahr 2007 in einem Wert, der beinahe gleich hoch war wie jener von 2001, dem höchsten seit es entsprechende Untersuchungen gibt. Eine merkliche, wenn auch vorübergehende Reduktion der Anbauflächen konnte zwar von 2002 bis 2003 erzielt werden, doch wurde damit ein Niveau erreicht, das immer noch über jenem von 1998 lag, womit Kolumbien immer noch das Land war, in dem weltweit am meisten Koka angebaut wurde.¹²⁹

Im Jahr 2007 begannen die Regierungen Kolumbiens und der USA einem anderen Lösungsweg zu folgen, und den Schwerpunkt weniger auf den Einsatz von Sprühflugzeugen zu legen, sondern zunehmend auf die behördliche und staatliche Präsenz in Anbaugebieten um dadurch legales Wirtschaften anzuregen; zudem wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, um Haushalte, die zuvor den Anbau von Koka betrieben hatten, mit Alternativen auszustatten, und ihre

¹²⁸ Vgl. Chomsky (2010), S. 80.

¹²⁹ Vgl. Isacson (2010); Isacson (2015); Alsema (2012); Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (2014), S. 17; Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 113.

Lebensgrundlage abzusichern. Die Besprühung aus der Luft wurde zwischen 2006 und 2009 um 39 Prozent reduziert; 2009 wurde auch die manuelle Pflanzenvernichtung stark eingeschränkt. Laut der UNODC war im Jahr 2009 dennoch ein starker Rückgang des Koka-Anbaues zu verzeichnen, der nun auf nur noch 68 000 Hektar Land betrieben wurde.¹³⁰

Für die Wirkungslosigkeit der Besprühungen gibt es mehrere Gründe, einer davon ist der sogenannte „Ballon-Effekt“, das oft beobachtete Phänomen, dass ein in einer bestimmten Region erzielter Rückgang des Koka-Anbaus zu einem Anstieg in einer anderen führt. Laut Angaben der kolumbianischen Regierung erhöhte sich etwa die Zahl der Regionen, in denen nachweislich Koka angebaut wurde zwischen 1999 und 2002 von zwölf auf 22. Auch gingen Koka-Bauern dazu über, auf kleineren, schwerer findbaren Flächen anzubauen; auch um die Besprühung aus der Luft zu erschweren.¹³¹

Im Gegensatz zu Kolumbien oder auch bis zu einem gewissen Grad Peru, wo es schwierig sein kann, gewisse Phänomene zweifelsfrei auf die Drogenbekämpfung zurückzuführen, da auch die durch Guerilla und Paramilitärs verursachten Konflikte einen wichtigen Faktor darstellen, lassen sich die Auswirkungen der US-amerikanischen Antidrogenpolitik anhand von Bolivien, einem Land ohne derartige Gruppierungen, relativ eindeutig beurteilen. Obwohl Bolivien eines der ärmsten Länder der Westlichen Hemisphäre ist, und seit Jahrzehnten zehntausende von bolivianischen Kleinbauern wirtschaftlich auf den Anbau von Koka angewiesen sind, haben die Vereinigten Staaten ökonomische Unterstützung immer wieder von Drogenbekämpfung, und dabei in erster Linie von der Vernichtung von Koka-Pflanzen abhängig gemacht. Die USA bestanden dabei vor allem auf zwangsweiser Vernichtung sowie dem Einsatz des Militärs zur Drogenbekämpfung. Der Druck, den die Vereinigten Staaten dabei auf Bolivien ausüben konnten, war aufgrund der Abhängigkeit des Landes von internationaler Hilfe enorm; auch weil Bolivien auf Kredite von Institutionen angewiesen war, die unter starkem US-amerikanischem Einfluss stehen, wie etwa die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Im Jahr 1988 wurde auf Drängen der USA das „Gesetz 1008“ beschlossen, das die Grundlage für die mit zunehmendem Gewalteinsatz vorgenommenen Pflanzenvernichtungsaktionen bildete. Der Koka-Anbau, der zuvor im ganzen Land legal gewesen war, wurde durch dieses Gesetz im Großteil des Landes kriminalisiert; zuvor war lediglich der Verkauf reguliert worden. Das von Seiten bolivianischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisierte Gesetz sah für Drogendelikte härtere Strafen vor, als für die meisten anderen Verbrechen; in vielen Fällen wurde gar die in der

¹³⁰ Vgl. Isacson (2010).

¹³¹ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 113 – 114.

bolivianischen Verfassung auf 30 Jahre begrenzte Höchsthaftstrafe überschritten.¹³² Eine Untersuchung des Menschenrechtsausschusses der bolivianischen Abgeordnetenkammer kam im Jahr 1995 zu dem Schluss, das Gesetz 1008 etablierte „[...] a criminal justice subsystem parallel to the regular criminal justice system, characterized by the tendency towards unreasonably drastic penalties [...]“¹³³. Hinzu kam, dass für unter Gesetz 1008 Angeklagte weder Bewährungsstrafen noch die Freilassung auf Kautions vorgesehen waren, was zusammen mit dem korrupten und langsam arbeitenden bolivianischen Justizsystem dazu führte, dass Beschuldigte in jedem Fall für längere Zeit, und oftmals jahrelang inhaftiert wurden, egal ob sie letztlich verurteilt wurden oder nicht. Die Häftlingszahlen stiegen dementsprechend sprunghaft an; nach einer im Juni 2001 durchgeführten Reform des Gesetzes nahm die Zahl der Häftlinge zwar wieder stark ab, doch waren Mitte 2003 immer noch 78 Prozent sämtlicher Insassen in Cochabamba auf Grundlage von Gesetz 1008 angeklagt worden.¹³⁴

Die wachsende Rolle des bolivianischen Militärs bei der Drogenbekämpfung und die Präsenz US-amerikanischer Truppen waren in Bolivien unter anderem wegen der erst 1982 beendeten Militärherrschaft, und der noch nicht für konsolidiert erachteten demokratischen Kontrolle über das Militär sehr umstritten. 1986 fand in Bolivien die erste größere Antidrogen-Operation statt, in der offiziell US-amerikanische Truppen zu diesem Zweck im Ausland eingesetzt wurden. In der von Juli bis November andauernden „Operation Blast Furnace“ wurden 160 US-amerikanische Soldaten eingesetzt. Der darauffolgende öffentliche Aufschrei, den die als solche empfundene Verletzung der nationalen Souveränität, sowie der Tod mehrerer unschuldiger Personen nach sich zogen, hatte zu Folge, dass in Zukunft von direkter, offener militärischer Beteiligung Abstand genommen wurde, wobei das US-amerikanische Militär und das Pentagon jedoch auch weiterhin, etwa durch die Versorgung mit Ausrüstung und die Ausbildung von Spezialeinheiten, eine immer wichtigere Rolle in Bolivien spielte. Die Überwachung von und Kontrolle über Polizei und Militär durch die Vereinigten Staaten im Rahmen von Antidrogenoperationen, erfolgt zudem oftmals unter Umgehung jedweder Einflussnahme von Seiten der bolivianischen Regierung.¹³⁵

Das Vorgehen gegen den Koka-Anbau, und vor allem die seit den 1980er Jahren häufiger werdenden Operationen zur Vernichtung von Kokapflanzen führten immer wieder zu Protesten und gewaltsamen Konfrontationen zwischen Koka-Bauern und Sicherheitskräften. Nachdem die erste

¹³² Vgl. Giacomani (2010), S. 22.

¹³³ Zit. nach: Giacomani (2010), S. 22.

¹³⁴ Vgl. Ledebur (2005), S. 166 – 168.

¹³⁵ Vgl. Ledebur (2005), S. 143 – 145, 149 – 150.

Regierung unter Präsident Sánchez de Lozada aufgrund des Rückhaltes, den die Koka-Bauern in Teilen der Bevölkerung genoss, und aus Furcht vor Gewalt etwas zögerlicher war, die Anforderungen der USA was die Pflanzenvernichtung betrifft zu erfüllen, drohten diese 1995 damit, ihre Hilfsleistungen einzustellen. Die Konfrontationen, die durch die darauf intensivierte Koka-Vernichtung ausgelöst wurden, hatten den Tod von vier Zivilisten zur Folge. Der Höhepunkt dieser Konflikte wurde ab 1998 mit Plan Dignidad erreicht, einer großräumigen Aktion zur zwangsweisen Pflanzenvernichtung, die das offizielle Ziel verfolgte, sämtliche illegalen Bepflanzungen zu beseitigen, deren Ausmaß mit insgesamt 38 000 Hektar beziffert wurde. Im wichtigsten Anbauggebiet, der Provinz Chapare, wurde dieses Ziel im Jahr 2000 beinahe erreicht, insgesamt wurde etwa die Hälfte der bekannten Koka-Mengen vernichtet. Die USA lobten diesen Erfolg, doch zeigten eigene Untersuchungen schon bald eine Trendumkehr, und bereits 2002 wurde eine Zunahme des Koka-Ertrages um 23 Prozent verzeichnet, obwohl im selben Jahr 12 000 Hektar vernichtet worden waren. Zudem führten die durch Plan Dignidad verursachten Konflikte zum Tod von 33 Koka-Bauern und 27 Mitarbeitern der Sicherheitskräfte; durch die Exekutivkräfte begangene Menschenrechtsverletzungen zogen dabei keine entsprechenden Untersuchungen oder rechtliche Konsequenzen nach sich. Vor allem der Mangel an zielführenden Strategien, um den Familien der betroffenen Koka-Bauern, die unter dem entfallenen Einkommen zu leiden hatten ökonomische Alternativen zu bieten, führte zu schweren Protesten und Konfrontationen, die auch für die Stabilität mehrerer Regierungen zur Bedrohung wurden. Die Regierungen Boliviens und der USA folgten ungeachtet dessen weiterhin ihrer Strategie der Militarisierung und zwangsweisen Pflanzenvernichtung. Von zentraler Bedeutung war hierbei die 1998 etablierte Joint Task Force (JTF), eine zu diesem Zweck ins Leben gerufene Spezialeinheit in der Kräfte aus Militär und Polizei zusammengeführt wurden, und die vor allem in der Region Chapare stark vertreten war. Beide Regierungen vertraten den Standpunkt, dass eine längerfristige, anhaltende Militärpräsenz in dieser Region in jedem Fall notwendig sein würde. Ein im Oktober 2000 geschlossenes Abkommen zwischen der Regierung und den zunehmend als organisierte politische Kraft auftretenden Koka-Bauern untersagte die Errichtung neuer Militärbasen im Chapare; eine Vereinbarung, welche die Bauern allerdings bereits im Folgejahr aufgrund des Aufbaues neuer Posten und anderer Einrichtungen als gebrochen ansahen. Die in Folge aus Protest errichteten Straßensperren führten einmal mehr zu wachsenden Spannungen, die etwa im November 2001 zum Tod von drei Protestanten führten, die beim Versuch, eine Autobahn abzuriegeln von Sicherheitskräften getötet wurden.¹³⁶

¹³⁶ Vgl. Ledebur (2005), S. 154 – 155, 158 – 159.

Der Konflikt zwischen der Regierung, beziehungsweise der von Seiten der USA als Bedingung für ökonomische Hilfen verlangten Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, und den Koka-Bauern befand sich während der ersten Jahre des neuen Jahrtausends in einem Stadium der Eskalation. Im Jänner 2002 beschloss die bolivianische Regierung auf Drängen der USA, und zwei Monate vor einer neuerlichen Beurteilung und „Zertifizierung“ der bolivianischen Antidrogen-Politik das Trocknen, den Transport und den Verkauf von im Chapare angebautem Koka in bisher legalen Märkten zu verbieten. Nach Zusammenstößen und dem Tod von vier Sicherheitsbeamten, deren Leichen mit Anzeichen von Folter aufgefunden worden waren, begann die Regierung eine Reihe weiterer restriktiver Maßnahmen einzuleiten, darunter die Inhaftierung von über achtzig Gewerkschaftsführern sowie der erfolgreiche Versuch, den Präsidentschaftskandidaten Juan Evo Morales Ayma, einen Anführer der Bewegung der Koka-Bauern, von seinem Sitz im Kongress zu entfernen, ein Schritt der nach einer im Februar getroffenen Vereinbarung, zusammen mit einigen anderen der vergangenen Monate rückgängig gemacht wurde. Die Regierung erklärte sich zudem bereit, begangene Menschenrechtsvergehen zu untersuchen sowie Entschädigungszahlungen zu leisten. Die Vereinigten Staaten kritisierten dieses Vorgehen als Abweichung von den vereinbarten Zielsetzungen. Der Botschafter der USA ging vier Tage vor den Präsidentschaftswahlen im Juni 2002 noch weiter, und warnte vor einem Ende der Hilfszahlungen, sollte Morales die Wahlen gewinnen. Nach den Wahlen äußerte auch der Direktor des für die Andenstaaten zuständigen Büros im State Department eine solche Warnung. Evo Morales belegte mit nur 1,5 Prozentpunkten Abstand den zweiten Platz hinter Sánchez de Lozada, der im September 2002 erneut sein Amt antrat. Der neue Präsident begann sogleich einen hunderttägigen Dialog mit den Verbänden der Koka-Bauern, in denen neben alternativen Entwicklungsstrategien vor allem eine Unterbrechung der Pflanzenvernichtung und eine unabhängige Ermittlung der legal konsumierten und exportierten Koka-Mengen diskutiert wurden. Nachdem ein Aussetzen der Koka-Dezimierung von Seiten der USA abgelehnt wurde, scheiterten die Gespräche. Im Jänner 2003 begann eine erneute, durch Koka-Bauern und andere Gruppierungen begonnene Welle von Protesten und Straßenblockaden, die zum Konflikt mit Sicherheitskräften, und zum Tod von elf Personen führten. Im Monat darauf hatten Zusammenstöße zwischen Polizisten, die eine höhere Entlohnung forderten, und dem Militär den Tod von 32 Personen zur Folge. Nach einigen Monaten wachsender Unruhen und Proteste, in denen mindestens sechzig Personen durch Sicherheitskräfte getötet wurden, trat Sánchez de Lozada schließlich am 17 Oktober 2003 als Präsident zurück.¹³⁷

Das 1997 in den USA verabschiedete sogenannte Leahy-Gesetz verbietet die finanzielle

¹³⁷ Vgl. Ledebur (2005), S. 144 – 145, 153 – 155.

Unterstützung von Einheiten ausländischer Sicherheitskräfte, die sich nachweislich schwerer Menschenrechtsvergehen schuldig gemacht haben, ohne deshalb von den Behörden des betreffenden Landes entsprechend belangt worden zu sein.¹³⁸ Im Rahmen der Drogenbekämpfung in Lateinamerika haben die Vereinigten Staaten jedoch in Bezug auf entsprechende Vorwürfe oft eine äußerst apologetische und verharmlosende Haltung eingenommen; so ließ das State Department etwa im Jahr 2002 verlautbaren, dass einige umfassend belegte, durch die bolivianische Expeditionary Task Force (ETF) begangene Morde keine „schweren“ Menschenrechtsvergehen darstellen würden. Die ETF war eine paramilitärische Antidrogen-Einheit, die ab Jänner 2001 durch die US-Botschaft mitfinanziert, und im Jänner 2002 durch eine Erhöhung der Mittel auf 1 500 Mitglieder erweitert wurde. Nach einer Reihe von Untersuchungen durch den Kongress und anhaltende internationale Kritik, vor allem aufgrund der Tötung von fünf Koka-Bauern und anderer Vergehen, wurde die Unterstützung Mitte 2002 eingestellt, und die ETF nach nur 18-monatigem Bestehen aufgelöst. Einer der getöteten Koka-Bauern, Casimio Huanca, war am 6 Dezember 2001 von einem Mitglieder der ETF erschossen worden, nachdem er zuvor an einer friedlichen Demonstration teilgenommen hatte, die durch die ETF aufgelöst worden war. Laut einem Beamten des State Department stellte der Vorfall keine schwere Menschenrechtsverletzung dar, da Huanca nicht erschossen worden, sondern verblutet war.¹³⁹ Trotz über zehn von Abgeordneten des US-amerikanischen Kongress verfassten Briefen, in denen die Einhaltung des Leahy-Gesetzes gefordert wurde, setzte die Bush-Administration diese Politik fort, und drohte im Jahr 2004 jenen lateinamerikanischen Ländern, welche sich nicht bereit zeigten, ein Übereinkommen über die Nichtauslieferung von durch den Internationalen Strafgerichtshof verurteilten US-amerikanischen Personen zu unterzeichnen. Die USA kürzten aus diesem Grund im selben Jahr schließlich 7,6 Millionen US-Dollar an Militärhilfe für Ecuador, 2,4 Millionen für Peru und 1,4 Millionen für Uruguay.¹⁴⁰

Die beschriebenen Auswirkungen des mit Unterstützung der USA geführten „War on Drugs“ finden sich auch in sämtlichen anderen Ländern Lateinamerikas, in denen derartige Programme durchgesetzt wurden. Die Umsetzung von traditionell der Polizei vorbehaltenen Maßnahmen durch die Polizei, und die generelle Verwischung der Grenze zwischen Aufgaben der Polizei und des Militärs sind eine Konstante, für die sich etwa in Mexiko, oder bis vor einigen Jahren in Ecuador, wo polizeiliches und militärisches Personal gemeinsame Operationen durchführte, Beispiele finden lassen. Für Länder mit relativ schwachen demokratischen Institutionen, die seit den 1980er Jahren

¹³⁸ Vgl. Cornell University Law School – Legal Information Institute (a).

¹³⁹ Vgl. Ledebur (2005), S. 171 – 174, S. 159.

¹⁴⁰ Vgl. Cardenas (2010), S. 97.

Anstrengungen unternehmen, um ihre Polizei unter zivile Kontrolle zu bringen, ist etwa die Ausbildung polizeilicher Kräfte durch das US-amerikanische Militär, beispielsweise Training für leichte Infanterie in Kolumbien, Ecuador und Peru um Jahr 2002, überaus problematisch. Das Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC), auch bekannt unter seinem früheren Namen „School of the Americas“, das mit einer Reihe von Staatsstreich und groben Menschenrechtsverletzungen in Verbindung steht, stellt hier eine der zentralen Ausbildungsstätten dar. In Ländern wie Bolivien, Peru und Ecuador hat sich zudem die Praxis etabliert, die demokratischen Obrigkeiten bei Benachrichtigungen durch Antidrogen-Einheiten oftmals zu umgehen, und sich stattdessen direkt an die US-amerikanische Botschaft zu wenden. Zudem werden Verhandlungen mit Washington über Hilfszahlungen und Ausbildung oftmals unter Umgehung jedweder ziviler demokratischer Kontrolle, von Polizei oder Militär geführt. Die Übernahme polizeilicher Funktionen durch das Militär wird im Allgemeinen, obwohl in den USA selbst fast ausnahmslos verboten, von Seiten der Vereinigten Staaten gefördert und unterstützt. Ein anschauliches Beispiel ist die Etablierung einer Antidrogen-Eliteeinheit, die in den 1980er Jahren durch das mexikanische Militär, mit Unterstützung des CIA und unter vollständiger Umgehung der zivilen Obrigkeiten ins Leben gerufen wurde, jedoch bereits nach drei Einsätzen, und dem Tod von vier unbeteiligten Zivilisten aufgelöst wurde. Wie erwähnt konnten die USA zum Zwecke der Drogenbekämpfung auch strafrechtliche Beschlüsse durchsetzen, die sich jedoch in einigen Fällen ebenfalls als problematisch erwiesen. In Bolivien und Ecuador etwa hatte die neue Rechtslage zur Folge, dass die Erleichterung einer Verurteilung aufgrund von Drogendelikten beinahe einer Beweislastumkehr gleichkam, was zusammen mit einer Verschärfung der Haftstrafen zu überfüllten Gefängnissen führte. In Ecuador wurde eine Mindesthaftstrafe von zehn Jahren eingeführt, wobei hinsichtlich der Schwere des jeweiligen Vergehens, beziehungsweise zwischen Drogenbossen und Straßenhändlern diesbezüglich nicht differenziert wurde.¹⁴¹

Die Strategie, das Angebot an Drogen durch Pflanzenvernichtung an der Wurzel zu bekämpfen, und die Quellenländer zu restriktiven rechtlichen Reformen zu drängen, hat bei allen negativen Auswirkungen, wie dem kräftigen Anstieg der Vertriebenen- und Häftlingszahlen und der oftmaligen Einschränkung von staatlicher Souveränität und Rechtsstaatlichkeit, keineswegs die erwünschten Ergebnisse gezeitigt, wie bereits bezüglich Kolumbien, dem wichtigsten Quellenland für Kokain, dargestellt wurde. Der Theorie nach sollte eine Reduktion des Angebots zu einem Anstieg der Verbraucherpreise führen, was wiederum einen Rückgang des Drogenkonsums in den USA zur Folge haben sollte. Stattdessen nahmen die Preise für illegale Drogen von den 1980er

¹⁴¹ Vgl. Neild (2005), S. 69; Freeman/Sierra (2005), S. 277; Youngers (2005), S. 343 – 345, 350.

Jahren an kontinuierlich ab, und das Angebot entwickelte sich, lediglich von sporadischen Schwankungen unterbrochen, auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau. Im Jahr 2012 kostete in den Vereinigten Staaten ein Gramm Kokain um rund 16% weniger als im Jahr 2001, und 76% weniger als vor dreißig Jahren; die Preise für Heroin und Methamphetamin haben eine ähnliche Entwicklung genommen. Eine zentrale Ursache für die mangelnde Wirksamkeit ist der erwähnte „Ballon-Effekt“, oder allgemein die Fähigkeit der Anbauer, ihre Aktivität zu verlagern oder in abgeänderter Form fortzusetzen. Hinzu kommt der Umstand, dass eine Reduktion der Anbauflächen in einem gewissen Gebiet etwa mit einer gleichbleibenden Produktionsmenge einhergehen kann, da offenbar über die Jahre die Herstellung größerer Mengen an Kokain pro Hektar erzielt werden konnte. Der bezüglich Kolumbien erwähnte, Anfang des neuen Jahrtausends erreichte Höhepunkt der Produktionsmengen in den Andenstaaten führte von Seiten der US-Regierung zur Darstellung der gewählten Maßnahmen als erfolgreich, nachdem bis zum Jahr 2003 ein markanter Einbruch der Anbauflächen verzeichnet wurde, der jedoch, gemessen am Jahr 1999 lediglich einen Rückgang von 5% darstellte. Zwischen 1996 und 2006 konnte die gesamte Koka-Anbaufläche von 209 700 Hektar auf 156 900 reduziert werden.¹⁴²

Das aggressive Vorgehen gegen Drogenhändler und Kartelle resultiert im Übrigen in einer dem „Ballon-Effekt“ nicht unähnlichen Dynamik: Nachdem Pablo Escobar 1993 von einer durch die USA finanzierten Einheit getötet, und das von ihm angeführte Medellín-Kartell fast vollständig zerschlagen worden war, nahm schlicht das konkurrierende Cali-Kartell deren Führungsrolle ein. Der kolumbianische Präsident Ernesto Samper, der, auch auf starken Druck der Vereinigten Staaten, eine äußerst aggressive Antidrogenpolitik verfolgte, schaffte es bis September 1996, sämtliche Anführer des Cali-Kartells zu inhaftieren.¹⁴³ Die Zerschlagung der beiden größten Drogenkartelle führte allerdings nicht zu einem Niedergang, oder einer nachhaltigen Verringerung des kolumbianischen Drogenhandels. Stattdessen nahmen kleinere Gruppierungen ihren Platz ein, die nicht im gleichen Maße in der Lage waren länderübergreifend zu operieren, wodurch die innerhalb Kolumbiens produzierten Drogenmengen drastisch zunahmen. Bis 1997 stieg die Koka-Anbaufläche von 43 000 Hektar im Jahr 1994, auf 79 500 Hektar an, womit in Kolumbien mehr Koka produziert wurde als in jedem anderen Andenstaat.¹⁴⁴

¹⁴² Vgl. Porter (2012); Außenministerium der Vereinigten Staaten (2004); Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (2008), S. 7.

¹⁴³ Vgl. Council on Hemispheric Affairs (2012).

¹⁴⁴ Vgl. Ramirez Lemus/Stanton/Walsh (2005), S. 104 – 105; Rojas (2005), S. 210.

6. Die Präsidentschaft George W. Bushs (20.01.2001 – 20.01.2009)

6.1. Der zweite Putsch gegen Jean-Bertrand Aristide

Im Mai 2000 fanden in Haiti Kommunal- und Parlamentswahlen statt, wobei die Stimmauszählung im ersten Wahlgang von einigen Wahlbeobachtern stark bemängelt wurden. Unter anderem zogen die OAS und die UNO die Validität der vom haitianischen Wahlgremium veröffentlichten Ergebnisse in Zweifel, woraufhin der Leiter des Gremiums in die Vereinigten Staaten floh, und Präsident Preval öffentlich vorwarf, eine Verfälschung der Wahlergebnisse zugunsten von Fanmi Lavalas angeordnet zu haben. Internationale Geldgeber gaben bekannt, dass sie künftige Wahlen nicht unterstützen und beobachten werden. Die Vereinigten Staaten, die ihre Entwicklungshilfe während der letzten Jahre von Prevals Amtszeit bereits auf einen Bruchteil des Niveaus von 1995 reduziert hatten, stellten diese nach den Wahlen vom Mai vollständig ein. Im Februar 2001, nach dem Amtsantritt von Präsident Jean-Bertrand Aristide im Jänner, gab die Europäische Union bekannt, dass sie für Haiti bestimmte Hilfsleistungen in Höhe von 44,4 Millionen Euro einstellen werde, da man die Ereignisse vom Mai für einen Verstoß gegen demokratische Grundsätze halte. Der neue US-Botschafter teilte Aristide kurz vor Beginn seiner erneuten Präsidentschaft mit, dass die USA ihre Beziehungen zu Haiti nicht normalisieren würden, solange die Probleme in Zusammenhang mit den Wahlen vom Mai nicht bereinigt worden seien.¹⁴⁵ USAID gab Ende des Monats bekannt, für Haiti bestimmte 70 Millionen US-Dollar nicht direkt an die haitianische Regierung, sondern an NGOs auszubezahlen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB), die zuvor die Bereitstellung von vier Krediten in Höhe von 148 Millionen US-Dollar, für die Bereiche Gesundheit, Bildung, Trinkwasser und Straßenausbesserung beschlossen hatte, entschied sich kurz vor der für das Frühjahr 2001 geplanten Auszahlung auf Anfrage des US-amerikanischen Vertreters im Vorstand der Bank für eine Aussetzung dieser Hilfestellungen, sowie von weiteren Krediten in Höhe von 470 Millionen US-Dollar, welche die haitianische Regierung über die nächsten Jahre von der Entwicklungsbank hätte erhalten können, und die bereits im Budget eingeplant worden waren. Die IDB bestand darüber hinaus auf fortgesetzte Zinszahlungen in Millionenhöhe für manche der eingefrorenen Kredite. All dies stellt einen frappanten Verstoß gegen die Chartas dieser Institutionen dar, welche diese zur Unterstützung sozialer und ökonomischer Entwicklung, ungeachtet des politischen Charakters der betreffenden Regierung verpflichten.¹⁴⁶ Sieben der Senatoren, deren Wahlsieg im Mai umstritten war, reichten daraufhin ihren Rücktritt ein, und die

¹⁴⁵ Vgl. Hallward (2010), S. 82.

¹⁴⁶ Vgl. Hallward (2010), S. 82.

Amtszeit des achten lief kurz darauf aus; die große Mehrheit, über welche Fanmi Lavalas in beiden Parlamentskammern verfügte, blieb dabei bestehen, und die Strafmaßnahmen wurden dessen ungeachtet fortgesetzt, wobei sich die Summe der eingestellten humanitären Notzahlungen von den Vereinigten Staaten, der Weltbank, der IDB und des Internationalen Währungsfonds auf insgesamt 500 Millionen US-Dollar belief. Das Budget der Regierung wurde in Folge mehr als halbiert, und belief sich nunmehr auf jährlich 300 Millionen US-Dollar, was ein kleineres Budget darstellt als jenes von Cambridge, einer Stadt mit rund 100 000 Einwohnern. Die Auslandsschuld war auf 1,134 Milliarden US-Dollar angewachsen, von denen etwa 40% während der Zeit der brutalen Duvalier-Diktaturen und anderer Militärjuntas angehäuft worden waren – Diktatoren, die im Übrigen während der späten 1980er Jahre mehrere Mordanschläge auf Aristide verübt hatten. Im Juli 2003 verwendete Haiti 90% seiner Fremdwährungsreserven, eine Summe von 32 Millionen US-Dollar, um Rückstände gegenüber der Interamerikanischen Entwicklungsbank zu begleichen. Die Verschlimmerung der ökonomischen Misere Haitis, und insbesondere dessen großteils verarmter Bevölkerung wird von vielen Beobachtern, und auch von Aristide selbst als die eigentliche Absicht hinter dem „Hilfsembargo“ bezeichnet, welches die Aristide-Administration demnach bewusst destabilisieren sollte, während die Vereinigten Staaten die politische Opposition unterstützten. Paul Farmer, Entwicklungshelfer und stellvertretender UNO-Sondergesandter für Haiti, meinte dazu in seiner Aussage vor dem US-amerikanischen Kongress: „Beginning in 2000, the U.S. administration sought, often quietly, to block bilateral and multilateral aid to Haiti, having an objection to the policies and views of the administration of Jean-Bertrand Aristide“¹⁴⁷, der durch diese und weitere Maßnahmen aus seinem Amt entfernt werden sollte.¹⁴⁸

Die ohnehin bereits hochgradig dysfunktionale haitianische Wirtschaft wurde durch diese Maßnahmen vollends überfordert. Das haitianische Bruttoinlandsprodukt fiel zwischen 1999 und 2003 von vier auf lediglich 2,9 Milliarden US-Dollar. Einer im Dezember 2003 von Oxfam und anderen NGOs veröffentlichten Studie zufolge, befand sich Haiti in einer Krise von nie dagewesenen Dimensionen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen kam im Jahr 2002 in einer Analyse der sozioökonomischen Situation Haitis zu dem Schluss, dass die Massenarmut so schlimme Ausmaße angenommen hatte, dass eine Erholung, sollte diese einsetzen, 50 Jahre benötigen würde. Die Vereinigten Staaten machten eine Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe nun davon abhängig, dass Aristide, dessen Regierung bereits vor seinem Amtsantritt bankrott war, eine Einigung mit der politischen Opposition erziele. Zu diesem Zweck musste sich Aristide in Verhandlungen mit einer Gruppierung namens Convergence Democratique (CD) begeben, einem

¹⁴⁷ Zit. nach: Farmer (2010).

¹⁴⁸ Vgl. Kidder (2003); Farmer (2004); Sachs (2004).

losen Zusammenschluss von dem Großteil jener Parteien, die in den Wahlen vom Mai 2000 gegen Aristide verloren, im Sommer darauf ihre Koalition begründet, und deren addierte Stimmenanteile bei keiner Wahl mehr als 15% ergeben hatten. Die Gruppierung, die von den Vereinigten Staaten finanziert, und in ihrer Gründung und ihrer Strategie durch die USA geleitet wurde, stellte eine ideologisch zutiefst uneinheitliche Vereinigung dar, die sich aus Ex-Kommunisten, Ex-Lavalas-Mitgliedern, rechtsgerichteten Evangelikalen, konservativen Wirtschaftsführern, ehemaligen Duvalier-Gegner, und ehemaligen Duvalier-Unterstützern zusammensetzte, die lediglich durch ihr gemeinsames Ziel, Aristide zu bekämpfen, vereint waren. Die Strategie der CD war, was die beiden Führungspersonen als option zero bezeichneten: Die Ablehnung jedweder Kompromisse solange Aristide der amtierende Präsident war. Die zahlreichen Kompromisse, und teils massiven Zugeständnisse, zu denen Aristide sich bereit erklärte, wurden dementsprechend konsequent abgelehnt: er akzeptierte die Rücktritte der erwähnten sieben Senatoren; willigte ein, mehrere Gegner der Fanmi Lavalas in seine neue Regierung aufzunehmen, darunter etwa Marc Bazin, der erwähnte Verlierer der Wahlen von 1990; stimmte der Einberufung einer neuen, oppositionsfreundlicheren Wahlkommission zu; und der Abhaltung von vorgezogenen Parlamentswahlen, mehrere Jahre vor ihrem planmäßigen Stattfinden. Innerhalb der OAS setzten sich die Vereinigten Staaten erfolgreich dafür ein, dass die Anerkennung einer Lösung der sogenannten Wahlkrise in Haiti von der Zustimmung der CD abhängig gemacht wurde. Zwischen Juni 2000 und Februar 2004 wurde jeder einzelne Vorschlag von Seiten der Fanmi Lavalas, Neuwahlen abzuhalten, oder neue Formen der Machtbeteiligung zu finden, von der CD abgelehnt. Die von der CD gestellten Forderungen waren für Aristide wiederum ebenso unannehmbar wie für seinen Vorgänger Preval, und beinhalteten nach dem Mai 2000 unter anderem den sofortigen Rücktritt Prevals und die Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit, sowie bereits vor Aristides Amtsantritt dessen Rücktritt, und die Ernennung eines Premierministers durch die CD, welchem erlaubt werden würde, per Dekret zu regieren. Kurz vor Aristides Amtseinführung am 7 Februar 2001, stellte die CD einen Zehn-Punkte-Plan an Forderungen zusammen, welcher unter anderem die Bildung einer Parallelregierung beinhaltete, die jedoch nur bis zum Frühjahr 2001 Bestand hatte.¹⁴⁹

Als Aristide 1995 das haitianische Militär – dessen Daseinszweck spätestens nach den Ereignissen von 1991 fragwürdig geworden war - aufgelöst hatte, hatte er die Sicherheit seiner Machtposition als Präsident in zweierlei Hinsicht beeinträchtigt. Erstens macht ein solcher Schritt die Regierung besonders schutzlos gegen Sabotageakte und bewaffnete Aufstände. Zweitens bildete sich dadurch

¹⁴⁹ Vgl. Hallward (2010), S.Xxxi, 84 – 86.

zwangsläufig ein Reservoir an arbeitslosen, gegen die Regierung eingestellten Ex-Soldaten. Zwar hatte Aristides Regierung Anstrengungen unternommen, um die ehemaligen Mitglieder der Armee nach Möglichkeit zufrieden zu stellen – neben einer großzügigen Abfindung wurde ein sechsmonatiges Umschulungsprogramm initiiert; zudem wurden einige hundert von ihnen später in die Polizei integriert – doch waren diese nur teilweise erfolgreich. Die Vereinigten Staaten, die der Auflösung äußerst ablehnend gegenüberstanden, lehnten darüber hinaus Aristides Ansuchen ab, ihre Position als Besatzungsmacht zu nutzen, um die noch übrigen Soldaten der haitianischen Armee, oder Mitglieder der paramilitärischen FRAPH zu entwaffnen, weshalb viele ihre Schusswaffen in ihr neues Leben als Zivilisten mitnehmen konnten. Guy Philippe, ein ehemaliger Schützling Aristides, und Louis-Jodel Chamblain, ein ehemaliger hochrangiger FRAPH-Anführer unter Emmanuel Constant, begannen nun im Frühjahr 2001 in der Dominikanischen Republik, die bereits in den 1990er Jahren FRAPH-Kommandanten Unterschlupf gewährt hatte, eine kleine Anti-Lavalas-Truppe aus ehemaligen haitianischen Armeemitarbeitern aufzubauen. Gerüchte, denenzufolge die Vereinigten Staaten an deren Training und Bewaffnung beteiligt gewesen seien, wurden bis heute nicht eindeutig bestätigt, doch sprechen die engen Beziehungen zwischen der Dominikanischen Republik und den USA stark dafür. Der erste Angriff durch die bald als FLRN (Front pour la Liberation et la Reconstruction Nationale) bekannte Truppe erfolgte am 28 Juli 2001, als eine Polizeiakademie und drei Polizeistationen überfallen und fünf Polizisten getötet wurden. Nach der vorübergehenden Festnahme von 25 Verdächtigen, darunter Unterstützer der CD, und unter dem Vorwurf, die Regierung habe den Angriff selbst durchgeführt, brach die CD mit der Zustimmung des US-amerikanischen Botschafters, ihre Verhandlungen mit der Regierung ab. Die FLRN begann nun eine Serie ähnlicher sporadisch durchgeführter Attacken, die sich vor allem gegen Einrichtungen der Regierung und der Polizei, sowie gegen Mitglieder und Unterstützer der Fanmi Lavalas richtete, und die bis zum Ende von Aristides Amtszeit anhalten sollte, in dessen Sturz sie schließlich gipfelte.¹⁵⁰

Zwar besteht über die direkte Rolle der Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht Unklarheit, doch sind die Aussagen führender FLRN-Mitglieder über die Beziehung der Paramilitärs zur CD eindeutig. So begann man laut Guy Philippe bereits Ende 2000 unter Zusammenarbeit mit der CD, ernsthafte Pläne über ein militärisches Vorgehen gegen die Regierung anzustellen, wobei die Truppe später auch Waffen und finanzielle Unterstützung erhalten habe. Zahlreiche Paramilitärs hatten sich in den Jahren der Angriffe als bewaffneter Flügel der Opposition bezeichnet. Premierminister Yvon Neptune und andere Mitglieder der Regierung bezeichneten sie noch expliziter als bewaffneten

¹⁵⁰ Vgl. Hallward (2010), S. 68 – 69, 119 – 127.

Flügel der CD. Von Seiten der CD selbst wurden derartige Verbindungen stets geleugnet.¹⁵¹

Unter George W. Bush wurden zudem mehrere laufende Programme zur Unterstützung der Opposition in Haiti, offiziell oft als „Democracy Promotion“ bezeichnet, intensiviert. So rief etwa die seit 1990 in Haiti tätige International Foundation for Electoral Systems (IFES), einer der größten Auftragnehmer von USAID, im Jahr 2001 ihr mit einem Anfangsbudget von 3,5 Millionen US-Dollar ausgestattetes „Civil Society Strengthening Project for Judicial Independence and Justice“ ins Leben, die ursprünglich und dem Namen nach für eine unabhängige Judikatur eintreten sollte. Vorgeblich zu diesem Zweck begann man mit der Anregung zur Bildung von Koalitionen aus Gruppierungen der haitianischen Zivilgesellschaft, und mit der Organisation diverser Treffen und Seminare, die der „Sensibilisierung“ einflussreicher Persönlichkeiten dienen sollten, was in der Praxis der Darstellung Aristides als korrupt gleichkam. IFES etablierte in der Folge ein Netzwerk von „sensibilisierten“ Vereinigungen, wobei man großen Wert auf deren geschlossenes Eintreten legte, um dadurch den größtmöglichen Effekt zu erzielen. In weiterer Folge ging man Zusammenschlüsse mit Gruppierungen aus dem Wirtschaftssektor ein, um zusätzliche ökonomische Schlagkraft zu erhalten, und instrumentalisierte die haitianische Medienlandschaft, um die Bevölkerung vom korrupten Charakter der Aristide-Regierung zu überzeugen. Darüber hinaus fanden sich einige der zentralen Empfänger der hierfür eingesetzten Gelder später in dem durch den Putsch von 2004 an die Macht gekommenen Übergangsregime. Aristide hingegen war außerstande, IFES schlicht des Landes zu verweisen, da er USAID dadurch wohl zu einer Einstellung der dringend benötigten Hilfsleistungen provoziert hätte.¹⁵²

Bezüglich der Aufstände, und eines möglichen Sturzes der Regierung Aristides, spielte die Bush-Administration eine eher ambivalente Rolle. Laut Powell standen die Vereinigten Staaten bis zu den letzten Tagen seiner Amtszeit hinter Präsident Aristide, den sie durch die Unterstützung einer politischen Lösung im Amt zu halten versuchten. Doch das US-amerikanische International Republican Institute (I.R.I.), angeführt von einem überzeugten Gegner der Politik Aristides, Stanley Lucas, vertrat eine andere Position, und versuchte die Opposition nach Möglichkeit von einer Kooperation mit Aristide abzuhalten, um dessen Regierung zu schwächen, und ihn letztlich zu entmachten. Versuche der US-amerikanischen Botschaft in Haiti, das I.R.I. effektiver zu überwachen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man würde an einer Destabilisierung der Regierung arbeiten, wurden jedoch von hohen Beamten des State Department und des National Security Council, die das Institut unterstützten, vereitelt. Während Lucas selbst diese Vorwürfe

¹⁵¹ Vgl. Hallward (2010), S. 127 – 130.

¹⁵² Vgl. Hallward (2010), S. 93 – 94.

leugnet, werden diese unter anderem von Evans Paul, einem Anführer der gegen Aristide gerichteten Bewegung und späteren Präsidentschaftskandidaten, bestätigt, demzufolge Lucas' Ablehnung jedweder Verhandlungen sogar vielen Oppositionellen zu unerbittlich war. Lucas und das I.R.I. flogen zudem Ende 2002 hunderte von Mitgliedern der Opposition, jedoch keine Mitglieder von Fanmi Lavalas, außer Landes, in ein Hotel in der Dominikanischen Republik, wo sie an politischen Lehrgängen teilnahmen. Im Herbst 2003 hatten viele Gegner Aristides den Verhandlungsweg aufgegeben, dennoch gelang es unter Vermittlung von Unterhändlern, ein Treffen in der Wohnung des neuen US-Botschafters anzuberaumen. Aristide war laut dem OAS-Diploamten Luigi R. Einaudi bereit, einiges an Macht aufzugeben, doch wurden die Gespräche durch US-amerikanische Amtspersonen abrupt und ohne vorhergehende Konsultation abgesagt.¹⁵³

Laut Aristide selbst wurde ihm am 29 Februar durch hohe US-amerikanische Beamte in Port-au Prince mitgeteilt, dass sich Rebellen auf dem Weg zu dessen Wohnsitz befinden würden, und dass er und seine Familie wahrscheinlich sterben würden, es sei denn sie würden ein durch die USA zur Verfügung gestelltes Flugzeug besteigen, und sich ins Exil begeben. Aristide berichtete auch, die Vereinigten Staaten hätten ihm zu verstehen gegeben, dass sie ihm auf seinem Wohnsitz keinerlei Schutz bieten würden, obwohl dies leicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Zudem berichteten Aristide und andere Quellen davon, dass das State Department Aristides Versuche, seine eigenen Sicherheitskräfte zu verstärken, vereitelt hätte. Ferner sei ihm das Betreten der Maschine erst gestattet worden, nachdem er in einem unterschriebenen Brief offiziell seinen Rücktritt erklärt hatte. Die Benutzung eines Telephons wurde Aristide über beinahe 24 Stunden verweigert, und das Ziel seines Fluges wurde ihm erst mitgeteilt, als er und seine Familie in der Zentralafrikanischen Republik abgesetzt worden waren. Aristide bezeichnete diesen Vorgang als Entführung, ein Vorwurf, den Powell und die Bush-Administration ableugneten, der in diesem Zusammenhang jedoch keineswegs unüblich ist; Gayle Smith, ein Mitarbeiter des National Security Councils unter Bill Clinton meinte dazu etwa: "Most people around the world believe that Aristide's departure was at best facilitated, at worst coerced by the US and France."^{154 155}

Zwei Monate nach dem Sturz Aristides wurde die neuntausend Mann starke UN-Friedensmission MINUSTAH etabliert (Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti), deren Präsenz in Haiti vor allem von Seiten Aristides und seiner Unterstützer auf scharfe Ablehnung stößt, und gar als Besatzungsmacht angesehen wird. In einem Brief Aristides an das haitianische Volk von 2010

¹⁵³ Vgl. Bogdanich (2006).

¹⁵⁴ Zit. nach: Farmer (2004).

¹⁵⁵ Vgl. Bogdanich (2006).

empört sich dieser über die Summe von fünf Milliarden US-Dollar, die in den vergangenen sechs Jahren für MINUSTAH ausgegeben worden waren, und die vor allem angesichts der Verwüstungen, die das Erdbeben vom 12 Januar verursacht hatte, sinnvoller hätten eingesetzt werden können. Umstritten ist die UNO-Mission auch aufgrund von Vorfällen wie jenem vom 5 Juli 2005, als ein Angriff auf bewaffnete Gruppen, die sowohl gegen das Regime als auch gegen MINUSTAH gerichtet waren, mehrere Dutzend zivile Todesopfer zur Folge hatte. Die USA vertraten bezüglich MINUSTAH eine andere Position, wie US-Botschafterin Janet Sanderson in einer Depesche von Oktober 2008 erklärte: „[MINUSTAH] is an indispensable tool in realizing core USG [US government] policy interests in Haiti.“¹⁵⁶ Meinungsunterschiede dieser Art stehen in Einklang mit der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, eine Rückkehr Aristides in sein Heimatland, oder auch nur in die westliche Hemisphäre nach Möglichkeit zu verhindern. Eine US-amerikanische Depesche beschreibt die Position der USA in einer Darstellung eines Treffens zwischen dem US-Botschafter in Brasilien, John Danilovich und einem Berater des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silvas: „[Danilovich] stressed continued US G[overnment] insistence that all efforts must be made to keep Aristide from returning to Haiti or influencing the political process.“¹⁵⁷ Als sich etwa der Präsident der Dominikanischen Republik, Leonel Fernandez, acht Monate nach dem Putsch, auf einer internationalen Konferenz für eine Rückkehr Aristides aussprach, damit dieser wieder in Haiti tätig werden könne, reagierten die USA mit vehementer Ablehnung. Der US-Botschafter für die Dominikanische Republik ging so weit, den Präsidenten privat abzumahnern, und eine Reihe von Treffen anzuberaumen, auf denen eine Aufgabe seiner Unterstützung für Aristide verlangt wurde, darunter ein ausschließlich dem Thema Haiti gewidmetes Gespräch unter Teilnahme der Botschafter Großbritanniens, Kanadas, Frankreichs, Spaniens und der USA. Zudem hätten die USA laut Aristides Anwalt Ira Kurzban mehrere zehn Millionen US-Dollar ausgegeben, um Aristide eine Straftat nachzuweisen, sei es etwa Drogenhandel, Steuerhinterziehung oder Korruption; bis dato jedoch ohne Erfolg. Anstrengungen dieser Art erfolgen zudem in dem Bewusstsein, dass Aristide, wie der US-Botschafter in Haiti, James Foley in einer Depesche von März 2005 eingestand, laut einer Umfrage von August 2004, die einzige Person in Haiti ist, die über eine Zustimmungsrate von über 50% verfügt.¹⁵⁸

¹⁵⁶ Zit. nach: Ives/Herz (2011).

¹⁵⁷ Zit. nach: Ives (2011a).

¹⁵⁸ Vgl. Ives/Herz (2011); Ives (2011a).

6.2. Der Putsch gegen Hugo Chávez und die US-venezolanischen Beziehungen

Nachdem eine gegen die Regierung gerichtete Demonstration von mehreren hunderttausend Personen in der Nähe des präsidialen Miraflores-Palast zu einer Schießerei führte, die 18 Todesopfer forderte, und Chávez der Vorwurf gemacht wurde, ihm ergebene Scharfschützen hätten die Protestierenden erschossen, wurde Chávez am 12 April 2002 seines Amtes enthoben, von dissidenten Militäroffizieren in Haft genommen und außer Landes geflogen; auch Mitglieder der Chávez-Regierung wurden verfolgt. Pedro Carmona, Präsident des größten venezolanischen Unternehmensverbandes, wurde als Präsident einer neuen Übergangsregierung eingesetzt. Die erste offizielle Amtshandlung des neuen Präsidenten bestand darin, das Parlament und den Obersten Gerichtshof aufzulösen; zudem wurde die Verfassung, die unter Chávez angenommen worden war, für ungültig erklärt. Doch durch die Uneinigkeit der Militärführung bezüglich der Entmachtung des gewählten Präsidenten, und nachdem zahlreiche seiner Unterstützer auf den Straßen Caracas seine Rückkehr forderten, wobei wiederum dutzende durch Polizeigewalt zu Tode kamen, trat Carmona am 14 April von seinem Amt zurück. Noch am selben Tag gab Chávez' Vizepräsident Diosdado Cabello dessen Rückkehr in sein Amt bekannt. Nach nur 40 Stunden war der Putsch wieder rückgängig gemacht worden, und Chávez, der laut eigener Aussage nie zurückgetreten war, war wieder Präsident Venezuelas.¹⁵⁹

Die Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Ereignisse in Venezuela steht durchaus im Kontrast zu den Reaktionen anderer Länder und Organisationen. Die OAS etwa brachte anlässlich des Regierungsumsturzes erstmals ihre im September 2001 ratifizierte Interamerikanische Demokratische Charta zur Anwendung. In einer von lateinamerikanischen Außenministern angeregten und am 13 April anberaumten Krisensitzung, verabschiedete der Permanente Rat eine Resolution, in der die Abänderung der rechtsstaatlichen Ordnung verurteilt wurde, welche zudem die Anwendung der Charta rechtfertigte. UNO-Generalsekretär Kofi Annan rief Chávez am 15 April persönlich an, um seine Zufriedenheit darüber mitzuteilen, dass die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung bereits wieder eingeleitet werden konnte. Der kubanische Außenminister Felipe Perez Roque verurteilte die Geschehnisse als Putsch, und erklärte, dass Chávez weiterhin der verfassungsmäßige Präsident Venezuelas sei. Auch die Regierungen Brasiliens, Argentinien, Perus, Paraguays und anderer lateinamerikanischer Länder verurteilten die Absetzung des venezolanischen Präsidenten als Putsch – Regierungen, denen man im Übrigen keine überwiegende ideologische Übereinstimmung mit Chávez attestieren könnte, Perus Präsident

¹⁵⁹ Vgl. Bellos (2002); Human Rights Watch (2008), S. 43, Fußnote 110; Forero (2004).

Toledo bezeichnete sich in dem Zusammenhang als Kritiker Chávez', der brasilianische Präsident Cardoso hatte Chávez zuvor als autoritären Politiker bezeichnet. Die Vereinigten Staaten leugneten hingegen über die Dauer der Amtsenthebung, dass überhaupt ein Putsch stattgefunden hätte. Zudem machte das State Department Hugo Chávez für die Ereignisse verantwortlich, die als „Krise“ oder „Regierungswechsel“ bezeichnet wurden: „[...] undemocratic actions committed or encouraged by the Chávez administration provoked yesterday's crisis in Venezuela.“¹⁶⁰ Auch wurde behauptet, Chávez hätte seine Regierung entlassen, und sei dann zurückgetreten. Eine Übergangsregierung hätte danach versprochen, schon bald Wahlen abzuhalten. Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, der Chávez in dem Zusammenhang auch eine Reihe von Menschenrechtsvergehen vorwarf, deutete gar an, dass der Putsch den Willen der venezolanischen Bevölkerung widerspiegle: „[...] it happened in a very quick fashion as a result of the message of the Venezuelan people.“¹⁶¹ Am Tag darauf stimmten die USA jedoch der OAS-Resolution zu, die den Putsch verurteilte; allerdings erst, nachdem sie sich für eine Abschwächung der Wortwahl eingesetzt hatten. Laut dem mexikanischen Außenminister Jorge arbeiteten die Regierungen Mexikos und Chiles zudem Anstrengungen von Seiten der USA entgegen, zusammen mit Spanien, Kolumbien und El Salvador diplomatische Unterstützung für das Carmona-Regime zu organisieren.¹⁶²

Auch wurde, nicht nur in Venezuela schon früh der Verdacht geäußert, die Vereinigten Staaten würden zumindest eine Teilverantwortung an dem Regierungssturz tragen. Tatsächlich geht aus Dokumenten der Central Intelligence Agency, die unter Berufung auf den Freedom of Information Act im Jahr 2004 öffentlich gemacht wurden, hervor, dass die US-Behörde National Endowment for Democracy (NED) zwischen 2000 und 2003 einen Betrag von 2,2 Millionen US-Dollar zur Ausbildung beziehungsweise Finanzierung gegen die Chávez-Regierung gerichteter Parteien und Organisationen ausgegeben hat. Der republikanische Arm der Behörde, das International Republican Institute (IRI), das ein Büro in Venezuela unterhält, erhielt 2001 von NED einen Betrag von 339 998 US-Dollar, zur Finanzierung und Fortbildung von fünf venezolanischen Parteien. Der Präsident des IRI, George A. Folsom, begrüßte Chávez' Amtsenthebung, die er als das Resultat dessen repressiver Politik bezeichnete. „The Venezuelan people rose up to defend democracy in their country“, beschrieb er die Vorgänge in einer offiziellen Stellungnahme, die von Carl Gershman, dem Präsidenten von NED, scharf verurteilt wurde. Ein im Juli 2002 veröffentlichter interner Untersuchungsbericht des State Department gesteht ein, dass: „[...] NED, Department of

¹⁶⁰ Zit. nach: Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002).

¹⁶¹ Zit. nach: Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2002).

¹⁶² Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002); Human Rights Watch (2003); Rohter (2002); Slevin (2002).

Defense (DOD), and other U.S. assistance programs provided training, institution building, and other support to organizations and individuals understood to be actively involved in the brief ouster of the Chávez government [...]“¹⁶³, stellt jedoch fest, man habe keine Beweise dafür gefunden, dass diese Unterstützung den Putsch mit herbeigeführt hätte, oder zu diesem Zweck geleistet worden wäre.¹⁶⁴

Was jedoch aus diversen geheimdienstlichen Dokumenten klar hervorgeht, ist, dass der CIA im Voraus darüber informiert war, dass ein Regierungssturz geplant war, und unmittelbar bevorstand, was jedoch keine Benachrichtigung der venezolanischen Regierung zur Folge hatte. In einem Schreiben vom 6 April spricht die Behörde von verärgerten und radikalen Militäroffizieren, die verstärkt daran arbeiteten, den Sturz von Präsident Chávez zu organisieren, was bereits im April geschehen könnte. Der Ablauf des kurz darauf durchgeführten Staatsstreiches wies eine hohe Übereinstimmung mit der Beschreibung der diesbezüglichen Pläne in dem Schreiben auf: Die Putschisten hätten vor Chávez sowie zehn hohe Regierungsbeamte in Haft zu nehmen; die Gelegenheit dafür würde sich ferner dann bieten, wenn sich im Zusammenhang mit oppositionellen Demonstrationen, die für diesen Monat angemeldet seien, gewisse nutzbare Unruhen ergeben würden. In einem weiteren Schreiben zwei Tage darauf heißt es schlicht: „Disgruntled officers are planning a coup.“¹⁶⁵ Zwar geht aus diesen Dokumenten nicht hervor, dass die Vereinigten Staaten den Putsch unterstützt hätten, sie beinhalten zudem explizite Warnungen von US-amerikanischer Seite, dass man genau dies nicht tun würde, doch stehen sie erstens in einem gewissen Widerspruch zu der Aussage von Pressesprecher Fleischer, man habe die Ereignisse nicht kommen sehen, und werfen zweitens die Frage auf, ob man die oben beschriebenen Kenntnisse mit der Chávez-Regierung geteilt hat, um diese vor den Plänen der Putschisten zu warnen. Die CIA selbst erklärte dazu, dies liege nicht in ihrem Aufgabenbereich, der sich darauf beschränke, Informationen zu sammeln, zu interpretieren, und sie an das State Department weiter zu leiten. Der erwähnte Bericht des State Department geht auf diese Frage nur in einem Halbsatz ein, und erklärt, die USA hätten Chávez warnend auf Umsturzpläne hingewiesen, sowie auf die für glaubwürdig gehaltene Gefahr eines Anschlages. Ferner werden darin umfassende Kontakte und Gespräche mit regierungsfeindlichen und oppositionellen Elementen beschrieben, darunter Personen aus dem venezolanischen Militär. In dem Bericht wird eingestanden, dass das State Department und die US-Botschaft mit solchen Personen deutlich engere Kontakte pflegte, als mit Unterstützern der Regierung oder deren Mitgliedern, was mit der Ablehnung letzterer erklärt wird, solche Kontakte

¹⁶³ Zit. nach: Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002b), S. 37.

¹⁶⁴ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002b), S. 37; Forero (2004); Marquis (2002b).

¹⁶⁵ Zit. nach: Forero (2004).

aufzubauen. Auch wurde bereits wenige Tage nach der Rückkehr Chávez' von Mitarbeitern der Bush-Regierung einbekannt, dass man sich in den Monaten davor einige Male mit Anführern der Gruppierungen getroffen hätte, welche daraufhin die Regierung stürzten. Des weiteren sei man sich mit diesen Personen darüber einig gewesen, dass Chávez von seinem Amt entfernt werden müsse, wobei die Darstellungen bezüglich der Verfassungskonformität der zu ergreifenden Maßnahmen auseinandergingen. Das Weiße Haus bestätigte am 16 April, dass sich Mitarbeiter der Bush-Administration wenige Wochen vor dem Staatsstreich mit dem später eingesetzten Präsidenten Carmona getroffen hätten. Auch hätte der Stabschef der venezolanischen Armee im Dezember 2001 das Pentagon besucht, und dort Roger Pardo-Maurer getroffen, den Assistant Secretary of Defence for Western Hemispheric Affairs.¹⁶⁶

Anfang Dezember 2002 riefen der größte Unternehmensverband Venezuelas, sowie eine Reihe von Gewerkschaftsführern zu einem Generalstreik auf, dem vierten landesweiten Streik innerhalb eines Jahres. Beinahe die Hälfte der Arbeiterschaft von Petroleas de Venezuela (PDSVA), der staatlichen Ölfirma, beteiligten sich daraufhin an dieser oft auch als „Ölstreik“ bezeichneten Arbeitsniederlegung, durch die die Ölproduktion in Venezuela für zwei Monate praktisch vollständig zum Erliegen kam, bis es der Regierung gelang, sukzessive die Kontrolle über PDSVA zu erlangen. Die Regierung entließ daraufhin 18 000 bei der Firma angestellte Arbeiter, was etwa 40% der Belegschaft entsprach. Der Grund für den Streik war eine Ablehnung der Regierungspolitik beziehungsweise von Chávez selbst, von dem die Streikenden forderten, er solle zurücktreten oder vorgezogene Präsidentschaftswahlen abhalten, die eigentlich erst im Jahr 2006 stattfinden sollten. Die Forderung von Neuwahlen wurde von Seiten der Vereinigten Staaten unterstützt, Thomas Shannon, der stellvertretende Assistant Secretary of Western Hemisphere Affairs des State Department, traf sich im Dezember mit Mitgliedern sowohl der Regierung als auch der Opposition, und erklärte am Ende seines Aufenthaltes: „We came to the conclusion that the situation was sufficiently grave enough [...] that we thought moving toward early elections was the best way to resolve this.“¹⁶⁷ Auch der Pressesprecher der Weißen Hauses, Ari Fleischer, bezeichnete am 13. Dezember vorgezogene Neuwahlen als den einzigen friedlichen und politisch gangbaren, um die Krise in Venezuela zu lösen. Am 17. Dezember erklärte Fleischer, dass die Probleme in Venezuela durch Abstimmungen gelöst werden sollten, was die Abhaltung von Referenden mit einschließe. Dies, und die Weigerung Fleischers, sich auf einen Zeitraum für Neuwahlen festzulegen, wurde unter anderem von Mitgliedern der Opposition als Versuch interpretiert, sich

¹⁶⁶ Vgl. Forero (2004); Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2002); Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002b), S. 15 – 16, 37; Marquis (2002a); Borger/Bellos (2002).

¹⁶⁷ Zit. nach: Forero (2002).

von der gegen Chávez gerichteten Bewegung zu distanzieren, die entweder den sofortigen Rücktritt des Präsidenten forderten, oder Neuwahlen im Frühjahr 2003. Von Seiten der venezolanischen Regierungsunterstützer wurde den Vereinigten Staaten hingegen vorgeworfen, einen Verfassungsbruch zu fordern, da ein Referendum über den Präsidenten laut der neuen Verfassung erst nach Ablauf der ersten Hälfte der aktuellen Amtsperiode möglich war, in diesem Fall ab August 2003. Gleichlautend äußerte sich Chávez über die zuvor von Washington angeregten Neuwahlen, die abzuhalten er schlicht nicht in der Lage sei, da ein solcher Schritt einen Verfassungsbruch darstellen würde. Chávez verwies zudem auf die Souveränität Venezuelas, und kritisierte die Stellungnahmen der US-Regierung als Versuch, die Innenpolitik Venezuelas zu beeinflussen. Auch Außenminister Roy Chaderton erklärte, Neuwahlen seien nur nach einer Verfassungsänderung möglich, und äußerte seine Auffassung, dass das eigentliche Ziel der Opposition der Sturz der Regierung sei. Diese Auffassung teilten auch 16 US-amerikanische Kongressmitglieder, die am 17. Dezember Präsident Bush in einem Brief dazu aufforderten, keine durch einen Putsch in Venezuela an die Macht gelangte Regierung anzuerkennen.¹⁶⁸

6.3. Die US-kolumbianische Partnerschaft im Kontext der konfliktreichen Beziehungen Kolumbiens zu seinen Nachbarstaaten

Ab Ende 2006 begann sich in Kolumbien ein Skandal zu entwickeln, der bestätigte, was vor allem Menschenrechtsorganisationen seit langer Zeit gemutmaßt hatten – wie sich herausstellte bestanden enge Verbindungen zwischen einigen der prominentesten und einflussreichsten Personen aus Politik, Militär und Wirtschaft mit paramilitärischen Todesschwadronen, die im Kampf gegen die kolumbianischen Guerilla ungestraft zahlreiche Zivilisten ermordet, und Kokain in die Vereinigten Staaten ausgeführt hatten. Bis Ende Mai 2007 wurden 14 aktuelle kolumbianische Kongressabgeordnete, sieben ehemalige Abgeordnete, der Chef der Geheimpolizei, sowie mehrere Bürgermeister und ehemalige Gouverneure wegen der Zusammenarbeit mit paramilitärischen Befehlshabern angeklagt, die meisten davon enge politische Verbündete Uribes, dessen Regierung von den USA seit seinem Amtsantritt im Jahr 2002 bis zu diesem Zeitpunkt bereits 4 Milliarden US-Dollar an in erster Linie Drogenbekämpfungs- und Militärhilfe erhalten hatte. Die paramilitärische Koalition, die im Zentrum des Skandals stand, bekannt als Vereinigte Kolumbianische Selbstverteidigungstreitkräfte, oder AUC, befindet sich bis dato auf der vom State

¹⁶⁸ Vgl. Wilson (2002); Dao (2002); Forero (2002); Smith (2013); Guardian (2002b).

Department geführten Liste terroristischer Vereinigungen. Im nächsten Jahr stieg die Zahl der verhafteten Abgeordneten auf über 30 an. Für Aufsehen sorgte dabei vor allem die Verhaftung von Mario Uribe, dem ehemaligen Kongresspräsidenten, sowie Cousin und langjährigen politischen Weggefährten des Staatspräsidenten. Der Skandal und die damit einhergehende politische Krise machten nicht nur den Kongress beinahe arbeitsunfähig – viele der Abgeordneten, die zurückgetreten, oder verhaftet worden waren, wurden durch Personen ersetzt, die ebenfalls in den Fokus der Ermittlungen gerieten – er gefährdete auch die Mehrheitsfindung im US-amerikanischen Kongress für den Beschluss eines Freihandelsabkommens zwischen den beiden Ländern, sowie die Bewilligung eines neuen Hilfspakets im Rahmen des Plan Colombia, da die diesbezüglich tendenziell skeptischeren Demokraten in beiden Kammern vorherrschend waren. Der äußerst einflussreiche demokratische Senator Patrick J. Leahy mahnte etwa zu einer Neueinschätzung des kolumbianischen Partners, da sich nun die langjährige Sorge vieler bewahrheitet habe, dass die Paramilitärs das wirtschaftliche und politische Establishment Kolumbiens infiltriert hätten. Die Bush-Administration bekräftigte hingegen ihre Unterstützung für Präsident Uribe, und versicherte, man werde auch weiterhin die Operationen zum Zwecke der Drogenbekämpfung in Kolumbien unterstützen.¹⁶⁹

Zu einem weiteren Skandal kam es im Oktober, als bekannt wurde, dass einige Einheiten des kolumbianischen Militärs zahlreiche unschuldige Zivilisten getötet hatten. Diese zwischen 2002 und 2008 begangenen Mordtaten, die nun im Zuge des sogenannten „Falsos-Positivos“- oder „False positives“- Skandals mehr und mehr ans Licht kamen, wurden von regulären Soldaten begangen, die typischerweise unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gänzlich unbeteiligte Personen in abgelegene Gebiete lockten, um sie dort zu töten, ihre Leichen mit Uniformen, Waffen und entsprechenden Ausrüstungsgegenständen auszustatten, und dann als im Kampf getötete Guerillakämpfer auszugeben. Der erste öffentlich bekannt gewordene Fall dieser Art betraf elf junge Männer, die im Frühjahr durch das falsche Angebot eines Arbeitsplatzes aus einem verarmten Vorort Bogotás entführt, ermordet, und deren Leichen schließlich in August und September in weit entfernten Massengräbern gefunden worden waren. Die darauffolgenden Untersuchungen, die sich auch auf die vermutete Ermordung von mehreren tausend weiteren Zivilisten bezogen, führten bis Anfang November zum Rücktritt des Obersten Befehlshabers, sowie zur Entlassung von 27 Armeeeoffizieren und Soldaten durch Uribe, darunter drei Generäle. Wie sich herausstellte waren die kolumbianischen Soldaten in den Jahren davor unter starken Druck gesetzt worden, im Rahmen des Krieges gegen die Guerilla Tötungen vorzuweisen, um sich dadurch etwa Beförderungen oder

¹⁶⁹ Vgl. Washington Post (2007); Forero (2007); Brodzinsky (2008).

Belohnungsgelder zu verdienen, weshalb viele zu diesen Maßnahmen griffen.¹⁷⁰

Die Bush-Administration setzte ihre bedingungslose Unterstützung Kolumbiens fort, was seinen symbolischen Höhepunkt wohl am 14 Januar 2009 erreichte, als Uribe durch Bush die „Presidential Medal of Freedom“ verliehen wurde, die höchste zivile Auszeichnung der Vereinigten Staaten.¹⁷¹ Doch wie etwa aus einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch vom Juni 2015 hervorgeht, genossen auch in den folgenden Jahren einige Offiziere, deren Einheiten an solchen außergerichtlichen Tötungen beteiligt gewesen waren, Straffreiheit, und wurden oftmals sogar befördert. Nur eine handvoll höherer Offiziere wurden tatsächlich zur Verantwortung gezogen, obwohl insgesamt über 180 Einheiten aus sämtlichen Divisionen des kolumbianischen Militärs an Falsos-Positivos-Tötungen beteiligt gewesen waren.¹⁷²

6.4. Kolumbien und die FARC-Guerilla

Der seit einigen Jahrzehnten andauernde Kampf zwischen der kolumbianischen Regierung und den kolumbianischen Guerilla ist ein innerstaatlicher Konflikt, der immer wieder auch in den Beziehungen zwischen Kolumbien und seinen Nachbarstaaten einen gewissen Stellenwert einnimmt, wobei sich bisweilen auch Einblicke in den strategischen Zugang der Vereinigten Staaten zu den Ländern der Region ergeben. So gelang es Ende Dezember 2007 etwa Hugo Chávez, nach monatelangen Verhandlungen, die FARC zur Freilassung zweier hochrangiger kolumbianischer Politikerinnen, sowie eines in Gefangenschaft geborenen Kindes zu bewegen, die sich seit sechs Jahren in den Händen der Guerilla befunden hatten. Die Regierung Kolumbiens stimmte Chávez' Plan unter der Bedingung zu, dass die dabei zum Einsatz kommenden venezolanischen Helikopter, denen erlaubt wurde, sich über die Grenze nach Kolumbien zu begeben, mit Rot-Kreuz-Markierungen versehen seien würden. Während das kolumbianische Militär zu diesem Zweck kurzfristig ihre Operationen aussetzte, landeten die Helikopter wie zuvor vereinbart in einer abgelegenen Region in Ostkolumbien, wo die Geiseln, eine ehemalige Vizepräsidentenskandidatin und eine ehemalige Kongressabgeordnete, übergeben, und daraufhin nach Caracas ausgeflogen wurden. An den Verhandlungen waren auch Frankreich, Spanien und die Schweiz beteiligt, die Vereinigten Staaten spielten darin keine Rolle. Chávez, der den Respekt der

¹⁷⁰ Vgl. Guardian (2008); Romero (2008c); Human Rights Watch (2015).

¹⁷¹ Vgl. Roig-Franzia (2009).

¹⁷² Vgl. Human Rights Watch (2015).

Guerillakämpfer genoss, rief die FARC daraufhin ab Mitte Jänner wiederholt dazu auf, ihren Kampf zu beenden, die Waffen niederzulegen und die hunderten von Geiseln, die sich noch immer in ihrer Gewalt befanden, ebenfalls freizulassen.¹⁷³

Eine schwere diplomatische Krise zwischen Kolumbien und seinen Nachbarstaaten wurde jedoch kurz darauf am ersten März 2008 ausgelöst, als Truppen des kolumbianischen Militärs in Ecuador einfielen, und bei einem Angriff auf ein Lager der FARC im dortigen Grenzgebiet 24 Guerillakämpfer töteten, darunter den langjährigen FARC-Sprecher, und Verhandlungsführer in Gesprächen über die Freilassung von Geiseln und die Beendigung der Guerillakämpfe, Raúl Reyes. Die kolumbianische Regierung erklärte nach der Operation, man würde es bereuen, die Grenze überquert zu haben, doch sei dies im Kampf gegen den Terrorismus notwendig gewesen. Ein Sprecher Uribes erklärte zudem, die kolumbianischen Truppen hätten Dokumente gefunden, die Verbindungen und Vereinbarungen zwischen der FARC und dem Präsidenten Ecuadors, Rafael Correa, belegen würden. Ecuador und Venezuela reagierten auf den Angriff, indem sie Truppen an ihre jeweiligen Grenzen zu Kolumbien entsandten, wobei Ecuador offiziell von 3200, Venezuela von 9000 Soldaten sprach. Ecuador zog seinen Botschafter aus Bogotá ab, verwies den kolumbianischen Botschafter in Quito des Landes und kündigte an, sämtliche diplomatischen Beziehungen mit Kolumbien abubrechen, und auch Venezuela ließ kolumbianische Diplomaten ausreisen. Praktisch sämtliche Regierungen Lateinamerikas verurteilten den Angriff als Verletzung der ecuadorianischen Souveränität. Der brasilianische Außenminister Celso Amorim forderte Kolumbien dazu auf, sich explizit für die Grenzverletzung zu entschuldigen, die er als sehr ernst bezeichnete. Der mexikanische Präsident Felipe Calderón äußerte seine Ablehnung jedweder Handlung, welche die territoriale Souveränität eines Landes verletze. Fidel Castro bezeichnete den Angriff gar als „monströses Verbrechen“¹⁷⁴. Nicaragua brach seine diplomatischen Beziehungen mit Kolumbien ab, Präsident Daniel Ortega beschuldigte Uribe des „politischen Terrorismus“¹⁷⁵. Einige Länder riefen dazu auf, eine OAS-Krisensitzung anzuberaumen. Auch boten mehrere Regierungen, darunter Chile, Mexiko und Brasilien, an, zwischen den Streitparteien zu vermitteln. Die Spannungen zwischen Kolumbien und Venezuela schaukelten sich in den folgenden Tagen immer weiter hoch, wobei vor allem die kolumbianische Regierung mit außergewöhnlich scharfen Wortmeldungen gegen Hugo Chávez für Aufmerksamkeit sorgte. So regte Uribe etwa an, Chávez wegen der Unterstützung und Finanzierung eines Völkermordes vor den Internationalen

¹⁷³ Vgl. Carroll (2008a); BBC News (2007); Reuters (2007); AlJazeera English (2008); BBC News (2008e).

¹⁷⁴ Zit. nach: Reuters (2008a). [Übersetzung durch den Verfasser.]

¹⁷⁵ Zit. nach: BBC News (2008c). [Übersetzung durch den Verfasser.]

Strafgerichtshof zu bringen; er bezog sich dabei auf dessen mutmaßliche Unterstützung der FARC, die weiter unten genauer behandelt wird. Die venezolanische Regierung begann daraufhin einige Grenzübergänge nach Kolumbien zu schließen, um das Land weiter zu isolieren. Die Vereinigten Staaten stellten sich in diesem Konflikt hinter die kolumbianische Regierung. Präsident Bush erklärte, er stehe Kolumbien bei und unterstütze dessen Kampf gegen den Terrorismus. Die Regierung Venezuelas kritisierte er hingegen für ihre „provokanten Manöver“¹⁷⁶. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Dana Perino, kritisierte die Regierung Venezuelas für ihr militärisches Vorgehen gegen ein Land, das sich lediglich gegen Terrorismus verteidige.¹⁷⁷

Eine Abkühlung des Konfliktes bewirkte erst die Krisensitzung der OAS, die am 5 März zur Annahme einer Resolution führte, in der der kolumbianische Angriff als Völkerrechtsverstoß und Verletzung der Souveränität Ecuadors kritisiert, jedoch nicht verurteilt wurde. Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land der Hemisphäre, das die Bemühungen Kolumbiens unterstützte, diese Maßregelung aus dem Text zu streichen. Die Resolution beauftragte auch den OAS-Generalsekretär, José Miguel Insulza, mit der Bildung einer Kommission, die in der ecuadorianisch-kolumbianischen Grenzregion die genaueren Umstände des Angriffs untersuchen, und Maßnahmen ermitteln sollte, um die Beziehungen der beiden Länder wieder zu normalisieren. Die Spannungen zwischen Kolumbien und Venezuela wurden darin nicht erwähnt. Laut Lula da Silva kam insbesondere Chávez bei den Verhandlungen über die Beilegung der Krise eine Schlüsselrolle zu; er bezeichnete ihn in diesem Zusammenhang wiederholt als „großen Friedensstifter“¹⁷⁸.¹⁷⁹

Dennoch sorgte der kolumbianische Angriff noch über einige Monate für Konflikte zwischen Kolumbien und seinen Nachbarstaaten. Kolumbien behauptete bereits Anfang März, man habe bei der Operation in Ecuador mehrere Computer, Festplatten und USB-Sticks sicherstellen können, die Beweise für Verbindungen zwischen den Regierungen Ecuadors und Venezuelas mit der FARC enthalten würden. Entsprechende Vorwürfe wurden nun sporadisch vorgebracht, und von den Beschuldigten abgeleugnet. Der Polizeichef Kolumbiens erklärte bereits einen Tag nach dem Angriff auf einer Pressekonferenz, aus den Daten, die man auf dem Computer Raúl Reyes' gefunden habe, gehe hervor, dass Chávez der FARC 300 Millionen US-Dollar versprochen, und sie durch Waffenlieferungen gefördert habe. Chávez sei wiederum bereits 1992 durch die FARC finanziell unterstützt worden. Die kolumbianischen Behörden übergaben die Datenträger daraufhin an

¹⁷⁶ Zit. nach: Carroll (2008b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

¹⁷⁷ Vgl. Reuters (2008b); Reuters (2008a); BBC News (2008c); Carroll (2008b); BBC News (2008a); BBC News (2008b); Romero (2008b).

¹⁷⁸ Zit. nach: El Universal (2008). [Übersetzung durch den Verfasser.]

¹⁷⁹ Vgl. BBC News (2008b); Romero (2008b); Arnson/Tickner (2010), S. 177.

Interpol, die im Mai einen Bericht vorlegte, demzufolge die enthaltenen Dateien nicht manipuliert worden seien. Die Vereinigten Staaten bestätigten daraufhin ihre schon zuvor geäußerte Auffassung, dass die Beweismittel authentisch seien, und erklärten, dass die Folgen für Venezuela, dass nun immer mehr in den Fokus der von Seiten der USA und Kolumbien geäußerten Anschuldigungen geriet, sehr ernst sein könnten. Chávez selbst bezeichnete den Interpol-Bericht als „Clownerie“, die keine ernsthafte Kommentierung verdiene. Jene Beobachter, die wie Chávez die Glaubwürdigkeit der Vorwürfe in Zweifel zogen, verwiesen unter anderem auf den einzigen, hier in englischer Übersetzung zitierten Textabschnitt innerhalb der FARC-Dokumente, der die Zahl „300“ beinhaltet: „With relation to the 300, which from now on we will call ‘dossier,’ efforts are now going forward at the instructions of the boss to the cripple, which I will explain in a separate note. Let’s call the boss Ángel, and the cripple Ernesto.“¹⁸⁰ Den kolumbianischen Behörden zufolge ist „Ángel“ ein Codewort, und steht für „Chávez“, der allerdings im selben Dokument namentlich erwähnt wird. Des weiteren ist unklar, worauf sich die Zahl „300“ bezieht. Auch der Zeitpunkt der erstmaligen Äußerung der Vorwürfe war für manche ein Grund, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln: Die geborgenen Datenträger beinhalteten laut dem Bericht der Interpol insgesamt Textmengen, die 40 Millionen Seiten einer Microsoft Word Datei entsprachen, sowie 10 000 Audio- und Videodateien und 211 000 Bilder, die innerhalb von 24 Stunden mit hinreichender Gründlichkeit ausgewertet und interpretiert werden konnten, um daraus konkrete und potentiell folgenschwere Anschuldigungen abzuleiten, und diese sogleich öffentlich vorzubringen. Des weiteren wurde, auch von Seiten der Interpol, keinerlei Untersuchung über Richtigkeit oder Herkunft der Inhalte durchgeführt, weshalb das kolumbianische Militär die einzige Partei blieb, welche deren Authentizität bezeugen konnte. Auch der Generalsekretär der OAS, José Miguel Insulza, sagte im April vor dem Subcommittee on Western Hemispheric Affairs im US-Repräsentantenhaus aus, es gebe keine Beweise für eine Unterstützung der Guerilla durch Venezuela, oder eine Zusammenarbeit, wie sie von Kolumbien behauptet wurde. Das U.S. Treasury Department for im September dennoch die in den Vereinigten Staaten angelegten Vermögen eines ehemaligen sowie zwei aktueller hochrangiger venezolanischer Regierungsbeamter ein, die laut Aussage eines anonymen Regierungsmitarbeiters zum Teil auf Grundlage der Dokumente der Unterstützung der FARC bezichtigt wurden. Die Ankündigung dieser Maßnahme erfolgte einen Tag nachdem Hugo Chávez die Ausweisung des US-amerikanischen Botschafters bekanntgab, und zwar in Solidarität mit Evo Morales, der dies wiederum einen Tag zuvor getan hatte.¹⁸¹

¹⁸⁰ Zit. nach: Denvir (2008).

¹⁸¹ Vgl. BBC News (2008d); Romero (2008a); Denvir (2008); Finanzministerium der Vereinigten Staaten (2008).

Am 18 Mai 2011 entschied der Oberste Gerichtshof von Kolumbien, dass die Dokumente als Beweismittel in einem Prozess unzulässig sind, ein Urteil, dass im August nach einer Anfechtung ein weiteres Mal gefällt wurde. Als Begründung wurden mehrere Faktoren angegeben, darunter die Tatsache, dass das Material auf illegalem Weg beschafft wurde, da das Militär nicht dazu befugt sei, Beweise zu sammeln, und die ecuadorianischen Behörden trotz entsprechender bilateraler Abkommen nicht eingebunden worden waren. Zudem sei es nicht möglich die Validität der Inhalte zu bestätigen, da die angeblichen E-Mails in Word Dokumente kopiert worden seien, und keinerlei Hinweise auf Sender und Empfänger enthielten. Praktisch sämtliche Verfahren gegen Personen des öffentlichen Lebens, die in Kolumbien der Kollaboration mit der FARC bezichtigt worden waren, wurden daraufhin eingestellt.¹⁸²

6.5. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Bolivien

Laut einem Bericht des bolivianischen Außenministeriums kam es am 25 August 2008 auf Initiative des Botschafters der Vereinigten Staaten, Philip Goldberg, zu einem privaten Treffen zwischen diesem und Morales' stärkstem politischen Gegner, dem rechtsgerichteten Gouverneur von Santa Cruz, Ruben Costas. Goldberg wurde am darauffolgenden Tagen in das Außenministerium bestellt, und um eine Erklärung gebeten, wobei Außenminister David Choquehuanca ihn auch dazu ermahnte, in seinen Kontakten zu oppositionellen Gouverneuren Vorsicht walten zu lassen. Am 4 September verärgerte Goldberg die Regierung jedoch zusätzlich, als er Savina Cuellar, der oppositionellen Gouverneurin von Chuquisaca, einen Höflichkeitsbesuch abstattete. Am neunten September kam es in Santa Cruz zu schweren Ausschreitungen, einige öffentliche Gebäude wurden besetzt und geplündert, und laut Mitarbeitern der staatlichen Ölfirma YPFB kam es bei einer Pipeline zu einer Explosion, die laut dem Chef der Firma zu Verlusten in der Höhe von 100 Millionen Dollar führten. Die Pipeline transportiert Erdgas nach Brasilien, dem Hauptabnehmer Boliviens. In Tarija, der Hauptstadt des gleichnamigen Departements, wurde ein Markt, auf dem etwa 5000 Bauern ihre Waren anboten, von rechtsradikalen Studenten, die von Gouverneur Mario Cossio unterstützt wurden, angegriffen, und zu besetzen versucht. Die Polizei konnte die darauffolgenden Auseinandersetzungen nur durch den Einsatz von Tränengas beenden. In der ebenfalls in Tarija gelegenen Stadt Villamontes schafften es rechtsgerichtete Demonstranten, Soldaten zu entwaffnen und ein Gasfeld sowie eine Gasaufbereitungsanlage zu übernehmen. Ferner

¹⁸² Vgl. Alsema (2011); Peters (2011); BBC News (2011c).

kam es zur Besetzung von Regierungsgebäuden und zur Errichtung von Autobahnblockaden. Die Behörden ordneten daraufhin eine Erhöhung der Truppenstärke zur Bewachung der Anlagen staatlicher und privater Ölfirmen an. Der Stabschef des Präsidenten, Juan Ramón Quintana, äußerte in dem Zusammenhang einmal mehr seine Auffassung, dass ein durch oppositionelle Gouverneure initiiertes ziviler Putsch im Gange sei. Am zehnten September erklärte Evo Morales Botschafter Goldberg, unter dem Vorwurf, Mitglieder der Sezessionsbewegung unterstützt und angestiftet zu haben, zur persona non grata.¹⁸³ Die Bush-Administration reagierte auf die Ausweisung Goldbergs, indem sie am Tag darauf ihrerseits den US-Botschafter für Bolivien, Gustavo Guzman, des Landes verwies; das State Department erklärte diesen zudem ebenfalls zur persona non grata.¹⁸⁴

Am elften September wurde im Departement Pando ein Massaker verübt: Ein Demonstrationszug von Regierungsunterstützern wurde durch eine Straßenblockade aufgehalten, woraufhin 19 Demonstranten erschossen und 53 verletzt wurden. Laut einem Bericht der UNASUR waren Mitarbeiter des oppositionellen Gouverneurs Leopoldo Fernández unmittelbar in die Gewalttaten involviert. Dieser wurde am 16. September in Haft genommen.¹⁸⁵

Am 26. September 2008 gab die Handelsbeauftragte der USA, Susan Schwab, an, dass die kürzlich ergriffenen Maßnahmen der Morales-Administration nicht mit einer Partnerschaft im Kampf gegen die Drogen vereinbar seien, und den Handelsabkommen der beiden Länder widersprechen würden. Am 15. Oktober nannte Bush Bolivien als ein Land, welches während der vergangenen zwölf Monate ihren Verpflichtungen unter internationalen Abkommen zum Zwecke der Drogenbekämpfung nicht entsprochen hätte. Im Rahmen der Verlängerung der Handelspräferenzen für die beiden Andenstaaten Kolumbien und Peru, welche fortan weiterhin unter dem Andean Trade Preference Act, sowie dem Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act vom zollfreien Export der meisten der von ihnen ausgeführten Produkte in die USA profitieren konnten, gab Präsident Bush am 16. Oktober bekannt, Boliviens Präferenzen auszusetzen, bis das Land seine Auflagen erfüllt hätte, und wieder hinreichend mit den Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Drogenhandel kooperiere. In der US-Regierung wurde geschätzt, dass 20 000 bis 30 000 tausend Bolivianer durch die Aussetzung ihre Anstellung verlieren könnten, da das Land zu diesem Zeitpunkt auch besonders schwer unter den Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zu leiden hatte. Mitglieder der bolivianischen Regierung bezeichneten die Entscheidung als politisch motiviert, und wurden darin durch Statistiken der Vereinten Nationen unterstützt, welche den Anstieg der Menge des in Bolivien angebauten Cocas für das Jahr 2008 mit fünf Prozent, jenen

¹⁸³ Vgl. Chavez (2008).

¹⁸⁴ Vgl. BBC News (2008f).

¹⁸⁵ Vgl. Amnesty International (2009a).

Kolumbiens jedoch mit 27 Prozent bezifferten. Zudem hatten die Vereinigten Staaten Bolivien Anfang des Jahres dafür gelobt, den Koka-Anbau unter Kontrolle gebracht zu haben, und die Verwendung der Pflanze für die Produktion von Kokain begrenzt zu haben. Auch waren seit Morales' Amtsantritt Jahr für Jahr größere Mengen an Kokain beschlagnahmt worden, für das laufende Jahr 2008 betrug die Menge laut der bolivianischen Regierung 20 Tonnen.¹⁸⁶

Am ersten November warf Morales der US-amerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) Spionage, und die finanzielle Unterstützung krimineller Organisationen vor, welche Morales zufolge die Regierung unterminieren, und Regierungsbeamte ermorden wollten, beendete bis auf weiteres deren gegen den bolivianischen Drogenhandel gerichteten Aktivitäten, und somit auch die in den 1980er Jahren begonnene Beteiligung Boliviens am „War on Drugs“. Morales äußerte in dem Zusammenhang auch seine Hoffnung, die US-bolivianischen Beziehungen könnten wieder normalisiert werden, sobald Bushs Amtszeit geendet habe. Das State Department leugnete die Vorwürfe, und warnte vor negativen Auswirkungen für Bolivien.¹⁸⁷

Morales warf auch der United States Agency for International Development (USAID) wiederholt vor, finanzielle Unterstützung für gewaltbereite oppositionelle Gruppierungen in das Land fließen zu lassen.¹⁸⁸

7. Die Präsidentschaft Barack Obama (20.01.2009 -)

7.1. Der Beginn der Amtszeit Obamas

Zum Zeitpunkt von Barack Obamas Amtsantritt hatten die Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika zwar durch die ideologischen Differenzen zwischen der Bush-Administration und der nun voll ausgeprägten Linkswende Lateinamerikas einen Höhepunkt erreicht, doch wurde dies vorerst durch einen Vertrauensvorschuss ausgeglichen, der für den neuen US-Präsidenten wohl für eine gewisse Zeitspanne ein Gelegenheitsfenster öffnete, um das bisher durch die Hegemonialmacht der USA geprägte Verhältnis zu Lateinamerika neu zu definieren. Barack Obama wurde in der Region bereits vor seinem Amtsantritt als Hoffnungsträger und, in gewisser Hinsicht,

¹⁸⁶ Vgl. Partlow (2008); Fairies (2008); Außenministerium der Vereinigten Staaten (2008); Carroll (2009a); Friedman-Rudovsky (2008).

¹⁸⁷ Vgl. Friedman-Rudovsky (2008); New York Times (2008).

¹⁸⁸ Vgl. Guardian (2013).

Gleichgesinnter wahrgenommen; der brasilianische Außenminister Celso Amorim sprach in diesem Zusammenhang etwa von „[...] an affinity of thought that will allow us to deepen the relationship.“¹⁸⁹

Auf rein symbolischer Ebene wurden von Seiten Barack Obamas und auch der Regierungen Lateinamerikas eine Reihe aufsehenerregender Zeichen der Annäherung gesetzt, weniger öffentlichkeitswirksam blieb jedoch der Umstand, dass das Verhältnis der USA zu Lateinamerika unter Obama von Beginn an auch auf rein rhetorischer Ebene durchaus belastet war. Bereits aus der Zeit vor Obamas Amtsantritt lassen sich hierfür Beispiele finden - so attackierte der neugewählte US-Präsident bereits wenige Tage vor seiner Inauguration, wie zuvor schon George Bush, seinen venezolanischen Amtskollegen in einem Interview, das von dem spanischsprachigen Fernsehsender Univision in den USA ausgestrahlt wurde, mit den Vorwürfen, dieser würde „terroristische Aktivitäten“ exportieren, und den Fortschritt in der Region behindern, was Hugo Chávez dazu veranlasste diesen als „armen Dummkopf“ zu bezeichnen, und den von ihm gefassten Entschluss, einen neuen Botschafter nach Washington zu schicken, zu überdenken. Ursprünglich hatte er beabsichtigt, die Beziehungen zu den USA auf diesem Wege zu normalisieren, sobald George W. Bushs Amtszeit abgelaufen war.¹⁹⁰

Beispiele für sich bereits früh abzeichnende Kontinuität finden sich auch im Vorwahlkampf der neuen Außenministerin Hillary Clinton, welche im Februar 2008 Hugo Chávez als „Diktator“ bezeichnet, und in eine Reihe mit Kim Jong-il gestellt hatte.¹⁹¹ Dass Obama die traditionellen regionalen Koalitionen tendenziell beibehalten würde, deutete sich im März des selben Jahres an, als er sich im Konflikt um die Verletzung der ecuadorianischen Landesgrenze durch das kolumbianische Militär vom ersten März, auf die Seite Kolumbiens stellte, dessen Recht auf Selbstverteidigung er nur zwei Tage später in einem offiziellen Statement verteidigte, ohne dabei auf die mit Absicht begangene Verletzung der ecuadorianischen Souveränität zu verweisen, die der kolumbianische Eingriff darstellte. Hillary Clinton ging in ihrem Statement vom selben Tag jedoch noch weiter: Sie betonte einerseits, wie auch Obama, das Recht Kolumbiens auf Selbstverteidigung (in diesem Fall ein völkerrechtswidriger Akt), kritisierte jedoch andererseits die venezolanische Regierung für die Entsendung von zehn Bataillonen an die gemeinsame Grenze mit Kolumbien – auf venezolanischem Staatsgebiet. In Ihrem Statement äußerte sie darüber hinaus auch die Hoffnung, Ecuador werde die Notwendigkeit erkennen, sich an Kolumbien anzunähern, und

¹⁸⁹ Zit. nach: Reuters (2009a).

¹⁹⁰ Vgl. Reuters (2009b).

¹⁹¹ Vgl. Seib (2008).

sich von Venezuela (das die Verletzung der ecuadorianischen Souveränität vehement kritisiert hatte) zu distanzieren. Die klare Absicht, traditionelle Koalitionen und Dichotomien beizubehalten zeichnete sich in ihrem Statement also noch deutlicher aus als in Obamas, beide standen in eklatantem Widerspruch zu den diesbezüglichen Äußerungen der Regierungen beinahe sämtlicher Länder Lateinamerikas.¹⁹²

Auf personeller Ebene waren die Anzeichen nicht weniger deutlich: nicht nur blieb der Republikaner Robert Gates Verteidigungsminister, auch Thomas Shannon sollte bis November 2009 das Amt des Assistant Secretary of State for Western Hemisphere Affairs beibehalten. Zudem konstatierte James Steinberg, Obamas Deputy Secretary of State schon im Januar 2009 eine Verpflichtung der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Verbündeten in der Region, als „Gegengewicht“ zu den Machthabern in Bolivien und Venezuela zu fungieren, da deren Politik den Interessen der USA in Lateinamerika nicht dienlich seien. Steinberg sprach in diesem Zusammenhang auch von Verbindungen zwischen Venezuela und der kolumbianischen FARC.¹⁹³ Trotz alldem reagierte man auf den Machtwechsel überwiegend mit hoffnungsvollem, versöhnlichem Optimismus, eine Erwartungshaltung, die sich in zahlreichen Aussagen lateinamerikanischer Machthaber widerspiegelt, und welche von Obamas Wahlsieg im November 2008 bis in die ersten Monate des Jahres 2009 praktisch ungebrochen anhalten sollte. Sogar die Chávez-Regierung sprach, wenn auch in einem rein ethnischen Zusammenhang, von einer „historischen Wahl“, und sprach von einem möglichen Zusammenhang mit dem lateinamerikanischen politischen Wandel der vergangenen zehn Jahre. Auch Lula da Silva stellte den Wahlgang in einen historischen Zusammenhang und äußerte seine Hoffnung auf ein Ende des von ihm als anachronistisch empfundenen Kuba-Embargos; Evo Morales sprach nur wenige Stunden später etwas zögerlicher von seinem diesbezüglichen „Wunsch“.¹⁹⁴

Ein erstes konkretes, wenn auch schwaches Anzeichen, dass sich Hoffnungen dieser Art bewahrheiten könnten, ergab sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in El Salvador im März 2009. Hatte die Bush-Administration vor den Wahlen im Jahr 2004 noch gezielt Druck auf die salvadorianische Bevölkerung ausgeübt, um einen Wahlsieg der konservativen Regierungspartei ARENA wahrscheinlicher zu machen, entschied sich die Obama-Administration dazu, wenn auch erst zwei Tage vor der Wahl, durch eine Äußerung des U.S. Assistant Secretary of State, Tom Shannon, ihre Neutralität zu bekunden, und ihre Bereitschaft zuzusichern, mit den Worten des U.S.

¹⁹² Vgl. Naiman (2008).

¹⁹³ Vgl. El Universal (2009).

¹⁹⁴ Vgl. Murphy (2008).

Assistant Secretary of State Tom Shannon, „[to] work with whomever the Salvadoran people elect.“¹⁹⁵ Die Notwendigkeit einer solchen Erklärung ergab sich, neben dem Verhalten der Bush-Administration, vor allem aus zwei Ursachen.

Zum Ersten hatten in den Wochen davor einige republikanische Kongressmitglieder wiederholt ihre Ablehnung der damaligen Oppositionspartei FMLN geäußert, und in drastischen Worten vor den Auswirkungen ihres möglichen Wahlsieges gewarnt. Die Äußerungen mehrerer republikanischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses, die vor allem in El Salvador einiges an medialem Aufsehen erregten, gingen dabei so weit, der Bevölkerung El Salvadors damit zu drohen, Geldrücksendungen salvadorianischer Immigranten aus den USA zu unterbinden – angesichts der Tatsache, dass ein Viertel der Bevölkerung des Landes in den USA lebt, und jährlich Geldsummen nach El Salvador überweist, die mit rund vier Milliarden Dollar, bis zu 20% des BIP ausmachen, haben Drohungen dieser Art einiges an Gewicht. Auch wurden diese immer wieder mit der Behauptung untermauert, die Linkspartei FMLN pflege enge Verbindungen nicht nur mit Kuba und Venezuela, sondern auch zum Iran, wie in einem Brief von 40 republikanischen Kongressmitgliedern behauptet wurde, und allgemein mit Regierungen und Organisationen, die mit internationalem Terrorismus assoziiert wurden, weshalb der Repräsentant Trent Franks die Partei etwa als „pro-terrorist“ apostrophierte. Angesichts der großen Aufmerksamkeit, die derartige Äußerungen auf sich zogen, war eine explizite Ablehnung der angedrohten Maßnahmen von hoher Stelle notwendig, um diese als Faktor in den salvadorianischen Wahlen effektiv auszuschließen – zuvor war eine solche nur durch einen Sprecher des Außenministeriums erfolgt.

Zweitens war die US-Regierung zuvor bereits seit Wochen dazu gedrängt worden, auf das Vorgehen von republikanischer Seite mit einem klaren Bekenntnis zu Neutralität zu reagieren. Nachdem zivilgesellschaftliche Organisationen dazu aufgerufen hatten, das Außenministerium telefonisch zu einem solchen Bekenntnis aufzufordern, war das State Department laut eigener Aussage mit Anrufen dieser Art „überschwemmt“ worden. Eine solche Forderung war auch von Seiten des Kongresses geäußert worden: In einem Brief, den der Repräsentant Raul M. Grijalva zusammen mit 29 weiteren Kongressmitgliedern an Obama gerichtet hatte, war dieser allgemein um einen respektvollen Umgang mit den Ländern der Region („to make a clean break with the past“¹⁹⁶), und dem Willen der Bevölkerung El Salvadors gebeten worden.¹⁹⁷

Kurz vor dem Amerikas-Gipfel im April schaffte es die Obama-Regierung, diese Stimmung noch

¹⁹⁵ Zit. nach: Botschaft der Vereinigten Staaten in El Salvador (2009).

¹⁹⁶ Zit. nach: Grijalva (2009a).

¹⁹⁷ Vgl. Naiman (2009); Weisbrot (2009a).

zusätzlich zu befeuern, indem sie offiziell eine Lockerung des Kuba-Embargos ankündigte. Darin enthalten waren eine Abschaffung der Obergrenze für Geldüberweisungen an Familienmitglieder, und der Reisebeschränkungen kubanischer Einwanderer nach Kuba, sowie die Erlaubnis für US-amerikanische Telefongesellschaften, ihre Dienste direkt in Kuba anzubieten; darüber hinaus wurde die Absicht verkündet, diplomatische Annäherungsversuche mit der kubanischen Regierung vorzunehmen, ein Angebot, das von Raul Castro wenige Tage später beinahe überschwänglich erwidert wurde – die kubanische Führung sei bereit über „alles“ zu reden, „Menschenrecht, Pressefreiheit, politische Gefangene, einfach alles.“¹⁹⁸¹⁹⁹

Nicht nur der Zeitpunkt lässt darauf schließen, dass diesem Schritt Obamas eher taktisches Kalkül zugrunde lag, als die Absicht, die regionalen Außenbeziehungen neu zu definieren; so hatte etwa der Obama nahestehende republikanische Senator Richard Lugar, diesen in einem Brief darauf hingewiesen, dass das langjährige Kuba-Embargo mit den im restlichen Lateinamerika vorherrschenden Ansichten in Konflikt stünde, und die USA damit bei der Verfolgung ihrer politischen und ihrer Sicherheitsinteressen in der Region behindere. In Hinblick auf den bevorstehenden Amerika-Gipfel ortete Lugar „unique opportunity for you to build a more hospitable climate to advance U.S. interests in the region“²⁰⁰, sollte die US-Regierung die Bereitschaft zu einer Neuausrichtung ihrer Kuba-Politik demonstrieren. In diesem Sinne schlug Lugar die Entsendung eines Sonderbeauftragten nach Kuba, und die Eröffnung direkter Gespräche vor, sowie ein Ende der Ablehnung einer OAS-Mitgliedschaft Kubas.²⁰¹ Lugar hatte bereits im Februar des selben Jahres in einem ähnlich lautenden Bericht mit dem Titel „Changing Cuba Policy – In the United States National Interest“ auf die strategischen Mängel der US-Politik in diesem Zusammenhang hingewiesen. Obamas Ankündigungen im April kamen daher für viele Beobachter wenig überraschend. Zudem hatte sich der Druck, den einige Akteure schon seit Jahren in diese Richtung ausgeübt hatten, darunter die U.S. Handelskammer und andere Gruppen von Unternehmern, sowie eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen, seit dem Rücktritt Fidel Castros merklich erhöht. Der National Foreign Trade Council (NFTC), eine Vereinigung hunderter großer multinationaler Konzerne aus den USA, hatte etwa nach dem Wahlsieg Obamas zu einer vollständigen Abschaffung sämtlicher über Kuba verhängter Reise- und Handelsbeschränkungen aufgerufen.²⁰²

Auf dem Amerikas-Gipfel, der von 17 bis 19 April 2009 in Trinidad und Tobago stattfand, wurde

¹⁹⁸ Zit. nach: Carroll (2009b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

¹⁹⁹ Vgl. Dombey/Luce (2009); Carroll (2009b).

²⁰⁰ Zit. nach: DeYoung (2009).

²⁰¹ Vgl. DeYoung (2009).

²⁰² Vgl. Lobe (2009); Dombey/Luce (2009); DeYoung (2009).

die positive Erwartungshaltung in der Region durch einige konziliante Gesten Obamas zumindest teilweise bestätigt. Aufsehen erregten dabei vor allem ein Händedruck mit Hugo Chávez und einige sehr versöhnlich anmutende Eingeständnisse und Versprechungen, welche die mit Obamas Amtsantritt verbundenen Hoffnungen zu bestätigen schienen:

„While the United States has done much to promote peace and prosperity in the hemisphere [...] at times we sought to dictate our terms. But I pledge to you that we seek an equal partnership. There is no senior partner and junior partner in our relations; there is simply engagement based on mutual respect and common interests and shared values. So I'm here to launch a new chapter of engagement that will be sustained throughout my administration.“²⁰³

Einer der zentralen Punkte, die von den Präsidenten der Region thematisiert wurde, waren die Beziehungen zwischen den USA und Kuba, wobei vor allem das anhaltende Kuba-Embargo auf stärkere Ablehnung stieß als je zuvor; unter anderem äußerten Lula da Silva und die neue argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner offen ihre diesbezügliche Abneigung; ersterer wies Obama gar persönlich darauf hin, dass ein weiterer Amerikas-Gipfel ohne Kuba aus seiner Sicht „inakzeptabel“ sei. Hugo Chávez hatte im Vorfeld bereits anlässlich eines Treffens der ALBA-Staaten den Ausschluss Kubas aus dem Gipfel kritisiert, und damit gedroht, dessen abschließende Deklaration, in der Kuba nicht erwähnt wurde, nicht zu unterzeichnen.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die Position der Regierung Kolumbiens, des traditionellen regionalen Verbündeten der USA, dessen rechtskonservativer Präsident Álvaro Uribe ebenfalls von der Notwendigkeit sprach, Kuba sukzessive aus seiner Isolation zu lösen.²⁰⁴

Zu den substantielleren Ereignissen im Rahmen des Gipfels zählt auch Chávez' Ankündigung, einen neuen venezolanischen Botschafter für die USA zu ernennen, was bereits vor Ort mit Außenministerin Clinton diskutiert wurde. Des weiteren forderte Evo Morales den neuen US-Präsidenten dazu auf, einen offenbar gegen ihn gerichteten Anschlagsplan zu verurteilen, der aus Morales' Sicht Verbindungen zur US-Botschaft in Bolivien aufweisen könnte. Obama äußerte daraufhin seine vehemente Ablehnung von „any efforts at violent overthrows of democratically elected governments, wherever it happens in the hemisphere“^{205, 206}.

²⁰³ Zit. nach: Haugaard/Isacson/Withers/Poe/Olson/Santos/Smith (2010).

²⁰⁴ Vgl. MercoPress (2009a); Goldman/Chipman (2009).

²⁰⁵ Zit. nach: Wilson (2009).

²⁰⁶ Vgl. Guardian (2009a); Wilson (2009).

7.2. Der Putsch in Honduras

Eine erste größere Bewährungsprobe für die Obama-Administration und die von ihr gesäten Hoffnungen, ergab sich bereits wenige Monate nach dem Amerikas-Gipfel: Am 28 Juni 2009 wurde mitten in der Nacht das Haus des demokratisch gewählten Präsidenten von Honduras gestürmt, und dieser außer Landes geflogen. Die offizielle Begründung dafür bezog sich auf die behauptete Rechtswidrigkeit von Manuel Zelayas Vorhaben, eine nicht bindende Volksbefragung darüber durchzuführen, ob im Rahmen der planmäßigen Wahlen im November des selben Jahres auch ein bindendes Referendum über eine Verfassungsänderung stattfinden solle. Von den Putschisten wurde dies als Versuch Zelayas dargestellt, eine verfassungswidrige Verlängerung seiner Amtszeit vorzunehmen, wobei sie sich auf das Urteil des honduranischen Verfassungsgerichtshofs stützen konnten, der die Befragung für verfassungswidrig erklärt hatte. Tatsächlich war der Entführung Zelayas eine Verfassungskrise vorangegangen, in der die Regierung auf der einen Seite, sowie Kongress und Verfassungsgerichtshof auf der anderen Seite, einander als Kontrahenten gegenüber standen. Doch es besteht keine Zweifel darüber, dass die Absetzung Zelayas rechtswidrig war, zumal über den angeblichen Rechtsbruch nicht einmal ein gerichtlicher Prozess stattgefunden hatte. Zudem sei erwähnt, dass viele der zahlreichen lateinamerikanischen Staatsstriche der Vergangenheit hinter einer Fassade der Rechtsstaatlichkeit durchgeführt worden sind, wofür jener gegen Salvador Allende im Jahr 1973 wohl das bekannteste Beispiel darstellt.²⁰⁷

Doch vor allem bestand unter den Regierungen Lateinamerikas und auch der restlichen Welt weitgehend Einigkeit darüber, dass es sich hierbei um einen illegitimen Vorgang handelte. Hier ist es aufschlussreich, die diplomatische und rhetorische Handhabung der geschilderten Ereignisse und der daraus resultierenden demokratischen Krise durch die Obama-Administration einer genaueren Untersuchung zu unterziehen, und sie in den Kontext der regionalen und internationalen Reaktionen zu setzen. Die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner kündigte etwa an, die OAS dazu aufzurufen, ihrer demokratischen Charta entsprechend zu handeln, was einer sofortigen Wiedereinsetzung des honduranischen Präsidenten entspräche. Sie nannte den Putsch eine „Rückkehr zur Barbarei“²⁰⁸, und rief sämtliche Regierungen der Region dazu auf, die Rückkehr des demokratisch gewählten Präsidenten einzufordern.²⁰⁹

²⁰⁷ Vgl. Grandin (2009b); Olson (2009).

²⁰⁸ Zit. nach: BBC News (2009b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²⁰⁹ Vgl. BBC News (2009b).

Die erste offizielle Stellungnahme aus dem Weißen Haus unterschied sich von den Reaktionen vieler lateinamerikanischer Staaten insofern, als dass darin die Ereignisse in Honduras nicht als „Putsch“ bezeichnet wurden; zudem wurde darin nicht die Rückkehr oder Wiedereinsetzung Zelayas gefordert, die Erklärung enthielt lediglich den mehrdeutigen Aufruf

„on all political and social actors in Honduras to respect democratic norms, the rule of law and the tenets of the Inter-American Democratic Charter. Any existing tensions and disputes must be resolved peacefully through dialogue free from any outside interference.“²¹⁰

und sprach von tiefer Sorge in Bezug auf Berichte über die Festnahme und Ausweisung von Präsident Zelaya.²¹¹ Was diese Ambiguität und Ermangelung einer klaren Verurteilung, oder auch nur Feststellung des Staatsstreiches als solchen noch bemerkenswerter macht, ist der Umstand, dass die US-Regierung laut eigener Aussage mit der honduranischen Militärführung in Verbindung stand, und sich bis zum Zugriff auf Zelayas Wohnsitz über deren Vorhaben austauschte, wobei offiziell behauptet wurde, dass auf diesem Wege der Versuch unternommen wurde, den geplanten Putsch zu unterbinden.²¹² Die New York Times zitierte in diesem Zusammenhang einen unbenannten Regierungsbeamten, demzufolge Thomas Shannon und der US-Botschafter in Honduras, Hugo Llorens die Position des Militärs folgendermaßen einschätzte: „There was talk of how they might remove the president from office, how he could be arrested, on whose authority they could do that.“²¹³ Diese Überlegungen sollen sich allerdings auf legale Maßnahmen konzentriert haben. Noch am selben Tag veröffentlichte das Weiße Haus schließlich eine weitere, eindeutigere Stellungnahme, in der festgestellt wurde, dass die „Maßnahmen“ („the action“) die gegen Zelaya ergriffen wurden, gegen die Grundsätze der Interamerikanischen Demokratischen Charta verstoßen hätten.²¹⁴ Dieses Muster wurde durch Obama auch in den folgenden Tagen fortgesetzt, wobei seine Äußerungen weiterhin zwar das Geschehene verurteilten, jedoch hinsichtlich der Art und Schwere der Ereignisse eher vage blieben. Unter anderem laut Dana Frank, Honduras-Expertin und Geschichtspräsidentin an der University of California, Santa Cruz, wurde nie von einem „military coup“ gesprochen, was daran liege dass die US-Regierung rechtlich dazu verpflichtet sei, im Falle eines Militärputsches jedwede polizeiliche und militärische Hilfe an das

²¹⁰ Zit. nach: Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2009).

²¹¹ Vgl. Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2009).

²¹² Vgl. Weisbrot (2011c), S. 2.

²¹³ Zit. nach: Cooper/Lacey (2009).

²¹⁴ Vgl. BBC News (2009b).

betreffende Land einzustellen. Durch die Weigerung, den Regierungswechsel in Honduras als Militärputsch zu bezeichnen, sei es für Washington möglich geworden, den Großteil der Unterstützung fortsetzen. Zwar wurde eine Kürzung von 30 Millionen US-Dollar vorgenommen, doch wurde Honduras weiterhin mit einem Vielfachen dieses Betrages unterstützt, in erster Linie zu militärischen Zwecken.²¹⁵ Der entsprechende Abschnitt des U.S. Foreign Assistance Act von 1961, begrenzt wörtlich „assistance to the government of any country whose duly elected head of government is deposed by military coup or decree“.²¹⁶ Tatsächlich bezeichneten Obama und Clinton den Sturz Zelayas in den Tagen darauf des öfteren als „coup“, jedoch niemals als „military coup“, die Bezeichnung, die bezüglich der Unterstützungsleistungen an Honduras relevant gewesen wäre. So sprach Obama etwa am 29. Juni vor Journalisten von einem Putsch (jedoch nicht von einem militärischen Putsch), und betonte seine Auffassung, dass Zelaya weiterhin der demokratisch gewählte Präsident von Honduras sei. Hillary Clinton gab allgemein eher zurückhaltendere Stellungnahmen ab; auf einer Pressekonferenz wurde sie am selben Tag etwa gefragt, ob die Regierung ihre Unterstützung für Honduras beenden würde, worauf sie lediglich antwortete, diese sei vom Funktionieren des honduranischen demokratischen Systems abhängig, welches durch ihre Anstrengungen hoffentlich bald wieder gewährleistet sein würde. Des weiteren antwortete sie auf die Frage, ob sie auf einer Rückkehr Zelayas bestehe, mit der äußerst vagen Erklärung, dass sie innerhalb der Zusammenarbeit mit der OAS keine Bedingungen stellen würde, und dass die Gefangennahme und Ausweisung des Präsidenten Grund zur Sorge sei; über eine Rückkehr Zelayas äußerte sie sich jedoch nicht.²¹⁷ Gefragt, ob ihrer Meinung nach ein Militärputsch stattgefunden habe, erklärte sie, dass sich die Geschehnisse ihrer Auffassung nach zu einem Putsch entwickelt hätten.²¹⁸ Clintons öffentliche Ambiguität bezüglich einer Rückkehr Zelayas stimmt überein mit einer Strategie, die sie laut eigenem Bekunden von Beginn an verfolgt hat; in ihren 2014 erschienenen Memoiren äußert sie zunächst in deutlichen Worten ihre Antipathie für den honduranischen Präsidenten, um dann offen von ihrer Absicht zu sprechen, ihn als politischen Faktor auszuschließen:

„In the subsequent days [after the coup] ... we strategized on a plan to restore order in Honduras and ensure that free and fair elections could be held quickly and legitimately, which would render the question of Zelaya moot.“²¹⁹

²¹⁵ Vgl. Valle (2015); Weisbrot (2011c), S. 2; Muno/Brand (2014), S. 387; Fisher (2013).

²¹⁶ Zit. nach: Cornell University Law School – Legal Information Institute (b).

²¹⁷ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009a).

²¹⁸ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009a).

²¹⁹ Zit. nach: Clinton (2014), S. 311 - 338.

Es gibt Anzeichen dafür, dass vor allem in diesem Punkt keine vollständige Einigkeit innerhalb der US-Regierung herrschte; so wurde etwa am sechsten Juli, über eine Woche nach dem Staatsstreich, Ian Kelly, Sprecher des State Departments, auf einem Treffen mit Journalisten gefragt, was genau sich das Außenministerium unter der von ihr geforderten Rückkehr zur demokratischen Ordnung vorstelle, woraufhin er präzisierte, dies würde auch eine Rückkehr des Präsidenten bedeuten; auf die nächste Frage, warum das State Department nicht einfach explizit die Rückkehr Zelayas fordere, gab Kelly schließlich zur Antwort: „Yeah. Well we do call for his return.“²²⁰ Diese eher widerwillige Stellungnahme kam zu einem Zeitpunkt, als bereits mehrere internationale und regionale Organisationen klar Stellung bezogen hatten: am 28. Juni also am Tag des Putsches, forderte die OAS die „sofortige, sichere und bedingungslose Rückkehr von Präsident Jose Manuel Zelaya Rosales in sein verfassungsmäßiges Amt“²²¹, und betonte, dass keine Regierung, die aus dieser Unterbrechung der verfassungsmäßigen Ordnung erstehen würde, von der OAS anerkannt werden würde. Die OAS verurteilte die Ereignisse als Putsch. Am 30. Juni verurteilte die UN-Vollversammlung den Putsch und forderte die „sofortige und bedingungslose Wiedereinsetzung der legitimen und verfassungsmäßigen Regierung“²²² Zelayas; die Stellungnahme wurde einstimmig beschlossen.²²³

Generell scheint vor allem bezüglich der vorgeschlagenen bzw. angedrohten Maßnahmen gegen das neue Regime, und der Unterstützung für den entmachteten Präsidenten, ein gewisser Kontrast zwischen den offiziellen Stellungnahmen der US-Regierung, und jenen lateinamerikanischen Regierungen und Organisationen bestanden zu haben. So setzte die OAS auf einem Treffen vom ersten Juli dem neuen Regime in Tegucigalpa bereits eine Frist von drei Tagen, um ihre Macht wieder abzugeben, und Zelaya zu ermöglichen, seine Präsidentschaft wieder aufzunehmen, oder andernfalls aus der Organisation ausgeschlossen zu werden (eine Drohung die fristgerecht wahrgemacht wurde)²²⁴. Am 5. Juli gab die OAS den Ausschluss Honduras' von jedweder Beteiligung innerhalb der Organisation bekannt.²²⁵

Einige Regierungen und Organisationen setzten innerhalb weniger Tage konkrete Schritte, um die neue Regierung unter Druck zu setzen: Zehn Länder Lateinamerikas zogen ihre Botschafter aus Honduras ab, ebenso Spanien, Frankreich und Italien. Die spanische Regierung rief zudem

²²⁰ Zit. nach: Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009b).

²²¹ Zit. nach: Offizielle Homepage der OAS (2009b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²²² Zit. nach: Sheridan/Lynch (2009). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²²³ Vgl. Sheridan/Lynch (2009); Offizielle Homepage der OAS (2009b); Muno/Brand (2014), S. 386 – 387.

²²⁴ Vgl. Carroll (2009c).

²²⁵ Vgl. Offizielle Homepage der OAS (2009a); Muno/Brand (2014), S. 387.

sämtliche Mitgliedsstaaten der EU dazu auf, es ihnen gleich zu tun. Bereits vier Tage nach dem Putsch, am zweiten Juli, hatten sämtliche EU-Länder dem Aufruf Folge geleistet, und lediglich ihre charges d'affaires, eine Ebene unter Botschaftsvertretung, im Land belassen. Die Vereinigten Staaten beließen ihren Botschafter in Honduras, und drohten zu keinem Zeitpunkt damit, ihn abzuziehen.²²⁶

Auch die Interamerikanische Entwicklungsbank und die Weltbank stellten sämtliche neue Kredite ein, und am 20 Juli kündigte die Europäische Union Hilfszahlungen an Honduras in Höhe von 65,5 Millionen Euro.²²⁷ Die drastischsten Androhungen wurden wohl von Hugo Chávez vorgebracht, der öffentlich die Möglichkeit einer Kriegserklärung in den Raum stellte: „Wenn beispielsweise unsere Botschaften angegriffen werden würde, [...] dann würde diese Militärjunta [...] in einen Kriegszustand eintreten. [...] Ich habe die Streitkräfte Venezuelas in Alarmbereitschaft versetzt.“²²⁸ Am 30. Juni warnte Chávez dass, sollte das honduranische Militär, oder Putschisten gewaltsame Maßnahmen gegen Zelaya ergreifen, sobald dieser in sein Land zurückkehrt, Venezuela nicht tatenlos zusehen würde; dies würde „ein weiteres Tor öffnen, über das ich nicht sprechen möchte.“²²⁹

Gleichzeitig nahm die Übergangsregierung in Honduras bereits in den ersten Tagen immer autoritäre Züge an: Unter anderem in den Straßen der Hauptstadt Tegicugalpa wurde die Präsenz von Militär und Polizei stark erhöht, und eine nächtliche Ausgangssperre wurde verhängt. Schon früh gab es Berichte über getötete Demonstranten, wobei hunderte verletzt oder verhaftet wurden. Zudem wurden Mitglieder von Zelayas Regierung, und honduranische sowie ausländische Journalisten verhaftet. Die Pressefreiheit wurde eingeschränkt, und bereits Ende Juni gab es Berichte über zwei Fernsehsender und einen Radiosender, deren Signale blockiert wurden.²³⁰ Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International konstatierte in einem Bericht vom ersten August eine „Menschenrechtliche Krise“ in Honduras, und warf den Polizei- und Militärkräften vor, mit zunehmend unverhältnismäßiger, exzessiver Gewalt, friedliche und legitime Demonstrationen zu unterdrücken. Der Bericht, der im Besonderen die gezielte Gewalt gegen Frauen und die seit dem Putsch stark zunehmende Einschüchterung und Behinderung von Menschenrechtsorganisationen hervorhob, betonte abschließend die Verantwortung der

²²⁶ Vgl. Weisbrot (2009b); CBC News (2009); Thomson (2009).

²²⁷ Vgl. Meyer (2009), S. 1, 8.

²²⁸ Zit. nach: BBC News (2009b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²²⁹ Zit. nach: BBC News (2009b). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²³⁰ Vgl. Committee to Protect Journalists (2009).

internationalen Gemeinschaft bei der Suche nach einer politischen Lösung.²³¹ Angesichts dieser und zahlreicher ähnliche lautender Berichte über die Situation während der Monate und Jahre nach dem Staatsstreich ist anzumerken, dass von Seiten der US-Regierung keinerlei klare Verurteilung dieser repressiven und gewalttätigen Maßnahmen geäußert wurde. Während eines Staatsbesuchs in Buenos Aires, im März 2010, erklärte Hillary Clinton gar: „The Honduras crisis has been managed to a successful conclusion...it was done without violence.“²³²

Am sechsten Juli unternahm Zelaya schließlich den Versuch, in einem von Hugo Chávez geliehenen Flugzeug nach Honduras zurückzukehren, was allerdings durch Putschisten verhindert wurde, die die Landebahn mit Armeefahrzeugen blockierten. Mehrere tausend von Zelayas Unterstützern hatten sich vor dem Flughafen versammelt, und stießen dort mit Polizei und Militär zusammen, wodurch zwei Demonstranten zu Tode kamen und dutzende verletzt wurden. Von den Begleitern, die Zelaya angekündigt hatte, war nur Miguel d'Escoto an Bord, die übrigen hatten einen separaten Flug nach El Salvador genommen, um von dort aus seine Rückkehr zu beobachten. Zelaya landete stattdessen in Nicaragua, wo er von Präsident Daniel Ortega empfangen wurde.²³³

Am 24 Juli unternahm Zelaya einen weiteren, erfolgreichen Versuch, in sein Land zurückzukehren: In der Kleinstadt Las Manos, die direkt an der Grenze zu Nicaragua liegt, betrat er, umgeben von Journalisten, kurz honduranischen Boden, um dort einige symbolische Schritte zu machen, und sich dann angesichts einer Gruppe von Soldaten und Polizisten, die wenige Meter entfernt auf ihn warteten, wieder nach Nicaragua zurückzuziehen. Diese Aktion wurde von Clinton scharf verurteilt: Sie bezeichnete sie als provokante Handlung, die zu Gewalt führen könne, und verurteilte sie als rücksichtslosen Akt. Zelaya trage damit nicht dazu bei, die demokratische und verfassungsmäßige Ordnung inmitten der aktuellen Krise wiederherzustellen. Das neue Regime unter Übergangspräsident Roberto Micheletti nahm die Ereignisse zum Anlass, um Gespräche, die zuvor in Costa Rica abgehalten worden waren, abubrechen. Diese waren mit Clintons Unterstützung, und mit dem costa-ricanischen Präsidenten Oscar Arias Sanchez als Vermittler angesetzt worden. Arias hatte dabei die Position vertreten, dass Zelaya sein Amt wieder aufnehmen solle, was von Micheletti jedoch strikt abgelehnt wurde.²³⁴

Dass der Fortsetzung von Zelayas Amtszeit in Washington zumindest keine hohe Priorität eingeräumt wurde, begann sich während dieser Woche gleichsam mehr und mehr herauszukristallisieren. Am fünften August schien sich das State Department in einem Brief an

²³¹ Vgl. Amnesty International (2009b), S. 10, 14, 17.

²³² Zit. nach: Council on Hemispheric Affairs (2010a).

²³³ Vgl. Carroll (2009c).

²³⁴ Vgl. Reuters (2009d).

Senator Richard G. Lugar von Zelaya zu distanzieren; man kritisierte dessen fortwährende provokative Handlungen, die für den Putsch mitverantwortlich gewesen wären, und bekundete die Neutralität der Administration mit den Worten, deren Position wäre „not based on supporting any politician or individual.“ Der Brief verärgerte einiger der lateinamerikanischen Regierungen, die bereits von der Weigerung der USA enttäuscht waren, ihren Botschafter abzuziehen, und härtere Sanktionen zu verhängen, was offiziell mit der Sorge begründet wurde, dies könne das Land zu sehr destabilisieren. Das Übergangsregime interpretierte den Brief an Senator Lugar jedoch als für sie günstiges Zeichen.²³⁵

Obama selbst erhielt am 11 August einen Brief von 17 demokratischen Kongressabgeordneten, in dem er, über sechs Wochen seit die Übergangsregierung an die Macht gelangt war, aufgefordert wurde, dessen immer schwerer und zahlreicher werdenden Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, und Maßnahmen gegen jene Personen einzuleiten, die für den Putsch verantwortlich waren.²³⁶ Kritisiert wurde oftmals auch der Umstand, dass die Obama-Administration nicht etwa durch Einreiseverbote, und das Sperren von US-Konten der Putschisten gegen das neue Regime vorgeing, sowie die fortgesetzten militärischen Beziehungen zwischen Honduras und den Vereinigten Staaten. Tatsächlich setzte Obama die Präsenz US-amerikanischer Truppen auf der honduranischen Militärbasis Soto Cano in Palmerola, und auch die Ausbildung honduranischer Offiziere am Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC), vormals bekannt als „School of the Americas“, weiterhin fort, und das obwohl sechs an dem Putsch beteiligte Generäle Absolventen dieser Einrichtung gewesen waren.²³⁷

Human Rights Watch selbst verurteilte das Vorgehen der Übergangsregierung in einer Veröffentlichung vom 25 August, unter Bezug auf einen Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission. Die Menschenrechtsorganisation ging dabei auch auf das Argument der Obama-Administration ein, derzufolge das Verhängen von Sanktionen dem Land zu sehr schaden würden, und schlug Sanktionen gegen einzelne Regierungsmitglieder vor, durch welche die Volkswirtschaft keinerlei Schaden nehmen würde.²³⁸

Dass ein entschiedeneres Vorgehen der USA möglich wäre, wurde auch in Lateinamerika so empfunden: Am 12 April wurde Zelaya in der brasilianischen Hauptstadt als Staatsoberhaupt empfangen, und äußerte seinen Wunsch nach einer aktiveren Rolle der USA, die etwa aufgrund der zu 70% von den USA abhängigen honduranischen Wirtschaft, durch Wirtschaftssanktionen einiges

²³⁵ Vgl. Thompson (2009).

²³⁶ Vgl. Grijalva (2009b).

²³⁷ Vgl. Grandin (2009a); Latin American Perspectives (2011), S. 14.

²³⁸ Vgl. Human Rights Watch (2009).

an Druck ausüben könnten. Lula da Silva forderte nach einem eineinhalbstündigen Gespräch einmal mehr Zelayas sofortige und bedingungslose Rückkehr; der brasilianische Außenminister Celson Amorim betonte vor der Presse, dass in der honduranischen Krise alles vom Handeln der US-Regierung abhängen würde.²³⁹

Ein weiterer Punkt, zu dem einige Regierungen der Region klar Stellung bezogen, waren die Wahlen, die für Ende November des selben Jahres angesetzt waren. Sollte die Übergangsregierung bis dahin an der Macht bleiben, würde es ihr gelingen, sich auf diesem Weg einen Anschein demokratischer Legitimität zu verleihen. Auf einem Gipfel der Südamerikanischen Staaten (UNASUR) im ecuadorianischen Quito, am 10 April, erklärten die zwölf Mitgliedstaaten, sie würden keine Wahlen anerkennen, die unter dem neuen de facto Regime abgehalten werden würden.²⁴⁰ Am 17 August kündigten auch Lula da Silva, und der mexikanische Präsident Felipe Calderón an, keine Wahlen unter einem illegitimen Regime anzuerkennen, und forderten ebenfalls die Rückkehr Zelayas.²⁴¹ Die US-Regierung ließ nichts Ähnliches verlautbaren.

Am 21 September gelang es Zelaya schließlich, nach einer 15-stündigen Autofahrt, nach Honduras zurückzukehren, wo er in der brasilianischen Botschaft aufgenommen wurde. Die Übergangsregierung reagierte darauf, indem sie eine 26-stündige Ausgangssperre über Tegucigalpa verhängte, den Flughafen sperrte, und Autobahnen in die Hauptstadt blockierte, um einen größeren Zustrom an Pro-Zelaya-Demonstranten zu verhindern. Dennoch wurde die Botschaft von tausenden Unterstützern Zelayas umringt, der in einer Rede Menschen aus dem ganzen Land aufforderte, friedlich in der Hauptstadt zu demonstrieren. Zu seinen Unterstützern zählte etwa die Lehrgewerkschaft, die wenige Tage zuvor angekündigt hatte, dass die 60.000 Pädagogen des Landes auf unbestimmte Dauer in Streik gehen würden, um Zelayas Wiedereinsetzung zu unterstützen. Unmittelbar nach Zelayas erfolgreicher Rückkehr, stellte Clinton auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Arias fest, dass dies ein günstiger Augenblick wäre, um Zelaya unter angemessenen Umständen wieder in sein Amt zu führen, und forderte ihn und das Übergangsregime dazu auf, nach einer friedlichen Lösung gemäß der mit Arias verhandelten Übereinkunft von San Jose zu suchen; der de facto Präsident Micheletti erklärte hingegen den Vermittlungsversuch Arias' mit der nun längerfristigen Rückkehr Zelayas für endgültig gescheitert.²⁴²

Unterdessen wurde die Versammlung vor der brasilianischen Botschaft, offiziell wegen Verstoßes

²³⁹ Vgl. BBC News (2009c); MercoPress (2009c).

²⁴⁰ Vgl. Kueffner (2009).

²⁴¹ Vgl. Washington Office on Latin America (2009); Offizielle Homepage des mexikanischen Präsidenten (2009).

²⁴² Vgl. The National (2009); Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009c).

gegen die Ausgangssperre, gewaltsam aufgelöst, wobei mehrere Demonstranten zu Tode kamen. Das Militär kappte die Stromversorgung mehrerer Medien, darunter die wichtigsten noch unabhängigen Fernseh- und Radiosender, sowie jene der brasilianischen Botschaft, in der sich Zelaya aufhielt. Des weiteren wurde die Ausgangssperre auf unbestimmte Dauer verlängert. Honduras wurde dadurch, in den Worten eines Mitarbeiters des Honduran Center for Torture Prevention, zum „größten Gefängnis der Welt“²⁴³; er berichtete von unterernährten Kindern und Kranken, die wegen des Ausgehverbots keine Nahrung erhielten, und an Unterzuckerung starben, und von gewaltsamen Handlungen gegen Menschenrechtsorganisationen. Luz Mejias, die Präsidentin der Interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS, bezeichnete die Ausgangssperre als eine eindeutige Verletzung der Menschenrechte und rechtlichen Standards.²⁴⁴

Am 28 September 2009 räumten die Vereinigten Staaten jeden Zweifel darüber, ob die Wiedereinsetzung Zelayas für sie hohe Priorität hatte aus, als sie die Verabschiedung einer Resolution durch die OAS blockierten, welche die Ablehnung honduranischer, unter der neuen Diktatur abgehaltener Wahlen erklärte. Daraufhin wurde stattdessen im November innerhalb der Rio-Gruppe, welche 23 lateinamerikanische und auch karibische Länder umfasst, eine Resolution verabschiedet, welche Zelayas Wiedereinsetzung als „unverzichtbare Voraussetzung“²⁴⁵ für eine Anerkennung der Wahlen bezeichnete.²⁴⁶

Am 30 Oktober gelang es schließlich, eine Übereinkunft zwischen dem gestürzten Präsidenten und dem Übergangsregime zu treffen. Assistant Secretary of State Thomas Shannon, der kurz darauf den Posten des US-Botschafters für Brasilien übernehmen würde, gelang es, Micheletti zu einer Neun-Punkte-Vereinbarung zu bewegen, derzufolge Zelaya nach mittlerweile vier Monaten erlaubt wurde, seine restliche Amtszeit von drei Monaten abzuleisten, während die internationale Gemeinschaft im Gegenzug die diplomatische Isolation des Landes beenden, und die für 29 November angesetzten Präsidentschaftswahlen anerkennen würde. Die Vereinbarung wies allerdings insofern eine Lücke auf, als dass darin der honduranische Kongress dazu ermächtigt wurde, Zelayas Wiedereinsetzung zu genehmigen oder abzulehnen. Diese Lücke wurde bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung durch Marcia Facusse de Villeda, einen hochrangigen Berater Michelettis wahrgenommen, der gegenüber der Presse erklärte, dass Zelaya nicht in sein Amt zurückkehren werde, und dass die Unterzeichnung allein der Regierung bereits die Anerkennung

²⁴³ Zit. nach: Carlsen (2009a). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²⁴⁴ Vgl. Carlsen (2009a).

²⁴⁵ Zit. nach: Weisbrot (2011c), S. 3. [Übersetzung durch den Verfasser.]

²⁴⁶ Vgl. Weisbrot (2011c), S. 2 – 3.

der Wahlen durch die internationale Gemeinschaft eingebracht habe. Ferner meinte ein weiterer Berater der Regierung, dass der Kongress nicht rechtzeitig tagen würde, weshalb eine Abstimmung über den Vertrag erst nach den Wahlen stattfinden könne. Der Präsident des Kongresses, ein Unterstützer Michelettis, behauptete zudem, dass nach seinem Verständnis niemand den Kongress an Fristen und Bedingungen binden könne. Die Übereinkunft lies auch offen, ob die massiven Menschenrechtsverletzungen der letzten vier Monate, Untersuchungen und Strafverfolgungen nach sich ziehen würden, und erwähnte nur vage die Ablehnung einer Straffreiheit bezüglich politischer Verbrechen, sowie die Anregung zur Gründung einer Wahrheitskommission. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits über ein Dutzend von Zelayas Unterstützern hingerichtet, und rund zehntausend Menschen ohne rechtliche Grundlage inhaftiert worden; es war zu Massenvergewaltigungen durch Polizei- und Militäreinheiten gekommen. Das Abkommen erwähnte jedoch die Verfassungskrise, und zwang Zelaya, auf die Einberufung einer Versammlung zum Zwecke der Änderung der honduranischen Verfassung zu verzichten. Allerdings hatte die Nationale Front gegen den Putsch, die Dachorganisation, welche den Widerstand gegen Micheletti organisierte, zuvor betont, dass diese Forderung nicht verhandelbar sei, und dass sie dieses Ziel auch weiterhin verfolgen würde. Zudem belegten neuere Umfragen, dass eine große Mehrheit der honduranischen Bevölkerung mittlerweile der Ansicht war, dass eine solche Verfassung die beste Lösung für die politische Krise in Honduras darstellen würde.²⁴⁷

Nachdem diese nicht sehr stabile Einigung erzielt worden war, wurde zusätzlich ein Faktor wirksam, der seit Beginn der Krise gleichsam rezessiv vorhanden gewesen war: Mehrere republikanische Kongressabgeordnete, am prominentesten Senator Jim DeMint, versuchten die US-amerikanische Außenpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie damit drohten ihre Zustimmung für die Ernennung von Thomas Shannon zum US-Botschafter in Brasilien zu verweigern, sowie die Ernennung von Arturo Valenzuela zum neuen Assistant Secretary of State for Western Hemisphere Affairs. DeMint offenbarte nun in einer Presseaussendung vom 5 November, dass Clinton und Shannon sich bereit erklärt hätten, die Wahlen in Honduras auch ohne den legitimen Präsidenten anzuerkennen: „The Obama Administration has finally reversed its misguided Honduran policy [and] will recognize the outcome of the Honduran elections regardless of whether Manuel Zelaya is reinstated.“²⁴⁸ DeMint sicherte der Obama-Administration dementsprechend zu, keinerlei Einwände mehr gegen die beiden Ernennungen zu erheben. Das von Hillary Clinton als „historisch“ bezeichnete Abkommen war damit in seinem wesentlichsten Punkt

²⁴⁷ Vgl. Grandin (2009c); Thompson/Malkin (2009).

²⁴⁸ Zit. nach: Grandin (2010), S. 10.

hinfällig.²⁴⁹

Die Vereinigten Staaten standen nun in Konflikt mit beinahe sämtlichen Ländern Lateinamerikas. Mit der Ausnahme von Panama und Costa Rica hatten alle Länder der Region eine Rückkehr Zelayas in sein Amt als Voraussetzung für ihre Anerkennung der Wahlen genannt. Die Rio-Gruppe, eine Konferenz von damals 23 lateinamerikanischen Staaten, verweigerte ebenfalls am 5 November offiziell ihre Anerkennung von Wahlen, die nicht unter Zelaya stattfanden. Robert White, Präsident des Center for International Policy, und ehemaliger US-Botschafter in El Salvador, bezeichnete die Handhabung der Krise durch die USA als „beschämend“, angesichts der Unterstützung von Seiten der gesamten westlichen Hemisphäre, die eine andere Politik erfahren hätte. Es war offenbar der Punkt erreicht, an dem diese Art der Handhabung die Beziehungen der USA zur gesamten Region zu beeinträchtigen begann. Marco Aurelio Garcia, außenpolitischer Berater von Lula da Silva, zeigte sich diesbezüglich schwer enttäuscht, und warf den US-Regierung vor, den Putsch zu billigen, und eine extrem gewalttätige Regierung anzuerkennen: „All that positive feeling created after Obama’s election, and strengthened at the Summit of the Americas in Trinidad and Tobago, is starting to disintegrate a bit.“^{250 251}

7.3. Die unter dem honduranischen Übergangsregime abgehaltenen Wahlen und der Amtsantritt Porfirio Lobos

Zelaya wurde vom honduranischen Kongress entgegen der Vereinbarung nicht gestattet, die letzten zwei Monate seiner Amtszeit zu beenden.²⁵² Während der Wahl, die in einem offiziell erklärten Ausnahmezustand stattfand, war das Militär mit zehntausenden Soldaten auf den Straßen präsent, und drohte damit, jeden zu verhaften, der sich an einem Boykott beteiligte.²⁵³ Vielfach wurde bemängelt, dass unter den in Honduras herrschenden Bedingungen keine fairen und freien Wahlen möglich wären. Das Carter Center hatte beispielsweise zuvor entschieden, keine Wahlbeobachter in das Land zu schicken, und lediglich die politischen und menschenrechtlichen Bedingungen in Honduras während der

²⁴⁹ Vgl. MercoPress (2009d); Grandin (2009c).

²⁵⁰ Zit. nach: Zacharia (2009).

²⁵¹ Vgl. Zacharia (2009).

²⁵² Vgl. Padgett (2009); Thompson/Malkin (2009).

²⁵³ Vgl. Grandin (2010), S.10.

Wahlen zu überprüfen. Als Grund gab das Center an, dass, entgegen dem Wortlaut des Vertrages von San Jose, keine Einheitsregierung gebildet worden war, und der Kongress erst nach den Wahlen zur Frage der Wiedereinsetzung Zelayas tagen würde.²⁵⁴ Viele weitere multinationale Organisationen, darunter die UNO und die OAS, sowie die Europäische Union, weigerten sich ebenfalls, etwa auch wegen der Unterdrückung diverser Medien, Wahlbeobachter nach Honduras zu schicken. Die US-amerikanische Botschaft in Tegucigalpa bezeichnete die Wahlen als verfassungswidrig.²⁵⁵ Dem US-amerikanischen, der republikanischen Partei nahestehenden International Republican Institute zufolge, waren die Wahlen jedoch frei von jedweder Gewalt und offener Einschüchterung, und somit ernst zu nehmen.²⁵⁶

Die Vereinigten Staaten gehörten zu der eher kleinen Gruppe von Ländern, die den Wahlsieg Porfirio Lobos, eines konservativen Geschäftsmannes, anerkannte; in der westlichen Hemisphäre waren dies neben den USA noch Kanada, Costa Rica, Panama, Kolumbien und Peru – wobei die letzten beiden zuvor noch im Rahmen der Rio-Gruppe anderslautende Stellungnahmen abgegeben hatten. Im Gegensatz dazu weigerte sich etwa der brasilianische Präsident Lula da Silva, seine Position zu ändern, und setzte die Anerkennung der Wahlen in Honduras mit der Anerkennung eines Putsches gleich, wobei er Lobo vorwarf, ein Unterstützer des Putsches zu sein. Zudem sprach er sich gegen jede Kooperation mit dem neuen Präsidenten Porfirio Lobo aus, und warnte, dass eine solche eine ernste Bedrohung für die Demokratie in ganz Lateinamerika darstellen würde. Auf dem neunzehnten Iberoamerika-Gipfel, der unmittelbar nach den Wahlen stattfand, vertrat etwa Cristina Fernández de Kirchner den gleichen Standpunkt bezüglich einer Anerkennung der Wahlen; die neun ALBA-Staaten bezeichneten die Wahlen als „illegal und illegitim“ und forderten darüber hinaus, dass die für den Militärputsch Verantwortlichen für ihre Vergehen völkerrechtlich belangt werden sollten. Miguel d'Escoto, bis September 2009 noch Präsident der UNO-Generalversammlung, bezeichnete jene Länder, welche die Wahlen anerkannt hatten, als bedingungslos verbündet mit, und hochgradig abhängig von den USA, aber im Widerstreit mit der großen Mehrheit der iberoamerikanischen Länder stehend. Dem costa-ricanischen Präsidenten warf er vor, das größte Hindernis auf dem Weg zur Emanzipation der Region von Washington zu sein; er werde von den Vereinigten Staaten als Instrument eingesetzt, um die Rückkehr Honduras' zur Demokratie zu verhindern.

²⁵⁴ Vgl. Carter Center (2009).

²⁵⁵ Vgl. Buxton (2011), S. 36.

²⁵⁶ Vgl. Telegraph (2009b); BBC News (2009d); Sheridan (2009).

Zwar hatten sich wie erwähnt die wichtigsten internationalen Beobachter nicht an einer Überprüfung der Wahlen beteiligt, doch behauptete die landeseigene Oberste Wahlkommission (TSE) noch am Wahltag eine Beteiligungsrate von über 60%, worauf mehrere Länder als Rechtfertigung für ihre Anerkennung verwiesen. Jedoch übermittelte noch am selben Tag eine mit US-Unterstützung operierende, zivilgesellschaftliche Gruppierung in Honduras namens Hagamos Democracia einen Bericht an TSE, demzufolge die Wahlbeteiligung mit fast hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit wesentlich niedriger gelegen hatte: bei lediglich 48,7%. TSE hat daraufhin seine eigenen offiziellen Schätzungen mit 49% angegeben, sprach jedoch auf späteren Pressekonferenz von einem Wert von lediglich 34%, dem niedrigsten in der honduranischen Geschichte; Lobos Wahlsieg von 54% entspräche demzufolge lediglich 19% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter. Darüber hinaus berichtete ein anonym, hochrangiger Mitarbeiter von TSE einer Gruppe prominenter Journalisten, dass der Präsident der Wahlkommission den Wert von über 60% schlicht erfunden hätte. Das State Department verwendete diese Zahl in seinen Stellungnahmen jedoch weiterhin als Beweis für die Legitimität der Wahlen. Ian Kelly etwa beglückwünschte das honduranische Volk zu einer noch höheren Wahlbeteiligung als beim letzten Termin vier Jahre zuvor – was angesichts mehrerer Umstände, wie etwa Zelayas Boykottaufruf, zumindest sehr überraschend gewesen wäre. Zudem berichteten unter anderem Amnesty International und Human Rights Watch von zahlreichen schwerwiegenden Menschenrechtsvergehen von Seiten der Behörden, vor, während und nach der Wahl, darunter Gewaltmaßnahmen gegen Demonstranten und Inhaftierte, sowie politisch motivierte Tötungen. Das Washingtoner Center for International Policy kam in seinen Beobachtungen zu einem ähnlichen Schluss und bezeichnete die Wahlen dementsprechend als „not free, fair or peaceful“. Das State Department hingegen erkannte den Wahlsieg Porfirio Lobos bereits an, bevor die Wahllokale geschlossen hatten, wenn auch zu einem Zeitpunkt, als das Ergebnis bereits eindeutig war.²⁵⁷

Am ersten März begab sich Hillary Clinton auf eine fünftägige diplomatische Rundreise durch Lateinamerika. Während ihres ursprünglich nicht geplanten Aufenthaltes in Argentinien, der nur zufällig wegen eines Erdbebens in Chile in letzter Minute zustande gekommen war, äußerte sie sich unter anderem über Honduras, das von ihr nicht besucht wurde, wobei sie Verlauf und Bewältigung der Krise, wie erwähnt, als gewaltfrei lobte, und kurz darauf kündigte, jene Hilfszahlungen an Honduras, die zuvor eingestellt worden

²⁵⁷ Vgl. Council on Hemispheric Affairs (2009); MercoPress (2009e); Reuters (2009e); Frank (2013).

waren, wieder fortzusetzen. Während ihres Besuchs in Costa Rica bestätigte sie ihre Auffassung, dass die neue Regierung von Porfirio Lobo, dessen Amtszeit mit 27 Jänner begonnen hatte, demokratisch legitimiert sei, und lobte die von ihm gesetzten Schritte, um die seit dem Putsch vom Vorjahr vorhandene Spaltung der honduranischen Bevölkerung zu überwinden. Zudem forderte sie die Länder der Region dazu auf, die neue Regierung anzuerkennen, und wieder in die OAS aufzunehmen. Der brasilianische Außenminister Amorim warnte hingegen vor einer Wiederaufnahme des Landes in regionale Institutionen, ohne eine Rückkehr des einmal mehr vertriebenen Ex-Präsidenten Zelaya, der sich zu diesem Zeitpunkt in der Dominikanischen Republik aufhielt. Clinton forderte in diesem Zusammenhang eine Stärkung der OAS, um im Sinne der demokratischen Werte ihrer Mitgliedstaaten potentielle politische Krisen künftig abwenden zu können.²⁵⁸

Die US-Regierung, und vor allem Hillary Clinton, setzten zudem ihre Anstrengungen fort, um die Länder der Region dazu zu bewegen, Honduras wieder in die OAS aufzunehmen. In einer Rede vor der Generalversammlung der Organisation in Lima, Anfang Juni, die auch den Auftakt für eine weitere, siebte Rundreise durch Lateinamerika bildete, lobte sie den neuen honduranischen Präsidenten und dessen engagierten Einsatz für Demokratie und Ordnung im Sinne der Verfassung. Sie bezeichnete die Wahlen vom 30 November als frei und fair, und wies auf Lobos Etablierung einer Wahrheitskommission hin, welche die Hintergründe des Putsches untersuchen sollte. Antonio de Aguiar Patriota, der stellvertretende Außenminister Brasiliens hielt dagegen, dass eine Wiederaufnahme an die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Maßstäbe gebunden sein müsse, zudem sei es „essentiell“, dass Zelaya sich wieder ungehindert am politischen Leben des Landes beteiligen könne.²⁵⁹ Clinton wurde für ihre Bemühungen etwa vom Center for Constitutional Rights kritisiert, dass sich am 26 Juli in einem Brief an die Außenministerin wandte, und ihr vorwarf, die Menschenrechtsverletzungen der neuen Regierung zu verharmlosen, um dadurch einer Wiederaufnahme zuzuarbeiten. In dem Brief wird unter anderem die Organisation Reporters Without Borders zitiert, die Honduras als das für Journalisten gefährlichste Land der Welt bezeichnet, und zusammen mit zwei weiteren NGOs auf eine drastische Verschärfung der Gewaltmaßnahmen seit dem Amtsantritt Lobos hingewiesen hatte, vor allem auf den Mord an acht Journalisten in diesem sechsmonatigen Zeitraum.²⁶⁰

²⁵⁸ Vgl. Council on Hemispheric Affairs (2010a).

²⁵⁹ Vgl. BBC News (2010a).

²⁶⁰ Vgl. Center for Constitutional Rights (2010).

Wie isoliert Honduras auch unter der neuen Lobo-Regierung blieb, zeigte sich etwa im Vorfeld des sechsten EU-Lateinamerika-Gipfels, der im Mai 2010 in Madrid stattfand. Einige UNASUR-Staaten, darunter Brasilien, Venezuela, Ecuador und Bolivien, sowie Mexiko hatten verlautbaren lassen, dass sie, sollte Porfirio Lobo eingeladen werden, nicht an dem Gipfel teilnehmen würden, woraufhin sich die spanische Regierung entschloss, ihn auszuschließen. Von Seiten der europäischen Länder gab es jedoch auch Zeichen der Anerkennung: So hatten zwar sämtliche Mitgliedsländer der EU nach dem Putsch gegen Zelaya ihre Botschafter abgezogen, diese jedoch nach dem Amtsantritt Lobos wieder eingesetzt.²⁶¹

Zelayas zweite und endgültige Rückkehr kam erst ein Jahr später, im Mai 2011 zustande. Diesmal wurde, ohne jede Beteiligung von Seiten der USA, unter Vermittlung der Regierungen Kolumbiens und Venezuelas, ein Abkommen formuliert, das am 22. Mai von Zelaya und Lobo im kolumbianischen Cartagena unterzeichnet wurde. Das Abkommen gestattete es Zelaya und seinen ehemaligen Ministern nach Honduras zurückzukehren, und dort wieder ohne Angst vor Verfolgung politisch aktiv zu werden. Ferner wurde ihnen erlaubt, ein Referendum über die Verfassung zu initiieren und umzusetzen, solange dies im Rahmen der geltenden Gesetze geschieht. Insulza, der Generalsekretär der OAS, reagierte auf das Abkommen mit der Feststellung, dass Honduras nun mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder als reguläres Mitglied in die Organisation aufgenommen werden würde. Am ersten Juni wurde dies umgesetzt.²⁶²

Auch Obama setzte sich persönlich für eine Legitimierung Honduras' unter Präsident Lobo ein: Als er diesen am fünften Oktober 2011 im Weißen Haus empfing – eine Ehre die Zelaya im Übrigen nach seiner Entmachtung kein einziges Mal erwiesen wurde – gestand er zwar ein, dass den Regierungen des Landes noch viel Arbeit bevorstehen würde, doch lobte auch er Lobos engagierten Einsatz für die Demokratie, und konstatierte vor der Presse: “What we've been seeing is a restoration of democratic practices and a commitment to reconciliation that gives us great hope.”²⁶³²⁶⁴ Menschenrechtsorganisationen und diverse US-Kongressmitglieder zeichneten auch weiterhin ein anderes Bild von der Situation in Honduras, und stellten diese zum Teil als schlimmer dar, als während der Monate unmittelbar nach dem Putsch. So berichtete COFADEH, die führende unabhängige

²⁶¹ Vgl. MercoPress (2010).

²⁶² Vgl. The Economist (2011); Reuters (2011b).

²⁶³ Zit. nach: Reuters (2011c).

²⁶⁴ Vgl. Reuters (2011c).

Menschenrechtsorganisation in Honduras, von über 36 politisch motivierten Ermordungen und über 300 verdächtigen Morden an Mitgliedern der Opposition, die völlig ungeahndet geblieben seien. Zudem befänden sich die Streitkräfte immer noch in der Hand jener Offiziere, welche im Juni 2009 den Putsch angeführt hätten. Die US-Regierung wurde an diese Zustände regelmäßig durch Briefe aus dem Kongress erinnert, die in immer kürzeren Abständen zugestellt wurden. Auf einen Brief von 30 Unterzeichnern im Oktober 2010, folgte, unterzeichnet von 87 Repräsentanten, am 31 Mai 2011 ein ähnlich lautendes Schreiben, in dem die Einstellung der militärischen und polizeilichen Unterstützungsleistungen der USA an Honduras gefordert wurde.²⁶⁵ Doch die US-Regierung setzte ihre Unterstützung fort, und weitete sie sogar aus; zudem wurden die US-amerikanischen Militärbasen in Honduras ausgebaut. Andererseits begann man Ende 2011 den um die Situation in Honduras besorgten Kongressabgeordneten Zugeständnisse zu machen; so setzte Senator Patrick J. Leahy durch, dass ein kleiner Teil der Gelder, die im Fiskaljahr 2012 für Polizei und Militär in Honduras vorgesehen waren, an gewisse Bedingungen geknüpft wurden. Leahy ist Namensgeber für das sogenannte „Leahy-Law“ von 1997, das der US-Regierung jede Unterstützung für ausländische Militäreinheiten verbietet, die straffrei schwere Menschenrechtsvergehen begangen haben. In den folgenden Jahren wurde vermehrt argumentiert, dass die Hilfsleistungen der USA an Honduras gegen das Leahy-Gesetz verstoßen, und somit illegal seien. Die Vorwürfe konzentrierten sich dabei ab Anfang 2013 auf Juan Carlos Bonilla, der im Mai 2012 zum nationalen Polizeichef ernannt worden war. Bonilla war 2002 vorgeworfen worden, an drei außergerichtlichen Tötungen, und dem Tod oder Verschwinden von elf weiteren Personen beteiligt gewesen zu sein. Das State Department versicherte daraufhin dem Kongress, die von den USA zur Verfügung gestellten Gelder würden nur an speziell ausgebildete und geprüfte Einheiten gehen, die nicht dem direkten Kommando des Polizeichefs unterstehen. Doch hochrangige Mitglieder der honduranischen Regierung und namhafte honduranische Juristen wandten dagegen ein, dass das Gesetz in Honduras es keiner Einheit der Polizei gestattet, außerhalb der Befehlsgewalt des Polizeichefs zu operieren.²⁶⁶

²⁶⁵ Vgl. Frank (2011).

²⁶⁶ Vgl. Arce/Corcoran (2013); Frank (2012).

7.4. Die honduranischen Wahlen von 2013

Im weiteren Verlauf begannen sich die, allem Anschein nach politisch motivierten Gewaltverbrechen zunehmend gegen die 2011 gegründete sozialdemokratische LIBRE-Partei zu richten, deren Präsidentschaftskandidatin für das Wahljahr 2013, Xiamara Castro de Zelaya, die Frau des gestürzten Präsidenten war. Der Kandidat der Partei für das Amt des Bürgermeisters der Stadt Yoro, Edgardo Adalid Motiño Flores, wurde nach einer Kundgebung im November 2012 vor der Parteizentrale von Unbekannten erschossen.²⁶⁷ Angesichts der für den 24 November 2013 angesetzten Präsidentschaftswahlen versuchten US-amerikanische Kongressmitglieder die Regierung in zahlreichen Briefen auf die von ihnen als inakzeptabel empfundene Situation in Honduras aufmerksam zu machen. In einem Brief vom 18 Juni forderten 21 Senatoren den neuen Außenminister John Kerry dazu auf, sich angesichts von Berichten über durch staatliche Akteure verübte straffreie Gewaltakte, für freie und faire Wahlen einzusetzen. Die Unterzeichner ziehen auch in Zweifel, ob die Bestätigung durch das State Department, die honduranische Regierung habe im Vorjahr in Übereinstimmung mit dem Consolidated Appropriations Act agiert, nachvollziehbar sei. Das Gesetz von 2012 verpflichtet das State Department Untersuchungen darüber anzustellen, ob die honduranische Regierung grundlegende Bürgerrechte respektiert, und ob Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär entsprechende strafrechtliche Verfolgungen nach sich ziehen.²⁶⁸ Am 15 Oktober warnten drei demokratische Repräsentanten davor, dass die Voraussetzungen für freie und gerechte Wahlen kaum gegeben seien. Bemängelt werden in dem Schreiben die Reaktion der US-Botschaft in Honduras, die bezüglich der Militarisierung der Polizei keine hinreichende Kritik geäußert hätte, sowie das Ausbleiben einer nachdrücklichen Verurteilung der gegen die Opposition gerichteten Gewaltmaßnahmen von Seiten des State Department. So seien laut COFADEH seit Juni 2012 mindestens 16 Aktivisten und Kandidaten der LIBRE-Partei ermordet worden; Verbrechen die keinerlei entsprechende Untersuchungen und strafrechtliche Verfolgungen nach sich gezogen hätten.²⁶⁹ Laut einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Rights Action vom 21 Oktober 2013, waren LIBRE-Mitglieder und deren Angehörige häufiger ermordet worden, als sämtliche übrigen Parteien zusammen genommen; besonders auffällig sei ein solcher Vergleich anhand körperlicher Angriffe, wobei das Verhältnis von LIBRE zu den übrigen Parteien 15 zu 9 betrage. Jedoch sei schwer sei zu beurteilen, ob es sich dabei um politisch

²⁶⁷ Vgl. Center for Constitutional Rights (2013).

²⁶⁸ Vgl. Cardin (2013).

²⁶⁹ Vgl. Grijalva (2013).

motivierte Verbrechen handelt, da von Seiten der Justizbehörden keine Ermittlungen durchgeführt worden seien.²⁷⁰ Dieses Muster setzte sich bis zur Wahl selbst fort: An jenem Wochenende wurden zwei LIBRE-Mitarbeiter ermordet; bei einem Angriff in der Nähe eines Wahllokales wurden zwei weitere Personen getötet, und drei verletzt.²⁷¹

Das offizielle Wahlergebnis, ein deutlicher Sieg der regierenden Nationalpartei, war zwar weniger umstritten als jenes von 2009, doch gab es eine Reihe von Berichten über Unregelmäßigkeiten, die unter anderem in den Tagen darauf zu Demonstrationen mehrerer tausend Menschen führten. Unter den internationalen Wahlbeobachtern herrschte, auch intern, Uneinigkeit über den Legitimitätsgrad der Wahlen. Die EU, die OAS und das Carter Center bezeichneten den Vorgang als transparent, doch hatten einige ihrer eigenen Mitarbeiter über Regelverstöße berichtet, wie etwa das Aufscheinen verstorbener Personen auf Wahllisten. Die Beobachtermission der EU (EU-EOM) erwähnte in ihrem Bericht vom 26 November diverse Unregelmäßigkeiten, attestierte den Verantwortlichen jedoch Transparenz sowie allgemein Respekt für den Willen der Wählerschaft. Laut Leo Gabriel, einem österreichischen Mitglied der Mission, hatte jedoch eine große Mehrheit der Mission dem Bericht zuvor vehement widersprochen. Er selbst berichtete von Stimmenkauf und einem intransparenten Auszählungsprozess, ferner „[gab es] Leute die nicht wählen konnten, weil sie als tot aufgelistet waren, und es gab tote Leute die wählten.“²⁷²; Gabriel begründete den Inhalt des offiziellen Berichtes mit wirtschaftlichen Interessen. Unter den diversen übrigen Beobachterdelegationen, welche die Glaubwürdigkeit der Wahlergebnisse anzweifelte, befand sich etwa die US-amerikanische National Lawyers Guild, die zudem „a pervasive climate of fear and intimidation surrounding opposition members and observers“²⁷³ konstatierte.²⁷⁴ Die Obama-Administration gratulierte dem offiziellen Wahlsieger Juan Orlando Hernandez, und lobte die honduranische Regierung für einen transparenten und friedlichen Wahlvorgang, der den Willen der Bevölkerung respektiert hätte. Über die zahlreichen gewalttätigen Übergriffe auf Oppositionelle und sonstige Personen im Vorfeld sowie während der Wahlen wurde dabei hinweggesehen.²⁷⁵ Tatsächlich schien Hernandez der Wunschkandidat der US-Regierung gewesen zu sein, in einer Depesche des State Department von 2010 heißt es über den ehemaligen Präsidenten des honduranischen Kongresses:

²⁷⁰ Vgl. Rights Action (2013).

²⁷¹ Vgl. National Lawyers Guild (2013b).

²⁷² Zit. nach: Weisbrot (2013). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²⁷³ Zit. nach: O'Connor (2013). [Übersetzung durch den Verfasser.]

²⁷⁴ Vgl. Weisbrot (2013); O'Connor (2013).

²⁷⁵ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2013).

„[Hernandez] has consistently supported U.S. interests.“²⁷⁶ In den Wochen nach der Wahl und auch nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten am 25 Januar 2014 wurde das Niveau an straffrei begangener Gewalt beibehalten, worauf auch der US-Kongress die Regierung weiterhin aufmerksam zu machen versuchte. In einem von 108 Kongressabgeordneten unterzeichneten Brief an John Kerry vom 28 Mai erwähnen die Verfasser weitere sechs in Zusammenhang mit LIBRE stehende Personen, die in den Wochen nach der Wahl ermordet worden waren.²⁷⁷

7.5. Die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Ecuador

Im Februar 2009 wurden innerhalb einer Woche zwei US-amerikanische Diplomaten durch die ecuadorianische Regierung des Landes verwiesen. Zuerst wurde die Ausreise des Attache Armando Astorga angeordnet, da dieser versucht habe, der ecuadorianischen Polizei die Ernennung eines bestimmten Befehlshabers vorzuschreiben, wovon er die Auszahlung von US-amerikanischen Hilfgeldern in Höhe von 34 000 US-Dollar abhängig machte. In der Woche darauf wurde Mark Sullivan, oberster Sekretär an der US-Botschaft in Quito, aufgetragen, binnen 48 Stunden das Land zu verlassen. Auch ihm wurde vorgeworfen, sich in die Postenbesetzung im Rahmen eines von den USA finanzierten Antidrogenprogramms eingemischt zu haben. Das State Department bezeichnete die Schritte als ungerechtfertigt, äußerte jedoch den Wunsch, die Zusammenarbeit mit Ecuador zum Zwecke der Bekämpfung des Drogenhandels fortsetzen zu können.²⁷⁸ Am fünften April 2011 gab die ecuadorianische Regierung ihren Entschluss bekannt, die Botschafterin der Vereinigten Staaten, Heather Hodges, des Landes zu verweisen. Als Grund wurde der Inhalt einer Depesche angegeben, die einen Tag zuvor an die Öffentlichkeit gelangt war, und in der Hodges von polizeilicher Korruption auf höchster Ebene sprach, und dabei auch die Möglichkeit einer Mitwisserschaft von Präsident Rafael Correa in den Raum stellte. Dieser habe laut mehreren ungenannten Beobachtern wissentlich einen korrupten Polizeichef ernannt, da dieser leicht manipulierbar gewesen sei. Laut Außenminister Ricardo Patino ergab sich aus den Inhalten der Depesche auch der Verdacht, die USA hätten die ecuadorianische Polizei infiltriert, und seien so an geheime Informationen gelangt. Hodges war damit die zweite US-Botschafterin in Lateinamerika, die ihren Posten aufgrund durch Wikileaks veröffentlichter Depeschen verlor, nachdem im März des selben Jahres bereits der

²⁷⁶ Zit. nach: Frank (2013).

²⁷⁷ Vgl. Frank (2013).

²⁷⁸ Vgl. BBC News (2009a); Telegraph (2009a).

Botschafter für Mexiko, dessen zuvor publik gemachten Bemängelungen der mexikanischen Antidrogenpolitik für einigen Unmut gesorgt hatten, seinen Rücktritt eingereicht hatte. Patino zufolge galt Hodges fortan als *Persona non grata*, und musste das Land so schnell wie möglich verlassen, was jedoch keinem Abbruch der Beziehungen zu den USA gleichkomme, die davon wie er hoffe, nicht beeinträchtigt würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten verurteile den Schritt.²⁷⁹

Zweite Tage später, am siebten April, informierte Assistant Secretary of State Arturo Valenzuela den ecuadorianischen Botschafter in Washington, Luis Gallegos darüber, dass er soeben zur *Persona non grata* erklärt worden sei, und das Land schnellstmöglich zu verlassen habe. Laut Mark Toner, einem Sprecher des State Departments, handelte es sich dabei um eine Reaktion auf die Ausweisung Hodges', welche der Administration keine andere Wahl gelassen habe. Die USA gingen jedoch noch einen Schritt weiter, indem sie hochrangige Gespräche zwischen den beiden Ländern, die für Juni geplant gewesen waren, absagten. Die USA hatten damit in drei lateinamerikanischen Ländern, Ecuador, Bolivien und Venezuela, keinen Botschafter mehr.²⁸⁰

Zwar tauschten die beiden Länder im Jahr 2013 wieder Botschafter aus, doch erreichte ihr Verhältnis in diesem Jahr einen weiteren Tiefpunkt, nachdem Correa im Juni offiziell in Betracht zog, dem Asylgesuch des von den US-amerikanischen Behörden gesuchten „Whistleblower“ Edward J. Snowden stattzugeben. Dies veranlasste mehrere Kongressmitglieder, der ecuadorianischen Regierung damit zu drohen, die im Juli fällige Erneuerung der Handelspräferenzen für Ecuador zu blockieren, sollte Snowden in Ecuador Asyl finden. Obwohl ein Aufenthalt Snowdens in Ecuador immer unwahrscheinlicher wurde, kam die Correa-Regierung den Abgeordneten zuvor, indem sie ihren Verzicht auf die Handelspräferenzen, die Ecuador seit 1991 zollfreien Export vieler seiner Güter in die USA gewährten, erklärte. Dieser Schritt erfolgte einen Tag, nachdem Robert Menendez, demokratischer Senator und Vorsitzender des Senate Committee on Foreign Relations bekannt gegeben hatte, er werde im Falle einer Aufnahme Snowdens, Bemühungen um eine Blockade der Erneuerung sowohl des Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act (ATPDEA), als auch des Generalized System of Preferences (GSP) anführen, denn, so Menendez: „Our government will not reward countries for bad behavior“²⁸¹. Ecuador hatte zuvor versucht, einige Güter aus dem ATPDEA, dem GSP beizufügen. Nach Ecuadors Verzichtserklärung bezüglich der Präferenzen unter dem ATPDEA gab die Obama-

²⁷⁹ Vgl. Reuters (2011a); BBC News (2011a); Romero (2011).

²⁸⁰ Vgl. BBC News (2011b); Mapstone (2011); Lakshmanan/Gill (2011).

²⁸¹ Zit. nach: Gill (2013).

Administration jedoch bekannt, ihre Entscheidung in dieser Frage aufzuschieben. Correas Regierung begründete ihren Schritt damit, man wolle sich von den USA nicht erpressen lassen. Zudem machte man das Angebot, den Vereinigten Staaten einen zusätzlich zu den Handelspräferenzen entgangenen Betrag von jährlich etwa 23 Millionen US-Dollar zur Finanzierung von menschenrechtlichen Schulungen zur Verfügung zu stellen. Da Ecuador das letzte noch verbliebene Land unter dem ATPDEA war, lief das Programm somit am 31 Juli aus. Von den übrigen drei Andenstaaten waren Kolumbien und Peru zuvor Freihandelsabkommen mit den USA eingegangen; Bolivien war im Jahr 2008 ausgeschlossen worden.²⁸²

7.6. Die USA und der demokratische Prozess in Haiti

Die haitianischen Präsidentschaftswahlen vom 28 November 2010, sowie der am selben Tag abgehaltene erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, waren bereits im Vorfeld äußerst umstritten, da 14 Parteien darunter die mit Abstand populärste politische Partei des Landes, die von Aristide gegründete Fanmi Lavalas, davon ausgeschlossen worden waren. Die Wahlkommission hatte in letzter Minute die Bedingung gestellt, der im Exil befindliche Vorsitzende Aristide müsse die Kandidatenliste persönlich unterschreiben.²⁸³ 45 US-amerikanische Kongressabgeordnete forderten Hillary Clinton dazu auf, die Wahlen nicht mit Hilfszahlungen zu unterstützen, da diese den grundsätzlichen demokratischen Anforderungen nicht entsprechen könnten, und warnten vor potentiell gefährlichen Aufständen gegen den Ausschluss der größten Partei des Landes, beziehungsweise gegen eine für nicht demokratisch ermächtigt erachtete Regierung.²⁸⁴ Da viele Haitianer die Wahlen für illegitim hielten, lag die Wahlbeteiligung im November bei lediglich 22,9%, und somit niedriger als bei sämtlichen Präsidentschaftswahlen der letzten 60 Jahre in Haiti und ganz Lateinamerika.²⁸⁵ Für die beiden Präsidentschaftskandidaten Mirlande Manigat und Michel Martelly ergab sich dadurch ein gemeinsamer Anteil von nur 10% der wahlberechtigten Bevölkerung.²⁸⁶ Zudem wurde den Behörden von vielen Seiten massiver Wahlbetrug vorgeworfen. 12 der 18 Präsidentschaftskandidaten forderten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, die Wahlen

²⁸² Vgl. Carroll (2013); Neuman/Landler (2013); Gill (2013); Reuters (2013); Handelsministerium der Vereinigten Staaten.

²⁸³ Vgl. Hallward (2010), S. 440 – 441, Fußnote 112.

²⁸⁴ Vgl. Waters (2010).

²⁸⁵ Vgl. Weisbrot (2011b).

²⁸⁶ Vgl. Weisbrot (2011a).

sollten für ungültig abgesagt werden, da zahlreiche Berichte darüber vorliegen würden, dass Wahllokale nicht geöffnet worden, und Wahlurnen im Voraus mit Stimmzetteln gefüllt worden seien.²⁸⁷ Die OAS stellte in einem Pressebericht zwar fest, dass es zu einer Reihe von Unregelmäßigkeiten gekommen war, unter anderem hätten Wähler ihre Namen nicht im Wahlregister gefunden, und Wahlarbeiter hätten Einzelpersonen die mehrmalige Stimmabgabe ermöglicht, erklärte in ihrer Schlussfolgerung jedoch: „[...] the Joint Mission does not believe that these irregularities, serious as they were, necessarily invalidated the process.“²⁸⁸ Am 7 Dezember veröffentlichte die Wahlkommission vorläufige Ergebnisse, denen zufolge die ehemalige First Lady Mirlande Manigat an erster, die Kandidatin der Regierungspartei Jude Celestin an zweiter, und der Popsänger Michel Martelly an dritter Stelle lagen. Die Ergebnisse waren, wie die Wahlen an sich, höchst umstritten. Die US-amerikanische Botschaft äußerte ihre Sorge angesichts der Tatsache, dass der offizielle Wahlausgang nicht mit den von haitianischen und internationalen Wahlbeobachtern veröffentlichten Zahlen übereinstimme;²⁸⁹ es folgten dreitägige gewaltsame Proteste. Nach Verhandlungen zwischen der OAS und der haitianischen Regierung schickte die Organisation am 30 Dezember schließlich ein Team von zehn Wahlexperten nach Haiti, um das Wahlergebnis auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Die Gesandtschaft kam in ihrem Bericht, der am 13 Jänner 2011 an Präsident Preval vorgelegt wurde, zu dem Schluss, dass laut der von ihr durchgeführten statistischen Analyse Martelly mehr Stimmen als Celestin erhalten habe, und fügte hinzu, dass es sich zwar in vielerlei Hinsicht um einen problematischen Wahlgang gehandelt habe, dass eine Wiederholung der Wahl jedoch nicht durchgeführt werden sollte, und auch eine vollständige Neuauszählung der Stimmen nicht notwendig sei. Diese Untersuchungsergebnisse waren vor allem bedeutsam, weil laut der haitianischen Verfassung nur zwei Kandidaten für einen zweiten Wahlgang zugelassen werden können, und Prevals Wunschkandidat Celestin somit ausscheiden musste, sollte man dem Bericht entsprechend vorgehen. Nachdem der Präsident Zweifel an der dem Bericht zugrundeliegenden Methodologie äußerte, begannen die Vereinigten Staaten und andere Akteure, diesen unter Druck zu setzen, um eine Umsetzung der Empfehlungen der OAS zu erwirken. Das State Department erklärte zu diesem Zweck die Einreisebewilligungen mehrerer höherer Beamter für ungültig, und drohte damit, die Hilfeleistungen der USA an Haiti zu überdenken, sollte die Regierung Preval den Bericht ignorieren. Hillary Clinton flog am 30 Jänner nach Haiti und teilte der Regierung mit, dass man die Hilfe nicht einstellen werde, drängte den Präsidenten jedoch, die Empfehlungen umzusetzen. Preval übermittelte den Bericht schließlich an die Wahlkommission, welche am 3 Februar bekanntgab, dass Manigat und Martelly den zweiten Wahlgang bestreiten

²⁸⁷ Vgl. BBC News (2010c).

²⁸⁸ Zit. nach: Offizielle Homepage der OAS (2010).

²⁸⁹ Vgl. Botschaft der Vereinigten Staaten in El Salvador (2009).

würden. Allerdings war diese Entscheidung nicht gesetzeskonform zustande gekommen, da nur vier der acht Kommissionsmitglieder zugestimmt hatten, anstatt wie vorgeschrieben fünf oder mehr. Die Vereinigten Staaten hatten zusammen mit der OAS de facto das Ergebnis des ersten Wahlgangs bestimmt.²⁹⁰

Eine Rückkehr Aristides aus dem Exil in Südafrika vor dem Wahltermin am 20 März 2011, wurde von der US-Regierung und von Obama selbst vehement abgelehnt. Laut Tommy Vietor, einem Sprecher des US National Security Council, befürchteten die USA und andere Länder, dass ein solcher Schritt Aristides kurz vor den Wahlen destabilisierende Auswirkungen haben könnte. Zwar würde man Aristides Recht auf Heimkehr anerkennen, so Mark Toner, Sprecher des State Departments, jedoch könne man dessen Bestreben, ausgerechnet in dieser Woche nach Haiti einzureisen, nur als den Versuch interpretieren, die Wahlen zu beeinflussen. Obama habe diese Auffassung auch dem südafrikanischen Präsidenten, Jacob Zuma, in einem Telefongespräch darzulegen versucht. Laut Aristides Anwalt Ira Kurzban, befürchtete dieser, dass ihm nach dem Regierungswechsel die Einreise verweigert werden würde. Beide Präsidentschaftskandidaten waren rechtsgerichtet, und seit langer Zeit Gegner Aristides. Die Vereinigten Staaten hätten Südafrika jedoch bis zum letzten Moment unter Druck gesetzt, um Aristides Flug zu verzögern, so Kurzban. Collins Chabane, ein Minister der südafrikanischen Regierung, erklärte jedoch öffentlich, Aristide habe seinen Diplomatenpass von der haitianischen Regierung erhalten, und die Behörden Südafrikas seien nicht dazu ermächtigt, ihn im Land festzuhalten.²⁹¹

7.7. Lateinamerika und das neue US-kolumbianische Abkommen über die Nutzung kolumbianischer Militärbasen

Im 12 Juli 2009 verkündete der kolumbianische Präsident Álvaro Uribe, dass die Verhandlungen über ein Abkommen, welches US-amerikanischem Militärpersonal über eine Dauer von zehn Jahren vermehrt Zugang zu sieben Militärbasen in Kolumbien gewähren würde, kurz vor dem Abschluss stünden. Die USA würden dadurch in die Lage versetzt, effektiver gegen den regionalen Drogenhandel und terroristische Aktivitäten vorzugehen. Die Aussicht auf eine stärkere militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Südamerika, wenn auch nicht durch zusätzliche eigene Basen,

²⁹⁰ Vgl. Taft-Morales (2011), S. 5 – 6; Ives (2011b); Katz (2015).

²⁹¹ Vgl. Doucet (2011); Weisbrot (2011c), S. 7.

löste bei vielen Regierungen Lateinamerikas große Besorgnis aus und stieß zum Teil auf scharfe Ablehnung. Die Regierungen der ALBA-Staaten Venezuela, Ecuador, Bolivien und Nicaragua warfen den USA vor, das Abkommen nutzen zu wollen um Nachbarländer Kolumbiens anzugreifen, und auch Lula da Silva, der das regionale Machtgleichgewicht gefährdet sah, und die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet äußerten sich ablehnend. Evo Morales bezeichnete Uribe gar als loyalen Vertreter der US-Regierung, welche mithilfe der Militärbasen einen regionalen Krieg provozieren wolle. Sorgen dieser Art wurden durch ein an die Öffentlichkeit gelangtes Dokument, in welchem die US Air Force ihre Pläne für das Fiskaljahr 2010 darstellte, zusätzlich befeuert. Das Dokument erwähnt das Kooperationsabkommen mit Kolumbien und hebt dabei im Besonderen die strategische Bedeutung des Stützpunktes in Palanquero hervor; diese sei von besonderer Priorität „in a critical sub-region of our hemisphere where security and stability is under constant threat from [...] anti-US governments“.²⁹² Entgegen der Versicherung von Seiten der US-Regierung, man wolle die Basen nicht für Einsätze gegen Drittländer benutzen, eröffne sich durch Palanquero ferner die Gelegenheit, „full-spectrum operations throughout South America“²⁹³ durchzuführen.²⁹⁴ Am 28 August wurde das Thema auf einem UNASUR-Gipfel im argentinischen Bariloche eingehend besprochen, wobei sich nur der peruanische Präsident Alan Garcia positiv zu den Verhandlungen äußerte. Hugo Chávez zog den venezolanischen Botschafter aus Bogotá ab, und drohte darüber hinaus an, Importe aus Kolumbien einzufrieren, und kolumbianische Unternehmen zu verstaatlichen, was aufgrund der Tatsache, dass Venezuela der zweitgrößte Handelspartner Kolumbiens ist, eine signifikante wirtschaftliche Bedrohung für das Nachbarland darstellte.²⁹⁵ Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nahmen auch in dem restlichen Jahr von Uribes zu Ende gehender Amtszeit noch einigen Schaden: Am 22 Juli 2010, wenige Wochen vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Juan Manuel Santos rief die kolumbianische Delegation auf einem Sondertreffen der OAS diese dazu auf, gegen Mitglieder der Guerillagruppe FARC vorzugehen, die sich angeblich, unter dem Schutz der Chávez-Regierung, auf venezolanischem Gebiet aufhielten. Philip Crowley, ein Sprecher des State Departments, bezeichnete die vorgelegten Indizien als glaubwürdig.²⁹⁶ Die Regierung Venezuelas stritt dies ab und äußerte seinerseits den Vorwurf, es handle sich dabei lediglich um den Versuch, die von Santos angekündigten Bestrebungen hinsichtlich einer Normalisierung der Beziehungen der beiden Nachbarländer im Voraus zu sabotieren. Tatsächlich kündigte Chávez daraufhin an, der Amtseinführung Santos' fernzubleiben,

²⁹² Zit. nach: O'Shaughnessy (2009).

²⁹³ Zit.nach: O'Shaughnessy (2009).

²⁹⁴ Vgl. O'Shaughnessy (2009).

²⁹⁵ Vgl. MercoPress (2009b); Schweimler (2009); Planas (2009); Weisbrot (2010).

²⁹⁶ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2010).

und forderte diesen dazu auf, sich von den Vorwürfen der Uribe-Regierung zu distanzieren.²⁹⁷ Trotz all dem wurde im Monat darauf unter Vermittlung des damaligen UNASUR-Generalsekretär Néstor Kirchner eine Einigung zwischen Chávez und Santos erzielt. Nach einem dreistündigen Treffen der beiden Präsidenten, der Außenminister Nicolás Maduro und Marta Holguin und Kirchner wurde die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen angekündigt. Dem Treffen waren Verhandlungen vorangegangen, an denen auch der ecuadorianische Präsident Correa und Lula da Silva beteiligt gewesen waren.²⁹⁸ In der Woche darauf erklärte der kolumbianische Verfassungsgerichtshof das Kooperationsabkommen mit den USA für in seiner aktuellen Form verfassungswidrig, da es als internationaler Vertrag erst vom kolumbianischen Kongress bewilligt werden müsse.²⁹⁹ Santos, dessen Soziale Partei der Nationalen Einheit im Kongress über eine große Mehrheit verfügte, gab daraufhin im Oktober bekannt, dass er sich dem Urteil fügen würde, und lies den Kongress bis dato nicht darüber abstimmen. Das militärische Personal der Vereinigten Staaten wurde dadurch dazu gezwungen sich auf andere Basen innerhalb Kolumbiens zurückzuziehen, die bereits von früheren Verträgen gedeckt worden waren. Dieses Vorgehen kam einer scharfen Kehrtwende Santos' gleich, der in seiner ehemaligen Funktion als Verteidigungsminister unter Ex-Präsident Uribe ein starker Befürworter des Abkommens gewesen war, und es als hilfreiches Instrument im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus bezeichnet hatte. Nach dessen Aufgabe wurde allerdings sein erklärtes Ziel, den Konflikt mit Venezuela zu beenden ebenso erreichbar, wie die Entkräftung vormals geäußelter Sicherheitsbedenken, reagierte Chávez doch bereits im November 2010 mit der Auslieferung dreier Personen an Kolumbien, welchen die Zusammenarbeit mit den Guerillaorganisationen FARC und ELN vorgeworfen wurde. Im April 2011 erklärte Santos vor Journalisten seine Zufriedenheit mit der Kooperation von Seiten Chávez', der sein Versprechen, er werde sämtliche auf venezolanischem Gebiet befindlichen Lager der FARC beseitigen, eingehalten habe. Santos' Entscheidung, von einer sicherheitspolitischen Annäherung an die USA wieder abzuweichen, um stattdessen verstärkt regional zu kooperieren, war wohl auch ökonomisch motiviert: Vor dem Konflikt um das Abkommen mit den Vereinigten Staaten hatte das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern ein Niveau von jährlich rund 7 Milliarden US-Dollar erreicht, war aber nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf eine Milliarde abgesunken.³⁰⁰

Ein weiteres Anzeichen für einen Wandel der Beziehungen des traditionellen Verbündeten

²⁹⁷ Vgl. BBC News (2010b).

²⁹⁸ Vgl. Buenos Aires Herald (2010).

²⁹⁹ Vgl. Weisbrot (2011c), S. 4.

³⁰⁰ Vgl. Wilpert (2011); Council on Hemispheric Affairs (2010b); Guardian (2010).

Kolumbien zu den USA stellte das Vorgehen der kolumbianischen Behörden in Zusammenhang mit dem Drogenhändler Walid Makled dar, der im August 2010 in Kolumbien verhaftet worden war. Die Vereinigten Staaten sowie Venezuela stellten daraufhin Auslieferungsanträge, doch im April 2011 gab Präsident Santos bekannt, dass Makled an Venezuela ausgeliefert werden würde, wobei er den früheren Zeitpunkt der Anfrage, einen Auslieferungsvertrag mit Venezuela und die schwerer wiegenden Vorwürfe von Seiten der venezolanischen Behörden, die Makled im Gegensatz zu den USA nicht nur Drogenhandel sondern auch Mord vorwarfen, als Gründe angab. Makled, dem vorgeworfen wurde, zusammen mit der FARC monatlich über zehn Tonnen Kokain in die USA geschmuggelt zu haben, war von der US-Regierung im Mai 2009 als „significant foreign narcotics trafficker“ eingestuft worden. Die Entscheidung, ihn nach Venezuela auszuliefern kam zudem zu einem Zeitpunkt, an dem sich Obama und Santos in Verhandlungen über ein lange verzögertes Freihandelsabkommen befanden, womit Washington also noch ein zusätzliches Druckmittel in der Hand hatte. Die Auslieferung erfolgte Anfang Mai.³⁰¹

7.8. Die Beziehungen der USA zu Venezuela

Das US-venezolanische Verhältnis blieb wie erwähnt auch nach Obamas Amtsantritt angespannt. Dies wurde spätestens im Sommer 2010 offensichtlich, als ein neuer US-Botschafter für Venezuela ernannt werden musste. Larry Palmer, der von Obama für diesen Posten nominiert worden war, musste, um die Zustimmung des Senats zu erhalten, im Juli vor diesem aussagen, und sich den Fragen der Senatoren stellen. Im Rahmen dieses Bewilligungsprozesses äußerte Palmer seine Einschätzung, dass innerhalb der venezolanischen Armee äußerst schlechte Moral vorherrsche, was vor allem auf politisch motivierte Ernennungen zurückzuführen sei und, dass Verbindungen zwischen der venezolanischen Regierung und kolumbianischen Guerillas bestünden, die zudem in Venezuela Zuflucht finden würden. Am achten August machte Hugo Chávez seine zuvor geäußerte Drohung wahr, und lehnte Palmer als Botschafter in Venezuela ab, da dieser Venezuela nicht hinreichend respektiere. Obama nominierte keinen neuen Kandidaten, und kündigte Ende Dezember die Einreiseerlaubnis des venezolanischen Botschafters für die Vereinigten Staaten, Bernardo Alvarez Herrera, was offiziell mit der Ablehnung Palmers begründet wurde. Die beiden Länder verfügen bis dato über keine Botschafter im jeweils anderen Land.³⁰²

³⁰¹ Vgl. Carroll (2011); El Universal (2011); Molinski (2011).

³⁰² Vgl. Toothaker (2010); BBC News (2010d).

Die zunehmende Isolation der USA durch die politische Neuausrichtung Lateinamerikas wird vor allem im Zusammenhang mit ihrer Position zu innenpolitischen Vorgängen in Venezuela deutlich, im Besonderen der venezolanischen Präsidentschaftswahl vom 14 April 2013, die nach dem Tod Hugo Chávez' vor dessen Vereidigung als wiedergewählter Präsident, erforderlich geworden waren. Der vormalige Vizepräsident und Außenminister Nicolás Maduro errang gegen seinen Herausforderer Henrique Capriles Radonski einen knappen Sieg mit nur 1,5 Prozentpunkten Vorsprung. Capriles weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen, und forderte, zusätzlich zu der obligatorischen Prüfung von 54% der Stimmen, zunächst eine Neuauszählung der übrigen 46%, um kurz darauf eine hundertprozentige Neuauszählung zu verlangen. Jay Carney, ein Sprecher des Weißen Hauses, unterstützte daraufhin diese Forderung, und bezeichnete diese, angesichts des knappen Wahlergebnisses, als eine wichtige und notwendige Maßnahme, um das Vertrauen der venezolanischen Bevölkerung zu gewinnen; Maduro zum Wahlsieger zu ernennen wäre unter diesen Umständen voreilig. Auch John Kerry äußerte wiederholt seinen Unwillen, das Wahlergebnis ohne weitere Prüfung anzuerkennen. Die USA befanden sich damit im Widerstreit mit sämtlichen Regierungen der Region; so hatten etwa Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien den Wahlsieg Maduros sofort anerkannt, der Rest Lateinamerikas folgte innerhalb weniger Tage. Angesichts der Sicherheit des venezolanischen Wahlsystems, in dem jede Stimme sowohl elektronisch als auch als Stimmzettel abgegeben wird, ist ein solcher Mangel an Zweifel nicht überraschend; der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter meinte dazu in Rahmen einer Tagung des von ihm gegründeten Carter Centers: „As a matter of fact, of the 92 elections that we've monitored, I would say the election process in Venezuela is the best in the world.“³⁰³ Die US-amerikanische National Lawyers Guild attestierte dem venezolanischen Wahlsystem eine weltweit einzigartige Betrugssicherheit, was auch auf durch die verpflichtende Wahlbeobachtung durch Oppositions- und Regierungsmitglieder, zufällig ausgewählte Bürger, und internationale Experten bedingt sei, und hob in dem Zusammenhang auch die erfolgreichen Bestrebungen der Regierung hervor, die Wahlbeteiligung und den Grad an Wählerregistrierung zu erhöhen; 79% der registrierten Wähler, welche wiederum 95% der Bevölkerung im wahlfähigen Alter ausmachten, hätten im April 2013 ihre Stimme abgegeben, Werte, die in den USA bis dato bei weitem nicht erreicht worden seien.³⁰⁴ Auch deshalb wurde das Vorgehen der USA zunehmend als eine Form von Intervention empfunden; Evo Morales sprach Washington etwa das Recht ab, sich ungefragt in die venezolanische Innenpolitik einzumischen, und verwies auf den ähnlich knappen Wahlsieg George W. Bushs im Jahr 2004. Der brasilianische Ex-Präsident Lula da Silva kritisierte die Eigenart der USA, gelegentlich Wahlergebnisse anzufechten, und rief sie dazu auf, demokratisch gefasste

³⁰³ Zit. nach: Reuters (2012).

³⁰⁴ Vgl. National Lawyers Guild (2013a).

Entscheidungen lateinamerikanischer Länder zu respektieren. Eine öffentliche Stellungnahme John Kerrys, in der er Lateinamerika als „Hinterhof“ der USA bezeichnete, löste vor diesem Hintergrund zusätzliche Empörung aus, und bestärkte die Regierungen der Region in ihrer Solidarität. Die Obama-Administration hatte hingegen lediglich Spanien, Frankreich und den Generalsekretär der OAS, José Miguel Insulza auf ihrer Seite. Letzterer forderte kurz nach Bekanntgabe des Ergebnisses eine Neuauszählung, wofür er auch die Hilfe der OAS anbot, änderte jedoch wenige Tage später seine Meinung, und erkannte den Wahlsieg Maduros nun an. Die Regierungen Spaniens und Frankreichs schwenkten innerhalb einer Woche ebenso um, sodass die USA nun über keinen einzigen nennenswerten Verbündeten in dieser Sache verfügten. Barack Obama gab als Grund für die Position der US-Regierung das gewalttätige Vorgehen gegen die Demonstrationen venezolanischer Regierungsgegner an: “[Our decision] is based on the notion of our basic principles of human rights and democracy and freedom of press and freedom of assembly... There are reports that they have not been fully observed post-election.”^{305 306}

Tatsächlich kam es in den Wochen und Monaten nach der Wahl zu gewalttätigen Protesten, bei denen mindestens sieben Menschen zu Tode kamen, und zahlreiche verletzt wurden.

Oppositionsführer Capriles machte die Regierung, und den am 19 April als neuer Präsident eingeschworenen Nicolás Maduro für die Gewalt verantwortlich, während ihm von Anhängern der neuen Regierung und sogenannten Chavistas vorgeworfen wurde, Hass zu schüren, und zu Gewalt aufzurufen. Maduro und Außenminister Elias Jaua behaupteten eine Mitverantwortung der USA, die solchen Aufrufen durch ihre Rückendeckung für die Forderungen der Opposition zusätzliches Gewicht verleihen würden, und sahen darin gar den Versuch, ihre Regierung zu stürzen.

Internationale Wahlbeobachter kamen mitunter zu einem ähnlichen Schluss, die National Lawyers Guild warnte Kerry etwa, die Regierung der USA würde sich regional isolieren, indem sie sich als einzige der gesamten westlichen Hemisphäre weigere, Wahlergebnisse anzuerkennen, über deren Validität keinerlei Zweifel bestehe; und verleihe damit den Vorwürfen Glaubwürdigkeit, die USA würden die Opposition bei ihrem Plan unterstützen, eine demokratisch legitimierte Regierung zu destabilisieren.³⁰⁷

Obwohl eine offizielle Anerkennung der Legitimität der Wahlen vom 14 April durch die US-Regierung bis dato nicht erfolgt ist, kam es am 5 Juni, am Rande einer Tagung der Generalversammlung der OAS zu einem informellen Treffen zwischen Kerry und Jaua. Vor

³⁰⁵ Zit. nach: Dutka (2013).

³⁰⁶ Vgl. BBC News (2013a); BBC News (2013b); MercoPress (2013); Dutka (2013).

³⁰⁷ Vgl. National Lawyers Guild (2013a).

Journalisten erklärten beide in separaten Stellungnahmen, man habe sich darauf geeinigt, die zwischenstaatlichen Beziehungen neu auszurichten, einen anhaltenden Dialog zwischen den beiden Außenministerien einzuleiten, und Botschafter auszutauschen. Dem Treffen waren mehrere Versuche von Seiten der venezolanischen Regierung vorausgegangen, mit der Obama-Administration in versöhnlichen Dialog zu treten. Am Wochenende der Wahlen hatte Maduro nach einem Treffen von Wahlbeobachtern einen US-amerikanischen Vertreter der OAS, Bill Richardson, darum gebeten, der US-Regierung mitzuteilen, dass das venezolanische Außenministerium Gespräche im Sinne einer Verbesserung der Beziehungen aufnehmen wolle. Anfang Juni wurde zudem auf Anordnung Maduros ein US-amerikanischer Dokumentarfilmer aus dem Gefängnis entlassen, dem regierungsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen worden waren, was Kerry als „very positive development“³⁰⁸ bezeichnete. Das Treffen der Außenminister fand ebenfalls auf Anregung Venezuelas statt. Trotz der konziliananten Absichtserklärungen erfolgte auch hier keine explizite Anerkennung des Wahlergebnisses.³⁰⁹

Auch blieben die Beziehungen der beiden Länder weiterhin äußerst angespannt. Am 30. September gab Maduro die Ausweisung dreier hochrangiger US-Diplomaten bekannt, denen er die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Elementen an Sabotageakten vorwarf, und 48 Stunden Zeit gab, das Land zu verlassen. Einer der Diplomaten war Charge d'affaires Kelly Keiderling, die aufgrund der Ermangelung eines vollwertigen Botschafters zu diesem Zeitpunkt höchstrangige US-amerikanische Vertretung in Venezuela. Am zweiten Oktober gab wiederum das State Department bekannt, dass drei venezolanische Regierungsvertreter, darunter Charge d'affaires Calixto Ortega, die USA verlassen mussten. Als Grund wurde die Ausweisung der US-amerikanischen Diplomaten aus Venezuela genannt. Venezuela ernannte erst Ende Mai 2014 wieder einen neuen Charge d'affaires für die USA, nach dessen Ankunft in Washington zog das State Department gleich, und ernannte am fünften Juli Lee McClenny für den Posten.³¹⁰

Der deutliche Wahlsieg von Maduros Vereinigter Sozialistischer Partei bei den Kommunalwahlen im Dezember 2013 genügte laut Kerry den gängigen Maßstäben, wenn er auch einige diesbezügliche Unregelmäßigkeiten konstatierte. Anfang 2014 entzündete sich an einer neuen Protestwelle jedoch abermals ein Konflikt zwischen den beiden Ländern. Am 16. Februar gab Maduro bekannt, er werde einmal mehr drei US-amerikanische Diplomaten des Landes verweisen, denen er unter anderem vorwarf, einen Staatsstreich geplant zu haben. Am 25. Februar befahl das State Department seinerseits die Ausweisung dreier Mitarbeiter der venezolanischen Botschaft in

³⁰⁸ Zit. nach: Neuman/Archibald (2013).

³⁰⁹ Vgl. National Lawyers Guild (2013a); Neuman (2013).

³¹⁰ Vgl. El Universal (2015a); Renaud-Komiya (2013).

Am siebten März verabschiedete die OAS eine Erklärung, in der unter anderem die Wertschätzung, Unterstützung und Ermutigung der Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Maßnahmen der Regierung und aller übrigen Sektoren des Landes bekundet, und zu friedlichem Dialog aufgerufen wurde. 29 Staaten stimmten dafür, lediglich Panama, Kanada und die Vereinigten Staaten stimmten dagegen, wobei letztere die Erklärung nicht unterstützten, da die OAS sich darin parteiisch positioniere, zudem räume die Erklärung dem Prinzip der Nichteinmischung höhere Priorität ein, als der Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, „to promote and protect human rights and democracy.“^{312 313} Am 12 März warf Kerry der venezolanischen Regierung vor, diese betreibe eine „terror campaign against its own citizens“³¹⁴. Die US-Regierung behalte sich zudem das Recht vor, Venezuela mit Sanktionen zu belegen, oder die Demokratische Charta der OAS geltend zu machen. Außenminister Jaua reagierte darauf, indem er Kerry als „Mörder“ bezeichnete, der die extreme Gewalt auf den venezolanischen Straßen ideologisch unterstütze. Die Proteste hatten zu diesem Zeitpunkt, genau einen Monat nach ihrem Anfang am 12 Februar, bereits 28 Todesopfer gefordert. Noch im selben Monat waren drei US-amerikanische Diplomaten außer Landes verwiesen worden, denen die Rekrutierung von Demonstranten vorgeworfen worden war. Zudem folgte laut Jaua auf jede Abschwächung der Ausschreitungen eine US-amerikanische Attacke gegen die Regierung, welche dazu führe, dass die gewaltsamen Demonstrationen wieder aufgenommen werden würden. Die USA warfen Maduros Regierung im Gegenzug vor, lediglich einen Sündenbock zu suchen, um von ihren eigenen wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen abzulenken, die die eigentliche Ursache für die Protestwelle seien. Ende Mai, als die Zahl der durch die Unruhen geforderten Todesopfer bereits bei über 40 lag, beschäftigte sich der Rat der UNASUR-Außenminister auf eine Beschwerde Venezuelas hin mit einer Gesetzesinitiative der USA, welche zum Ziel hatte, einzelne höhere venezolanische Beamte aufgrund menschenrechtswidriger Maßnahmen gegen Demonstranten mit Sanktionen zu belegen, und verurteilte das Vorhaben in einer Stellungnahme als Verstoß gegen das völkerrechtliche Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten unabhängiger Staaten; Sanktionen würden zudem eine friedliche Überwindung der Probleme in Venezuela zusätzlich erschweren.³¹⁵

Als Hindernis für konstruktiven Dialog wurde die Initiative auch von 14 Kongressmitgliedern

³¹¹ Vgl. El Universal (2015a); Telegraph (2014).

³¹² Zit. nach: Offizielle Homepage der OAS (2014).

³¹³ Vgl. Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten (2014).

³¹⁴ Zit. nach: BBC News (2014).

³¹⁵ Vgl. El Universal (2013); Reuters (2014); El Universal (2014a).

bezeichnet, die sich einen Tag vor der Abstimmung im Repräsentantenhaus, in einem Brief an Präsident Obama wandten. Die Unterzeichner plädierten gegen Sanktionen, wobei sie argumentieren, dass erstens bereits 19 Staatsbedienstete wegen Gewaltvergehen gegen Demonstranten inhaftiert wurden; zweitens einige der Todesfälle und Verletzungen von Demonstranten zu verantworten seien; und dass drittens der Beschluss von Sanktionen die USA regional isolieren würden. Dieser letzte Punkt wurde in dem Brief besonders hervorgehoben und untermauert. Tatsächlich hatten bereits mehrere regionale zwischenstaatliche Organisationen auf unterschiedliche Arten ihre Unterstützung für die venezolanische Regierung geäußert, und zum Respekt vor den demokratischen Institutionen Venezuelas aufgerufen. Neben den erwähnten Erklärungen der OAS und der UNASUR hatten sich auch die Regierungen der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) im Konflikt um die innenpolitischen Probleme Venezuelas demonstrativ hinter die Regierung Maduros gestellt. Ferner hatten einige Regierungen und Präsidenten der Region, darunter die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet vor einem gewaltsamen Umsturz der Regierung gewarnt, die demokratisch legitimiert sei. Ein Sprecher des State Department, Jen Psaki merkte diesbezüglich an, es gebe „no indications that other Latin American countries at this time would support sanctions against Venezuela.“³¹⁶ Assistant Secretary of State for Western Hemisphere Affairs Roberta Jacobson, betonte in ihrer Aussage vor dem Komitee für außenpolitische Fragen im US-Senat, dass es sich hierbei nicht um eine Frage der Beziehungen zwischen Venezuela und den USA handle, sondern schlicht um ein innenpolitisches venezolanisches Problem. Die Obama-Administration zeigte sich zu diesem Zeitpunkt noch ablehnend gegenüber der Initiative im Kongress, und zog es vor, dem Dialog zwischen Opposition und Regierung, sowie internationalen Vermittlungen mehr Zeit zu geben; auf einer Pressekonferenz Ende Mai ließ Jacobson die Frage, ob Obama gegen einen Beschluss beider Kongresskammern ein Veto einlegen würde, unbeantwortet, und äußerte die Befürchtung ein Vorgehen gegen die Regierung Maduros würde diesen in seiner Selbstdarstellung als Opfer der USA unterstützen.³¹⁷ Das Senatskomitee stimmte jedoch für die Sanktionen; das Repräsentantenhaus zog Ende Mai gleich. Im Senat kam eine Abstimmung über den Entwurf jedoch vorerst nicht zustande, da diese von der Demokratin Mary Landrieu blockiert wurde, die dadurch mehrere tausend Arbeitsplätze gefährdet sah, welche von Ölimporten aus Venezuela abhingen. Am 30 Juli gab die Obama-Administration indessen bekannt, die Einreisebewilligungen mehrerer ungenannter venezolanischer Regierungsbeamter mit Einschränkungen zu versehen. Anfang November wurde die Exportmöglichkeit von zu militärischem Gebrauch vorgesehenen Gerätschaften nach Venezuela eingeschränkt. Als Grund wurden in beiden Fällen Menschenrechtsverstöße gegen Demonstranten

³¹⁶ Zit. nach: Council on Hemispheric Affairs (2014).

³¹⁷ Vgl. El Universal (2014b); Council on Hemispheric Affairs (2014).

angegeben. Am 19 November offenbarte Deputy National Security Advisor Tony Blinken vor dem außenpolitischen Komitee des Senats, dass Obama seine Meinung geändert habe, und nun dazu bereit sei, zusammen mit dem Kongress Sanktionen gegen Venezuela zu verhängen. Man habe in den vergangenen Monaten Zurückhaltung geübt, und darauf gehofft, dass unter diplomatischer Zuarbeit von Seiten einiger Länder Lateinamerikas, die Freilassung von Oppositionsführern sowie eine Wahlreform ausgehandelt werden würden, was jedoch nicht passiert sei.³¹⁸

Am 8 Dezember wurde im Senat ein neuer, Sanktionen anordnender Gesetzesentwurf beschlossen, und bereits zwei Tage später im Repräsentantenhaus bestätigt. Am 18 Dezember, einen Tag, nachdem Obama in einer Rede sein Vorhaben erklärt hatte, hinsichtlich der Beziehungen der USA zu Kuba einen Kurswechsel einzuleiten und wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen, unterschrieb er den offiziell als „Venezuela Defense of Human Rights and Civil Society Act“ bezeichneten Gesetzesentwurf, welcher ihn somit dazu ermächtigte ranghohe venezolanische Beamte, (denen in Zusammenhang mit den Protesten des vergangenen Jahres eine Verantwortung für,„[...]significant acts of violence or serious human rights abuses[...]“³¹⁹, beziehungsweise die Inhaftierung oder Verfolgung einer Person aufgrund deren legitimer Ausübung ihrer Rede- oder Versammlungsfreiheit vorgeworfen wurde) zu sanktionieren, deren Recht auf Einreise aufgehoben, und deren in den USA befindlichen Vermögenswerte nun eingefroren werden konnten. Anfang Februar verhängte das State Department, auf der selben rechtlichen Grundlage wie bereits im Sommer, Einreisebeschränkungen über zusätzliche ehemalige oder aktuelle ranghohe Beamte, sowie über nahe Verwandte mancher der so sanktionierten Personen, deren Namen ungenannt blieben. Neben Personen denen Menschenrechtsvergehen vorgeworfen wurden, befanden sich unter den davon Betroffenen auch solche, denen korrupte Praktiken, und eine dadurch verursachte Verschlimmerung der ökonomischen und sozialen Krise in Venezuela angelastet wurden. Maduro ordnete daraufhin eine Verkleinerung der diplomatischen Vertretung der USA in Venezuela von 100 auf 17 Personen an, sowie eine Visa-Pflicht für alle US-Amerikaner, die nach Venezuela einreisen wollen. Ferner wurden Einreiseverbote über einige US-amerikanische Politiker verhängt, darunter George W. Bush und Ex-Vizepräsident Dick Cheney, denen vorgeworfen wurde, durch das Bombardement Afghanistans und des Irak, gegen Menschenrechte verstoßen zu haben, und die Senatoren Bob Menendez und Marco Rubio, beides prominente Befürworter von gegen Venezuela gerichteten Sanktionen. Am 9 März 2015, zwei Tage nachdem die UNASUR-Staaten mittels einer Delegation von Außenministern in Venezuela ihre Vermittlungsversuche zwischen

³¹⁸ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2014); Deslatte (2014); Federal Register – The Daily Journal of the United States Government (2014).

³¹⁹ Zit. nach: Offizielles Rechtsinformationssystem, Kongress der Vereinigten Staaten.

Regierungsmitgliedern und -gegnern wieder aufgenommen hatten, rief Obama den nationalen Notstand aus, erklärte die Situation in Venezuela in einer offiziellen Verfügung zum „unusual and extraordinary threat to the national security and foreign policy of the United States“³²⁰, verhängte Einreiseverbote über sieben ranghohe venezolanische Beamte, und für deren Vermögenswerte in den USA ein.³²¹

In Lateinamerika stieß die Obama-Administration damit vor allem auf Widerstand und Unverständnis. Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa bezeichnete den Schritt als „grotesken, illegalen, schamlosen, skandalösen und ungerechtfertigten Akt der Einmischung“³²². Die argentinische Präsidentin Kirchner erklärte ihre Auffassung, dass jeder Versuch, Venezuela zu destabilisieren, auch als Angriff auf Argentinien gewertet werden würde. Evo Morales bezeichnete das Vorgehen Obamas als Bedrohung für Frieden und Sicherheit sämtlicher Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Die Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC) warf Ende März Washington in einer Stellungnahme sämtlicher 33 Mitglieder vor, das Völkerrecht zu brechen, und äußerte die Ansicht, dass Obama seine Verfügung zurücknehmen solle. Die USA waren somit das einzige Land der westlichen Hemisphäre, das hinter den Sanktionen stand. UNASUR bezeichnete die Maßnahmen der USA als Verstoß gegen das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, und als Bedrohung für die Souveränität Venezuelas, und forderte ebenfalls die Aufhebung der Verfügung. Sogar Juan Manuel Santos, der Präsident Kolumbiens, des traditionellen lateinamerikanischen Verbündeten der Vereinigten Staaten, lehnte die Sanktionen als kontraproduktiv ab. Auch weite Teile der venezolanischen Opposition lehnten deren Wortlaut ab. Dazu zählte etwa der Gouverneur des Bundesstaates Lara, der Obama in einem Brief versicherte, dass Venezuela für kein Land eine Gefahr sei; die wichtigste oppositionelle Gruppierung des Landes, MUD (Runder Tisch der demokratischen Einigkeit), betonte in einer Stellungnahme ebenfalls, dass Venezuela für niemanden eine Bedrohung darstelle.³²³

US Assistant Secretary of State for Hemisphere Affairs, Roberta Jacobson, äußerte angesichts der Ablehnung, auf welche die Maßnahmen der Administration in der Region stießen ihre „Enttäuschung“, nachdem die USA hinsichtlich der Situation in Venezuela lange Zeit Zurückhaltung geübt hätten, und nun keineswegs die Absicht hätten, der venezolanischen Bevölkerung, oder der gesamten Regierung zu schaden. Die USA würden als Ursache der Probleme

³²⁰ Zit. nach: Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2015).

³²¹ Vgl. Außenministerium der Vereinigten Staaten (2015); Neuman (2015a); Shifter (2015); Telegraph (2015a).

³²² Zit. nach: Tejas (2015). [Übersetzung durch den Verfasser.]

³²³ Vgl. MercoPress (2015); Golinger (2015); Tejas (2015); Wyss (2015); Carasik (2015).

Venezuelas hingestellt, was einen pragmatischeren Zugang erschwere.³²⁴

Am siebten April, drei Tage vor Beginn des siebten Amerika-Gipfels in Panama, erklärte Deputy National Security Advisor Benjamin J. Rhodes vor Journalisten, dass Venezuela keinerlei Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle. Es handle sich bei dem Wortlaut der Erklärung weitgehend um einen Text, der aus Versatzstücken bestehe, deren Äußerung lediglich eine rechtlich notwendige Formalität darstelle, ohne die der Präsident keine Sanktionen verhängen könne. Obama selbst äußerte sich im Gespräch mit einer Nachrichtenagentur in ähnlicher Weise: „We do not believe that Venezuela poses a threat to the United States, nor does the United States threaten the Venezuelan government.“³²⁵

Thomas Shannon, ein Vorgänger Roberta Jacobsons, und mittlerweile Berater John Kerrys, begab sich am achten April nach einer Einladung Venezuelas an die Obama-Administration, nach Caracas, offenbar um kurz vor dem Amerika-Gipfel noch ein Mindestmaß an Konfliktbereinigung zu betreiben. Auf dem Gipfel selbst, der am zehnten und elften April stattfand, kam es zu einem ersten, wenige Minuten langen, informellen Treffen zwischen Obama und Maduro. In seiner Rede vor dem Gipfel verurteilte Maduro die Sanktionen, warf der US-Regierung vor, oppositionelle Vorhaben unterstützt zu haben, welche den Sturz seiner Regierung zum Ziel gehabt hätten, und klagte über zahlreiche Ansuchen um ein Gespräch mit Obama, die er in den letzten zwei Jahren an diesen gerichtet habe, die jedoch unbeantwortet geblieben wären. Obama hatte den Raum vor Beginn der Ansprache verlassen, um Gespräche mit Kolumbiens Präsident Santos zu führen.³²⁶

8. Fazit und Ausblick

Versucht man nun, Obamas Außenpolitik bezüglich Lateinamerikas innerhalb des für diese Arbeit gewählten zeitgeschichtlichen Rahmens zu beurteilen, so lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass die bis dato ergriffenen Maßnahmen der aktuellen Administration, trotz mehrerer aufseherregender, aber als weitgehend symbolisch zu bezeichnender Initiativen und Äußerungen, einer Fortsetzung des Musters gleichkommt, dem im Allgemeinen auch die Regierungen seiner Vorgänger gefolgt ist. Hier ist zunächst anzumerken, dass die ausgeprägteste Dichotomie, was die

³²⁴ Vgl. El Universal (2015b).

³²⁵ Zit. nach: El Universal (2015d).

³²⁶ Vgl. Neuman (2015b); El Universal (2015c); El Universal (2015d); Neuman (2015c); Telegraph (2015b).

Bereitschaft US-amerikanischer Regierungen anbelangt, die eigenen Machtinteressen auch gegen den demokratischen Mehrheitswillen der jeweiligen Bevölkerungen, beziehungsweise entsprechende menschenrechtliche Grundsätze zu verfolgen und durchzusetzen, nicht anhand eines Gegensatzes zwischen Regierungen vor und nach dem Ende des Kalten Krieges, sondern zwischen republikanisch und demokratisch geführten Regierungen festzustellen ist. In diesem Sinne ist die Lateinamerikapolitik Obamas wohl am ehesten als die eines durchschnittlichen demokratischen Präsidenten zu bezeichnen – der sich jedoch, in Form eines nie dagewesenen Grades an Integration, Kooperation und allenthalben spürbarer Abgrenzungstendenzen, mit den Auswirkungen eines durchaus als historisch zu bezeichnenden ideologischen Wandels konfrontiert sieht, der, beginnend mit dem Amtsantritt Hugo Chávez' im Jahr 1999 beinahe den gesamten südamerikanischen Kontinent, und auch Teile Zentralamerikas erfasst hat. Der Versuch Obamas, den Verlust des ecuadorianischen Stützpunktes in Manta, durch einen Vertrag über erweiterte Nutzungsrechte an sieben Militärbasen in Kolumbien zu kompensieren, scheiterte am Widerwillen des neuen kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos, der in diesem Punkt offenbar der großen Besorgnis, welche von Seiten vieler südamerikanischer Regierungen geäußert, und auch in diplomatischen und ökonomischen Druck übersetzt wurde, größere Bedeutung beimaß, als der traditionellen Partnerschaft der Vereinigten Staaten mit Kolumbien. Die USA bleiben dennoch die einzige Großmacht mit permanenter Militärpräsenz in Lateinamerika, und verfügen laut offiziellen Angaben des Pentagons vom Jahr 2014 über aktives militärisches Personal in sämtlichen Ländern Lateinamerikas, in Summe etwa 2200 Soldaten.³²⁷ Auch der sogenannte „War on Drugs“, ein etabliertes Mittel, um mittels ökonomischer Druckausübung und militärischer Unterstützung einen gewissen militärischen Einfluss auf die Region zu gewährleisten, stößt auf eine völlig neue Art von Widerstand. Venezuela und Bolivien beendeten bereits vor Obamas Amtsantritt ihre Zusammenarbeit mit der Drug Enforcement Agency (DEA); im Falle Boliviens geschah dies unter anderem als Reaktion auf die „Dezertifizierung“ Boliviens, und die Kündigung ihrer Handelspräferenzen unter dem Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act (ATPDEA), welche auch durch Obama nicht erneuert wurden.³²⁸ Doch Bolivien und Venezuela sind nur die eklatantesten Beispiele für das Umdenken, das in der Region bezüglich des „War on Drugs“, und der damit verbundenen hohen sozialen Kosten eingesetzt hat. Angesichts der Unwirksamkeit der repressiven Strategien vergangener Jahrzehnte, welche trotz der oft unverhältnismäßig langen Inhaftierung zehntausender Personen die Menge der gehandelten illegalen Drogen nicht reduzieren konnten, werden seit 2006 auch etwa in Ländern wie Argentinien, Brasilien und Mexiko Initiativen zur Dekriminalisierung gesetzt. Juan Manuel Santos hat seine grundsätzliche Zustimmung geäußert,

³²⁷ Vgl. Muno/Brand (2014), S. 383.

³²⁸ Vgl. Pineo (2014).

einen multilateralen Vorstoß, einzelne Drogen vollends zu legalisieren, zu unterstützen – eine Position die dem Zugang seines Vorgängers nahezu diametral entgegensteht. Die beschriebenen Schäden, welche die Politik der erzwungenen Pflanzenvernichtungen, und hier vor allem der Einsatz von Herbiziden ohne nennenswerte Erfolge verursacht haben, haben jedoch zu keinem Umdenken Obamas geführt, der diese Maßnahmen weiterhin forciert, wenn auch vermehrt in Mexiko und Zentralamerika anstatt im Rahmen von Plan Colombia, dessen Mittel mehr und mehr gekürzt wurden.³²⁹

Die Anerkennung der honduranischen Präsidentschaftswahlen von September 2009 und die fortgesetzte finanzielle Unterstützung des durch den Sturz des Präsidenten Manuel Zelayas an die Macht gekommenen Regimes, stellen wohl das offenkundigste Beispiel für die Fortsetzung der Politik von Obamas Vorgängern dar, wobei die Regierung auch Drohungen von Seiten der republikanischen Partei nachgab, die Zustimmung zu Neubesetzung zweier für die US-amerikanische Lateinamerikapolitik wichtiger Posten zu verweigern. Eine OAS-Resolution, derzufolge honduranische Wahlen unter der neuen Diktatur nicht anzuerkennen seien, wurde von den USA am 28 September blockiert. Diese Wahlen, zu welchen die EU und die OAS angesichts der undemokratischen Rahmenbedingungen keine Beobachter entsandt hatten, wurde später, abgesehen von den USA, lediglich von Kanada, Kolumbien, Peru, Panama und Costa Rica anerkannt, und stießen in der restlichen Hemisphäre oftmals sinngemäß, und im Falle der Mercosur-Staaten wortwörtlich, auf „totale Ablehnung“³³⁰. Die durch Außenministerin Hillary Clinton geäußerte Verurteilung des Versuches des demokratisch legitimierten Präsidenten Zelaya in sein Heimatland zurückzukehren als „reckless“ spricht zudem eine deutliche Sprache. Im Allgemeinen fügt sich die im Zusammenhang mit dem Putsch in Honduras verfolgte Strategie in die langjährige Politik der USA ein, repressive Regimes im Zweifelsfall solchen Regierungen vorzuziehen, deren außenpolitische und ideologische Ausrichtung (im Fall Zelayas zunehmend in Übereinstimmung mit USA-kritischen Regierungen wie der venezolanischen) im Widerspruch zu dem Bestreben der USA stehen, den Status der Region als Einflussphäre und „Hinterhof“ nach Möglichkeit zu erhalten.³³¹

In Summe lässt sich die Reaktion der Obama-Administration auf den Putsch in Honduras, und ihre Unterstützung für die neuen Machthaber gegen den Widerstand beinahe sämtlicher lateinamerikanischer Staaten, ohne den Regierungssturz jedoch selbst nachweislich herbeigeführt

³²⁹ Vgl. Youngers (2011), S. 11 – 13.

³³⁰ Zit. nach: Carlsen (2009b).

³³¹ Vgl. Weisbrot (2011c), S. 2; Carlsen (2009b); Reuters (2009c).

oder unterstützt zu haben, als insofern der Monroe-Doktrin entsprechend bezeichnen, als die Etablierung eines Putschregimes und die Verhinderung der Wiedereinsetzung eines demokratisch legitimierten Staatsoberhauptes – wenn auch vor allem mit politischen und diplomatischen Mitteln – konsequent unterstützt wurde. Eine Beteiligung Honduras' an der Neuausrichtung und intensivierten Kooperation zahlreicher lateinamerikanischer Staaten, welche sich in den letzten 15 Jahren dazu entschlossen haben, einen von den USA unabhängigeren außenpolitischen Kurs einzuschlagen, und für US-amerikanische Unternehmen potentiell nachteilige Bedingungen zu schaffen, wurde somit verhindert. Der Schaden für die Beziehungen der USA zu Lateinamerika sind potentiell umso höher, wenn man die optimistische Ausgangslage bedenkt, welche zum Zeitpunkt von Obamas Wahlsieg in der Region geherrscht hat. Diese war unter anderem durch folgende, während Obamas Wahlkampf veröffentlichte Absichtserklärung in Bezug auf Lateinamerika befeuert worden:

„He [Obama] will work to consolidate democracy throughout the hemisphere by partnering with our Latin American neighbours to uphold our shared values whenever they are threatened by autocratic practices, coups and human rights abuses.“³³²

Die Gründung einer Organisation wie CELAC, welche wohl die eklatanteste Verkörperung der zunehmenden Isolation der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre darstellt, war eine direkte Konsequenz dieses Wortbruchs.

Ein oft übersehenes Beispiel stellt zudem Haiti dar, in dessen demokratischen Prozess die Vereinigten Staaten zusammen mit der OAS in einer Weise interveniert haben, die zwischen zwei Staaten mit vergleichbarem Machtpotential undenkbar wäre.

Die bis dato aufsehenerregendste und substantiellste der durch Obama gesetzten Gesten stellt wohl der Entschluss dar, erstmals seit 1951, wieder diplomatische Beziehungen zu Kuba aufzunehmen, und, vorerst etwa durch eine teilweise Aufhebung der Reisebeschränkungen und eine Erleichterung von Geldtransfers, das Wirtschaftsembargo zu lockern. Am 20 Juli wurde die kubanische Botschaft in Washington, am 14 August die US-amerikanische Botschaft in Havanna wiedereröffnet. In den aktuellen Gesprächen über die weitere Normalisierung der Beziehungen verlangt Kuba unter anderem ein Ende der Sanktionen, die Rückgabe des Stützpunktes Guantanamo sowie Entschädigung für durch die USA verursachte Schäden. Eine Erfüllung dieser Forderungen würde

³³² Zit. nach: Muno/Brand (2014), S. 386.

den bislang ersten Ausbruch der Obama-Administration aus dem für den Untersuchungszeitraum nachgewiesenen interventionistischen Muster der USA in Lateinamerika, und einen wohl nie dagewesenen Kurswechsel der USA in ihren Beziehungen zu einem lateinamerikanischen Land darstellen.³³³

³³³ Vgl. Die Presse (2015); Fischer (2014); Guardian (2015a).

Literatur

AlJazeera English (2008): *Freed Colombian reunited with son*, 15.01.2008, <http://www.aljazeera.com/news/americas/2008/01/2008525122623568747.html> [16.07.2015].

Alsema, Adriaan (2011): *Supreme Court dismisses Reyes files as evidence*, Colombia Reports, 19.05.2011, <http://colombiareports.com/supreme-court-dismisses-reyes-files-as-evidence/> [11.11.2015].

Alsema, Adriaan (2012): *Fact Sheet: Colombia coca cultivation*, Colombia Reports, 26.07.2012, <http://colombiareports.com/colombia-coca-cultivation/> [10.11.2015].

Amnesty International (2001): *Haiti – Human Rights Challenges Facing the New Government - Summary*, April 2001, Amnesty International Publications, AI Index: AMR/36/002/2001.

Amnesty International (2009a): *Amnesty Report 2009 – Bolivien*, 28.05.2009, <https://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/bolivien> [05.08.2015].

Amnesty International (2009b): *Honduras: Human Rights Crisis Threatens As Repression Increases*, August 2009, Amnesty International Publications, London.

Arnson, Cynthia; Holiday, David (1991): *Fitful Peace – Human Rights and Reconciliation in Nicaragua Under the Chamorro Government*, Human Rights Watch, New York.

Arnson, Cynthia J.; Tickner, Arlene B. (2010): *Colombia and the United States: Strategic Partners or Uncertain Allies?*, in: Dominguez, Jorge I.; Fernandez de Castro, Rafael (Hrsg.): *Contemporary U.S.-Latin American Relations – Cooperation or Conflict in the 21st Century?*, Routledge, New York.

Arce, Alberto; Corcoran, Katherine (2013): *US aids Honduran police despite death squad fears*, Huffington Post, 23.03.2013, http://www.huffingtonpost.com/2013/03/23/honduran-police-aided-by-_n_2940711.html [02.07.2015].

Atkins, G. Pope (1997): *Encyclopedia of the Inter-American System*, Greenwood Press, Westport.

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002a): *Venezuela: Change of Government*, Presseerklärung, Philip T. Reeker, Deputy Spokesman, 12.04.2002, <http://2001-2009.state.gov/r/pa/prs/ps/2002/9316.htm> [03.06.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2002b): *A Review of U.S. Policy Toward Venezuela November 2001 - April 2002*, United States Department of State and the Broadcasting Board of Governors Office of Inspector General, July 2002, <https://oig.state.gov/system/files/13682.pdf> [03.06.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2004): *International Narcotics Control Strategy Report 2003 – South America*, 01.03.2004, <http://www.state.gov/j/inl/rls/nrcrpt/2003/vol1/html/29832.htm> [23.05.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2008): *United States Seeks to Suspend Trade Benefits for Bolivia*, Eric Green, Staff Writer, State Department's Bureau of International Information Programs, 24.10.2008, <http://iipdigital.usembassy.gov/st/english/article/2008/10/200810241707521xeneerg0.5146906.html#axzz3sPW3CaZs> [15.08.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009a): *Remarks at the Top of the Daily Press Briefing, Hillary Rodham Clinton*, 29.06.2009, <http://m.state.gov/md125487.htm>, [11.05.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009b): *Daily Press Briefing*, Ian Kelly, Department Spokesman, 07.07.2009, <http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2009/july/125757.htm> [10.05.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2009c): *Remarks With Costa Rican President Oscar Arias Sanchez*, 21.09.2009, <http://www.state.gov/secretary/20092013clinton/rm/2009a/09/129448.htm> [24.06.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2010): *Daily Press Briefing*, Philip J. Crowley, Assistant Secretary, 26.07.2010, <http://www.state.gov/r/pa/prs/dpb/2010/07/145155.htm> [10.08.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2013): *Honduras Elections*, Presseerklärung, John Kerry, 12.12.2013, <http://www.state.gov/secretary/remarks/2013/12/218646.htm> [30.06.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2014): *Visa Restrictions Against Human Rights Abusers in Venezuela*, Presseerklärung, Marie Harf, Deputy Department Spokesperson, 30.07.2014, <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2014/07/229928.htm> [20.05.2015].

Außenministerium der Vereinigten Staaten (2015): *Additional Visa Restrictions Against Human Rights Abusers, Individuals Responsible for Public Corruption, and Their Family Members in Venezuela*, Presseerklärung, Jen Psaki, Department Spokesperson, 02.02.2015, <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2015/02/237077.htm> [18.06.2015].

BBC News (1984): *Sandinista claim election victory*, 05.11.1984, http://news.bbc.co.uk/onthisday/hi/dates/stories/november/5/newsid_2538000/2538379.stm [22.10.2015].

BBC News (2007): *Chavez Farc hostage plan approved*, 27.12.2007, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/7160772.stm> [13.09.2015].

BBC News (2008a): *Neighbours cut ties with Colombia*, 04.03.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7276228.stm> [30.07.2015].

BBC News (2008b): *Colombia raid 'must be condemned'*, 06.03.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7280590.stm> [04.08.2015].

BBC News (2008c): *Nicaragua cuts ties with Colombia*, 06.03.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7282336.stm> [23.06.2015].

BBC News (2008d): *Farc rebel link files 'genuine'*, 16.05.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7403685.stm> [01.07.2015].

BBC News (2008e): *Chavez calls for FARC to end fight*, 09.06.2008, http://www.bbc.co.uk/worldservice/learningenglish/newsenglish/witn/2008/06/080609_chavez_farc.shtml [11.05.2015].

BBC News (2008f): *Washington expels Bolivian envoy*, 12.09.2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7610915.stm> [21.10.2015].

BBC News (2009a): *Ecuador expels second US diplomat*, 19.02.2009,
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7898432.stm> [03.09.2015].

BBC News (2009b): *World reaction: Honduran crisis*, 28.06.2009,
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/8123434.stm> [02.05.2015].

BBC News (2009c): *Ousted Honduran leader presses US*, 12.08.2009,
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/8198576.stm> [05.08.2015].

BBC News (2009d): *Honduras elects Zelaya rival Porfirio Lobo as president*, 30.11.2009,
<http://news.bbc.co.uk/2/hi/8384874.stm> [24.10.2015].

BBC News (2010a): *Hillary Clinton urges the OAS to readmit Honduras*, 08.06.2010,
<http://www.bbc.com/news/10256459> [20.11.2015].

BBC News (2010b): *Colombia takes Venezuela rebel accusation to OAS*, 18.07.2010,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-10674859> [22.11.2015].

BBC News (2010c): *Haiti presidential candidates denounce election fraud*, 29.11.2010,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-11861138> [01.11.2015].

BBC News (2010d): *US revokes Venezuela ambassador's visa amid Chavez row*, 30.12.2010,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-12091689> [03.06.2015].

BBC News (2011a): *Ecuador expels US ambassador over Wikileaks cable*, 05.04.2011,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-12979967> [15.08.2015].

BBC News (2011b): *US expels Ecuadorean ambassador Luis Gallegos*, 07.04.2011,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-13006076> [08.08.2015].

BBC News (2011c): *Colombian Farc rebels' links to Venezuela detailed*, 10.05.2011,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-13343810> [01.06.2015]

BBC News (2013a): *US holds back recognition for Venezuela's Nicolas Maduro*, 18.04.2013,

<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-22194611> [17.08.2015].

BBC News (2013b): *Venezuela election official plays down vote audit*, 21.04.2013,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-22236876> [23.05.2015].

BBC News (2014): *John Kerry says Venezuela 'terror campaign' must end*, 14.03.2014,
<http://www.bbc.com/news/world-latin-america-26572346> [07.07.2015].

Bellos, Alex (2002): *Chavez rises from very peculiar coup*, Guardian, 15.04.2002.

Bethell, Leslie (Hrsg.) (1995): *The Cambridge History of Latin America*, Cambridge University Press, New York, Band 2.

Blum, William (2004): *Killing Hope*, Zweite Auflage, Zed Books, London.

Bogdanich, Walt (2006): *Mixed U.S. Signals Helped Tilt Haiti Toward Chaos*, New York Times, 29.01.2006.

Borger, Julian; Bellos, Alex (2002): *US 'gave the nod' to Venezuelan coup*, Guardian, 17.04.2002.

Botschaft der Vereinigten Staaten in El Salvador (2009): *US Government Position Regarding El Salvador's Presidential Election*, Offizielle Homepage,
<http://sansalvador.usembassy.gov/news/2009/03/12e.html> [04.05.2015].

Botschaft der Vereinigten Staaten in Haiti (2010): *Statement by the Embassy of the United States Following the Publication of Results of the November 28 National Elections by the CEP*, Offizielle Homepage, 07.12.2010, <http://haiti.usembassy.gov/press-releases-2012/untitled6.html> [30.07.2015].

Brodzinsky, Sibylla (2008): *Colombia's 'parapolitics' scandal casts shadow over president*, Guardian, 23.04.2008.

Buenos Aires Herald (2010): *Chávez, Santos restore bilateral relations with help of Kirchner*, 10.08.2010.

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (2008): *Coca Cultivation In*

The Andean Region – A survey of Bolivia, Colombia and Peru, Juni 2008, https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Andean_report_2008.pdf [11.05.2015].

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (2014): *Colombia – Coca cultivation survey 2013*, Juni 2014, https://www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Colombia/Colombia_coca_cultivation_survey_2013.pdf [17.06.2015].

Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2002): *Press Briefing by Ari Fleischer*, 12.04.2002, <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/04/20020412-1.html> [14.10.2015].

Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2009): *Statement from President on the situation in Honduras*, 28.06.2009, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/statement-president-situation-honduras> [01.06.2015].

Büro des Pressereferenten des Weißen Hauses (2015): *Fact Sheet: Venezuela Executive Order*, 09.03.2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/03/09/fact-sheet-venezuela-executive-order> [22.11.2015].

Buxton, Julia (2011): *Forward into History – Understanding Obama's Latin American Policy*, Latin American Perspectives, Juli 2011, Vol. 38, Issue 4.

Calvert, Peter (2011): *Nicaragua: Revolution and Counterrevolution, 1974 – 1990*, in: Ciment, James (Hrsg.): *World Terrorism*, Volume 2, Armonk, M.E. Sharpe.

Cano Linares, Ángeles (2015): *The Union of South American Nations: An Emerging Regional Organization*, in: Odello, Marco; Seatzu, Francesco (Hrsg.): *Latin American and Caribbean International Institutional Law*, Asser Press, Den Haag. S. 55.

Carasik, Lauren (2015): *Fighting Words – Tough Talk in Venezuela Won't Work*, Foreign Affairs, 02.04.2015, <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2015-04-02/fighting-words> [01.09.2015].

Cardenas, Sonia (2010): *Human Rights in Latin America: A Politics of Terror and Hope*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia.

Cardin, Ben (2013): *Cardin Leads Senate Call For Accountability In Honduras For Human Rights Violations*, Offizielle Homepage des Senators Cardin, 18.06.2013, <http://www.cardin.senate.gov/newsroom/press/release/cardin-leads-senate-call-for-accountability-in-honduras-for-human-rights-violations> [02.08.2015].

Carlsen, Laura (2009a): *Clinton, Act to Avoid a Massacre in Honduras*, Huffington Post, 23.11.2009, http://www.huffingtonpost.com/laura-carlsen/clinton-act-to-avoid-a-ma_b_297394.html [20.09.2015].

Carlsen, Laura (2009b): *The Sham Elections in Honduras*, The Nation, 14.12.2009.

Carroll, Rory (2008a): *Chávez wins freedom for Colombian hostages*, Guardian, 11.01.2008.

Carroll, Rory (2008b): *Threat of war as Venezuela and Ecuador order troops to Colombian border*, Guardian, 05.03.2008.

Carroll, Rory (2009a): *Cocaine production surge unleashes wave of violence in Latin America*, Guardian, 13.03.2009.

Carroll, Rory (2009b): *Raul Castro open to talk with Obama about 'everything'*, Guardian, 17.04.2009.

Carroll, Rory (2009c): *Honduras coup leaders block ousted president's return*, Guardian, 06.07.2009.

Carroll, Rory (2011): *Venezuela negotiates extradition of alleged drug kingpin wanted by US*, Guardian, 01.05.2011.

Carroll, Rory (2013): *Ecuador breaks US trade pact to thwart 'blackmail' over Snowden asylum*, Guardian, 27.06.2013.

Scott, James; Carter, Ralph; Drury, Cooper (2014): *IR – International Relations*, Cengage Learning, Boston.

Carter Center (2009): *Carter Center Statement on the Honduran Elections*, 25.11.2009,

<http://www.cartercenter.org/news/pr/honduras-112613.html> [01.07.2015].

CBC News (2009): *EU ambassadors leave Honduras*, 02.07.2009,
<http://www.cbc.ca/news/world/eu-ambassadors-leave-honduras-1.801893> [10.11.2015].

Center for Constitutional Rights (2010): *Open Letter to Secretary of State Hillary Clinton regarding Honduras and the OAS*, 26.07.2010,
<https://ccrjustice.org/sites/default/files/assets/files/CCR%20Letter%20to%20Clinton-Honduras.pdf>
[01.11.2015].

Center for Constitutional Rights (2013): *Reports Received by CCR of Human Rights Violations in Honduras in November and December 2012*, 06.02.2013,
<http://ccrjustice.org/sites/default/files/assets/files/Final%20Nov%20Dec%202012%20Honduras%20Report.pdf> [22.10.2015].

Chavez, Franz (2008): *BOLIVIA: U.S. Ambassador Expelled for Allegedly Supporting Violent Opposition*, Inter Press Service, 11.09.2008, <http://www.ipsnews.net/2008/09/bolivia-us-ambassador-expelled-for-allegedly-supporting-violent-opposition/> [14.05.2015].

Chomsky, Noam, (1985): *Turning the Tide*, South End Press, Boston.

Chomsky, Noam (1987): *Vom politischen Gebrauch der Waffen*, Verlag Wolf Peterson, Graz.

Chomsky, Noam (1988): *The Culture of Terrorism*, South End Press, Boston.

Chomsky, Noam (1989): *Necessary Illusions*, Pluto Press, London.

Chomsky, Noam (1992): *Deterring Democracy*, Vierte Auflage, Hill and Wang, New York.

Chomsky, Noam (1993): *Year 501 – The Conquest Continues*, South End Press, Boston.

Chomsky, Noam (1994): *Democracy Restored*, November 1994, http://chomsky.info/199411___/
[27.06.2015].

Chomsky, Noam; Donaldo Macedo, Donaldo (2004): *Chomsky on Miseducation*, Rowman &

Littlefield, Oxford.

Chomsky, Noam (2004): *US-Haiti*, 09.03.2004, <http://chomsky.info/20040309/> [13.06.2015].

Chomsky, Noam (2008): *Imperium USA: die „Grand Strategy“*, in: Chomsky, Noam: *Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen – Zentrale Schriften zur Politik*, Kunstmann, München.

Chomsky, Noam (2010): *Rogue States: The Rule of Force in World Affairs*, Pluto Press, London.

Clift, Eleanor (1986): *Reagan Renews Drive for More Aid to Contras*, Los Angeles Times, 19.02.1986.

Clinton, Hillary (2014): *Entscheidungen*, Droemer, München.

Committee to Protect Journalists (2009): *After Honduran coup, reporters detained, signals blocked*, 30.06.2009, <https://cpj.org/2009/06/after-honduran-coup-reporters-detained-signals-blo.php> [22.06.2015].

Cooper, Helene; Lacey, Marc (2009): *In a Coup in Honduras, Ghosts of Past U.S. Policies*, New York Times, 29.06.2009.

Cornell University Law School – Legal Information Institute (a): *22 U.S. Code § 2378d - Limitation on assistance to security forces*, <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/22/2378d> [07.06.2015].

Cornell University Law School – Legal Information Institute (b): *22 U.S. Code § 8422 - Authorization of assistance*, <http://uscode.house.gov/view.xhtml?req=granuleid:USC-prelim-title22-section8422&num=0&edition=prelim> [22.11.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2009): *Honduran Election Results Still Need To Be Scrutinized*, 15.12.2009, <http://www.coha.org/honduran-election-results-still-need-to-be-scrutinized-state-department-dashes-hopes-that-a-transformative-latin-america-policy-has-been-born/> [03.05.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2010a): *Secretary of State Hillary Clinton Does Latin America*, 05.03.2010, <http://www.coha.org/clinton-visit-latin-america/> [25.10.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2010b): *Colombian Court Stands Tall On US Military Base Issue*,

18.08.2010, <http://www.coha.org/colombian-court-stands-tall-on-us-military-base-issue/>
[08.07.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2012): *Mexico's Drug War: Not Another Colombia*, 17.01.2012,
<http://www.coha.org/mexicos-drug-war-not-another-colombia/> [17.07.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2013): *21 Century Regionalism: Where is Latin America Headed?*,
03.09.2013, <http://www.coha.org/21st-century-regionalism-where-is-latin-america-headed/>
[01.06.2015].

Council on Hemispheric Affairs (2014): *Congressional Letter to President Obama: Stop Sanctions on Venezuela*, 30.05.2014, <http://www.coha.org/congressional-letter-to-president-obama-stop-sanctions-on-venezuela/> [11.11.2015].

Crossette, Barbara (1992): *U.S. Plans to Sharpen Focus Of Its Sanctions Against Haiti*, New York Times, 05.02.1992.

Dao, James (2002): *U.S. Clarifies Stand on Venezuelan Vote*, New York Times, 17.12.2002.

De Lama, George (1987): *Reagan: I Supported Private Contra Efforts*, Chicago Tribune, 16.05.1987.

Denvir, Daniel (2008): *Colombia's Magic Laptops*, NACLA Report on the Americas, November/Dezember 2008, Vol. 41, Issue 6.

DeYoung, Karen (2009): *Lugar Urges Obama to Open Talks With Cuba, Ease Restrictions*, Washington Post, 02.04.2009.

Deslatte, Melinda (2014): *Landrieu slammed for stopping Venezuela sanctions*, Washington Times, 02.09.2014.

Diskin, Martin; Sharpe, Kenneth E. (1986): *El Salvador*, in: Blachman, Morris J.; LeoGrande, William M.; Sharpe, Kenneth (Hrsg.): *Confronting Revolution – Security Through Diplomacy In Central America*, Pantheon Books, New York.

Dombey, Daniel; Luce, Edward (2009): *Obama relaxes sanctions on travel to Cuba*, Financial Times, 14.04.2009.

Doucet, Isabeau (2011): *Jean-Bertrand Aristide defies US by heading back to Haiti*, Guardian, 17.03.2011.

Draper, Theodor H. (1990): *Did Noriega declare War?*, New York Review of Books, 29.03.1990.

Dumbrell, John (1993): *The Carter Presidency: A Re-evaluation*, Manchester University Press, Manchester/New York.

Dutka, Zoë Clara (2013): *Venezuelan Elections 2013: Fingerprints All Over the Map*, North American Congress on Latin America, 05.07.2013, <https://nacla.org/news/2013/5/7/venezuelan-elections-2013-fingerprints-all-over-map> [12.05.2015].

The Economist (2011): *A settlement in Honduras - Homeward bound*, 26.05.2011.

Encyclopaedia Britannica Online: *Bolivarian Alliance for the Peoples of Our America (ALBA)*, <http://www.britannica.com/topic/Bolivarian-Alliance-for-the-Peoples-of-Our-America> [18.08.2015].

Fairies, Bill (2008): *Bush Cuts Bolivia Trade Preferences for 'Failure' in Drug War*, Bloomberg News, 16.10.2008, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=aTiSz8BW.wyo> [22.06.2015].

Farmer, Paul (2004): *Who removed Aristide?*, London Review of Books, 15.04.2004.

Farmer, Paul (2010): *Testimony to the Congressional Black Caucus: Focus on Haiti*, 27.08.2010, http://act.pih.org/page/-/documents/PEF-Prepared-Testimony_072710.pdf [23.11.2015].

Federal Register – The Daily Journal of the United States Government (2014): *Venezuela: Implementation of Certain Military End Uses and End Users License Requirements Under the Export Administration Regulations*, 07.11.2014, <https://www.federalregister.gov/articles/2014/11/07/2014-26465/venezuela-implementation-of-certain-military-end-uses-and-end-users-license-requirements-under-the> [23.11.2015].

Finanzministerium der Vereinigten Staaten (2008): *Treasury Targets Venezuelan Government Officials Supporting the FARC*, 12.09.2008, <https://www.treasury.gov/press-center/press-releases/Pages/hp1132.aspx> [22.11.2015].

Fischer, Sebastian (2014): *USA und Kuba: Eine Feindschaft geht in Rente*, Der Spiegel, 17.12.2014.

Fisher, Max (2013): *Law says the U.S. is required to cut aid after coups. Will it?*, Washington Post, 03.07.2013.

Forero, Juan (2002): *Chávez Rejects Call by U.S. for Early Vote in Venezuela*, New York Times, 15.12.2002.

Forero, Juan (2004): *Documents Show C.I.A. Knew of a Coup Plot in Venezuela*, New York Times, 03.12.2004.

Forero, Juan (2007): *Paramilitary Ties to Elite In Colombia Are Detailed*, Washington Post, 22.05.2007.

Frank, Dana (2011): *Zelaya Returns to Honduras, But Justice Is Still Not Done*, The Nation, 02.06.2011.

Frank, Dana (2012): *In Honduras, a Mess Made in the U.S.*, New York Times, 26.01.2012.

Frank, Dana (2013): *Hopeless in Honduras?*, Foreign Affairs, 22.11.2013, <https://www.foreignaffairs.com/articles/honduras/2013-11-22/hopeless-honduras> [04.10.2015].

Freeman, Laurie; Luis Sierra, Jorge (2005): *Mexico: The Militarization Trap*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

French, Howard W. (1992): *U.S. Keeps Eye on Haiti, but Action Is Scant*, New York Times, 08.10.1992.

Friedman-Rudovsky, Jean (2008): *Why Bolivia Quit the U.S. War on Drugs*, Time, 04.11.2008.

Giacoman, Diego (2011): *Drug policy and the prison situation in Bolivia*, in: Washington Office on Latin America: *Systems Overload – Drug laws and prisons in Latin America*, März 2011, http://www.wola.org/sites/default/files/downloadable/Drug%20Policy/2011/TNIWOLA-Systems_Overload-def.pdf [12.10.2015].

Gill, Nathan (2013): *Ecuador Scraps Trade Pact Over U.S. Threats in Snowden Case*, Bloomberg Business, 28.06.2013, <http://www.bloomberg.com/news/articles/2013-06-27/ecuador-cancels-trade-pact-over-u-s-blackmail-in-snowden-case> [22.10.2015].

Girard, Philippe (2004): *Clinton in Haiti: The 1994 US Invasion of Haiti*, Palgrave Macmillan, New York.

Goldman, Julianna; Chipman, Kim (2009): *Obama Pledges to Fight Poverty, Fends Off Criticism on Cuba*, Bloomberg News, 18.04.2009, http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=auvif2K3YP_s [02.10.2015].

Golinger, Eva (2015): *Latin America in uproar over Obama's Venezuela sanctions*, International Business Times, 08.04.2015.

Gomez Lizarazo, Jorge (1992): *Colombian Blood, U.S. Guns*, New York Times, 28 Jänner 1992

Goodfellow, William (1987): *The Diplomatic Front*, in: Walker, Thomas W. (Hrsg.): *Reagan Versus The Sandinistas – The Undeclared War on Nicaragua*, Westview Press, Boulder/ London.

Grandin, Greg (2009a): *Battle for Honduras – and the Region*, The Nation, 12.08.2009.

Grandin, Greg (2009b): *Fact Checking Lanny Davis on Honduras*, Huffington Post, 10.09.2009, http://www.huffingtonpost.com/greg-grandin/fact-checking-lanny-davis_b_255900.html [23.11.2015].

Grandin, Greg (2009c): *Honduras: Solution or Stall?*, The Nation, 30.10.2009.

Grandin, Greg (2010): *Honduras, Obama and the Region's New Right*, Latin American Studies Association Forum, Winter 2010, Vol. 41, Issue 1.

Grijalva, Raul M. (2009a): *Congressman Grijalva Calls on President Obama for US Neutrality in El Salvador Election*, Offizielle Homepage des Abgeordneten Grijalva, 05.03.2009, <http://grijalva.house.gov/news-and-press-releases/congressman-grijalva-calls-on-president-obama-for-us-neutrality-in-el-salvador-election/> [22.11.2015].

Grijalva, Raul M. (2009b): *Grijalva, Members of Congress call on President Obama to take further measures against Honduran coup regime*, Presseerklärung, Offizielle Homepage des Abgeordneten Grijalva, 11.08.2009, <http://grijalva.house.gov/news-and-press-releases/grijalva-members-of-congress-call-on-president-obama-to-take-further-measures-against-honduran-coup-regime/> [10.09.2015].

Grijalva, Raul M. (2013): *Reps. Grijalva, Honda, Hank Johnson Urge Secretary Kerry to Speak Against Militarization of Civil Society Ahead of Honduran Election*, Presseerklärung, Offizielle Homepage des Abgeordneten Grijalva, 16.10.2013, <http://grijalva.house.gov/news-and-press-releases/rep-grijalva-honda-hank-johnson-urge-secretary-kerry-to-speak-against-militarization-of-civil-society-ahead-of-honduran-election/> [20.08.2015].

Guardian (2002a): *State of emergency declared in Colombia*, 12.08.2002.

Guardian (2002b): *Venezuelan president defies calls for general election*, 16.12.2002.

Guardian (2008): *Colombian government dismisses 27 top army officers*, 30.08.2008.

Guardian (2009a): *Chávez hails 'new era' in relations with Obama's US*, 19.04.2009.

Guardian (2009b): *Organisation of American States decides to readmit Cuba*, 03.06.2009.

Guardian (2010): *Colombian agreement over US military bases 'unconstitutional'*, 18.08.2010.

Guardian (2013): *Bolivia expels US agency for undermining government*, 01.05.2013.

Guardian (2015a): *Raúl Castro demands that US return Guantánamo base to Cuba*, 28.01.2015.

Guardian (2015b): *Guatemala court: former dictator can be tried for genocide – but not sentenced*, 25.08.2015.

Hallward, Peter (2007): *An Interview with Jean-Bertrand Aristide*, London Review of Books, 22.02.2007.

Hallward, Peter (2010): *Damming the Flood*. Verso, London/New York.

Hamilton, Lee H.; Inouye, Daniel K. (1987): *Report of the Congressional Committees Investigating the Iran/Contra Affair*, Diane Publishing, Washington DC.

Handelsministerium der Vereinigten Staaten: *The Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act (ATPDEA)*,
<http://web.ita.doc.gov/tacgi/eamain.nsf/6e1600e39721316c852570ab0056f719/53018ab5e2d8426a852573940049684c?OpenDocument> [23.11.2015].

Haugaard, Lisa; Isacson, Adam; Withers, George; Poe, Abigail; Olson, Joy; Santos, Lucila; Smith, Colin (2010): *Waiting for Change: Trends in U.S. Security Assistance to Latin America and the Caribbean*, Washington Office on Latin America; Latin America Working Group Education Fund; Center for International Policy, Mai 2010,
<http://www.wola.org/sites/default/files/downloadable/Regional%20Security/2010/Waiting%20for%20Change.pdf> [12.11.2015].

Henighan, Stephen (2014): *Sandino's Nation – Ernesto Cardenal and Sergio Ramirez Writing Nicaragua, 1940 – 2012*, McGill-Queen's University Press, Montreal/Kingston/London/Ithaca.

Hufbauer, Gary Clyde; Schott, Jeffrey J.; Elliott, Kimberly Ann (1990): *Economic Sanctions Reconsidered: History and current policy*, Band 1, Zweite Auflage, Institute for International Economics, Washington DC.

Human Rights Watch (2003): *Human Rights Watch World Report 2003 – Events of 2002 – Americas*, <https://www.hrw.org/legacy/wr2k3/americas.html> [01.09.2015].

Human Rights Watch (2008): *A Decade Under Chávez – Political Intolerance and Lost Opportunities for Advancing Human Rights in Venezuela*, September 2008,
<https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/venezuela0908web.pdf> [02.10.2015].

Human Rights Watch (2009): *Honduras: Rights Report Shows Need for Increased International Pressure*, 25.08.2009, <https://www.hrw.org/news/2009/08/25/honduras-rights-report-shows-need-increased-international-pressure> [22.08.2015].

Human Rights Watch (2015): *On Their Watch - Evidence of Senior Army Officers' Responsibility for False Positive Killings in Colombia*, 24.06.2015, <https://www.hrw.org/report/2015/06/24/their-watch/evidence-senior-army-officers-responsibility-false-positive-killings> [13.09.2015].

Internationaler Gerichtshof (1986): *Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America)*, 27.06.1986, <http://www.icj-cij.org/docket/?sum=367&p1=3&p2=3&case=70&p3=5> [18.07.2015].

Isacson, Adam (2005a): *The U.S. Military in the War on Drugs*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Isacson, Adam (2005b): *Failing Grades: Evaluating the Results of Plan Colombia*, Yale Journal of International Affairs, Sommer/Herbst 2005, Vol. 1, Issue 1.

Isacson, Adam (2010): *Colombia: Don't Call it a Model*, Washington Office on Latin America, 13.07.2010, http://www.wola.org/publications/colombia_dont_call_it_a_model [22.06.2015].

Isacson, Adam (2015): *Even if Glyphosate Were Safe, Fumigation in Colombia Would Be a Bad Policy. Here's Why.*, Washington Office on Latin America, 29.04.2015, http://www.wola.org/commentary/even_if_glyphosate_were_safe_fumigation_in_colombia_would_be_a_bad_policy_heres_why [12.08.2015].

Ives, Kim (2011a): *WikiLeaks points to US meddling in Haiti*, Guardian, 21.01.2011.

Ives, Kim (2011b): *Haiti wants Aristide: let him go*, Guardian, 15.03.2011.

Ives, Kim; Herz, Ansel (2011): *WikiLeaks Haiti: The Aristide Files*, The Nation, 05.08.2011.

Katz, Jonathan M. (2015): *Haiti's Reconstruction Struggles*, Interview mit Danielle Renwick, Council on Foreign Relations, 12.01.2015, <http://www.cfr.org/haiti/haitis-reconstruction->

struggles/p35949 [20.07.2015].

Kempster, Norman (1987): *Foreign Funds for Contras Was 'My Idea,' Reagan Says*, Los Angeles Times, 16.04.1987.

Kidder, Tracy (2003): *The Trials of Haiti*, The Nation, 09.10.2003.

Kenworthy, Eldon (1987): *Selling the Policy*, in: Walker, Thomas W. (Hrsg.): *Reagan Versus The Sandinistas – The Undeclared War on Nicaragua*, Westview Press, Boulder/ London.

Kershaw, Sarah (2000): *Renewed Outcry on Haitian Fugitive in Queens*, New York Times, 12.08.2000.

Klein, Naomi (2005): *Aristide in Exile*, The Nation, 01.08.2005.

Klonsky, Joanna; Hanson, Stephanie; Lee, Brianna (2012): *Mercosur: South America's Fractious Trade Bloc*, Council on Foreign Relations, 31.07.2012, <http://www.cfr.org/trade/mercosur-south-america-fractious-trade-bloc/p12762> [11.08.2015].

Kornbluh, Peter (1987): *The Covert War*, in: Walker, Thomas W. (Hrsg.): *Reagan Versus The Sandinistas – The Undeclared War on Nicaragua*, Westview Press, Boulder/ London.

Kueffner, Stephan (2009): *Unasur Won't Recognize Vote Under Defacto Regime, Bachelet Says*, Bloomberg News, 10.08.2009, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=aCngqcUCe6hA> [19.09.2015].

Lakshmanan, Indira A.R.; Gill, Nathan (2011): *U.S. Expels Envoy From Ecuador, President Correa Slams U.S.*, Bloomberg Business, 07.04.2011, <http://www.bloomberg.com/news/articles/2011-04-07/u-s-expels-ecuadorian-ambassador-to-washington-in-retaliation> [01.07.2015].

Latin American Perspectives (2011): *Dangerous Complacencies – Obama, Latin America, and the Misconceptions of Power*, Juli 2011, Vol. 38, Issue 4.

Ledebur, Kathryn (2005): *Bolivia: Clear Consequences*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner

Publishers, Boulder.

Legler, Thomas (2015): *Beyond Reach? The Organization of American States and Effective Multilateralism*, in: Dominguez, Jorge I.; Covarrubias, Ana (Hrsg.): *Routledge Handbook of Latin America in the World*, Routledge, Abingdon.

LeoGrande, William M. (1987): *The Contras and Congress*, in: Walker, Thomas W. (Hrsg.): *Reagan Versus The Sandinistas – The Undeclared War on Nicaragua*, Westview Press, Boulder/ London.

Lobe, Jim (2009): *US-CUBA: Lugar Report Gives Momentum to Anti-Embargo Push*, Inter Press Service, 23.02.2009, <http://www.ipsnews.net/2009/02/us-cuba-lugar-report-gives-momentum-to-anti-embargo-push/> [14.09.2015].

Ludovic, Roy (2008): *Die Außenpolitik von Präsident William Jefferson Clinton*, Lit Verlag, Münster.

MacMichael, David (2015): *Nicaragua: Contra War, 1980s*, in: Ciment, James (Hrsg.): *Encyclopedia of Conflicts Since World War II – Second Edition*, Routledge, Abingdon.

MacMichael, David; King, John A. (2015): *Haiti: Civil Conflict, 1990s*, in: Ciment, James (Hrsg.): *Encyclopedia of Conflicts Since World War II – Second Edition*, Routledge, Abingdon.

Mapstone, Naomi (2011): *US expels Ecuador's ambassador*, Financial Times, 08.04.2011.

Marquis, Christopher (2002a): *Bush Officials Met With Venezuelans Who Ousted Leader*, New York Times, 16.04.2002.

Marquis, Christopher (2002b): *U.S. Bankrolling Is Under Scrutiny for Ties to Chávez Ouster*, New York Times, 25.04.2002.

Martin, Douglas (2009): *Guillermo Endara, Who Helped Lead Panama From Noriega to Democracy, Dies at 73*, New York Times, 29.09.2009.

Masala, Carlo (2005): *Kenneth N. Waltz – Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern*, Nomos, Baden-Baden.

McManus, Doyle; Shannon, Don (1990): *Quayle Delivers U.S. Order to Contras: Disband, Turn In Weapons*, Los Angeles Times, 18.03.1990.

McSherry, J. Patrice (2005): *Predatory States – Operation Condor and Covert War in Latin America*, Rowman & Littlefield, Plymouth.

Meyer, Peter J. (2009): *Honduran-U.S. Relations*, Congressional Research Service, 04.08.2009, <http://fpc.state.gov/documents/organization/204124.pdf> [12.08.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2009a): *Chavez rejects Americas' summit declaration which ignores Cuba*, 17.04.2009, <http://en.mercopress.com/2009/04/16/chavez-rejects-americas-summit-declaration-which-ignores-cuba> [03.06.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2009b): *Uribe tours South America to explain US bases in Colombia*, 04.08.2009, <http://en.mercopress.com/2009/08/04/uribe-tours-south-america-to-explain-us-bases-in-colombia> [04.06.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2009c): *Zelaya and Lula da Silva call on Obama to solve Honduras political crisis*, 13.08.2009, <http://en.mercopress.com/2009/08/13/zelaya-and-lula-da-silva-call-on-obama-to-solve-honduras-political-crisis> [06.06.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2009d): *US will recognize Honduras election with or without reinstated Zelaya*, 06.11.2009, <http://en.mercopress.com/2009/11/06/us-will-recognize-honduras-election-with-or-without-reinstated-zelaya> [08.08.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2009e): *Zelaya calls on Latinamerican leaders to reject Honduras Sunday elections*, 03.12.2009, <http://en.mercopress.com/2009/12/02/zelaya-calls-on-latinamerican-leaders-to-reject-honduras-sunday-elections> [24.11.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2010): *Spain Excludes Honduran President from Summit on Pressure from UNASUR*, 06.05.2010, <http://en.mercopress.com/2010/05/06/spain-excludes-honduran-president-from-summit-on-pressure-from-unasur> [24.11.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2013): *Urgent meeting of Unasur in Lima to express*

support for Venezuela's Maduro, 18.04.2013, <http://en.mercopress.com/2013/04/18/urgent-meeting-of-unasur-in-lima-to-express-support-for-venezuela-s-maduro> [12.09.2015].

MercoPress – South Atlantic News Agency (2015): *Unasur calls on the US to revoke measures against Venezuela and implement dialogue*, 16.03.2015, <http://en.mercopress.com/2015/03/16/unasur-calls-on-the-us-to-revoke-measures-against-venezuela-and-implement-dialogue> [13.09.2015].

Molinski, Dan (2011): *Colombia Confirms Plan to Extradite Makled To Venezuela*, Wall Street Journal, 06.04.2011.

Moreno, Dario (1994): *The Struggle for Peace in Central America*, University Press of Florida, Gainesville.

Muno, Wolfgang; Brand, Alexander (2014): *Farewell to leadership? Ideas of hegemony and counter-hegemony in the Americas*, International Area Studies Review, 2014, Vol. 17, Issue 4.

Murphy, Helen (2008): *Latin America Leaders Seek to Mend U.S. Ties With Region*, Cuba, Bloomberg News, 05.11.2008, <http://www.bloomberg.com/apps/news?sid=aQdKprNMGb6Q&pid=newsarchive> [07.09.2015].

Naiman, Robert (2008): *Obama Glosses Over Colombian Attack in Ecuador; Clinton Calls for Escalation Against Venezuela*, Huffington Post, 04.03.2008, http://www.huffingtonpost.com/robert-naiman/obama-glosses-colombian-a_b_89836.html [22.06.2015].

Naiman, Robert (2009): *Obama Administration Affirms U.S. Neutrality in Salvadoran Election*, Huffington Post, 13.03.2009, http://www.huffingtonpost.com/robert-naiman/obama-administration-affi_b_174894.html [02.07.2015].

The National (2009): *Zelaya supporters defy Honduras curfew*, 22.09.2009.

National Lawyers Guild (2013a): *Letter to Secretary of State Kerry: Recognize Nicolas Maduro as Legitimate President of Venezuela*, 23.09.2013, <http://www.nlg.org/resource/letters/letter-secretary-state-kerry-recognize-nicolas-maduro-legitimate-president> [04.07.2015].

National Lawyers Guild (2013b): *National Lawyers Guild Observers Question Validity of Honduran Elections*, 26.11.2013, <https://www.nlg.org/news/releases/honduras-delegation-preliminary-results> [01.06.2015].

Neild, Rachel (2005): *U.S. Police Assistance and Drug Control Policies*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Neuman, William (2013): *Venezuela Gives Chávez Protégé Narrow Victory*, New York Times, 14.04.2013.

Neuman, William (2015a): *Venezuela Tells U.S. to Reduce Embassy Staff*, New York Times, 02.03.2015.

Neuman, William (2015b): *White House Seeks to Soothe Relations With Venezuela*, New York Times, 07.04.2015.

Neuman, William (2015c): *In a Surprise, a Top Kerry Adviser Visits Venezuela*, New York Times, 08.04.2015.

Neuman, William; Archibald, Randal C. (2013): *Kerry Meets With Official of Venezuela to Set Talks*, New York Times, 05.07.2013.

Neuman, William; Landler, Mark (2013): *Ecuador Risks Trade Problems With U.S. if It Grants Asylum to Snowden*, New York Times, 25.06.2013.

New York Times (1990): *Nicaragua's Hard Road to a New Day*, 26 April 1990.

New York Times (2008): *Bolivia Suspends U.S.-Backed Antidrug Efforts*, 01.11.2008.

New York Times (2011): *Venezuela: New Regional Group Meets*, 03.12.2011.

Offizielle Homepage des mexikanischen Präsidenten (2009): *State Visit to Brazil by Mexican President Felipe Calderón, Mexico*, 17.08.2009, <http://www.gob.mx/presidencia/> [04.05.2015].

Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten: *Member States*,
http://www.oas.org/en/member_states/ [04.06.2015].

Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten (2009a): *OAS Suspends Membership of Honduras*, Presseerklärung, 05.07.2009,
http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-219/09 [06.06.2015].

Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten (2009b): *OAS Permanent Council Condemns Coup D'Etat In Honduras*, Presseerklärung, 28.07.2009,
http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-214/09 [10.06.2015].

Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten (2010): *Statement by the OAS-CARICOM Joint Electoral Observation Mission on Haiti's Presidential and Legislative Elections of 28 November 2010*, Presseerklärung, 29.11.2010,
http://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-461/10 [08.06.2015].

Offizielle Homepage der Organisation Amerikanischer Staaten (2014): *OAS Permanent Council Approved Declaration on the Situation in Venezuela*, 07.03.2014,
https://www.oas.org/en/media_center/press_release.asp?sCodigo=E-084/14 [02.07.2015].

Offizielles Rechtsinformationssystem, Kongress der Vereinigten Staaten: *Venezuela Defense of Human Rights and Civil Society Act of 2014*, <https://www.congress.gov/bill/113th-congress/senate-bill/2142/text> [23.07.2015].

O'Connor, Jenny (2013): *Electoral fraud in Honduras?*, AlJazeera English, 19.12.2013,
<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2013/12/electoral-fraud-honduras-20131218104944367359.html> [23.11.2015].

Olson, Joy (2009): *Testimony of Joy Olson Executive Director Washington Office on Latin America (WOLA) before the House Committee on Foreign Affairs, Subcommittee on the Western Hemisphere*, Washington Office on Latin America, 10.07.2009,
<http://www.wola.org/sites/default/files/downloadable/Central%20America/Honduras/past/Joy%20Olson%20Testimony%20on%20Honduras%20July%202009.pdf> [20.11.2015].

O'Shaughnessy, Hugh (2009): *US builds up its bases in oil-rich South America*, The Independent,

22.11.2009.

Padgett, Tim (2009): *Obama's Latin American Policy Looks Like Bush's*, Time, 03.12.2009.

Papp, Daniel S. (2011): *An Assessment of the Implications of Operation Just Cause for Inter-American and International Relations*, in: Hensel, Howard M.; Michaud, Nelson (Hrsg.): *Global Media Perspectives on the Crisis in Panama*, Ashgate, Farnham/Burlington.

Partlow, Joshua (2008): *U.S. Trade Move Shakes Bolivia*, Washington Post, 19.10.2008.

Pastor, Robert (1987): *Condemned to Repetition – The United States and Nicaragua*, Princeton University Press, Princeton.

Peters, Toni (2011): *FARC files still inadmissible as evidence: Supreme Court*, Colombia Reports, 01.08.2011, <http://colombiareports.com/farc-files-still-inadmissible-as-evidence-supreme-court/> [11.11.2015].

Pineo, Ronn (2014): *The Decline of United States Influence and the Rise of Evo Morales*, Council on Hemispheric Affairs, 22.10.2014, <http://www.coha.org/the-decline-of-us-influence-and-the-rise-of-evo-morales/> [14.07.2015].

Planas, Roque (2009): *Colombia: U.S. Bases Stoke the Flames of Regional Conflict*, North American Council on Latin America, Juli 2009, <https://nacla.org/news/colombia-us-bases-stoke-flames-regional-conflict> [11.10.2015].

Porter, Eduardo (2012): *Numbers Tell of Failure in Drug War*, New York Times, 03.07.2012.

Die Presse (2015): *Nach 54 Jahren: John Kerry eröffnet US-Botschaft auf Kuba*, 14.08.2015.

Ramirez Lemus, Maria Clemencia; Stanton, Kimberly, Walsh, John (2005): *Colombia: A Vicious Circle of Drugs and War*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Raymond, Prosperity (2011): *Haitians could, once again, feed themselves*, Guardian, 13.05.2011.

Renaud-Komiya, Nick (2013): *Venezuelan President Nicolas Maduro expels top US diplomat*, The Independent, 01.10.2013.

Reuters (2007): *Chavez plans FARC rebel talks over hostages*, 31.08.2007.

Reuters (2008a): *Mexico criticizes Colombia's Ecuador raid*, 05.03.2008.

Reuters (2008b): *Brazil condemns Colombia's Ecuador raid*, 03.03.2008.

Reuters (2009a): *Lula to push Obama on Latin America Policy*, 12.03.2009.

Reuters (2009b): *Venezuela's Chavez calls Obama "ignoramus"*, 22.03.2009.

Reuters (2009c): *Clinton says Zelaya's actions are 'reckless'*, 24.07.2009.

Reuters (2009d): *Ousted Zelaya sets foot back in Honduras, briefly*, 24.07.2009.

Reuters (2009e): *U.S. recognizes Honduras vote with caveats*, 30.11.2009.

Reuters (2011a): *Ecuador demands U.S. envoy leave over WikiLeaks*, 05.04.2011.

Reuters (2011b): *Honduras readmitted to OAS after coup*, 01.06.2011.

Reuters (2011c): *Obama hails return of Honduras to democratic fold*, 05.10.2011.

Reuters (2012): *Carter States That the Election Process in Venezuela is "the Best in the World"*, 21.09.2012.

Reuters (2013): *Congress to let U.S. trade benefits for Ecuador expire*, 25.07.2013.

Reuters (2014): *Venezuela's foreign minister calls Kerry 'murderer'*, 14.03.2014.

Rights Action (2013): *Incomplete list of Killings and Armed Attacks Related to Political Campaigning in Honduras*, 21.10.2013, <http://rightsaction.org/sites/default/files/Honduras-Violence-Political-Campaign.pdf> [09.06.2015].

Rinke, Stefan (2012): *Lateinamerika und die USA – eine Geschichte zwischen Räumen – von der Kolonialzeit bis heute*, WBG, Darmstadt.

Rohter, Larry (1990): *Panama and U.S. Strive To Settle on Death Toll*, New York Times, 01.04.1990.

Rohter, Larry (2002): *Fear of Loss of Democracy Led Neighbors to Aid Return*, New York Times, 15.04.2002.

Roig-Franzia, Manuel (2009): *Bush Awards Medals of Freedom to John Howard, Tony Blair and Alvaro Uribe*, Washington Post, 14.01.2009.

Rojas, Isaias (2005): *Peru: Drug Control Policy, Human Rights and Democracy*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Romero, Simon (2008a): *Crisis at Colombia Border Spills Into Diplomatic Realm*, New York Times, 04.03.2008.

Romero, Simon (2008b): *Regional Bloc Criticizes Colombia Raid in Ecuador*, New York Times, 06.03.2008.

Romero, Simon (2008c): *Colombian Army Commander Resigns in Scandal Over Killing of Civilians*, New York Times, 04.11.2008.

Romero, Simon (2011): *Ecuador Expels U.S. Ambassador Over WikiLeaks Cable*, New York Times, 05.04.2011.

Romero, Simon (2012): *With Brazil as Advocate, Venezuela Joins Trade Bloc*, The New York Times, 31.07.2012.

Rosen, Jonathan D. (2014): *The Losing War: Plan Colombia and Beyond*, State University of New York Press, Albany.

Rosenne, Shabtai (1989): *The World Court – What It Is and how It Works*, Vierte Auflage, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht.

Sachs, Jeffrey (2004): *Don't fall for Washington's spin on Haiti*, Financial Times, 01.03.2004.

Sanchez, Peter M. (2003): *Panama: The Limits of Sovereignty*, in: Mora, Frank O.; Hey, Jeanne A. K. (Hrsg.): *Latin American and Caribbean Foreign Policy*, Rowman & Littlefield, Lanham/Oxford.

Schrader, Holger (2007): *Die Lateinamerikapolitik der USA unter Präsident Clinton: Anspruch und Wirklichkeit*, Lit Verlag, Berlin.

Schweimler, Daniel (2009): *Unasur urges meeting with US over Colombia*, Financial Times, 28.08.2009.

Seib, Gerald F. (2008): *Clinton, Obama and a Difference That Matters*, Wall Street Journal, 26.02.2008.

Sharpe, Kenneth E. (1988): *U.S. Policy Toward Central America: The Post-Vietnam Formula Under Siege*, in: Hamilton, Nora; Frieden, Jeffry A.; Fuller, Linda; Pastor, Manuel (Hrsg.): *Crisis in Central America – Regional Dynamics and U.S. Policy in the 1980s*, Westview Press, Boulder/London.

Sheridan, Mary Beth (2009): *U.S. and some allies at odds over Honduras presidential election*, Washington Post, 01.12.2009.

Sheridan, Mary Beth; Lynch, Colum (2009): *U.N. General Assembly, OAS Back Honduran Zelaya*, Washington Post, 01.07.2009.

Shifter, Michael (2011): *What to Read on Venezuela*, Foreign Affairs, 01.06.2011.

Shifter, Michael (2015): *The Caracas Context*, Foreign Affairs, 01.04.2015.

Simes, Dimitri K. (1988): *If the Cold War is Over, Then What?*, New York Times, 27.12.1988.

Sklar, Holly (1988): *Washington's War on Nicaragua*, South End Press, Cambridge.

Slevin, Peter (2002): *Chavez Provoked His Removal, U.S. Officials Say*, Washington Post, 13.04.2002.

Smith, Matt (2013): *Venezuela, Oil and Chavez: a Tangled Tale*, CNBC News, 11.01.2013, <http://www.cnbc.com/id/100373746> [20.08.2015].

Stedman, Stephen John (2002): *Ending Civil Wars: The Implementation of Peace Agreements*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Sullivan, Kevin; Jordan, Mary (2004): *In Central America, Reagan Remains a Polarizing Figure*, Washington Post, 10.06.2004.

Taft-Morales, Maureen (2011): *Haiti's National Elections: Issues and Concerns*, Congressional Research Service, 14.03.2011, <https://www.fas.org/sgp/crs/row/R41689.pdf> [18.07.2015].

Telegraph (2009a): *Ecuador expels second US diplomat for 'meddling in internal affairs'*, 18.02.2009.

Telegraph (2009b): *Honduras' election won by Porfirio Lobo*, 30.11.2009.

Telegraph (2014): *Venezuela President Nicolas Maduro expels three US officials*, 17.02.2014.

Telegraph (2015a): *Venezuela to impose mandatory visas on Americans*, 28.02.2015.

Telegraph (2015b): *Obama and Venezuela's Maduro meet for first time amid tensions*, 12.04.2015.

Tejas, Aditya (2015): *Venezuela President Nicolas Maduro Granted Special Powers Designed To Counter 'Imperialism'*, International Business Times, 13.03.2015.

Terry, Fiona (2002): *Condemned to Repeat? The Paradox of Humanitarian Action*, Cornell University Press, Ithaca/London.

Thompson, Ginger (2009): *Senator Fears Letter Sends Wrong Signal on Honduras*, New York Times, 07.08.2009.

Thompson, Ginger; Malkin, Elisabeth (2009): *Deal Set to Restore Ousted Honduran President*, New York Times, 30.10.2009.

Thomson, Adam (2009): *Honduras coup leaders under international fire*, Financial Times, 02.07.2009.

Toothaker, Christopher (2010): *Hugo Chavez Rejects Larry Palmer As U.S. Ambassador To Venezuela*, Huffington Post, 08.08.2010, http://www.huffingtonpost.com/2010/08/08/hugo-chavez-rejects-larry_n_675005.html [11.05.2015].

Trahair, Richard C. S.; Miller, Robert L. (2009): *Encyclopedia of Cold War Espionage, Spies and Secret Operations*, Enigma Books, New York.

Trudeau, Robert; Schoultz, Lars (1986): *Guatemala*, in: Blachman, Morris J.; LeoGrande, William M.; Sharpe, Kenneth (Hrsg.): *Confronting Revolution – Security Through Diplomacy In Central America*, Pantheon Books, New York.

El Universal (2008): *Lula brands Chávez as "the great peacemaker"*, 28.03.2008, http://www.eluniversal.com/2008/03/28/en_colcd_art_lula-brands-chavez-a_28A1468159 [20.06.2015].

El Universal (2009): *Washington prepares agenda for dialogue with Venezuela*, 23.01.2009, http://www.eluniversal.com/2009/01/23/en_pol_esp_washington-prepares_23A2203445 [22.06.2015].

El Universal (2011): *Colombia to extradite Makled over the weekend*, 06.05.2011, <http://www.eluniversal.com/2011/05/06/colombia-to-extradite-makled-over-the-weekend> [03.07.2015].

El Universal (2013): *State Secretary: Washington is ready for talks with Venezuela*, 11.12.2013, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/131211/state-secretary-washington-is-ready-for-talks-with-venezuela> [21.06.2015].

El Universal (2014a): *Unasur rejects intended US sanctions on Venezuelan officials*, 24.05.2014,

<http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/140524/unasur-rejects-intended-us-sanctions-on-venezuelan-officials> [01.06.2015].

El Universal (2014b): *US government insists that interference in Venezuela is inappropriate*, 29.05.2014, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/140529/us-government-insists-that-interference-in-venezuela-is-inappropriate> [14.07.2015].

El Universal (2015a): *Major disagreements in US-Venezuela relations*, 14.03.2015, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/150314/major-disagreements-in-us-venezuela-relations> [07.09.2015].

El Universal (2015b): *US "disappointed" at LatAm's reaction to sanctions against Venezuela*, 03.04.2015, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/150403/us-disappointed-at-latams-reaction-to-sanctions-against-venezuela> [12.07.2015].

El Universal (2015c): *The White House: Venezuela is not a threat to US security*, 07.04.2015, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/150407/the-white-house-venezuela-is-not-a-threat-to-us-security> [12.07.2015].

El Universal (2015d): *The Obama decree*, 25.04.2015, <http://www.eluniversal.com/nacional-y-politica/150425/the-obama-decree> [01.08.2015].

Valle, Álvaro (2015): *Dancing with Monsters: The U.S. Response to the 2009 Honduran Coup*, Harvard Political Review, 13.04.2015, <http://harvardpolitics.com/united-states/us-honduran-coup/> [10.06.2015].

Washington Office on Latin America (2009): *Ambassador of Honduras to speak on Accord for the Restitution of President Manuel Zelaya of Honduras*, 06.11.2009, http://www.wola.org/news/ambassador_of_honduras_to_speak_on_accord_for_the_restitution_of_president_manuel_zelaya_of_hon [17.07.2015].

Washington Post (2007): *Scandal in Colombia Raises Skepticism on Capitol Hill*, 17.02.2007.

Waters, Maxine (2010): *Congresswoman Waters & Colleagues Urge Secretary Clinton to Support Fair, Free, Inclusive Haitian Elections*, Offizielle Homepage der Abgeordneten Waters, 07.10.2010,

<https://waters.house.gov/media-center/press-releases/congresswoman-waters-colleagues-urge-secretary-clinton-support-fair-free> [18.10.2015].

Weber, Clare (2006): *Visions of Solidarity – U.S. Peace Activists in Nicaragua – From War to Women's Activism and Globalization*, Lexington Books, Oxford.

Weiner, Tim (1995): *Haitian Ex-Paramilitary Leader Confirms C.I.A. Relationship*, New York Times, 03.12.1995.

Wines, Michael (1989): *Reagan Active on Contra Aid, North Lawyers Say*, New York Times, 14.02.1989.

Weisbrot, Mark (2009a): *El Salvador votes away its bad past*, Guardian, 18.03.2009.

Weisbrot, Mark (2009b): *IMF: stop funding Honduras*, Guardian, 03.09.2009.

Weisbrot, Mark (2010): *No place for Washington in Colombia-Venezuela row*, Guardian, 28.07.2010.

Weisbrot, Mark (2011a): *Haiti's election: a travesty of democracy*, Guardian, 10.01.2011.

Weisbrot, Mark (2011b): *Haiti must decide Haiti's future*, Guardian, 17.03.2011.

Weisbrot, Mark (2011c): *Obama's Latin America Policy: Continuity Without Change*, Latin American Perspectives, Juli 2011, Vol. 38, Issue 4.

Weisbrot, Mark (2012): *America's subversion of Haiti's democracy continues*, Guardian, 13.03.2012.

Weisbrot, Mark (2013): *Why the world should care about Honduras' recent election*, Guardian, 03.12.2013.

Williams, Mark Eric (2012): *Understanding U.S.-Latin American relations – Theory and History*, Routledge, New York.

Wilpert, Gregory (2011): *Making Sense of Colombia-Venezuela Relations*, NACLA – Report on the Americas, Mai/Juni 2011, Vol. 44, Issue 3.

Wilson, Scott (2002): *Venezuelan Strike Wins Scattered Support*, Washington Post, 03.12.2002.

Wilson, Scott (2009): *Obama Closes Summit, Vows Broader Engagement With Latin America*, Washington Post, 20.04.2009.

Woodward, Bob; Oberdorfer, Don (1987): *Contra Aid Sought of Six Nations*, Washington Post, 23.01.1987.

Minkner, Mechthild (1986): *Zentralamerikakonflikt*, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Dritte Auflage, Leske und Budrich, Opladen.

Wyss, Jim (2015): *Colombia's Santos: U.S. sanctions on Venezuela 'counterproductive'*, Miami Herald, 08.04.2015

Younge, Gary (2004): *Throttled by history*, Guardian, 23.02.2004.

Youngers, Coletta A. (2005): *The Collateral Damage of the U.S. War on Drugs: Conclusions and Recommendations*, in: Youngers, Coletta A.; Rosin, Eileen (Hrsg.): *Drugs and Democracy in Latin America – The Impact of U.S. Policy*, Lynne Rienner Publishers, Boulder.

Youngers, Coletta A. (2011): *Drug Control Policy: What the United States can learn from Latin America*, Latin American Studies Association Forum, Spring 2011, Vol. 42, Issue 2.

Zacharia, Janine (2009): *Obama Backing of Honduras Election Crimps Latin Ties*, Bloomberg News, 27.11.2009, <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=ac1qFAyvqwqs> [14.06.2015].

Abstract (Deutsch)

Ganz im Sinne der 1823 vom damaligen US-amerikanischen Präsidenten James Monroe formulierten Monroe-Doktrin beziehungsweise der Interpretationen und Erweiterungen derselben durch dessen Amtsnachfolger, genossen die Länder Lateinamerikas vor allem während der Zeit des Kalten Krieges als die der Hegemonialmacht der Vereinigten Staaten am unmittelbarsten ausgesetzte Einflussosphäre eine bestenfalls eingeschränkte außen- wie auch innenpolitische Souveränität, was sich vor allem, aber nicht nur, in einer langen Reihe – inwiefern diese bis in die Jahre der Obama-Administration reicht ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit – von von Seiten der USA angestoßenen beziehungsweise unterstützten Staatsstreichen gegen unliebsame Regierungen widerspiegelt. Die allgemeinen politischen Beziehungen der USA zu den Regierungen Lateinamerikas werden zu diesem Zweck im bis zur Präsidentschaft Jimmy Carters zurückreichenden zeithistorischen Zusammenhang auf eine Übereinstimmung mit dem in der Monroe-Doktrin angedeuteten Postulat eines US-amerikanisches Anrecht auf interventionistische Interessenpolitik in Bezug auf Lateinamerika hin untersucht.

Abstract (English)

As laid down in the Monroe-doctrine, which was formulated by then US-american president James Monroe in 1823, and subsequent interpretations and extentions by his successors respectively, the countries of Latin America, as the sphere of influence most immediately exposed to the United States' hegemonic power, had at best limited sovereignty with regard to foreign policy as well as domestic policy especially during cold war times, which, above all, but not solely, manifested in a long line of – in how far this line has been continued by the Obama administration is the topic of the thesis at hand – coup d'états against inconvenient governments, initiated and/or supported by the United States of America. To that end, the general political relations between the US and the governments of Latin America within a contemporary historical context that stretches back to Jimmy Carters presidency, are being surveyed for their degree of concordance with the postulate of a US-american entitlement to interventionist policy of interest with regard to Latin America, that was implied in the Monroe doctrine.

Lebenslauf

Matthias Koller

Geburtsdatum und Geburtsort: 21. April 1985 in Tulln an der Donau (Niederösterreich)

Staatsangehörigkeit: Österreich

Ausbildung:

- Seit Oktober 2010: Masterstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
- 2005 bis 2010: Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft (Abschluss des Bachelorstudiums)
- 2003: Matura
- 1999 bis 2003: Bundesoberstufenrealgymnasium (Brigittenau, Wien)
- 1995 bis 1999: Musikhauptschule (Tulln)
- 1991 bis 1995: Volksschule

Zusatzqualifikationen:

- Neben der deutschen Muttersprache Kenntnisse der englischen und französischen Sprache
- 2004: Studium der Germanistik an der Universität Wien

Bisherige Tätigkeiten:

- Seit August 2009 bei der Volkshilfe Wien als Flüchtlingshelfer beschäftigt